Dienstag, 22. Oktober 1985 - D * * *

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 = Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 246 - 43.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 38,00 bfr, Dänemark 8,75 dkr, Frankreich 7,00 F, Griechenland 140 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1500 L, Jugoslawien 275,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,20 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 14 öS, Portugal 115 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 2,00 sfr, Spanien 150 Pts, Kanarische Inseln 175 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Urteil: Der „DDR"-Flüchtling Frank Dieter Weißgerber ist gestern in Hamburg in einem Revisionsverfahren wegen Raubmordes in der „DDR" zu lebenslanger Haft verurteilt worden.

Hessen: Rascher als erwartet zeigt sich, daß das rot-grüne Bündnis konkrete Auswirkungen auf die Wirtschaft haben wird. Als erstes Industrieunternehmen wird voraussichtlich die Accumulatorenfabrik Sonnenschein, zu deren Gesellschaftern Bundespostminister Schwarz-Schilling gehört, wesentliche Investitionsentscheidungen revidieren. (S. 12)

Wohngeld: Rund 1,7 Millionen Bürger – etwa 100 000 mehr als zur Zeit – werden von Januar 1986 an Anspruch auf einen Mietzuschuß *haben. In Einzelfällen,* wie bei kinderreichen Familien, in denen auch Großeltern betreut werden, kann sich nach der neuen Regelung das Wohngeld um mehr als *100 Mark* erhöhen.

Flucht: Unbemerkt von den Grenzposten konnte ein 23jähriger Mann aus der „DDR" nach Niedersachsen flüchten.

Tarife: Die positive wirtschaftliche Entwicklung, die sich in steigenden Beschäftigungszahlen *niederschlage*, dürfe nicht durch überhöhte Lohn- und Gehaltstarife unterlaufen werden, fordert der Hauptgeschäftsführer von Gesamtmetall, Kirchner, in einem *WELT-Gespräch.* (S. 4)

Apartheid: Die Commonwealth-Länder haben der Regierung Südafrikas sechs Monate Zeit zum Abbau der Rassentrennungspolitik gegeben. Anderfalls würden Sanktionen verhängt. (S. 12)

Griechenland: Hunderttausende von Griechen blieben gestern aus Protest gegen die Sparmaßnahmen der Regierung der Arbeit fern. Das Wirtschaftsleben wurde weitgehend lahmgelegt.

„Achille Lauro": Die USA haben den Gang der Ereignisse um die Entführung des italienischen Kreuzfahrtschiffes bedauert. Bei einem Treffen mit dem ägyptischen Präsidenten Mubarak sagte US-Vizeaußenminister Whitehead, einziges Ziel sei gewesen, die Entführer der Gerechtigkeit zu überantworten.



Wer die Mitarbeit im „DDR"-Ministerium für Staatssicherheit ablehnt, wird „abgestuft", kommt auf eine schwarze Liste, verliert seinen Arbeitsplatz und landet bei einem Ausreiseantrag im Zuchthaus. Die rund 5000 „Politischen" sind der Willkür der kriminellen Mitgefangenen und lebensbedrohenden Arbeitsbedingungen ausgesetzt. Die WELT veröffentlicht heute *den zweiten Teil* der dreiteiligen Artikelserie. Seite 3

WIRTSCHAFT

Verlustabbau: Die Bundesbahn erwartet für 1985 erstmals seit 1974 wieder ein Defizit von weniger als drei Milliarden DM. (S. 14)

Privatisierung: Im November will die britische Regierung den Verkauf der staatlichen Flughafengesellschaft British Airports Authority bekanntgeben, der sieben Flughäfen, darunter Heathrow, angehören. (S. 14)

Energie: Wenn nicht bald die Genehmigung für die letzte Baustufe und die Betreibung erteilt wird, droht der Schnelle Brüter in Kalkar doch noch zur Industrieruine zu werden. (S. 14)

Börse: Die zum Wochenbeginn eingeleitete Konsolidierungsphase an den Aktienmärkten konnte den Kursanstieg nur vorübergehend bremsen. Der Rentenmarkt war gut behauptet. WELT-Aktienindex 238,37 (238,33). BHF-Rentenindex 104,550 (104,548). Performance Index 107,715 (107,682). Dollarmittelkurs 2,6311 (2,6349) Mark. Goldpreis pro Feinunze 326,15 (326,25) Dollar.

KULTUR

Karikatur: Systemkritik ist tabu, Politik findet nur westlich der Grenzen statt. Wie eingeengt das Wirkungsfeld der „DDR"-Karikaturisten ist, belegt eine zweiteilige Wanderausstellung mit dem Titel „Karikaturen und Cartoons aus der DDR". (S. 21)

Theater: Goethes „Faust", erster Teil, ungekürzt, an zwei Abenden – ein gewaltiges Unternehmen, das die Bremer sich da auf die Schultern geladen haben. Trotz Schwächen der Inszenierung dankte das Publikum mit begeistertem Beifall. (S. 21)

SPORT

Fußball: Der frühere Bundestrainer Derwall übt in einem WELT-Interview indirekt Kritik an seinem Nachfolger Beckenbauer: „Das Festhalten an Magath und Jakobs war verlorene Zeit." (S. 11)

Tennis: Bei einem Schau-Turnier in Osaka besiegte Boris Becker den in der Weltrangliste vor ihm plazierten Amerikaner Jimmy Connors mit 6:1, 6:2. Er spielt nun gegen Mats Wilander (Schweden).

WELT-Report Büro + Kommunikation

Der Computer als Informationsaufbereiter, Gedächtnisstütze und Kommunikationshelfer ist aus dem Wirtschafts- und Verwaltungsleben nicht mehr wegzudenken. In einem farbigen WELT-Report werden Entwicklungen und Anlagen vorgestellt, die das Büro und die Kommunikation schneller und rationeller machen.

AUS ALLER WELT

Gurtpflicht: Im ersten Jahr nach *Einführung des Bußgelds* im August 1984 starben bei Unfällen in der Bundesrepublik 1432 Autofahrer weniger als in den zwölf Monaten zuvor. Die Zahl der getöteten *Pkw-Benutzer lag mit* 4313 rund 25 Prozent unter dem Vorjahresniveau.

Interview: Die Briten erlebten ein Medienereignis ersten Ranges. Erstmals gewährten Thronfolger Prinz Charles und seine Frau Prinzessin Diana dem Fernsehen ein Interview. (S. 22)

Wetter: Meist sonnig und trocken. 10 bis 15 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Meinungen: Ein Dutzend Schachbretter – Leitartikel von Herbert Kremp S. 2

Erdstöße in Tokio: Die japanischen Hochhäuser beben schon vor dem Bau – im Modell S. 3

Landesbericht Bayern: Die Tugend Sparsamkeit wird kleingeschrieben – Von P. Schmalz S. 4

El Salvador: Die Rebellen radikalisieren sich – Veränderte Machtverhältnisse S. 5

Forum: Personalien und Leserbriefe an die Redaktion der WELT. Wort des Tages S. 7

Umwelt–Forschung–Technik: Warum der Reinigungsfanatismus in den Parks bedenklich ist S. 9

Fernsehen: „Schwarzwaldklinik" – Eine ZDF-Serie erweckt Arztromane zu neuem Leben S. 10

Sofia: *Außenpolitische* Initiativen der „kleinen Brüder" sind in Sofia nicht gefragt S. 12

Kriminalfilm: „Die Spezialisten" aus Frankreich – Debatten vor dem Tresor S. 21

Mode Paris: Prêt-à-porter – Ein *Festival* von *Gags* – Von Constanze Knitter S. 22

Strauß unterstützt den Ruf nach schnellerer Steuersenkung

Stoltenberg warnt: Vorziehen der zweiten Phase könnte schwere Folgen haben

MK./lz. **Bonn/München**

Die Auseinandersetzung um die Steuerreform, die nach dem Parlamentsbeschluß über ihre Verwirklichung in zwei Stufen beendet worden war, ist durch das Herbstgutachten der fünf führenden wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute wieder aufgebrochen. Der Vorschlag, die zweite Stufe der Reform von 1988 auf 1987 vorzuziehen, stieß bei Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg jedoch auf Ablehnung. Demgegenüber wird er vom bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß unterstützt.

Strauß wies im Gespräch mit der WELT darauf hin, daß er wiederholt vorgeschlagen habe, die Steuerreform in einem Zug zum 1. Januar 1986 vorzunehmen. Dadurch wäre die Bundesrepublik Deutschland beim Abbau der Arbeitslosigkeit weiter vorangekommen, die „Agitation der SPD und des DGB" wäre noch wirkungsloser geblieben. Strauß: „Da diese Lösung leider nicht durchgesetzt werden konnte, obwohl sie finanziell und sachlich möglich und berechtigt war, begrüße ich den Vorschlag der Institute und hoffe, daß die Bundesregierung ihn einer genauen Überprüfung mit positivem Ergebnis unterzieht." Für Strauß ist das Vorziehen „nur der zweitbeste Vorschlag".

Demgegenüber betonte Finanzminister Gerhard Stoltenberg: „Jeder *kann sich äußern, wie er will,* wir bleiben bei dem, was wir beschlossen haben." Aus ökonomischen und sozialen Gründen hält Stoltenberg ein Vorziehen für nicht sinnvoll. Dies

SEITEN 2 UND 13:
Weitere Beiträge

könnte schwerwiegende Folgen für die Inflation und die Zinsen haben.

Wirtschaftsminister Martin Bangemann (FDP) erinnerte an sein Eintreten für die Reform in einem Schritt. Aber: „Es besteht nach der derzeit voraussehbaren Wirtschaftsentwicklung kein Anlaß, die Frage erneut aufzugreifen. Das Parlament hat die Steuerentlastung so beschlossen."

Die Gewerkschaften äußern Kritik an dem Vorschlag der Institute, bei den Wirtschaftsverbänden findet die Idee weitgehend Zustimmung. Das Mitglied des geschäftsführenden DGB-Vorstandes, Michael Geuenich, meinte, die zweite Stufe entlaste die Bezieher hoher Einkommen noch stärker als die erste Stufe und von ihr gingen noch weniger Impulse für die Stärkung der Massenkaufkraft aus. Dagegen sehen sich unter anderem der Bundesverband Deutscher Banken und der Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH) in ihren Auffassungen bestätigt, daß die binnenwirtschaftlichen Wachstumskräfte aktiviert werden sollten.

Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) bedauert, daß die Institute wiederum nicht auf die Notwendigkeit einer spürbaren steuerlichen Entlastung der Unternehmen eingegangen seien.

Im übrigen zeige das Gutachten nach Ansicht des Bundeswirtschaftsministeriums die weitgehende Übereinstimmung zwischen den Instituten und der Bundesregierung in den Grundfragen der Wirtschaftspolitik. Die Ansicht der Gutachter, in diesem und im nächsten Jahr werde die Zahl der Beschäftigten um insgesamt rund 340 000 steigen, sei eher die Untergrenze. Das Konzept der Bundesregierung, das auf eine dauerhafte Verbesserung der Beschäftigungslage über eine Stärkung der Marktkräfte, die Rückkehr zu soliden Staatsfinanzen und die Verbesserung der Wachstumsbedingungen gerichtet ist, erweise sich als erfolgreich.

DER KOMMENTAR

Steuer-Last

PETER GILLIES

Den Abstand zwischen zwei Steuererhöhungen nennt man Legislaturperiode, meinen Spötter. Heute gilt die Umkehrung als besonders schick: Steuersenkungen möglichst oft und möglichst deftig. Dieser Wettbewerb ist zu begrüßen. Die Wirtschaftsforschungsinstitute haben ihn mit ihrem gestrigen Gutachten belebt. Stoltenberg wiegelt ab, Franz Josef Strauß beflügelt ihn.

Es gibt gute Gründe, die Senkung von Steuern (und vor allem von Sozialabgaben) voranzutreiben. Die Belastung hat hierzulande Rekordhöhen erreicht und verringert sich auch durch die zweistufige Entlastung nur wenig. Aus Furcht vor wieder ausufernder Staatsverschuldung mit allen negativen Folgen für den Geldwert und die Zinsen hat sich diese Bundesregierung dem wichtigen Thema nur sehr vorsichtig genähert. Der wirtschaftspolitische Belebungseffekt ist arg defensiv betrachtet worden. In Wahrheit beflügeln Steuersenkungen nicht nur die Nachfrage, sondern stimulieren auf breiter Front die Wachstumskräfte und die Leistungsbereitschaft; zudem entschärfen sie Tarifkonflikte.

Das Argument, ein Vorziehen der für 1988 geplanten Entlastung auf 1987 sei ein billiger Wahlschlager, darf die Regierung gelassen betrachten. Erstens stammt der Vorschlag von neutraler wissenschaftlicher Seite; und zweitens braucht sich keine Regierung zu keinem Zeitpunkt dafür zu schämen, daß sie weniger rüde in die Brieftaschen und Lohntüten zu greifen gedenkt. Es wäre ein – nicht nur wirtschaftspolitisch – befreiender Schlag.

Freilich muß auch die noch immer sehr hohe Verschuldung des Staates ins Kalkül gezogen werden. Hier liegt die hausväterliche Sorge des Bundesfinanzministers. Die Debatte richtet jedoch den Blick auf die neunziger Jahre, auf die übernächste Steuerreform. Sie darf offensiv geführt werden.

Craxi sucht Einigung mit Spadolini

Staatspräsident Cossiga beauftragt Sozialisten-Chef mit Regierungsbildung

FRIEDRICH MEICHSNER, **Rom**

Bettino Craxi ist sein eigener Nachfolger: Der italienische Staatspräsident Cossiga hat den in der vergangenen Woche zurückgetretenen sozialistischen Minsterpräsidenten aufs neue mit der Regierungsbildung beauftragt.

Craxi will zunächst die Ansichten aller im Parlament vertretenen Parteien anhören, bevor er die eigentlichen Koalitionsverhandlungen – wahrscheinlich wieder mit den Christdemokraten, Sozialisten, Republikanern, Sozialdemokraten und Liberalen – aufnimmt. Er drang in einer ersten Erklärung nach der Beauftragung auf schnelle Beilegung der Krise, was sich allerdings als „nicht einfach" erweisen könnte.

Für eine zufriedenstellende Lösung reicht seiner Ansicht nach die Festlegung auf eine bestimmte Koalition nicht aus. „Es bedarf eines soliden und unter Gleichgesinnten zu treffenden Übereinkommens der politischen Kräfte über Prinzipien und Programme. Das trifft vor allem für die internationale Rolle Italiens und für das zu, was im Rahmen unserer Bündnisse zum Schutz und zur Verteidung von Frieden, Sicherheit und Unabhängigkeit der Nation getan werden muß."

Craxi hat sich noch nicht von vornherein auf die Reaktivierung der über die Abul-Abbas-Affäre auseinandergebrochenen Fünferkoalition fest-

SEITE 2:
Craxi wieder oben

gelegt, zu der es allerdings nach der in Rom vorherrschenden Überzeugung keine praktikable Alternative gibt. Er deutete eine derartige Lösung lediglich mit den Worten an: „Ich hoffe, daß sich schnell die Klärungen und notwendigen Konvergenzen unter den politischen Kräften erreichen lassen, *um die Kontinuität der Regierungsaktion* zu garantieren."

Politische Beobachter in der italienischen Hauptstadt sehen die Hauptschwierigkeiten für Craxi in einem Arrangement mit der Republikanischen Partei des bisherigen Verteidigungsministers Spadolini. Die republikanischen Minister waren aus Protest gegen die – ohne ihre Zustimmung – von Craxi und Außenminister Andreotti verfügte Freigabe des Palästinenserführers Abu Abbas zurückgetreten.

Sollte keine Einigung mit den Republikanern zustandekommen, könnte Craxi zwar auch mit einem Vierparteienkabinett regieren. Seine Parlamentsmehrheit wäre dann aber so gering, daß ihn bei Geheimabstimmungen schon wenige „Heckenschützen" aus dem Lager der Koalitionsparteien in Schwierigkeiten bringen könnten.

Außerdem erscheint es den meisten politischen Beobachtern sehr fraglich, ob die Christdemokraten der Ausbootung der ihnen traditionell eng verbundenen Republikaner zustimmen würden.

Gemeinsame Entschließung ist gescheitert

gba. **Bonn**

Die Koalitionsfraktionen werden keine gemeinsame Entschließung zur *Deutschlandpolitik* mit der SPD verabschieden sondern auf die Resolution vom 9. Februar 1984 verweisen. Vor dem Vorstand der CDU/CSU-Fraktion sagte Fraktionschef Alfred Dregger gestern, „der von Deutschlandpolitikern der CDU/CSU, SPD und FDP auf Wunsch der SPD unternommene Versuch, die Entschließung von 1984 nachzubessern hat sich nicht als hilfreich erwiesen." Die „operative Deutschlandpolitik" sei Sache der Regierung und nicht des Parlaments. Dregger hatte vor der Sitzung des Fraktionsvorstands mit dem Vorsitzenden der FDP-Fraktion, Wolfgang Mischnick, gesprochen. Mischnick hatte ebenso wie FDP-Chef Bangemann zuvor schon signalisiert, daß die Freien Demokraten nicht auf einer neuen gemeinsamen Entschließung bestehen würden.

Seite 12: Mischnick und Genscher

Bangemann: Vom Bundestag Regeln für Nürnberg

hey, **Bonn**

Die Regeln für die Neutralitäts*pflicht der Bundesanstalt für Arbeit* bei Streiks sollen jetzt doch nicht von Arbeitgebern und Gewerkschaften gemeinsam ausgehandelt werden. Sie sollen nach den Worten des FDP-Chefs, Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann, vielmehr vom Gesetzgeber aufgestellt werden. Bangemann kündigte gestern an, daß spätestens Anfang November ein Entwurf zur Novellierung des Paragraphen 116 des Arbeitsförderungsgesetzes (AFG) vorgelegt wird. Das Gesetz solle dann noch in dieser Legislaturperiode in Kraft treten. Bangemann zeigte sich nach einer Sitzung des FDP-Präsidiums „überzeugt", daß Bundeskanzler Helmut Kohl „in besonderem Maße" bei der Novellierung „mitmachen" werde. Er räumte aber ein, daß darüber bisher weder in der Koalition noch im Kabinett gesprochen worden ist.

Weinberger: Kreml erhält kein Vetorecht

US-Verteidigungsminister im Gespräch mit der WELT: SDI tangiert ABM-Vertrag noch nicht

kie. **Washington**

Die USA werden sich in ihren Entscheidungen über das Programm zur Weltraumverteidigung (SDI) durch *Störmanöver nicht* beirren lassen: „Wir sind nicht bereit, den Sowjets ein Vetorecht einzuräumen etwa in der Frage, ob wir die strategische Verteidigung einführen oder nicht", betonte US-Verteidigungsminister Caspar Weinberger in einem Interview, das er drei amerikanischen Kolumnisten und einem Redaktionsmitglied der WELT in Washington gab.

Das Interview erhielt besondere Bedeutung vor dem Hintergrund des *jüngsten* Streits *innerhalb* der Reagan-Regierung um die Frage der *Auslegung* des ABM-Vertrages. Gleichzeitig machte der Pentagon-Chef klar, daß der Disput der Exegeten von eigentlich akademischer Natur sei, denn das SDI-Programm sei noch längst nicht zu den ABM-relevanten Test- und Dislozierungsfragen vorgestoßen, lasse sich daher zur Zeit noch „unter jeder ABM-Interpretation" subsumieren. Wenn sich freilich im Verlauf des Forschungsprogramms Fragen der erweiterten Auslegung dessen, was unter ABM erlaubt ist, stellen sollten, dann würden die USA „prüfen, ob es für eine neue Interpretation Raum gibt, was viele in unserer Regierung – auch viele *Rechtsexperten* – schon jetzt sagen." Deshalb sei das gegenwärtige Festlegen auf eine „restriktive" Auslegung der ABM-Texte auch nur „eine temporäre Entscheidung".

Obwohl Weinberger mit dieser Darstellung nur wiederzugeben meinte, was auch Außenminister Shultz in San Francisco und später gegenüber den NATO-Außenministern in Brüssel vorgetragen hatte, weicht sein Interview doch von der diplomatischen Tonart ab, die vor allem George *Shultz im Blick auf die Bündnispart*ner und den bevorstehenden Gipfel gewählt hatte. Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher wird während getrennter Besuche bei beiden Ressortchefs, Shultz und Weinberger, die Breite der Definitionen zu SDI und ABM ausmessen können.

Ausführlich bezog sich der Verteidigungsminister auf den derzeit in Washington am meisten diskutierten Teil des ABM-Vertrages, einen seinerzeit von Russen und Amerikanern vereinbarten Anhangtext unter dem Buchstaben D („agreed statement D"). Dieses Dokument verpflichtet die Vertragsparteien in Fragen zukünftiger Technologien, die man 1972 noch nicht besaß oder kannte, in Diskussionen einzutreten, wie man solche zukünftigen Systeme, „die auf anderen physikalischen Prinzipien beruhen" (Laser, Teilchenstrahlen, etc.) mit dem ABM-Vertrag in Einklang bringen könnte. Ein „Veto" über zu*künftige amerikanische Entscheidun*gen stelle dies aber nicht dar, betonte Weinberger.

Schwerpunkte für Eureka

HH, **Bonn**

Die Außen- und Forschungsminister 18 europäischer Staaten sowie die Vertreter der EG-Kommission werden auf der Eureka-Konferenz im *November in Hannover* Ziele, Schwerpunkte und Kriterien einer verstärkten europäischen Zusammenarbeit in Forschung und Entwicklung festlegen. Die Vorstellungen der Partner über die finanzielle Dotierung gehen noch weit auseinander. Die Bundesregierung als Gastgeber der Konferenz hatte daher bereits in der vergangenen Woche die Erwartungen gedämpft. Bei der Vorbereitung der Konferenz wurden auch die in einigen Teilnehmerstaaten gehegten Pläne für einen multinationalen Eureka-Fonds zu den Akten gelegt.

Seite 13: Forschungspolitik

WELT erweitert Wetterbericht

DW. **Bonn**

Die WELT verbessert von heute an den Wetter-Service für ihre Leser. Sie veröffentlicht täglich meteorologische Daten aus 100 Orten: Mittags*temperaturen und Wetterangaben* von 37 deutschen und 63 ausländischen Meßstationen. Dazu gehören nicht nur die europäischen Hauptstädte und wichtigsten Großstädte in den USA und im Fernen Osten, sondern auch die beliebtesten Urlaubsorte in unseren Nachbarländern.

Schließlich ändert sich auch die tägliche Wetterkarte: Statt der bisher üblichen Darstellung, die die Wetterlage vom Vortage widergibt, veröffentlicht die WELT künftig eine Vorhersagekarte. Der erweiterte Wetterbericht steht wie bisher auf der Seite „Aus aller Welt".

ÖTV sucht bei der Lufthansa Profil

GERD BRÜGGEMANN, **Bonn**

Ein schönes Beispiel für die alte Lebensweisheit, daß hoher Gewinn nicht nur Freude, sondern auch Ärger bereiten kann, führen gegenwärtig die Gewerkschaft ÖTV und die Lufthansa vor. Die Fluggesellschaft erzielte im vergangenen Jahr ein ganz besonders gutes Ergebnis. Der Jahresüberschuß stieg um knapp 100 Millionen auf 162 Millionen Mark, und der Vorstand beschloß, *an diesem* Segen nicht nur die Aktionäre, sondern auch die rund 35 000 Mitarbeiter angemessen zu beteiligen. Er verdoppelte den zur Ausschüttung an die Lufthanseaten zur Verfügung stehenden Betrag auf 40 Millionen Mark.

Und damit begann Streit. Die Gewerkschaft ÖTV, die mit mäßigem Organisationsgrad vor allem die Interessen des Bodenpersonals vertritt, sah eine Gelegenheit, Profil zu gewinnen, und forderte, die Summe auf alle Mitarbeiter gleichmäßig zu verteilen, was 1 100 DM für jeden bedeuten würde. Der Vorstand der Lufthansa dagegen möchte in die Verteilung eine Leistungskomponente einbringen und zu einem Sockelbetrag von 850 Mark sechs Prozent eines Monatsgehalts zahlen, was zu einer Streuung zwischen 962 und 1832 Mark führen würde. Die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft (DAG), bei der in erster Linie das fliegende Personal organisiert ist, wollte gar einen 650 Mark-Sockel und zehn Prozent eines Monatsgehaltes.

Zu solchen Differenzierungen war es in den vergangenen 14 Jahren seit 1970, als die Lufthansa die Mitarbeiterbeteiligung einführte, nur im Jahr 1974 gekommen, als jeder elf Prozent seines Grundgehaltes erhielt. In den übrigen Jahren bekam jeder, sofern es überhaupt Gewinne zu verteilen gab, eine gleiche Beteiligung, deren Höhe zwischen 100 (1981) und 520 Mark (1983) schwankte, weil es nach Ansicht der Lufthansa bei so geringen Beträgen kaum etwas zu differenzieren gab.

Während die DAG den Lufthansa-Vorschlag gleich akzeptierte, beharrt die ÖTV auf ihrer Forderung. Sie veranstaltete eine Urabstimmung, die am 18. Oktober begann und am 24. Oktober beendet sein soll. Ihre Rechnung ist einfach. Um in der Abstimmung Erfolg zu haben, müssen 75 Prozent der ÖTV-Mitglieder bei der Lufthansa zustimmen; das sind etwa 9000 bis 10 000 Beschäftige. Von den 35 000 Lufthansa-Mitarbeitern dürften rund 24 000 mehr Geld als nach dem Vorschlag ihres Arbeitgebers erhalten, wenn wohl auch nur 4000 mehr als 100 Mark.

Warum die Gewerkschaft die Urabstimmung mit einer ganz anderen Frage, nämlich über eine Vorruhestandsregelung, über die schon fast eine Einigung erzielt war, verknüpft hat, bleibt ihr Geheimnis. Offenbar geht es ohnehin weniger um Sach- als um Organisationsfragen. Ob sich 75 Prozent der ÖTV-Lufthanseaten zur Forderung ihrer Gewerkschaft bekennen werden, ist naturgemäß noch offen.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Sub kann super sein

Von Peter Gillies

Im Austausch politischer Meinungen gehen bestimmte Formeln wegen ihrer Glätte besonders elegant von Mund zu Mund. Die Warnung: „Die Bundesrepublik Deutschland darf bei SDI kein Subunternehmer der Amerikaner werden", gehört dazu. Wer möchte schon, so wird damit suggeriert, lediglich ein sklavischer Zulieferant für die Supertechnologie anderer sein? Der Schluß liegt nahe oder wird nahegelegt: SDI macht abhängig, Eureka dagegen frei.

Die Bundesrepublik Deutschland ist die zweitgrößte Handelsnation der Welt. Sie produziert vieles, beileibe aber nicht alles. Das wäre auch töricht, weil sie sich erstens übernähme und zweitens die Gesetze der internationalen Arbeitsteilung mißachtete. Auf vielen hochinteressanten Märkten ist die Bundesrepublik „Subunternehmer" oder Zulieferer und fühlt sich pudelwohl dabei. Mit intelligentem Know-how zu einem Prozeß beizutragen ist allemal ertragreicher, als von ihm ausgesperrt zu sein. Manche deutsche Firma von Weltgeltung ist zu Recht stolz darauf, daß ihre Lieferungen rund um die Erde in Kraftwerken, Autos oder Maschinen tadellos funktionieren. Von Gefühlen verabscheuungswürdiger Abhängigkeit über diese Verknüpfung ist hierorts jedenfalls nichts bekannt.

Eher andersherum: Wegen der hochkomplizierten Technik ist der Zulieferer oft der Herr (und keineswegs der Sklave) der Produktion. Ein Auto mit Karosserie und vier Rädern können viele bauen, aber eines mit Elektronik, ABS-System und Katalysator nur wenige. Nicht nur bei diesem Produkt, sondern wohl auch bei einem Raketenabwehrsystem im Weltraum dürfte die Qualität der vielen Zulieferer über die Güte des Gesamtprojekts entscheiden. Und hier hat der „Subunternehmer Bundesrepublik" schon einige Spitzentechnologien anzubieten, die er gern wahrnähme, wenn die Politik den nötigen Rahmen dafür schaffte.

Wirtschaftlich ist der Subunternehmer also kein Begriff der Herablassung. Politisch könnte man sich vielleicht darüber streiten, ob die FDP ein solcher der CDU ist. Ob Sub- oder Generalunternehmer – für Projekte wie SDI taugt die Definition nicht.

Ende des Piksens

Von Günther Bading

Es war am späten Abend des 9. Februar 1984, als sich die Fraktionen der Koalitionsparteien CDU/CSU und FDP mit der SPD auf eine gemeinsame Entschließung zur Deutschlandpolitik einigten. Man war in allen drei Fraktionen froh, in diesem zentralen Thema einen Text gefunden zu haben, mit dem man nicht nur leben, sondern den man bejahen konnte. Die CDU sprach in jener Debatte von einem „bemerkenswerten Tag". Der Redner der sozialdemokratischen Fraktion wertete die Einigung sogar zur „kleinen politischen Sensation" auf. Und der Freidemokrat Ronneburger hob hervor, daß „trotz unterschiedlicher Standpunkte in nachrangigen Einzelfragen" ein tragfähiger Konsens formuliert worden sei. Der SPD-Redner Heimann sprach von einer „dauerhaften Grundlage" für eine gemeinsame Deutschland- und Berlin-Politik der drei Fraktionen.

Man muß sich schon fragen, von welcher „dauerhaften" Grundlage die Rede gewesen ist, wenn die SPD jetzt wieder auf eine neue Entschließung drängt. Könnte es denn sein, daß der FDP-Fraktionschef Mischnick recht hat und es dem einen oder anderen tatsächlich nur darum geht, auch auf diesem Feld Meinungsstreit zu dokumentieren und „ein bißchen zu piksen, vielleicht ein bißchen Ärger zu machen"?

Der Vorstand der CDU/CSU-Fraktion hat gestern das Richtige getan, als er beschloß, auf die gemeinsame Entschließung zur Deutschlandpolitik vom vergangenen Jahr zu verweisen. Dieser Resolution haben alle Fraktionen mit Ausnahme der Grünen zugestimmt. Wer diese Gemeinsamkeit heute nicht mehr mittragen kann, muß das offen bekennen. Wer zu ihr steht, muß sich allerdings versagen, hier und da ein bißchen zu „piksen", wie es Mischnick formuliert hat. Mischnick gebrauchte diesen Ausdruck einen Tag nachdem der von seiner Partei gestellte Bundesaußenminister mitgeteilt hatte: „Ich könnte dem Entwurf so zustimmen, wie er vorliegt."

Grundsatzfragen müssen geklärt werden, aber für parteitaktisches Gezänk ist die Deutschlandpolitik nicht das rechte Feld – auch nicht, wenn der Termin der Bundestagswahl immer näher rückt.

Craxi wieder oben

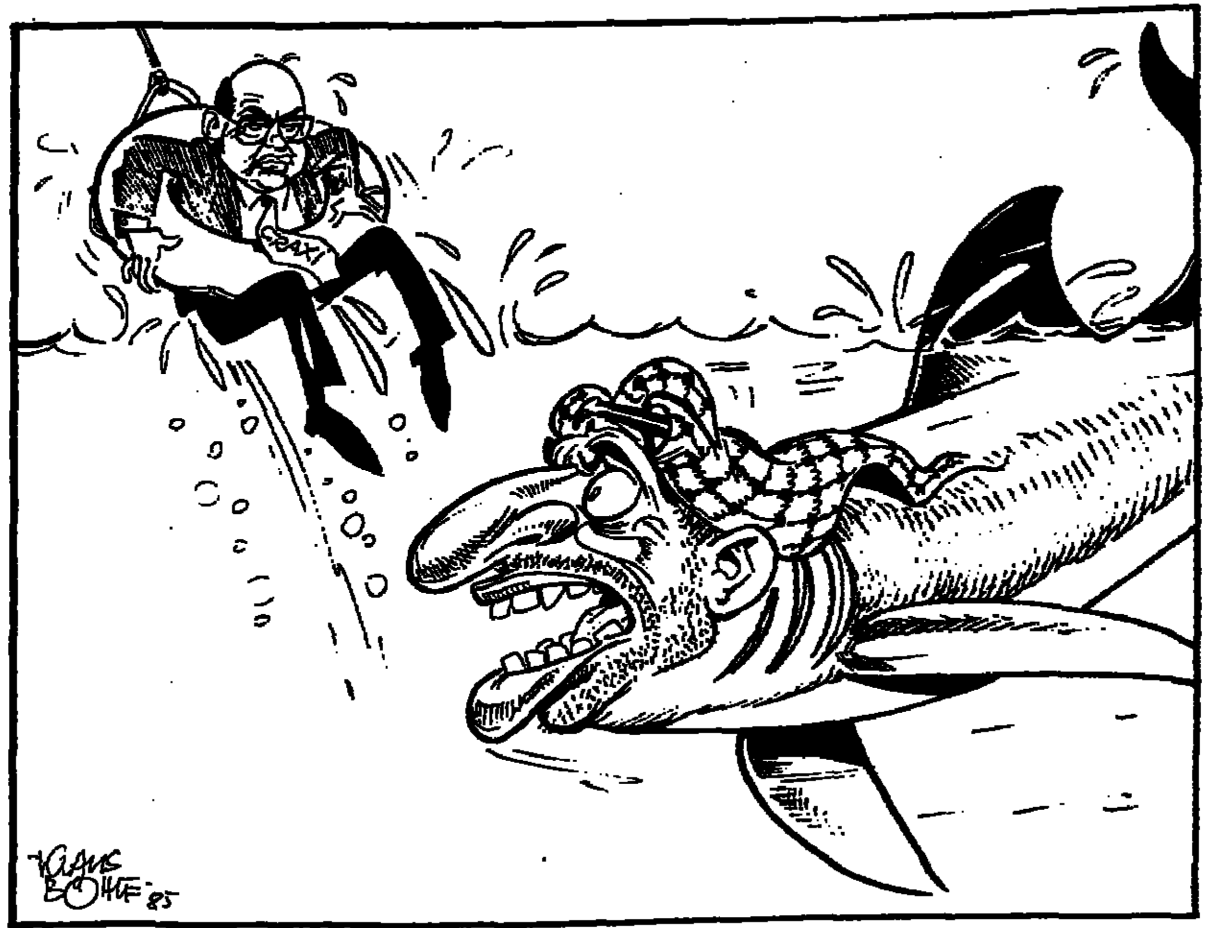
Von Friedrich Meichsner

Nach dem schweren Herbstgewitter der „Achille-Lauro"-Affäre beginnt der Himmel über Rom schneller als erwartet wieder aufzuklaren. Die Schäden scheinen sich in Grenzen zu halten und reparabel zu sein. Craxi, von Staatspräsident Cossiga aufs neue mit der Regierungsbildung beauftragt, will den Konsens unter den Parteien der Fünferkoalition wiederherstellen. Leicht wird ihm das nicht fallen, aber die Chance, daß er Erfolg hat, ist durchaus gegeben.

Der in der vergangenen Woche zum Rücktritt als Ministerpräsident gezwungene und jetzt wiederbeauftragte Sozialist ist als Sieger aus den Auseinandersetzungen der letzten zwei Wochen hervorgegangen. Das ist zumindest der Eindruck, den die breite Öffentlichkeit des Landes gewonnen hat. Er bot Washington die Stirn, als dessen Militärorgane in dem Bestreben, den mutmaßlichen palästinensischen Chefterroristen Abul Abbas dingfest zu machen, zeitweise den Eindruck erweckten, als wollten sie auf dem Territorium Italiens Funktionen ausüben. So verständlich das in der Sache gewesen sein mag, in der Form wurde dadurch der Verhaltenskodex im westlichen Bündnis souveräner Staaten verletzt.

Im eigenen Land populärer denn je und von den Amerikanern, wie der Wochenendbrief Reagans an „dear Bettino" zeigt, als Partner eher auf- als abgewertet, kann Craxi jetzt die Koalitionsverhandlungen mit den Christdemokraten, Sozialdemokraten, Liberalen und vor allem mit den Republikanern von einer Position der Stärke aus aufnehmen. Sein großer Rivale der vergangenen beiden Wochen, der republikanische Verteidigungsminister Spadolini, steht in der öffentlichen Meinung als Störer da, scheinbar im Stich gelassen sogar von seinen amerikanischen Freunden. Dies, obwohl seine Argumente, daß der internationale Terrorismus bedingungslos bekämpft und die westliche Nahost-Politik besser koordiniert werden müsse, sicherlich alles andere als unvernünftig sind.

In dieser Situation ist nur zu hoffen, daß Craxi der Versuchung widersteht, seinen Erfolg voll auszukosten. Zeigt er als Sieger Mäßigung und kommt er Spadolini in der Sache entgegen, dürfte die römische Krise überwunden werden.



„Du bist fein raus!" KLAUS BÖHLE

Ein Dutzend Schachbretter

Von Herbert Kremp

Auf die Frage, was es einer Weltmacht so schwer mache, Weltmacht zu sein, gibt es eine fast banal klingende Antwort: Sie muß sich zu gleicher Zeit mit einer Vielzahl kritischer Entwicklungen beschäftigen, hat aber, wie jede beliebige andere Macht, nur eine verantwortliche Regierung, zuzusagen nur einen Kopf: Urteilen und Entscheiden sind dort ineinander verschränkt.

Die vom Weißen Haus bestätigte Nachricht, wonach kurz vor der amerikanischen Aktion gegen die Entführer der „Achille Lauro" ein Funkgespräch zwischen Präsident Reagan und seinem Verteidigungsminister Weinberger abgehört worden sei, gibt uns einen Einblick in den Schwierigkeitsgrad aktueller Entscheidung. Weinberger – in einem Flugzeug sitzend – habe „alle Optionen", auch die Gefahren für die amerikanisch-ägyptischen Beziehungen, vorgetragen, der Präsident – in einem anderen Flugzeug – habe angeordnet, die ägyptische Maschine mit den PLF-Piraten zur Landung zu zwingen.

Der Vorgang ist, für sich betrachtet, normal. Aus der Kenntnis und Verantwortung seines Ressorts mußte Weinberger darlegen, daß eine militärische Operation, die Ägypten und Italien berührte, zu Komplikationen führen könnte. Sie sind eingetreten. Der Präsident entschied als der „erste Amerikaner". Der Nation war zu jenem Zeitpunkt bekannt, daß an Bord des Kreuzfahrtschiffes ein Amerikaner jüdischer Herkunft, Geschäftsmann in New York, infolge einer Herzerkrankung an den Rollstuhl gefesselt, von den Piraten erschossen und ins Meer geworfen worden war. Amerika war zutiefst empört, und Ronald Reagan sah eine Gelegenheit und die Notwendigkeit, den international operierenden Terroristen eine Niederlage beizubringen. Der Plan sah vor, die Seeräuber und ihre Anführer vor ein amerikanisches Gericht zu bringen. Reagan telephonierte während der Abfang-Aktion mit Craxi. Auf dem sizilianischen Flughafen Sigonella kam es zu einer Konfrontation zwischen bewaffneten Italienern und Amerikanern. Die Terroristen blieben in italienischer Hand, die Regierung in Rom ließ deren Chef, Mohammed Abbas, nach Jugoslawien ausreisen.

Aus diesem Hintergrund entwickelten sich Folgen, die ein beredtes Zeugnis für die Labilität internationaler Beziehungen ablegen. Die italienische Regierung, über das freie Geleit für Abbas zerstritten, fiel auseinander. Das politische System verfügt allerdings über eine bemerkenswerte Elastizität – Craxi gibt nicht auf. Bei dem NATO-Verbündeten, der die Raketen-Nachrüstung innenpolitisch besser bewältigte als andere, wird jedoch etwas zurückbleiben, was Reagans freundlicher Brief und die Entsendung des stellvertretenden US-Außenministers Whitehead nicht ausräumen können: die Neigung nämlich, die Mittelmeer-Interessen des Landes, Nahost mit eingeschlossen, deutlicher gegen den amerikanischen Einfluß abzugrenzen. Die Leitfigur dieser Politik heißt Giulio Andreotti – falls der Außenminister die Krise übersteht.

Schwieriger ist die Stabilisierung der ägyptisch-amerikanischen Beziehungen, um die sich ebenfalls Reagan persönlich und sein Botschafter Whitehead bemühen. Mubaraks Rolle bei der Aktion gegen die Terroristen war undurchsichtig. Die emotionelle, amerikafeindliche Reaktion in seinem politisch und wirtschaftlich labilen Land läßt ihm jedoch wenig Spielraum. Der Erbe Sadats sieht sich einer wachsenden Opposition gegen den Friedensvertrag mit Israel und gegen die finanzielle Abhängigkeit von Washington ausgesetzt. Bevölkerungswachstum, hohe Verschuldung (mehr als zwanzig Milliarden Dollar), der Rückstrom von Gastarbeitern aus den Golfstaaten, Arbeitslosigkeit, Rückgang der Öleinkünfte und abenteuerliche Nahrungsmittel-Subventionen bilden ein explosives Gemisch. Staaten in solcher Krisenlage reagieren erfahrungsgemäß mit einer Radikalisierung ihrer Außenpolitik. Deshalb die Frage: Wie stark ist Mubarak?



Dem Terror begegnen: Frau Klinghoffer (r.), Tochter FOTO: AP

An das amerikanische Krisenmanagement werden höchste Anforderungen gestellt. Die Situation in Libanon, Syriens Politik, der Golfkrieg, die Umwälzung in Sudan, Khadhafis Spiele und die drohende Abdrift Griechenlands von der NATO sind für die Weltmacht nur schwer beeinflußbar, verändern aber das Kräfteverhältnis. Um beim letzten Beispiel zu bleiben: Im Juli 1983 wurde das amerikanisch-griechische Stützpunktabkommen – es umfaßt vier große und zwanzig kleine Militärbasen – um fünf Jahre verlängert. Der NATO-Partner Athen legt das Abkommen jedoch als einen „Schlußakkord" aus, dem der Abzug der Amerikaner folgen soll. Man weiß nicht, was bis Ende der achziger Jahre in Griechenland geschieht. Jedenfalls zögern die Amerikaner, ihre Stützpunkte zu modernisieren, und denken vorsorglich an eine Auslagerung nach Italien und in die Türkei. Der griechisch-türkische Dauerkonflikt engt die Bewegungsfreiheit Washingtons jedoch erheblich ein.

Die amerikanische Weltpolitik *gleicht einer simultanen* Schachpartie an einem Dutzend Brettern. Die Missionen in Italien und Ägypten, die Auseinandersetzung mit Athen wegen der beiläufigen Äußerung des US-Diplomaten Keely, Griechenland habe früher in einer „Klientel-Beziehung zu den USA" gestanden, und schließlich die Warnungen an den umstrittenen philippinischen Präsidenten Marcos, die der einflußreiche amerikanische Senator Paul Laxalt im Auftrag Reagans in Manila zu überbringen hatte, sprechen für ein übermäßiges Engagement zu gleicher Zeit. In Washington und New York bereitet sich der Präsident auf das Gipfeltreffen mit Verbündeten und mit dem Chef der anderen Weltmacht, Gorbatschow, vor. Der Ost-West-Konflikt bleibt Thema Nummer eins, wirkt aber direkt oder indirekt auf alle anderen Krisen ein. Napoleon, von dem gesagt wird, er habe zahlreiche Probleme „gleichzeitig" zu behandeln vermocht, hatte es wahrscheinlich leichter.

IM GESPRÄCH Charlotte Fera

Ein Whisky am Abend

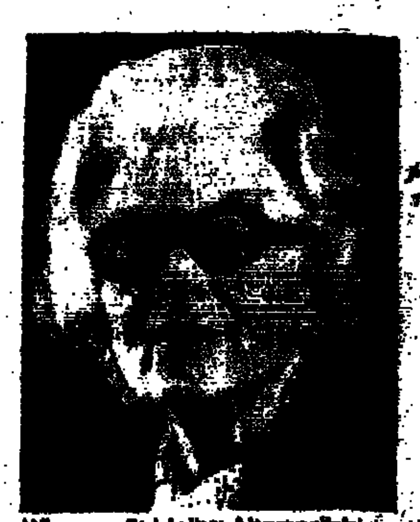
Von Herbert Schütte

Vor dem Hotel "Bucuresti" im Zentrum der rumänischen Hauptstadt war es stockdunkel: Die Energie-Krise ließ die Lichter ausgehen. Charlotte Fera, Mitglied der Hamburger CDU-Bürgerschaftsfraktion auf Erkundungsreise in Bukarest und Siebenbürgen, griff nach dem Arm eines Kollegen: „Darf ich mich bei Ihnen einhaken?" Für die Alterspräsidentin des hanseatischen Landesparlaments ist diese Bemerkung atypisch: Die weißhaarige Dame ist ganz und gar nicht anleitungsbedürftig, sondern besitzt eine Vitalität, um die sie manche Nachwuchskraft des Landesparlaments beneidet.

Die geborene Bremerin, die seit 1957 der Hamburger Bürgerschaft angehört, lieferte erst im Sommer für diese Vitalität einen neuen Beweis: Nach der sehr anstrengenden Rumänien-Reise der Fraktion flog sie zu einer Tagung der Europäischen Volkspartei nach Madrid; nur wenige Tage Ruhe gab es dann bis zum Flug nach Nairobi, wo die Generalsekretärin der Weltunion Christlich Demokratischer Frauen am Weltfrauen-Kongreß teilnahm. Das alles geschah innerhalb von vier Wochen.

Die dienstälteste Hamburger Parlamentarierin, die gestern auf Vorschlag der Hamburger Frauenorganisation das Große Bundesverdienstkreuz erhielt und am Donnerstag anläßlich ihres achtzigsten Geburtstages von Bürgerschaftspräsident Peter Schulz mit einem Empfang geehrt wird, vermerkte keinerlei Anstrengung. „Ich weiß nicht, wie ich mich frisch halte; ein Glas Whisky am Abend – das ist alles, was ich für meinen Körper tue", sinniert Frau Fera. „Ich glaube, es liegt auch ein bißchen an meiner Kindheit." Die bestand aus dem gewiß nicht bequemen Leben auf dem niedersächsischen Bauernhof der Mutter.

Die CDU-Abgeordnete, die bekennt: „Ich bin stolz auf mein Alter", hat sich als weibliche Politikerin nie



Wie man fit bleibt: Alterspräsidentin Fera FOTO: KLAUS

von den Männern unterdrückt gefühlt. Sie lehnt daher auch jede Form von Quotierung für Frauen bei Kandidatenaufstellungen strikt ab. Sie fordert hingegen: „Mehr Frauen ins Parlament, aber durch Leistung." Frauenpolitik darf nach ihrem Verständnis „nicht als Konfrontation zu den Männern betrieben werden".

Ob sie selbst für die nächste Bürgerschaftswahl in einem Jahr noch einmal kandidiert? Jüngere Fraktionsmitglieder rätseln darüber. Die Dame, der das spitzbübische Lächeln außerordentlich gut steht, sagt nur sibyllinisch, daß sie „noch lange weitermachen und viel dazulernen möchte". Sie hat sich in dieser Legislaturperiode auf ein bisher für sie unbekanntes Gebiet, auf neue Technologien, konzentriert. Gestern morgen stand die innovative Dame im Bäckerladen eines CDU-Mittelstandspolitikers, um den „Brotpfennig" für „Brot für die Welt" zu kassieren. Fit bleiben durch Einsatz für das Gemeinwohl – dieses Rezept hat Charlotte Fera drei politische Jahrzehnte lang in Hamburg mit Erfolg angewandt.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Kölner Stadt-Anzeiger

Er schreibt zur CDU im Rheinland:

Der Vorgang ist in der Nachkriegsgeschichte deutscher Parteien ohne Vorbild: Der größte Landesverband der CDU, der des Rheinlandes, wählt auf einem Parteitag einen bis dahin weithin unbekannten Oberbürgermeister, ansonsten ohne Parteiamt und Würden, zu seinem Vorsitzenden. Das sieht aus wie der Offenbarungseid nach der demoralisierenden Wahlniederlage vom 12. Mai. Doch die Schlußfolgerung, Dieter Pützhofen gleiche dem Einäugigen, der nur unter Blinden habe König werden können, wäre zumindest voreilig. Die von ihm personifizierte Mischung aus Charme, Intelligenz, Selbstvertrauen und Entschlossenheit berechtigt durchaus zu Hoffnungen. Ob daraus die von der Partei ersehnte Führungskraft erwächst, muß sich noch erweisen. Gemessen an Bernhard Worms jedenfalls wirkt Pützhofen wie der Phönix aus der Asche.

Offenburger Tageblatt

Es geht auf die DGB-Aktionswoche ein:

Das Problem unserer Zeit ist der Zusammenprall einer ungeheuren technologischen Umwandlung mit der demographischen Welle der geburtenstarken Jahrgänge, die erstmals ins Erwerbsleben drängen. Ein solches Problem kann man nicht auf der Straße lösen. Man kann es jedoch mit all seinen schweren menschlichen Konsequenzen für Millionen von Mitbürgern ins allgemeine Bewußtsein rücken. Das ist geschehen, nicht immer glücklich und überzeugend angesichts der Überfrachtung mit ideologischen und parteipolitischen Schlagworten, aber der befürchtete „heiße Herbst" blieb aus.

THE TIMES

Die Londoner Zeitung kommentiert die Bevölkerungspolitik in China:

Die Einschränkung des chinesischen Bevölkerungswachstums ist zu einem Preis erzielt worden, und für viele Chinesen ist dieser Preis zu hoch gewesen. Die Ein-Kind-Politik hat die angenommenen Interessen des Kollektivs über die Interessen des Individuums gestellt, und das in einem Ausmaß, wie es selten in einem kommunistischen Land gesehen wurde. Aber die Probleme, die China jetzt durchmacht, sind gering verglichen mit den Problemen, die in der Zukunft entstehen könnten. Die Ein-Kind-Politik verändert die ganze traditionelle Struktur der chinsischen Gesellschaft. Ein Einzelkind wird es schwer haben, zwei Elternteile im Alter zu versorgen. So wird eine größere Last auf den Staat verlagert.

LE QUOTIDIEN DE PARIS

Er meint zur Lage in Südafrika:

Auf die Gefahr hin, bestimmte Empfindungen zu brüskieren, muß gesagt und wiederholt werden, daß Außenpolitik nicht von moralischen Entscheidungen oder vorübergehenden Erregungen bestimmt werden kann ... Im externen Bereich muß die freie Welt achtgeben, daß sie ihre Finger nicht in ein Räderwerk hält, das letzten Endes nicht der Emanzipation der Schwarzen dient, sondern dem Sturz des südlichen Kegels Afrikas in die sowjetische Einflußsphäre ... Jene, die heute die Zauberlehrling-Rolle spielen, könnten morgen die ersten sein, die sich an die Brust schlagen und sagen: „Das haben wir nicht gewollt." Genauso, wie sie die Roten Khmer in Kambodscha nicht gewollt haben.

Die Konjunktur blüht erstaunlich – wenn man sie läßt

Rahmenbedingungen im Bund und in Hessen / Von Hans-Jürgen Mahnke

Der konjunkturelle Verlauf in der Bundesrepublik scheint in seinem Grundmuster wieder Anschluß an den der fünfziger und sechziger Jahre gefunden zu haben. Die Experten der fünf führenden wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute sagen für 1986 schon das vierte Jahr – konjunkturell bereits ein biblisches Alter – eines lang anhaltenden Aufschwungs voraus, dessen Ende nicht in Sicht ist. So rechnen sie für das übernächste Jahr mit einer Wachstumsrate, die ungefähr der entsprechen dürfte, die im laufenden Jahr zustande kommt.

Die Grundtendenz der Wirtschaft ist also wieder aufwärts gerichtet. Schwankungen zeigen sich nur in den Zuwachsraten um diesen Trend herum. Über die Fortsetzung des Aufschwungs besteht ein Konsens zwischen den Instituten. Diesmal gibt es erstmals seit Jahren kein Zeichen der Unsicherheit in der Form eines Minderheitsvotums.

Allerdings besteht auch Übereinstimmung darüber, daß der Wachstumspfad nicht mehr so steil ist wie in den fünfziger und sechziger Jahren. Dies hat Folgen für den Arbeitsmarkt, auch wenn sich hier die Situation allmählich bessert. Die Zahl der Erwerbstätigen ist seit dem Tiefpunkt im ersten Vierteljahr 1984 um fast eine Viertelmillion gestiegen. Rund ein Drittel davon erklärt sich daraus, daß die Unternehmen den Appellen gefolgt sind und vermehrt Lehrstellen geschaffen haben. Bemerkenswert ist aber auch, daß erstmals seit vielen Jahren die Zahl der Selbständigen wieder steigt.

Trotz des beachtlichen Anstiegs der Beschäftigung, so die Institute, blieb die Zahl der Arbeitslosen bis zuletzt unvermindert hoch. Wegen der geburtenstarken Jahrgänge nahm die Zahl der Erwerbspersonen zum einen zu. Zum anderen suchen, da sie wieder Hoffnungen schöpfen, nun auch solche Personen wieder Arbeit, die schon resigniert hatten.

Dabei wird es auch im nächsten Jahr bleiben. Die Institute rechnen zwar mit einer Zunahme der Beschäftigtenzahl um 200 000. Aber die Zahl der registierten Arbeitslosen dürfte nur um 50 000 sinken. Der Aufschwung ist nicht kräftig genug, um das Einstellunsverhalten der Unternehmen grundlegend zu beflügeln. Auch die Institute rechnen nicht damit, daß die Zahl der Arbeitslosen noch in diesem Jahrzehnt jahresdurchschnittlich unter zwei Millionen rutschen wird.

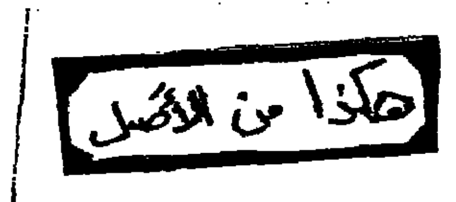
Sie mahnen daher eine offensivere Wachstumsförderung an. Dazu zählen keine staatlichen Beschäftigungsprogramme, sondern vor allem günstigere Bedingungen für Investitionen. Sie plädieren daher für Steuersenkungen. Vor allem sollte die zweite Stufe der beschlossenen Steuerreform von 1988 auf 1987 vorgezogen werden. Dies hätte auch den Vorteil, daß die Bundesrepublik aus der internationalen Schußlinie herauskäme. Wegen der erheblichen außenwirtschaftlichen Überschüsse wird die Bundesregierung bereits gedrängt, mehr für die Ankurbelung der Binnenkonjunktur zu tun. Und die Überschüsse steigen kräftig weiter – auf 50 Milliarden Mark in der Leistungsbilanz.

Beim Abbau der Arbeitslosigkeit verlassen sich die Experten bei ihren Rezepten nicht nur auf den Wachstumsprozeß. Zu recht streichen sie auch die Rolle der Lohnpolitik heraus. Sie sollte sich nicht in erster Linie an durchschnittlichen Steigerungsraten orientieren, sondern die Abschlüsse sollten nach Branchen und Regionen differenziert werden. Dies könnte zum Beispiel auch über Sonderzahlungen erreicht werden.

Bei so viel Licht gibt es auch Schatten, zumindest Risiken. Zum einen liegen sie im Welthandel. Da die Bundesrepublik immer stärker vom Export abhängig wird, würde ein weiter ausufernder Protektionismus sie hart treffen. Zum anderen müssen die Bedingungen so sein, daß die Investitionen, der stärkste Motor für die Konjunktur im nächsten Jahr, nicht behindert werden.

Daß es sich hier nicht um eine Selbstverständlichkeit handelt, zeigt der Fall Hessen. Wenn das rot-grüne Bündnis Genehmigungen für neue Anlagen, mit welcher Begründung auch immer, verzögern sollte, so wäre der Zusammenhang bereits offensichtlich. Hinzu kommt, daß bereits die Ankündigug einer solchen Koalition gerade im mittelständischen Bereich für Verunsicherung sorgt. Dieses ist nicht gerade der Nährboden, der notwendig ist, wenn mehr wachsen soll. Der Hinweis, es werde zu einer Verlagerung der Aktivitäten auf andere Bundesländer kommen, ist für die Hessen kein Trost, für die Gesamtwirtschaft aber auch nicht. Denn manches bleibt schließlich doch auf der Strecke.

Wenn Unternehmen darauf hinweisen, setzen sie die Politik nicht unter Druck. Sie können aber die Umstände nicht einfach negieren. Die politischen Rahmenbedingungen, die stimmen müssen, sind mehr, als in einer bestimmten Staatsquote zum Ausdruck kommt. Auch hier liegen Unterschiede zu den fünziger und sechziger Jahren.



Im Modell beben Japans Hochhäuser schon vor dem Bau

Die Erde ist unruhig, sie bebt in Mexiko, in Japan, in der Sowjetunion und New York. Die Katastrophenbilder aus Mexico City müssen vor allem die Weltmetropolen mit ihren Hochhäusern schrecken. Da ist zum Beispiel Tokio, doch gerade dort glaubt man gute Vorsorge getroffen zu haben.

Von FRED de LA TROBE

Es war schon nach neun Uhr abends, doch im Dachrestaurant des Kasumigaseki Building in Tokio waren noch fast alle Tische besetzt. Da brach urplötzlich das seit 56 Jahren stärkste Erdbeben in der japanischen Metropole los – mit einer Intensität von 6,3 auf der nach oben offenen Richterskala. Die Erschütterungen dauerten genau 33 Sekunden. Das 156 Meter und 36 Stockwerke hohe und weithin sichtbare Kasumigaseki-Bürohaus, der erste Wolkenkratzer Japans, schwankte bedenklich. Im Dachrestaurant empfand man wie auf einem Ozeandampfer bei hohem Seegang. Die Kronleuchter schwankten heftig, Teller, Gläser und Flaschen klirrten. Einige Gäste sprangen alarmiert von ihren Stühlen auf. Die für solche Fälle gut vorbereiteten Ober eilten sogleich mit beruhigenden Zurufen von Tisch zu Tisch: „Bitte keine Aufregung! Dieses Gebäude ist nach moderner Technik erdbebensicher gebaut. Es wird nichts geschehen."

Das Kasumigaseki Building wurde 1963 mit einer Stahlrahmenkonstruktion und den damals neuesten Baumethoden besonders nach Gesichtspunkten der Erdbebensicherheit errichtet. Mehrere Jahre lang blieb es das höchste Bürogebäude Tokios. Heute wird es von einigen fünfzig- bis sechziggeschossigen Wolkenkratzern in anderen Bezirken der Stadt überragt. Bei den kürzlichen heftigen Erdstößen in der japanischen 12-Millionen-Metropole, immerhin den stärksten in Tokio seit 1929, wurden nur 15 Personen verletzt – meist von fallenden Haushaltsgegenständen – es entstand jedoch kein nennenswerter Sachschaden.

Seit 1981 gelten strengste Bestimmungen

Aber: Häuser, Gebäude, Leitungsmasten und Stadtautobahnen schwankten, die Wolkenkratzer bis zu einer Minute, der Zug- und U-Bahn-Verkehr wurde zeitweise eingestellt, doch insgesamt kam Tokio – ganz im Gegensatz zu Mexico City – mit dem Schrecken davon.

„Auf dem Gebiet des erdbebensicheren Bauens ist Japan heute die Nummer eins in der Welt", erklärt Saburo Tamura, bis vor kurzem Leiter der staatlichen Wohnungsbaubehörde. Seit 1981 gilt für ganz Japan ein Gesetz über Baustandards, das verschärfte Mindestanforderungen stellt. Je nachdem, ob es sich um Holzhäuser, Stahlbetonbauten oder mit Stahlskeletten verstärkte Betonkonstruktionen handelt, gibt es detaillierte Vorschriften. Besonders strenge Bestimmungen gelten für Krankenhäuser, Theater, Warenhäuser und andere Gebäude mit hoher Besucherfrequenz. Allgemein gilt, daß Bauten bis zu zehn Stockwerken – abgesehen von Holzhäusern – mit verstärktem Stahlbeton und noch höhere Gebäude mit von Stahlskeletten verstärktem Stahlbeton errichtet werden müssen. Die wegen der Erdbebengefahr allgemeine Begrenzung der Bauhöhe auf 31 Meter und zwölf Stockwerke fiel mit der verbesserten Technik schon Anfang der sechziger Jahre fort.

Genau festgelegt sind die Länge und Breite von Wänden und Mauern, die Stärke und Häufigkeit von Pfeilern, Säulen und Stützen, die Anlage des Fundaments, die Qualität des Materials, die Verbindung der einzelnen Bauglieder, die Zahl und der Umfang der durch den Beton gezogenen Stahlstangen und vieles andere. Die Struktur und Formgebung der Bauten muß den dynamischen und statischen Widerstand ebenso berücksichtigen wie die Absorption der von dem Beben ausgehenden Energie, die erlaubte seismische Belastung und noch ungefährliche Deformationen.

Die so konstruierten Gebäude gelten als erdbebensicher. In den Hochhäusern sind die Schwingungen allerdings stark, und zwar besonders in den mittleren Stockwerken, in denen es noch mehr wackelt als in den oberen Etagen. Vorsorge gegen herabfallende Gegenstände ist in diesen Bauten daher besonders angebracht. Heute werden vor dem Bau eines Hochhauses in Modellen künstliche Erdbeben bis zur Stärke acht auf der Richterskala erzeugt. Dabei testet ein Computer, ob der Bau der Belastung standhalten kann.

Als ebenso erdbebensicher gelten auch die Schächte des U-Bahn-Netzes von Tokio. Die Verantwortlichen des Katastrophenschutzes sorgen sich jedoch, daß unter der Erde eine Panik ausbrechen könnte, wenn das Licht ausfällt. Das Beispiel des letzten Großbebens in Japan zeigte, daß die nach moderner Technik konstruierten Bauten unversehrt blieben, ältere Häuser und Gebäude dagegen einstürzten oder beschädigt wurden. Das Erdbeben, das sich 1978 im Umkreis der nordjapanischen Stadt Sendai ereignete, erreichte eine Stärke von 7,4 auf der Richterskala. 26 Menschen kamen ums Leben, über 10 000 wurden verletzt. Die meisten Opfer wurden von zusammenbrechenden Gebäudeteilen oder Mauern getroffen, die vielfach auch anliegende Straßen und die Anfahrt von Kranken- und Feuerwehrwagen blockierten.

Eine verhältnismäßig ungünstige Konstellation ergibt sich für Tokio aus der in weiten Teilen der Stadt mangelnden Bodenfestigkeit. So steht die City überwiegend auf Land, wo noch vor hundert Jahren Sumpf oder Meer war.

Ein anderer hoher Unsicherheitsfaktor für Tokio ist die noch große Zahl von Holzhäusern, die dazu oft an engen Straßen dicht aneinandergedrängt stehen. Die Experten stimmen überein, daß die meisten älteren Holzbauten bei einem Beben der Stärke 7,8 auf der Richterskala einstürzen oder zumindest schwer beschädigt würden. Die Gefahr von Großbränden in verschiedenen Bezirken der Stadt wäre erheblich.

Alle empfohlenen Notmaßnahmen für den Fall eines starken Erdbebens nennen daher das sofortige Ausschalten aller Feuerstellen als vordringlich. Das Gesetz über die Baustandards von 1981 sieht Vorkehrungen zum Feuerschutz vor allem in größeren Gebäuden vor. Holz als Material darf für Bauten mit einer Höhe von über 13 Metern und einer Grundfläche von mehr als 3000 Quadratmetern nicht verwendet werden. Zu den Bestimmungen gehören auch der Gebrauch von feuerfesten Stoffen, die Einteilung der Gebäude in Zellen, von denen Brände nicht auf andere überspringen können, das Anbringen von Sprinklern und Feuerlöschern sowie die Anlage von Notausgängen und sicheren Fluchtwegen.



Schon 1963 erdbebensicher gebaut: das Kasumigaseki-Hochhaus FOTO: DPA

Ein „heißer Draht" für den Ernstfall

Großes Gewicht wird auch auf Übungen für den Notfall gelegt. Seit sechs Jahren gibt es einen „heißen Draht", der den Krisenstab mit den wichtigsten Behörden in der Stadt, mit der Polizei, den Verteidigungstruppen, den Krankenhäusern sowie mit Rundfunk und Fernsehen verbindet. Im Falle eines starken Bebens würden 70 000 städtische Beamte und 43 000 Polizisten die Evakuierungs- und Rettungsarbeiten leiten. Parks, kleinere Grünanlagen und anderes Freigelände sind als Sammelstellen und Standorte für Hilfsmaßnahmen bestimmt worden. Die Erdbebenvorsorge in Tokio wird ständig ausgebaut und verbessert. Jährlich werden am 1. September, dem Gedenktag für die Opfer des großen Kanto-Bebens von 1923, Übungen abgehalten, an denen der größte Teil der Bevölkerung Tokios teilnimmt.

Zwischen Tokio und Mexico City gibt es offenbar große Unterschiede. Nach dem verheerenden Beben in Mexiko reisten mehrere japanische Seismologen unverzüglich dorthin, untersuchten die Schadensursachen und stellten Vergleiche zu den Verhältnissen in ihrer Heimat an. Hier wie dort ist die Bodenformation labil, wenngleich sie in einigen Teilen Tokios fester ist. Als entscheidenden Unterschied zwischen den beiden Städten stellten die japanischen Sachverständigen die scharf voneinander abweichende Bauqualität fest.

Was die Japaner zu sehen bekamen, ließ ihnen oft die Haare zu Berge stehen. Selbst bei Hochhäusern war in Mexico City die Verwendung von verstärktem Stahlbeton gering und unregelmäßig sowie die Zahl von Stützpfeilern meist unzureichend. Insgesamt blieb der Eindruck, daß die mexikanischen Bauvorschriften sehr lax gehandhabt werden. In Japan überwachen die Behörden die Bestimmungen dagegen äußerst streng.

In Japan, das im pazifischen Erdbebengürtel liegt, werden jährlich etwa 10 000 Beben registriert, von denen aber nur 1000 spürbar sind. In der langen Geschichte seiner seismischen Aktivität hat der fernöstliche Inselstaat reiche, aber auch bittere Erfahrungen gesammelt. Für das Tokai-Gebiet, das sich zwischen den Städten Shizuoka und Tokio über 160 Kilometer erstreckt, halten mehrere japanische Experten ein großes Erdbeben mit der Stärke acht auf der Richterskala im Laufe der nächsten zehn Jahre für wahrscheinlich. Mit den heutigen Ermittlungsmethoden läßt sich ein genauerer Termin allerdings nicht bestimmen.

Ein Indiz für die veranschlagte Gefahr in den einzelnen Gebieten gibt die japanische Erdbebenversicherung: Ihre Beiträge sind in Tokio die mit Abstand höchsten im Inselreich. Das größte Beben im Raum der japanischen Metropole war das Kanto-Beben am 1. September 1923, das eine Stärke von 8,2 auf der Richterskala erreichte und damit den Erdstößen in Mexico City entspricht. Im Gebiet Tokio–Yokohama wurden damals 142 807 Tote und Vermißte gezählt, 600 000 Häuser stürzten ein oder brannten aus.

Damit sich eine solche Katastrophe nicht mehr wiederholt, treffen die Japaner die intensivsten Vorkehrungen. Ob sie aber tatsächlich ausreichen im Ernstfall, weiß niemand zu sagen. Takahiro Hagiware, Verfasser mehrerer Bücher über Erdbeben und einer der größten Experten des Landes, meint dazu: „Eine hundertprozentige Sicherheit gibt es nicht."

Schutzlos müssen Häftlinge mit Schadstoffen arbeiten

Wer als „Politischer" in die Mühlen der Justiz und des Strafvollzugs in der „DDR" gerät, erfährt Schutz- und Rechtlosigkeit. Wir veröffentlichen Aussagen ehemaliger Häftlinge vor einem Ausschuß der Parlamentarischen Versammlung des Europarats.

Von GERNOT FACIUS

Vor Detlef Berg liegt 1980 eine aussichtsreiche Zukunft als Jurist. Seine erste Arbeitsstelle gleich nach dem Studium ist das Jugendreisebüro der FDJ „Jugendtourist" in Ost-Berlin. Er wird dort Justitiar in der Direktion. Drei bis vier Monate geht alles gut, bis das Ministerium für Staatssicherheit mit einem Anwerbeversuch an ihn herantritt. Berg sagt Nein und bekommt die Folgen prompt zu spüren: Der junge Jurist wird „abgestuft", er darf nur noch als Mitarbeiter für Rechts- und Versicherungsfragen tätig sein.

Als er sich um eine andere Arbeit bemüht, muß er feststellen, „daß nichts mehr geht, daß es also schwarze Listen gibt". Sein Vermieter kündigt ihm die Wohnung, Berg muß in ein Arbeiterwohnheim einziehen, „mit katastrophalen hygienischen Bedingungen". In dieser Situation beantragt er im März 1982 die Ausreise aus der „DDR".

Die Ereignisse überstürzen sich. „Ich wurde von meiner Arbeit fristlos entlassen", gibt er später zu Protokoll, „wurde mehrfach unter Druck gesetzt durch die Behörden der Abteilung Inneres, die für die Ausreisebearbeitung zuständig sind ... Mir wurde gedroht, daß man mich inhaftieren könnte, aufgrund asozialen Verhaltens. Nach neun Monaten gelang es mir endlich, eine Sachbearbeitertätigkeit auszuführen, eine sehr minderwertige Arbeit. Ich habe diese Arbeit angenommen, um keine Vorwände für eine Inhaftierung zu liefern." Als Berg den zweiten Ausreiseantrag stellt, wird er verhaftet. Er hatte Verwandte in der Bundesrepublik Deutschland über diese Antragstellung informiert. Das reichte aus, um den jungen Juristen festzunehmen. Verhaftet wird auch Bergs Mutter. Ihr legt man zur Last, daß sie ihren Sohn nicht angezeigt hat.

Erst nach zehn Tagen kann Berg einen Rechtsanwalt beauftragen, schriftlich. „Er hatte zu mir erst Zutritt, nachdem durch die Staatsanwaltschaft die Anklageschrift komplett vorlag, es also auf dieser Strecke überhaupt keine Änderungsmöglichkeiten mehr gab", erinnert sich Berg. „Dieser Rechtsanwalt, würde ich eher sagen, war ein zweiter Staatsanwalt." Fragen, die Berg anspricht, werden nicht oder nur ausweichend beantwortet. Dafür aber wird ihm von seinem „Anwalt" das zu erwartende Strafmaß präzise vorausgesagt: „Sie müssen mit fünf bis fünfeinhalb Jahren rechnen." Tatsächlich lautet das Urteil durch das Bezirksgericht Dresden auf fünfeinhalb Jahre Freiheitsentzug, drei Monate Untersuchungshaft werden angerechnet.

Berg: „Während der Untersuchungshaft wurde in der Art Druck auf mich ausgeübt, daß man verlangte, daß ich bereitwillig die vorgefertigten Protokolle unterschreibe und in Abhängigkeit davon meine Haftzeit verkürzen beziehungsweise verlängern könnte. Es wurde auch damit gedroht, daß meine Mutter noch länger in Haft bleiben könne und damit, daß diese Entscheidung Einfluß haben wird, wann und ob ich jemals in die Bundesrepublik Deutschland ausreisen könnte."

Seine juristische Vorbildung wirkt im Prozeß selbst eher hinderlich. In zynischer Weise spielt die Staatsanwältin Guillaume, eine Schwester des Bonner Kanzleramts-Spions, auf sein Wissen an, „das ich wohl vergessen haben müßte". Bergs Anwalt trägt keinerlei positive Aspekte bei. Im Gegenteil, er versucht auf den Angeklagten einzuwirken, wenn dieser auf seine Rechte dringt.

Im Strafvollzug erfährt Berg, der sich während des Studiums sehr für das Strafrecht interessierte, was es heißt, ein politischer Häftling zu sein. „Nachdem man meinen Beruf wußte, sollte ich zunächst als Lohnschreiber in einem Büro tätig werden; als bekannt wurde, daß ich aus politischen Gründen verurteilt war, konnte davon natürlich keine Rede mehr sein. In Brandenburg gibt es mehrere Betriebe, einer davon war ein Reichsbahn-Ausbesserungswerk. Dort wurde ich dann eingesetzt. Es war dort die Aufgabe, reparaturbedürftige Eisenbahnwaggons instandzusetzen. Das geschah mit sehr wenigen und völlig unzureichenden Arbeitsgeräten. Der Arbeitsschutz war überhaupt nicht vorhanden. Wir haben, speziell die politischen Häftlinge, die Holzarbeiten verrichten müssen." Dann schildert Berg die Details: „Das muß man sich so vorstellen: Der Boden dieser Waggons ist mit Holzbohlen ausgelegt, die von unten festgeschraubt werden. Da keine Arbeitsböden vorhanden waren, mußten wir uns unter die Wagen legen und dort die Verschraubung vornehmen. Und das zwischen den Achsen. Es wurden gleichzeitig andere Arbeiten ausgeführt, es wurde geschweißt, es wurde gebrannt an den Waggons. Durch herabfallende glühende Eisenteile konnten Verletzungen auftreten. Die Waggons waren ebenfalls nicht genügend gesichert. Sie konnten bewegt werden. Ich habe es selbst erlebt, daß mehrere schwere Arbeitsunfälle geschehen sind, mit bleibenden gesundheitlichen Schäden. Mir ist bekannt, daß es auch tödliche Unfälle gab. Auch hier wieder war die medizinische Versorgung völlig unzureichend. Verletzte mit größeren Platzwunden wurden erst nach Stunden ärztlich versorgt. Die Wunde wurde genäht, und dann wurden die Betreffenden wieder zur Arbeit geschickt."

Bergs Angaben decken sich mit den Erfahrungen, über die auch der Arzt Wilhelm Koch den Mitgliedern des Europarats berichtete (siehe WELT vom 21. 10. 85). Die Arbeitsschutzbedingungen an den Arbeitsplätzen der Häftlinge sind miserabel. Im Braunkohletagebau, in Stahlbetrieben und Zementfabriken ereignen sich viele Verletzungen, auch tödliche Unfälle. Koch: „Fernerhin ist es sehr wesentlich, daß der Gefangene auch mit Giftstoffen arbeitet. Beispielsweise in Cottbus wird mit Kunststoffen gearbeitet, das sind Phenolharze, und die Staubentsorgung ist nicht ganz geregelt, so daß also durch diese Phenolharze Gesundheitsschäden entstehen. Berüchtigt-berühmt sind die miserablen Arbeitsverhältnisse in dem Arbeitslager Bitterfeld, wo die Gefangenen – mein Sohn war dort inhaftiert – mit Chlor und Quecksilber direkt in Kontakt kommen. Ich traf mit einem Gefangenen zusammen, der durch Quecksilberkontakt schwere Blutgerinnungsstörungen erlitten hatte. Das ist etwas sehr Gravierendes."

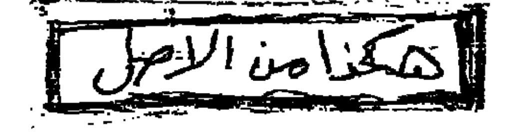
Das größte Problem für den politischen Gefangenen in der „DDR" aber ist: Er wird den kriminellen Häftlingen willkürlich und schutzlos ausgeliefert. Berg wird in der Haftanstalt Brandenburg zweimal von Kriminellen zusammengeschlagen. Er wendet sich daraufhin beschwerdeführend an die Anstaltsleitung, ja sogar an die „Staatssicherheit". Es geschieht nichts. Im Gegenteil. Berg: „Mir wurde zu verstehen gegeben, das könnte jederzeit wieder passieren, und es sei ja meine Schuld, daß ich im Zuchthaus säße."

(Wird fortgesetzt)





In der Strafanstalt Brandenburg (rechts der Innenhof) wurde Detlef Berg von kriminellen Mithäftlingen zusammengeschlagen. Sein Leidensweg begann, als er dem „Stasi" einen Korb gab. FOTOS: JEAN-LOUIS CHOLET/DW



Die Tugend Sparsamkeit wird kleingeschrieben

Von PETER SCHMALZ

Wird überall in der Republik gespart, mahnt Berlins Finanzsenator Rexrodt seinen Senat, bei den Ausgaben auf dem Teppich zu bleiben, muß Johannes Rau im Ruhrpott 9500 Stellen im öffentlichen Dienst streichen und hält Gerhard Stoltenberg sogar zum Unmut mancher Unionspolitiker eisern die *Hand auf* der *Bundeskasse, so tanzt* die bayerische Landeshauptstadt München – mit knapp 1,3 Millionen Einwohnern nach Berlin und Hamburg die drittgrößte deutsche Stadt – wieder einmal aus der Reihe. „Wir sind finanziell vom Glück begünstigt", strahlt der sozialdemokratische Oberbürgermeister Georg Kronawitter und legt dem Stadtrat einen Etatentwurf für das nächste Jahr vor, der *im Personalbereich* in die vollen geht: 1000 neue Stellen sind eingeplant für mehr Lehrer, mehr Personal in den Altenheimen und für eine kommunale Parküberwachung.

„Ich begrüße diese Maßnahmen", sagt das Stadtoberhaupt und baut dabei auf einen Nothelfer in der Politik, der selten seinen Dienst versagt: auf die Vergeßlichkeit der Menschen. Denn wer erinnert sich noch an das große Versprechen vor eineinhalb Jahren des damals neugewählten Kronawitter, er werde jeden Pfennig zweimal umdrehen. Und wer kramt schon aus dem Archiv Kronawitters Antrittsrede vom 2. Mai letzten Jahres hervor, in der die mahnenden Worte stehen: „Die Grenze der finanziellen Belastbarkeit ist für den Stadthaushalt in bedrohliche Nähe gerückt."

Heute hat er den Sparrock weggehängt und stolziert in Spendierhosen, die er aus einer neuerdings munter sprudelnden Geldquelle finanziert: „Das Gewerbesteueraufkommen sprengt alle Rekorde." 1,5 Milliarden Mark wird allein diese Steuer im laufenden Jahr in die Stadtkasse fließen lassen, gut zehn Prozent mehr als im Vorjahr.

So könnte allgemeiner Frohmut durch die neugotischen Gänge des Rathauses wehen, wäre da nicht ein Beamter, den das Gewissen plagt und der solches auch noch lauthals verkünden *muß*: Als Personalreferent ist Hans-Joachim Frieling die Kompetenz kaum abzusprechen, wenn er über die neue Situation urteilt: „*Dieser* Personalhaushalt stellt den abrupten und spektakulären Abschied von einer immerhin dreijährigen Stellenplanpolitik dar, auf die ich stolz bin und auf die alle im Stadtrat stolz sein können." Sparsamkeit war bislang tatsächlich eine Tugend Münchner Haushaltspolitik: In den vergangenen beiden Jahren – unter dem damaligen CSU-Oberbürgermeister Erich Kiesl – wurde keine Mark für neue Stellen ausgegeben, in diesem Jahr gibt es nicht mehr als ein Dutzend neuer Arbeitsplätze im Rathaus. Das neue Personalpaket aber wird 54 Millionen Mark kosten.

Ob München auch künftig die Finanzkraft besitzt, die neue Ausgabenfreude zu zahlen, ist fraglich. Kronawitter muß in seinem Etatbericht immerhin zugeben: „Sollte das Gewerbesteueraufkommen auf diesem sehr hohen Niveau auch nur stagnieren, fehlen uns jährlich 80 bis 100 *Millionen Mark, die fest* eingeplant sind."

Personalreferent Frieling kritisiert jedoch nicht nur die exorbitante Stellenmehrung, er sagt auch, daß die meisten Maßnahmen überflüssig sind. Obwohl die Schulen immer leerer werden und die Gesamtzahl der Münchner Schüler in den vergangenen zehn Jahren um 25 Prozent gesunken ist, soll für das nächste Jahr eine 280 *Mann starke*



Lehrerreserve geschaffen werden, die schon im ersten Jahr knapp 18 Millionen Mark verschlingen wird. „Eine wahrhaft außergewöhnliche schulpolitische Tat", höhnt der Personalreferent. Auch die Zahl der Plätze in den Altenheimen sank in den vergangenen 15 Jahren spürbar um 27 Prozent. Dennoch sollen im kommenden Jahr 350 neue Pfleger eingestellt werden. Frieling kopfschüttelnd: „Bezogen auf den reduzierten Bettenumfang beträgt die Steigerungsrate 85 Prozent."

Und er nennt auch den Grund für *die Spendierhosen-Politik: Keine* Fraktion hat die Mehrheit, keine fühlt deshalb allein auf ihren Schultern die Verantwortung für die Stadtpolitik: „Da mag es mitunter schon sehr verlockend sein, sich gegenseitig mit scheinbar oder tatsächlich populären Anträgen zu überbieten oder sich jedenfalls nicht übertreffen zu lassen – egal, was es langfristig kostet." Neben den bereits im Etat vorgesehenen Neustellen liegen dem Stadtrat noch nicht abschließend behandelte Anträge vor, die den Personalhaushalt nochmals um jährlich 38 Millionen Mark belasten würden.

Der Oberbürgermeister aber wird es künftig schwer haben, die Stadträte zum Maßhalten zu bewegen, nachdem er bei den Verhandlungen mit der Neuen Heimat über den Ankauf von 2100 NH-Wohnungen durch die Stadt dem Gewerkschaftskonzern großzügig ein Millionengeschenk gönnte: Aus Münchner Steuergeldern sollen der angeschlagene Konzern für den Verkauf 8,9 Millionen Mark Provisionen und seine Tochterfirma, die BG Immobilien-Gesellschaft, 15 Millionen Mark Entschädigung erhalten. „Skandalös", schimpft die CSU im Rathaus.

Breit fordert konkrete Maßnahmen

hy, Düsseldorf

Der DGB-Bundesvorsitzende Ernst Breit hat gestern indirekt die Beteiligung seiner Organisation am zweiten Spitzengespräch im Bundeskanzleramt davon abhängig gemacht, daß die Bonner Regierung bis Dezember „auch konkrete Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit auf den Tisch" lege. Erklärungen zu diesem Problem allein genügten nicht. Bei einer politischen Bewertung der Aktionswoche des DGB sagte er gestern in Düsseldorf weiter, diese Aktion „war nicht der Beginn des Kampfes gegen Massenarbeitslosigkeit und Sozialabbau, sie wird auch nicht das Ende dieses Kampfes sein."

Die Woche sei *eine beeindrucken*de Demonstration der Solidarität gewesen, allein an den regionalen Großkundgebungen hätten sich annähernd 600 000 Menschen beteiligt. Bundesregierung und Arbeitgeber hätten nun zum zweiten Mal innerhalb kurzer Zeit lernen müssen, daß die Gewerkschaften eine nicht zu unterschätzende gesellschaftspolitisc e Kraft seien. Das Verhältnis zwischen den Gewerkschaften und der Bundesregierung hänge davon ab, ob die Politik für Wenige fortgesetzt werde, ob beschäftigungspolitische Tatenlosigkeit und massive Angriffe auf Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrecht weiter die Politik der christlich-liberalen Regierung prägen werden. Der Generalsekretär der CDU, Heiner Geissler, habe behauptet, die Aktionswoche sei „ein Schlag ins Wasser" gewesen. Er aber könne feststel*len, daß dieser Schlag hohe* Wellen verursacht habe.

Finanzlage der Kommunen verbessert

GEORG BAUER, Kiel

Bundesfinanzminister Gerhart Stoltenberg hat die Kommunen aufgefordert, ihre Investition im gesamtstaatlichen Interesse kontinuierlich zu steigern. Stoltenberg, der in Kiel eine Bilanz der derzeitigen Situation der kommunalen Finanzen zog, meinte, die Christdemokraten begrüßten es, wenn Kreise, Städte und Gemeinden eine mittelfristige jährliche Steigerungsrate von durchschnittlich vier bis fünf Prozent für Investitionsvorhaben und -zuschüsse einplanten. Voraussetzung hierfür sei aber auch, daß wichtige Vorhaben der Kommunen nicht weiterhin durch eine *Fülle* von Einsprüchen und örtlichen Widerständen verhindert würden. Der Bau von notwendigen Umgehungsstraßen und Kanälen, aber auch das Ausweiten weiterer Gewerbegebiete würde vor allem durch Grüne und Linkssozialisten verhindert.

Insgesamt habe sich die Haushaltssituation der Kommunen entscheidend verbessert. Einen Fehlbetrag in Höhe von 10,1 Milliarden Mark im Jahre 1981 habe im vergangenen Jahr erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland einem Überschuß in Höhe von 1,47 Milliarden Mark gegenübergestanden. Allerdings hätten die Kommunen auch 1984 neue Kredite in Höhe von 1,47 Milliarden Mark aufnehmen müssen, ein Beweis für die unterschiedliche Finanzsituation in der „kommunalen Familie".

Als wenig rosig schilderte Stoltenberg vor allem die Lage der strukturschwachen Großstädte mit hoher Arbeitslosigkeit. Im Vergleich zu anderen Kommunen seien ihre Finanzen angespannt. Die Länder forderte der Bundesminister daher auf, über den kommunalen Finanzausgleich von Zeit zu Zeit bestimmte Korrekturen vorzunehmen.

Trotz der für 1986 und 1988 beschlossenen Steuerreform, die den Kommunen Mindereinnahmen von rund 6,2 Milliarden Mark bescherten, könnten die *Gemeinden und Kreise* davon ausgehen, daß bei einer jährlichen Ausgabensteigerung von knapp vier Prozent sich ihre Finanzlage bis Ende der achtziger Jahre nicht verschlechtere, meinte Stoltenberg. Durch die Entscheidung des Bundes, den Ländern höhere Steueranteile einzuräumen, flössen ihnen schließlich zusätzliche Mittel zu.

Gesamtmetall warnt Tarifpartner vor „kräftigem Schluck aus der Pulle"

Hauptgeschäftsführer Kirchner fürchtet eine Umkehrung des positiven Trends

GÜNTHER BADING, Bonn

Die positive wirtschaftliche Entwicklung darf nach Ansicht des Hauptgeschäftsführers beim Arbeitgeberverband Gesamtmetall, Dieter Kirchner, nicht zu überhöhten Tarifabschlüssen bei den anstehenden Lohn- und Gehaltsverhandlungen führen. Die Politik der Gewerkschaften des „kräftigen Schlucks aus der Pulle" aus den siebziger Jahren sei gerade jetzt nicht angebracht, sagte Kirchner in einem Gespräch mit der WELT.

Die Inflation tendiere gegen Null. Sie liege jetzt nahe bei zwei Prozent. „Damit ist die Preissteigerung mehr *als nur halbiert* worden, für die Betriebe sind Erträge sichergestellt worden, die sich auch in Investitionen umgesetzt haben. In der Metallindustrie sind schon jetzt *180 000 neue* Arbeitsplätze geschaffen worden." Allein im Ferienmonat August seien 20 000 Beschäftigte eingestellt worden. Der Zunahme der Beschäftigtenzahl müsse man den gewaltigen Abbau der Kurzarbeit hinzurechnen.

„Das alles sind Effekte, die beweisen, daß man mit einer angebotsorientierten Lohnpolitik etwas bewirkt." Diese komme auch den Arbeitnehmern zugute, die seit zwei Jahren wieder, wenn auch geringe, Reallohnsteigerungen zu verzeichnen hätten. „Es hätte noch höhere Reallohnsteigerungen gegeben, wenn nicht ein Teil des Verteilungsspielraums durch teure Arbeitszeitverkürzung verbraucht worden wäre."

Kirchner *erinnerte in dem* Gespräch an die vom früheren Bundeskanzler Helmut Schmidt „immer wieder postulierte Reihenfolge: Bessere Erträge bringen bessere Investitionen; *diese bringen bessere Beschäftigung*". Diese Wirkungskette dürfe man „jetzt nicht abschneiden mitten in einer Phase, in der sie sich voll zu entfalten beginnt. Und genau das würden wir tun, wenn wir bei den Lohn- und Gehaltstarifverhandlungen für die Metallindustrie im nächsten Jahr den von den Gewerkschaften geforderten 'kräftigen Schluck aus der Pulle' nähmen." Überhöhte Tarifabschlüsse seien falsch, auch wenn das von Regierungsmitgliedern – aus Sorge um die Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme – und manchen zu konsumorientierter Betrachtungsweise neigenden Unternehmern befürwortet werde. Die falsche Entscheidung hier könne im Grunde genommen den positiven Trend in sein Gegenteil verkehren.

In der Metallindustrie wird erst im nächsten Jahr wieder über Einkommen verhandelt. Den im Dezember beginnenden Tarifverhandlungen des öffentlichen Dienstes kommt deshalb diesmal eine Vorreiterrolle zu. Aus den Gewerkschaften sind schon jetzt Forderungen von fünf bis sechs Prozent der Einkommen zu hören. Dazu erklärte Kirchner, die Verantwortlichen für die Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst müßten sich „*sehr darauf besinnen, ob sie den im* öffentlichen Dienst Beschäftigten und der Gesamtbevölkerung durch ein Unterlaufen der Konsolidierungspolitik ein *falsches* Signal setzen, oder ob sie durch eine angemessene Lohnpolitik einen Beitrag zur Konsolidierung leisten und den richtigen, auch den Arbeitnehmern Erfolge garantierenden Weg fortsetzen". Auch im öffentlichen Dienst dürfe der durch den Konsolidierungskurs der Bundesregierung gewonnene Handlungsspielraum nicht dazu verwendet werden, den Konsumbereich aufzublähen. Die Konsolidierung müsse auch hier den Investitionen zugute kommen.

Kritisch setzte sich Kirchner mit der Demonstrationswoche des DGB, aber auch mit den jüngsten Äußerungen des Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit auseinander, daß man erst in den neunziger Jahren die Arbeitslosigkeit unter die Zwei-Millionen-Grenze bringen werde. Zwar sei er sich mit Franke einig, sagte Kirchner, daß man der Bevölkerung und erst recht nicht den Arbeitslosen etwas vorgaukeln dürfe. Deshalb könne niemand Garantien oder Versprechungen für einen bestimmten Stichtag geben. „Aber ich halte es für falsch, wenn Herr Franke aus seiner Position heraus die Erreichung eines dringenden Nahziels, nämlich die Unterschreitung der Arbeitslosenzahl von zwei Millionen, in die neunziger Jahre verlegt." Wie man für die Wirtschaftsbelebung nicht nur Fakten, sondern auch ein positives psychologisches Klima benötige, um die Probleme mit entsprechender Motivation anzupacken, so müsse dies auch auf dem Arbeitsmarkt gelten. „Eine Resignationserklärung ist kein ausreichender Ansporn, um alle Kräfte zu mobilisieren."

Kritik am resignativen Zeitgeist

Synode der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands tagt in Schleswig

MICHAEL JACH, Schleswig

Selbst angesichts der Langwierigkeit aller Bemühungen, die Spaltung zwischen evangelischer und katholischer Kirche zu überwinden, besteht nach dem Urteil des Catholica-Beauftragten der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands (VELKD), Bischof Ulrich Wilckens (Lübeck), kein Grund zur Mutlosigkeit. Vor der seit Sonntag in Schleswig tagenden VELKD-Generalsynode kritisierte Wilckens gestern einen „resignativen Zeitgeist provinzieller Nörgelei", der die bereits erreichten Annäherungserfolge verkenne.

Wilckens verwies dazu auf ein diesen Wochen abgeschlossenes, noch nicht veröffentlichtes Dokument über die Rücknahme der gegenseitigen Lehrverurteilungen aus dem 16. Jahrhundert. Danach hätten jene Urteile ihr Gewicht weitgehend verloren und die beiden großen Konfessionen nun „eine neue Basis" miteinander zu finden.

Die Arbeit der nach dem Deutschland-Besuch des Papstes 1980 eingesetzten Gemeinsamen Ökumenischen Kommission der katholischen Deutschen Bischofskonferenz und der Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) bedarf der Billigung des Papstes und der einzelnen EKD-Gliedkirchen.

Bei allen Verständnis für katholisch-theologisch „ernsthafte Gründe" verhehlte Wilckens indessen nicht eine gewisse Enttäuschung über das vor einigen Wochen ergangene „Gemeinsame Wort zur konfessionsverschiedenen Ehe". Das fortbestehende Teilnahmeverbot am Abendmahl der jeweils anderen Konfession beschwöre für betroffene Christen Gewissenskonflikte herauf; dies sei nicht im Sinne des Seelsorgeauftrags der Kirchen. Selbstkritisch verlangte Wilckens von der eigenen Kirche „ehrfürchtigeren Umgang" mit dem Abendmahl; vielfach eingerissene Leichtfertigkeit stoße katholische Christen ab.

Das Kirchenparlament des Zusammenschlusses fünf lutherischer Gebietskirchen in der Bundesrepublik Deutschland (Nordelbien, Hannover, Braunschweig, Schaumburg-Lippe, Bayern) gedenkt in Schleswig des 500. Geburtstages von Johannes Bugenhagen (am 24. Juni), der im „Wittenberger Dreigestirn" neben Martin Luther und Philipp Melanchthon zum „Reformator des Nordens" wurde. Der „Doctor Pomeranus", so genannt auf Grund seiner Herkunft von der pommerschen Insel Wollin, erarbeitete die reformatorischen Kirchen*ordnungen unter anderem für* Braunschweig, Hamburg, Lübeck, Holstein und seine Heimat Pommern.

Ausgehend von der Ordnungsleistung des Luther-Gefährten, setzte sich der Leitende Bischof der VELKD, Karlheinz Stoll (Schleswig), in seinem Jahresbericht mit dem eingetretenen „Abstand zwischen unseren Institutionen und dem Kirchenvolk" auseinander.

In Entsprechung zu den Absichten der jüngsten Synode der nordelbischen Landeskirche wie auch zu seiner kürzlich für die VELKD verfaßten „Michaelisbrief"-Handreichung rief Stoll erneut zu intensiverer „Mission in der Volkskirche" auf.

Namen veröffentlicht – Ausreisestopp

Aber: Übersiedlung des Großteils der „Prager Flüchtlinge" steht kurz bevor

WERNER KAHL, Bonn

Die Übersiedlung der im Herbst und Winter 1984/85 in mehrere Botschaften der Bundesrepublik Deutschland geflüchteten „*DDR*"-Bewohner nach deren freiwilliger Rückkehr in ihre Heimatorte in den Westen steht vor dem Abschluß. Mit Befriedigung haben zuständige Stellen festgestellt, daß die Ostberliner Behörden inzwischen diesem Personenkreis bis auf einige Antragsteller die Genehmigung für die Ausreise erteilt haben, erfuhr die WELT.

Bei mehreren „DDR"-Bewohnern aus diesem Kreis verfügten die Behörden dagegen einen Ausreisestopp. Als Grund wurde den Betroffenen mitgeteilt, daß ihre Namen auf der KSZE-Konferenz im Mai dieses Jahres in Ottawa ausländischen Delegationen zur Kenntnis gebracht worden seien. „DDR"-Funktionäre sahen darin eine unzulässige „Veröffentlichung".

Nach Recherchen der WELT hatte die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGfM) in Frankfurt am Main eine Liste mit den Namen *von insgesamt 96 Personen*, die in der „DDR" um die Ausreise seit Jahren bemüht waren, an Delegationen von Teilnehmerstaaten verteilt. Eine Kopie *hatte auch „DDR"-Botschafter* Wolfgang Kiesewetter, seit kurzem neuer Botschafter in Rom, entgegengenommen. Während die IGfM offiziell nicht zu den Vorgängen Stellung genommen hat, wurde seitens der Menschenrechtsgesellschaft in einem Schreiben an ein Ehepaar in der „DDR" betont, daß die Namen ausschließlich nach diplomatischen Gepflogenheiten den Delegationen auf der KSZE-Konferenz nicht-öffentlich zur Kenntnis gebracht worden seien.

In politischen Kreisen wird ferner beobachtet, daß der Staatssicherheitsdienst *in Erfahrung zu bringen* sucht, ob Bonner Diplomaten in Osteuropa „DDR"-Bewohnern Zusagen für „Schleusungen" über die Bot*schaften machten. In den Verhören,* denen die „DDR"-Bewohner nach der Rückkehr in ihre Heimatorte unterworfen wurden, hatten Verneh*mungsoffiziere des Staatssicherheits*dienstes immer wieder nach dem Auftreten und Verhalten der Botschaftsangehörigen gefragt. Die detaillierten Fragen wurden jedoch nach Angaben der Übersiedler negativ beantwortet. Das Personal der deutschen Botschaften hatte die Flüchtlinge stets darauf hingewiesen, daß die Ausreise auf dem Weg über die Missionen nicht erzwungen werden könnte.

Seitens der Ostberliner Behörden war den Flüchtlingen bei Rückkehr Straffreiheit und Bearbeitung ihrer Ausreiseanträge versprochen worden. Bundeskanzler Helmut Kohl hatte das Verhalten der „DDR" bei den Ausreisebemühungen der in die Schlagzeilen geratenen Personen bereits im Frühjahr als „hilfreich" bezeichnet.

Durch Freikauf erreichte die Bundesregierung ferner vor kurzem die vorzeitige Haftentlassung und Aus*reise zweier junger „DDR"-Bewoh*ner, die im Oktober 1984 nach einem kurzen Besuch in der amerikanischen Botschaft in Ost-Berlin zu je 16 Monaten *Gefängnis* verurteilt worden waren (die WELT v. 26. 10. 84).

Fluglärm soll künftig erträglicher werden

rmc. Bonn

Das Bundesverteidigungsministerium erwartet in den nächsten Wochen die Stellungnahmen der Bundesländer zu einem neuen Konzept zur Entlastung der Bevölkerung vom Tiefflug-Lärm. Nach den Vorstellungen der Hardthöhe sollen die Übungen der Kampfflugzeuge zur Beherrschung des Tieffluges gleichmäßiger als bisher auf das gesamte Bundesgebiet verteilt werden. Gestern hat eine Gruppe von Bürgerinitiativen gegen den Fluglärm 22 000 Protest-Unter*schriften im Verteidigungsministeri*um überreicht. Angeführt vom „Odenwälder Friedensforum" demonstrierte sie vor dem Verteidi*gungsministerium* und *verlangte* eine drastische Reduzierung der Tieffliegerei.

Schon am 3. Oktober waren Vertreter der Landesregierungen von der Luftwaffe auf dem Fliegerhorst Wahn mit dem neuen Tiefflugkonzept vertraut gemacht worden. Danach soll es künftig nicht mehr sieben Gebiete geben, auf die sich der Lärm der Tiefflugübungen konzentrieren würde. Vielmehr hat man im Verteidigungsministerium die Flächen des Bundesgebietes, über denen überhaupt Tiefflug bis zu einer Mindesthöhe von 75 Meter möglich ist, in 49 Regionen aufgeteilt. Von ihnen sollen künftig jeweils *sieben* in einem Monat die Übungen der Tiefflieger aufnehmen und von Monat zu Monat wieder sieben andere. Auf diese Weise würde eine Region pro Jahr maximal zweimal einen Monat lang die Lärmbelästung ertragen müssen, in den anderen zehn Monaten aber davon frei sein.

In diesem neuen Konzept sieht das Verteidigungsministerium die einzige Möglichkeit, die Notwendigkeit der Übungsflüge der Luftwaffen der NATO über dem Bundesgebiet mit den Wünschen der Bevölkerung in Einklang zu bringen. Eine generelle Reduzierung des Übungsbetriebs hält man auf der Hardthöhe gegenwärtig wegen der Erhaltung der Einsatzbereitschaft der Militärpiloten für nicht erreichbar.

Genscher fordert UNO-Gericht für Menschenrechte

Co. Bonn/New York

Die Glaubwürdigkeit der UNO entscheidet sich nach den Worten von Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher ganz wesentlich „an ihrem kompromißlosen Eintreten für die Menschenrechte, die bürgerlichen und die wirtschaftlichen, die kulturellen und die sozialen. Hier darf es keine Einäugigkeit geben". Genscher forderte gestern in einer Feier zum 40. Jahrestag der Gründung der Vereinten Nationen in New York eine Reform der UNO. „Wir brauchen einen Menschenrechtsbeauftragten und wir brauchen einen Menschenrechtsgerichtshof der Vereinten Nationen."

Nach Ausreiseanträgen von „DDR" verurteilt

AP, Frankfurt

Der 48jährige Schlosser Rainer Herrmann aus Halle-Neustadt ist, nach Angaben der Internationalen Gesellschaft für *Menschenrechte*, wegen seiner Ausreiseanträge in der „DDR" zu einer Gefängnisstrafe von dreieinhalb Jahren verurteilt worden. Das Bezirksgericht Halle habe ihn der „Übermittlung nicht geheimer Nachrichten ins Ausland" und der „staatsfeindlichen Verbindungsaufnahme" für schuldig befunden, weil er über seine Ausreisebemühungen in die Bundesrepublik berichtet habe.

Marx – Kein Hinweis auf Kunstfehler

dpa, Bonn

Die Obduktion der Leiche des verstorbenen CDU-Bundestagsabgeordneten Werner Marx hat nach ersten Feststellungen keine Hinweise auf einen ärztlichen Fehler bei der Operation des Politikers gebracht. Die Bonner Staatsanwaltschaft teilte gestern mit, daß mit dem endgültigen Gutachten über die Todesursache erst in etwa einem *Monat* zu rechnen sei.

Marx war am 12. Juli nach einer Operation an der Halsschlagader im Alter von 60 Jahren überraschend gestorben. Kurz darauf ging bei der Bonner Staatsanwaltschaft eine anonyme Anzeige ein, die das Ermittlungsverfahren in Gang setzte.

Frau an der Spitze des Kirchentages

AP, Fulda

Die 46jährige Eleonore von Rotenhan aus München hat turnusmäßig für zwei Jahre die Präsidentschaft des Deutschen Evangelischen Kirchentages übernommen. Sie trat die Nachfolge von Wolfgang Huber an, der Präsident des Düsseldorfer Kirchentages war und mit Bundesverfas*sungsrichter Helmut Simon* und Eleonore von Rotenhan bis zum Jahre 1989 weiter den Dreiervorstand des Kirchentagspräsidiums bildet.

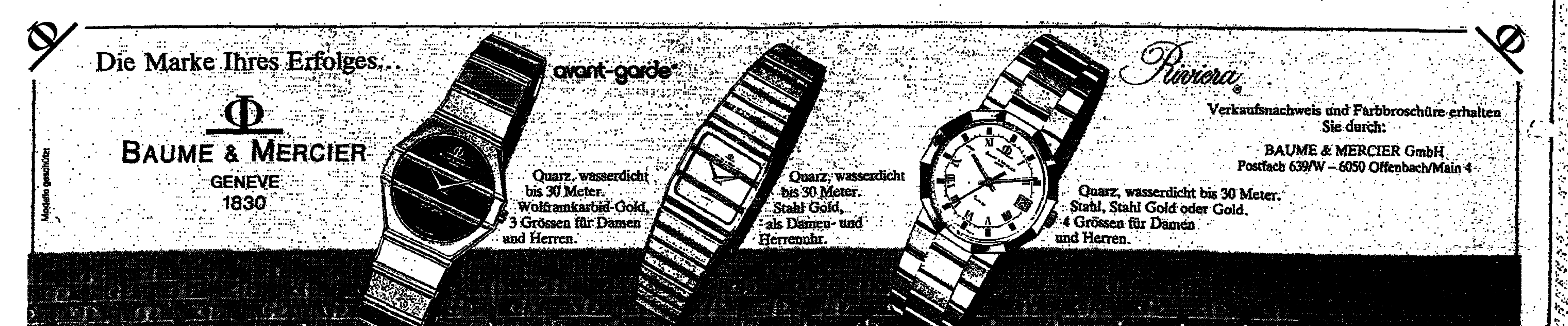
Konkurrenz um Spitzenkandidatur?

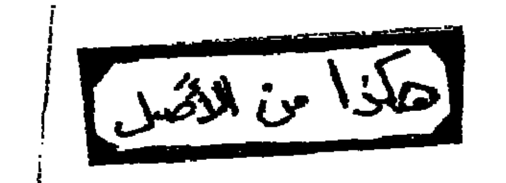
dpa, Stuttgart

Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner und Bundestagspräsident Philipp Jenninger konkurrieren möglicherweise um die Spitzenkandidatur der baden-württembergischen CDU für die Bundestagswahl 1987.

Der Vorsitzende der nordwürttembergischen CDU, der Bundestagsabgeordnete Matthias Wissmann, bestätigte, daß in seinem Bezirksverband eine „gewisse Diskussion" über diese Frage entstanden sei. Er gehe jedoch davon aus, daß „zwei so vernünftige Leute sich einigen können". Wörner war bei den vergangenen beiden Bun*destagswahlen Spitzenkandidat der* Südwest-CDU. Jenninger kandidierte 1983 auf Platz zwei. Beide gehören der nordwürttembergischen CDU an.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.





Cavaco kommt nicht um die Eanes-Partei herum

Sanierung der zerrütteten Wirtschaft als erster Test

ROLF GÖRTZ, Lissabon

Eine Woche kämpfte der Sieger der portugiesischen Parlamentswahlen vom 6. Oktober, der Chef der Sozialdemokratischen Partei (PSD), Cavaco Silva, mit der *innerparteilichen* Opposition. Dann hatte er sich durchgesetzt: In der Nacht zum Montag beschloß der erweiterte Vorstand der PSD mit 41 gegen 30 Stimmen, den ehemaligen Chef der Christdemokratischen Partei (CDS), Freitas do Amaral, als gemeinsamen Kandidaten für die Präsidentschaftswahlen im Januar nächsten Jahres zu benennen. Als Gegenleistung akzeptierte Freitas unter anderem die Verpflichtung, das jetzt gewählte Parlament nicht aufzulösen, „solange die Sozialdemokraten an der Macht" sind.

Diese Bedingung deutet bereits das Dilemma der künftigen Regierung Cavaco Silva an. Wenn Staatspräsident Eanes in Kürze Cavaco Silva den Auftrag zur Regierungsbildung geben wird, wird dieser mit einer Mannschaft von Fachleuten antreten, entschlossen, die drängenden Wirtschaftsprobleme zu lösen.

Cavaco Silva aber verfügt nur über 88 Abgeordnete. Auch wenn er sich auf die 20 Abgeordneten der CDS stützen kann, so macht das zusammen immer noch nicht die Hälfte von 250 Parlamentsabgeordneten aus. Sozialisten und Kommunisten stehen in der Opposition. Bei jedem Gesetz, das die neue Regierung durchbringen will, liegt deshalb die Entscheidung bei der höchst heterogenen Eanes-Partei(PRD). Diese scheint entschlossen, möglichst noch im Frühjahr 1986 die Regierungsminderheit im Parlament mattzusetzen, um dann nach vorgezogenen Neuwahlen selbst das Ruder zu übernehmen.

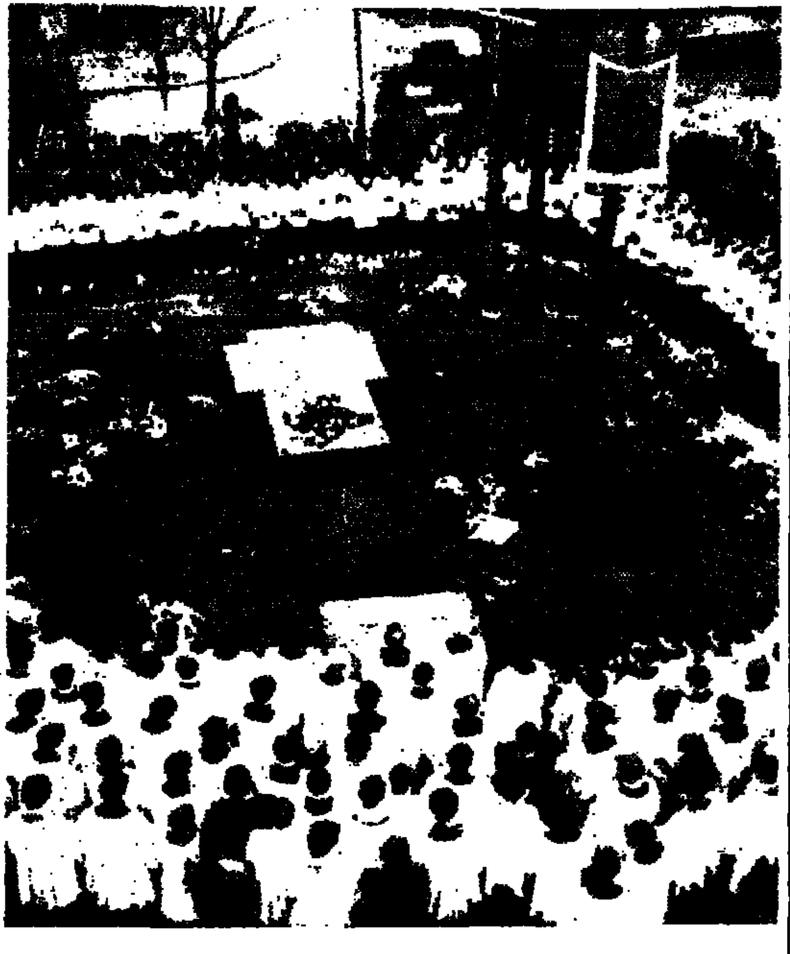
Wenn sich auch die beiden Chefs, Cavaco Silva und General Eanes, persönlich einigen könnten, der starke linke Flügel der Eanes-Partei – Kommunisten, Linkssozialisten und Militärsozialisten – werden das marktwirtschaftliche Programm des liberal-konservativ orientierten Wirtschaftsfachmannes Cavaco Silva nie akzeptieren. Bei ihm zählt die Privatinitiative. Er ist ein entschiedener Gegner jener Staatswirtschaft, die, ganz abgesehen von ihrer korrupten *Bürokratie, die Hauptschuld an der* gegenwärtigen Notsituation trägt.

Die Demokratische Erneuerungspartei (PRD) von Eanes läßt sich ideologisch nicht definieren. Unter ihren Wählern findet man die ganze Palette von Unzufriedenen von links bis rechts. Oft unbewußt streben sie eine Bewegung an, wie sie die Parteien der Dritten Welt charakterisiert. Manuela Eanes, die konservative Ehefrau des Staatspräsidenten, führte den Wahlkampf der Partei überraschend erfolgreich. Sie prangerte die „perverse Konzeption einer korrupten Klasse von Politikern" an, deren „Parteien nichts als Illusionen verkaufen". Sie zog selbst Anhänger des ehemaligen Diktators Salazar an.

Heterogen wie die Partei selbst präsentiert sich auch die Fraktion der PRD im Parlament. Aber auch hier wird nur mit Wasser gekocht. Fraktionschef ist ein unzufriedener Sozialdemokrat, der mit seiner kleinen Gruppe bisher bei den Sozialisten hospitierte. Cavaco Silva wird also Ansätze finden, die sich widersprechenden Kräfte in der PRD gegeneinander auszuspielen. Aber auch Cavaco *selbst*, der etwas hagere, nervös agierende Mittvierziger, hat keineswegs seine Partei geschlossen hinter sich, wie das Abstimmungsergebnis vom Wochenende zeigt. Die Querelen werden also bleiben.

Das Wirtschaftsprogramm des neuen Mannes läßt sich aus seiner Zeit als Finanzminister 1980 schnell definieren. Cavaco will den enggeschnallten Gürtel der Bürger lockern. Zwar sei das Zahlungsdefizit von 1,2 Milliarden Dollar im Jahr 1980 auf die Hälfte gesunken, aber dies nach außen hin positive Ergebnis habe man mit der Drosselung sämtlicher Einfuhren, einem „brutalen" Verlust der Kaufkraft und damit einem erschreckenden Konsumrückgang zu teuer erkauft, heißt es dazu.

Um aus dieser Misere herauszukommen, will Cavaco Silva eine Steigerung der Schulden um eineinhalb bis zwei Milliarden Dollar jährlich in Kauf nehmen. Für sein Wirtschaftsprogramm muß er jedoch dem Moloch Staat das Geld entziehen, das die Privatwirtschaft für Investitionen braucht. An diesem entscheidenden Punkt – Förderung der Privatinitiative durch den Abbau der staatlichen Macht in der Wirtschaft – wird er den *Widerstand der Eanes-Partei zu spüren* bekommen, die ihren Standort selbst als „zwischen Kommunisten und Sozialisten" beschrieb. (SAD)



Polens Enklave der Freiheit

RUDOLF CANNE, Warschau

Sie kommen mit Dutzenden von Bussen, zu Fuß und selbst über Tausende von Kilometern mit dem Flugzeug: Annähernd achttausend Menschen pilgern täglich zum Grab Jerzy Popieluszkos, des vor einem Jahr von Offizieren des Geheimdienstes entführten, gefolterten und ermordeten Arbeiterpriesters aus Warschau. Fast *drei Millionen* Besucher wurden bisher bereits an seinem Grab neben der Warschauer Stanislaw-Kostka-Kirche gezählt. In den Sommermonaten waren Kurienkardinäle und hohe Politiker ebenso unter ihnen wie Besucher aus Australien, Südamerika und selbst der Sowjetunion. Die meisten Ausländer kommen aus der Bundesrepublik und Frankreich.

Vor allem aber pilgern Polen aus allen Teilen des Landes zu Popieluszkos Grab. Am hohen Zaun des Kirchhofes hängen meist Dutzende riesiger Transparente von Betriebs*gruppen der verbotenen* Gewerkschaft „Solidarität", die ihre „Treue zu unserem Kaplan Jerzy, dem Märtyrer des Vaterlandes und der Ideale unserer Gewerkschaft" bekunden und auf denen „Unabhängigkeit und freie Gewerkschaften" gefordert werden. In dieser Enklave der Freiheit scheint fast vergessen zu sein, daß auf der anderen Seite des Kirchenzaunes das Tragen eines solchen Transparentes sofort mit mindestens drei Jahren Gefängnis geahndet wird.

Für ein paar Tage wurden jetzt auch hier die Zeichen der Freiheits-Enklave entfernt. Das Jahresgedächtnis sollte würdig, mit viel Talaren (siehe Foto), aber ohne Parolen begangen werden. Auch die Massen wurden in politisch gebührendem Abstand zum Grab gehalten. Der nach der Verhängung des Kriegsrechts 1982 von Popieluszko begründete „Gottesdienst für das Vaterland und alle, die dafür leiden müssen" am letzten Sonntag jeden Monats gilt heute in Polen als Kristallisationspunkt oppositioneller Manifestation, zu dem selten weniger als zehntausend Menschen kommen. Aber das sind keine Gedächtnistage. Deshalb fehlt ihnen auch die Medienkraft.

FOTO: AP

Peres spricht geheim mit Hussein

dpa, Washington

Der israelische Ministerpräsident Shimon Peres und Jordaniens König Hussein haben sich nach einem Bericht des US-Magazins „Newsweek" wenige Tage nach der Bombardierung des PLO-Hauptquartiers in Tunis (1. Oktober) insgeheim in Paris getroffen. Unter Berufung auf gut informierte Kreise heißt es in der jüngsten „Newsweek"-Ausgabe, bei der Unterredung sei die seit langem bekannte Forderung des jordanischen *Monarchen* erörtert worden, die Nahost-Friedensverhandlungen unter internationaler Schirmherrschaft zu führen und die Sowjetunion daran zu beteiligen. Das israelische Fernsehen hatte in der vergangenen Woche berichtet, Peres sei bereit, der Sowjetunion eine „Rolle" bei den Friedens*verhandlungen zuzugestehen*.

In einem in New York ausgestrahlten Interview forderte Peres Jordanien zu direkten Verhandlungen ohne Vorbedingungen auf. Israel sei bereit, mit Jordanien und den Palästinensern sowie mit einer jordanisch-palästinensischen Delegation zu verhandeln. In der Vergangenheit hatte Israel es abgelehnt, mit Mitgliedern der Palästinenesischen Befreiungsorganisation (PLO) zu verhandeln.

Kohl will Reagan vor Protektionismus warnen

Co. Bonn

Bundeskanzler Helmut Kohl wird nach Angaben von Regierungssprecher Friedhelm Ost bei seinem heute beginnenden viertägigen Besuch in *New York dreimal mit US-Präsident* Ronald Reagan zusammentreffen und außerdem Gespräche mit den Ministerpräsidenten Shimon Peres (Israel), Zhao Ziyang (China) und Radjiv Ghandi (Indien) führen.

Zwei Begegnungen Kohls mit Reagan werden multilateralen, eine wird bilateralen Charakter haben. Ost erläuterte, der Kanzler sei – bei aller Warnung vor Euphorie – zuversichtlich, daß der Reagan-Gorbatschow-Gipfel im November aufgrund der Interessenlage beider Großmächte positive Ergebnisse bringen werde. Kohl werde die Begegnungen mit dem Präsidenten auch nutzen, um auf negative Folgen des Protektionismus hinzuweisen.

Rebellen in El Salvador radikalisieren sich

Veränderte Machtverhältnisse / Sabotageakte nehmen zu

WERNER THOMAS, Miami

Der salvadorianische Präsident José Napóleon Duarte hatte sich bereits unmittelbar nach der Entführung seiner Tochter Ines am 10. September auf lange, schwierige Verhandlungen mit den Kidnappern eingestellt. Er wußte, daß die Täter der Guerrilla-Organisation „Nationale Befreiungsfront Farabundo Marti" (FMLN) angehören, und er kannte die neuen Machtverhältnisse innerhalb der Rebellenbewegung.

„Die radikalen Kräfte diktieren das Geschehen", sagte Informationsminister Julio Adolfo Rey Prendes, einer der engsten Berater Duartes. Die FMLN, vor fünf Jahren gegründet, wird heute von zwei doktrinären Marxisten dominiert. Joaquin Villalobos *(34) avancierte zum mächtigsten* Kommandeur. Jorge Shafik Handal (56) spielt die Rolle des zweiten Mannes.

Diese Situation wurde bereits Anfang Juli offenbar, als sich die FMLN-Hierarchie in der Provinzstadt Perquin ihrer ersten gemeinsamen *Pressekonferenz stellte: Villalobos* und Handal führten das Wort. Handal kommandiert nicht nur die Befreiungsstreitkräfte, eine der kleinsten der insgesamt fünf FMLN-Gruppen. Er fungiert auch als Chef der Kommunistischen Partei El Salvadors. In dieser Eigenschaft verfügt der Sohn *palästinensischer* Einwanderer über die besten Kontakte zur Sowjetunion und zu Kuba.

Der bullige, bärtige KP-Vorsitzende hatte 1980 die Waffenlieferungen des Ostblocks für die – dann gescheiterte – „End-Offensive" der Guerrilla arrangiert. Das Kommando Pedro Pablo Castillo, das Ines Duarte Duran entführte, soll ihm persönlich unterstehen. Handal ist auch mit dem Massaker am 19. Juni in dem Vergnügungsviertel „Zona rosa" der salvadorianischen Hauptstadt in Verbindung gebracht worden, bei dem 13 Personen ums Leben kamen, unter ihnen vier amerikanische Soldaten.

Die ideologische Radikalisierung fällt mit einer neuen Phase des salvadorianischen Krieges zusammen: Nachdem die Regierungstruppen militärisch die Lage kontrollieren, konzentrieren sich die Rebellen wieder auf Terror- und Sabotageaktionen. Sie nehmen in Kauf, daß solche Operationen mit einem Sympathieschwund bei der Bevölkerung und ausländischen Freunden verbunden sind und den Friedensinitiativen den Todesstoß versetzen. Sie scheinen auch das Risiko eines Zusammenbruchs der Oppositionsfront nicht zu scheuen.

In der „Demokratischen Revolutionsfront" (FDR), dem politischen Arm der FMLN, herrscht Unruhe. Guillermo Ungo und Ruben Zamora, ein linker Sozialdemokrat und ein linker Christdemokrat, reagieren nervös auf den Strategie-Wechsel. Beide kritisierten das Blutbad in der „Zona rosa". Ungo äußerte sein „Bedauern" und erklärte: „Wir billigen nicht alle Aktionen unserer Verbündeten." Zamora sprach gar von einem „Terrorakt".

Der in Managua wohnhafte FDR-Führer fühlt sich nicht mehr sicher vor radikalen Rivalen. Er hat die sandinistische Regierung um Polizeischutz für seine Familie gebeten.

Villalobos und Handal propagieren den langen Volkskrieg. Sie wollen die Regierung in einem zähen, über Jahre hinaus dauernden Verschleißkampf in die Knie zwingen. „Wir können das durchhalten", betonte Villalobos, der 1974 den Dichter Roque Dalton wegen ideologischer Meinungsverschiedenheiten ermorden ließ. Alle Mittel seien erlaubt.

Unter keinen Umständen will die *FMLN eine fundamentale Bedingung* der Duarte-Regierung für eine friedliche Lösung des Konfliktes erfüllen: die Niederlegung der Waffen. „Wir werden niemals unsere Waffen niederlegen", warnte Villalobos, der eine Guerrilla-Organisation kommandiert, die heute nur noch 5000 bis 6000 Kämpfer umfaßt, etwa die *Hälfte* der Truppenstärke von 1983.

Je mehr der nichtmarxistische Freundeskreis der FMLN schrumpft, desto enger wird das Verhältnis der Comandantes zu den beiden einzigen marxistischen Ländern der Region, Kuba und Nicaragua. Als der SPD-Politiker Hans-Jürgen Wischnewski vor zwei Wochen seine Vermittlungsmission startete, hatte ihm Präsident Duarte besonders Gespräche mit dem kubanischen Präsidenten Fidel Castro und dem nicaraguanischen Staatschef Daniel Ortega empfohlen. Duarte vermutet, daß Villalobos über seinen Verbindungsmann Handal taktische Ratschläge aus Havana erhält. (SAD)

USA und Japan besorgt über Manila

Überfällige Reformen / Zulauf zu Kommunisten / Sucht Amerika neue Stützpunkte?

FRED DE LA TROBE, Tokio

Nach den USA zeigt sich auch Japan sehr besorgt über die Lage auf den Philippinen. Präsident Marcos war von Washington aufgefordert worden, endlich die längst überfälligen politischen, wirtschaftlichen und militärischen Reformen einzuleiten, um den Vormarsch der kommunistischen Guerrillas einzudämmen. Die Rebellen der Neuen Volksarmee zählen mittlerweile 30 000 Mann.

Der republikanische *US-Senator* Laxalt, der im Auftrag Präsident Reagans nach Manila gereist war, sagte jetzt in einem Interview mit der „Washington Post", Marcos habe zugesagt, 1987 „faire und umfassende" Präsidentschaftswahlen abzuhalten.

In Ostasien geben die meisten Beobachter der Regierung Marcos kaum noch Chancen, einen Ausweg aus der verfahrenen Lage zu finden – selbst wenn sie sich jetzt noch zum Handeln entschlösse. Das Regime steht vor einem Scherbenhaufen, der Zulauf zu den Kommunisten beschleunigt sich im *ganzen Lande, und die Militärs* sind zunehmend demoralisiert.

„Werden die Philippinen Moskaus nächster Triumph?" fragte schon ein japanisches Magazin. Die Katastrophe für Marcos bereite sich jetzt so schnell vor, daß die NPA ihren ursprünglichen Zeitplan für die Machtübernahme in drei bis fünf Jahren auf eine sehr viel kürzere Frist vordatiere.

Admiral James Watkins, der Chef der amerikanischen Marineoperationen, deutete jetzt an, daß die USA ihre beiden *großen* Stützpunkte auf den Philippinen aufgeben müßten. Diese beiden größten US-Basen in Übersee überhaupt, der Luftwaffenstützpunkt Clark Air Base und die Marinebasis Subic Bay, sind bis 1991 gepachtet. Auf beiden sind auch Atomwaffen gelagert. Der stellvertretende Verteidigungsminister Armitrage erklärte, Washington habe ernstlich begonnen, nach anderen Stützpunkten Ausschau zu halten.

Als Ersatz käme nach den bisherigen Überlegungen ein Ausbau der US-Stützpunkte in Japan – vor allem auf Okinawa –, in Südkorea und auf der Insel Guam in Betracht. Ein Rückgriff auf bisher unter amerikanischer Treuhänderschaft stehende Inseln in Mikronesien dürfte wegen örtlicher Oppositionen schwierig sein.

Fest steht, daß sich das Mächtegleichgewicht im asiatisch-pazifischen *Raum entscheidend* verschieben würde, gerieten die Philippinen unter kommunistischen Einfluß.

Die Guerrillas der Inselnation machen aus ihren Sympathien für Moskau kein Geheimnis. Japans Versorgungsroute für Rohstoffe und Öl führt unmittelbar an den Philippinen vorbei und könnte leicht unterbrochen werden. Militärexperten in Tokio schließen nicht ganz aus, daß der Schock eines kommunistischen Triumphes auf den Philippinen Nippon doch *noch zu größeren militärischen* Anstrengungen aufrütteln könnte.

Würden Clark Air Base und Subic Bay von den Sowjets übernommen, so hätte Moskau Südostasien im Zangengriff – mit dem einen Greifer in Vietnam und dem Stützpunkt Cam Ranh und dem anderen auf den Philippinen. Die sowjetische Pazifikflotte mit 770 Schiffen ist jetzt schon die größte der vier Flotten Moskaus. Längst ist sie der amerikanischen Pazifikflotte, die über 252 Schiffe verfügt, zahlenmäßig überlegen.

Der japanische Militärexperte Hironobu Ishikawa hält es für wahrscheinlich, daß die USA bei einem philippinischen Wechsel ins sowjetische Lager militärische Bande mit den verbleibenden Ländern der Asean-Staatengemeinschaft – vor allem mit Indonesien, Malaysia, Singapur und Thailand – anstreben werden.

Diese Staaten sind jedoch politisch und wirtschaftlich nicht allzu stabil. Sie könnten daher vor möglichen sowjetischen Drohungen zurückschrecken. Nach den Erfahrungen von Vietnam sind in diesen Ländern Zweifel an amerikanischer Verläßlichkeit nicht auszuschließen. (SAD)

Hangar 11 – Ende einer Traumreise

FRITZ WIRTH, Washington

Er brach auf als ein namenloser Tourist, Invalide, ein harter Mann der New Yorker East Side. Gestern kehrte er heim. Ein Name in der Zeitgeschichte, ein Mann, dessen Schicksal Regierungskrisen auslöste, ein Bürger, der die Wege des Hasses und der Gewalt in dieser Welt kreuzte.

Er starb, weil er Amerikaner und Jude war. Sein Sarg war in eine Flagge gehüllt. Amerikanische Helden kehren so heim. Dieser Mann jedoch wollte sein Leben lang niemals ein Held, er wollte stets nur der unauffällige Bürger Leon Klinghoffer sein. In dieser Welt ist das jedoch kein Freifahrtschein mehr, der Immunität sichert und vor brutalem Mord schützt.

Die Passagiere der PanAm-Maschine, die am Sonntagnachmittag auf dem John-F.-Kennedy-Flughafen landeten, wußten nicht, wer mit ihnen reiste. Als der letzte von ihnen die Maschine verlassen hatte, rollte sie langsam zum Hangar 11 weiter. Dort warteten seine Frau, seine Töchter, einige Beamte des Außenministeriums, Senatoren und eine Ehrengarde von sieben Soldaten. Sie entfernten die Flagge vom Sarg, falteten sie in einem sorgfältigen Zeremoniell zu einem Dreieck und überreichten sie der Witwe, die sie eng an ihren Körper preßte.

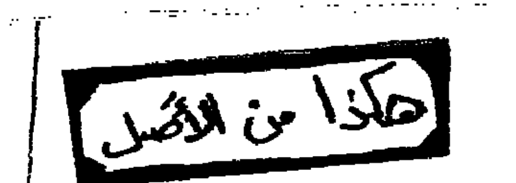
Es folgen Worte, die kein Echo mehr finden. Das Vokabular der Trauer, des Zorns, des Nichtbegreifens, das den Tod dieses Mannes seit zehn Tagen begleitet, ist stumpf geworden. Der Präsident läßt sein Beileid ausrichten: „Die ganze Nation spürt Ihren Schmerz." „Der grausame Tod Ihres Mannes hat einen neuen Geist in diesem Lande geweckt", tröstet der New Yorker Senator Alfonse d'Amato. Er will sich dafür verwenden, daß eine Tapferkeitsmedaille an Leon Klinghoffer verliehen wird, der nicht aufgebrochen war, um tapfer *zu sein, sondern* um eine Welt zu sehen, die er für schön hielt.

Marilyne Klinghoffer, geborene Windwehr, die Frau, die Leon Klinghoffer vor 35 Jahren von der anderen Seite des Hudson nach Manhattan holte, nimmt stumm die Händedrükke des Mitleids an. Sie vermag kaum noch zu weinen, als der Sarg ihres Mannes langsam aus dem Frachtraum der Maschine gehoben wird. Nicht, weil sie tapfer ist, sondern weil sie sich schon lange ausgeweint hat.

Als die Reden beendet sind, geht sie an den Sarg heran, legt zwei Finger auf ihre Lippen und preßt sie dann *auf das* Holz des Sarges. Am Montag wurde Leon Klinghoffer, der nach zwei Schlaganfällen schon den Hauch des Todes gespürt und seine Grabstätte bestimmt hatte, in Queens beerdigt, als New Yorker mit einer New Yorker Adresse.

„Wir wissen noch nicht, wie er starb", sagte Maurice Blond, ein Freund Klinghoffers seit Jugendtagen, „aber ich weiß sicher, daß er nicht um sein Leben bettelte. Wenn er sich hätte wehren können, er hätte sich gewehrt. Er ist so aufgewachsen. Als ihn in der Armee ein Soldat einmal einen ‚jüdischen Bastard' nannte, zerschlug er ihm den Unterkiefer."

Ende einer Traumreise in eine feindselige Welt. „Möge die Erinnerung an Leon Klinghoffer zum Segen für die ganze Welt werden", sagt ein Würdenträger im Hangar 11. Die Tra*gödie: Die Welt hört schon nicht mehr* zu. Sie ist emsig dabei, den Tod eines invaliden New Yorker Bürgers politisch zu bewältigen. Bis zum nächsten Anschlag, zum nächsten Mord, zur nächsten Heimkehr der Opfer. Terminal: Hangar 11.


هكذا من الأصل

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Demarche unzulässig

„Geht es wirklich um die Wiedervereinigung?": WELT vom 15. Oktober

Sehr geehrte Damen und Herren,

kaum vom Warschauer Bußgang zurückgekehrt, mit dem er die Oder-Neiße-Grenze festschreiben wollte, attackiert er das „Gerede von der Wiedervereinigung" und gibt – bei aller sonstigen Unklarheit seiner Darlegungen – zu erkennen, daß ihm die Wiedervereinigung nicht schmeckt, er sie im übrigen nur als eine von mehreren „Lösungen" ansieht.

In welcher Eigenschaft spricht er eigentlich, der Herr Schmude? Als Präses der EKD-Synode? Dann muß man ihm entgegenhalten, daß ihn niemand zu einer solchen Erklärung ermächtigt hat – auch nicht ermächtigen konnte, denn die politische Frage „Wiedervereinigung" gehört nicht in den Zuständigkeitsbereich einer Synode. Ablehnung schon gar nicht. Hat er als SPD-Mann argumentiert? Er hatte doch bei Übernahme des Amtes als Synodal-Präses Zurückstellung seiner politischen Profilierungsversuche zugesagt! Glaubt er allen Ernstes vielleicht, daß die SPD – wie er neulich einmal recht vorlaut äußerte – die evangelische Kirche zwar noch nicht „im Sack" habe, dies aber wohl kommen werde?

Wie auch immer: Seine Demarche gegen die Leute mit dem „Wiedervereinigungsgerede" ist unzulässig, solange er die Synode *nicht* verläßt. Seine Ausführungen sind aber nicht nur unzulässig, sondern auch widersprüchlich und verworren.

Sagt er zum Beispiel: „Das Grundgesetz verwendet diesen Begriff (Wiedervereinigung) ja auch nicht" und fährt dann fort: „Dabei geht es um das Verständnis der Präambel (des GG), nicht um deren Text." Er will also „auslegen", wo doch ein eindeutiger Text vorliegt. Voraussetzung der „Auslegung" ist die Auslegungsfähigkeit einer Erklärung. Bei absoluter Eindeutigkeit einer Erklärung ist für Auslegung kein Raum. Das *müßte* eigentlich der Jurist Schmude wissen. Oder gab es in der Re-education-Ära, in der er aufwuchs, ein „Umdenken", eine „Bewußtseinsveränderung"?

„Wenn Freiheit für alle Deutschen erreicht ist, dann hat die deutsche Frage ihre Antwort gefunden", sagt Schmude. Soll das eine sibyllinische, eine politische oder einfach eine keß-wortspielerische Antwort sein? Daß den Deutschen – noch dazu dem wiedervereinigungsunwilligen Jürgen Schmude – die Freiheit im Westen und im Osten nicht in den Schoß fällt, ist doch eine Binsenwahrheit.

Schmude sagt: „Warum auch (Verzicht auf Wiedervereinigung)? Wir würden gegenwärtig (!) für solchen Verzicht nichts bekommen." Wir müßten also etwas bekommen, wenn sich ein Verzicht lohnen sollte! Kann man unpatriotischer, unchristlicher argumentieren? Schmude sagt: „Kern der deutschen Frage ist die Freiheit." Wirth sagte auf dem Hambacher Fest: „Selbst die Freiheit darf auf Kosten der Integrität unseres Gebietes nicht erkauft werden; der Kampf um unser Vaterland und unsere Freiheit muß ohne fremde Einmischung *durch* unsere eigene Kraft von innen heraus geführt werden und die Patrioten müssen in dem Augenblick, wo fremde Einmischung stattfindet, die Opposition gegen die inneren Verräter suspendieren ..."

Schmude verbindet mit dem Begriff „Freiheit" offenbar die Vorstellung von Lustgewinn und Lustoptimierung = Lebensqualität – Wirth schließt Opfer nicht aus.

Der ethische, der christliche, der patriotische Rang der Aussagen von Wirth und Schmude ist leicht zu erkennen. Wenn „Wiedervereinigung" aber eine politische Vokabel ist, *so* möge Jürgen Schmude Nachhilfeunterricht bei Carlo Ripa de Meana nehmen, der im Mai 1982 (selbst Sozialist) an die deutschen Genossen einen offenen Brief zur Deutschland- und Ostpolitik schrieb, der präzis und logisch Politik als Vernunftanwendung bezeichnete und die Deutschland- und Ostpolitik der SPD als apolitisch glossierte. Dieser Stellungnahme möchte ich nichts hinzufügen.

Hochachtungsvoll
W. A. Stoermer,
Königswinter 41

*

Sehr geehrte Damen und Herren,

wenn mancher, der sich Politiker nennt, bemerkt, daß er – gelinde gesagt – öffentlich unverantwortliches Zeug geredet hat, dann wartet er ein halbes Jahr, windet und wendet sich und meint, der große Schaden sei vergessen.

So meldet sich wirklich Herr Schmude Mitte Oktober wieder beschwichtigend und opportunistisch zu Wort, nachdem er Mitte Mai auf einer Tagung des Kuratoriums „Unteilbares Deutschland" das Gebot des Einheitsstrebens auch der Deutschen im Grundgesetz in Frage gestellt hatte. Nun erklärt er, seit seine SPD an der Macht (gewesen) sei, habe sich das Verhältnis zwischen den beiden Teilen Deutschlands zum Guten gewendet.

Ich darf meinem Bruder immer *noch nicht schreiben, kann ihn nur* bei Nacht und Nebel besuchen.

Die wichtigste Frage sei die der Freiheit, sagt er, und damit den einzigen Satz, mit dem er recht hat. Klar, wenn die eines Tages käme, würde sich alles lösen. Wie dumm daher unnötige Verzichtsrederei, auch in bezug auf Selbstbestimmung der Völker, einschließlich uns. Sich dafür einzusetzen, ist, was wir zu tun haben.

Wenn ein Jurist herumredet wie Herr Schmude im Mai, so ist das mehr als schlimm. Wenn ihn die EKD wenige Tage später, noch im Mai, *zum Präses wählt,* so *ist das* unverzeihlich. Wir vergessen es nicht.

Mit freundlichen Grüßen
Hans Kröber,
Laichingen

Staatsanwälte

„In Mainz rechnet niemand mit einer Entlassung"; WELT vom 8. Oktober

Sehr geehrte Damen und Herren,

gestatten Sie mir als „Insider" zu dem genannten Artikel einige Bemerkungen:

1. Entgegen der Darstellung in Ihrem Artikel hat Herr Generalstaatsanwalt Dr. Ulrich, Koblenz, sehr wohl mit der Sache zu tun. Er ist nämlich auch Dienstvorgesetzter der Mainzer Staatsanwälte und wurde deshalb *dienstlich mit* deren Gesuchen um Ablösung befaßt.

2. Der unwissende Leser Ihres Artikels könnte den Eindruck gewinnen, daß Ursache des Ablösungsgesuches der fünf Mainzer Staatsanwälte die (fast ein Jahr alte) Weisung des Justizministers sei, die umstrittene Frage der *Mostgewichtsfeststellung* nicht durch die Gerichte klären zu lassen. In Wirklichkeit war indessen ein Zeitungsartikel in der Koblenzer „Rheinzeitung" vom 16. September 1985 Ursache der Gesuche. In diesem Artikel, der auf ein Gespräch der Zeitung mit Herrn Minister Professor Dr. Bickel zurückzuführen war, wurden wahrheitswidrige Behauptungen über angebliche Ermittlungs- und Verfolgungsvorhaben der Dezernenten der „Landeszentralstelle für Wein- und Lebensmittelstrafsachen" der Staatsanwaltschaft Mainz sowie abfällige, um nicht zu sagen beleidigende Erklärungen über den Leiter der Landeszentralstelle verbreitet. Diese Veröffentlichung – und nur s i e – war Anlaß für die Ablösungsgesuche, denn sie ist geeignet, das Ansehen der Staatsanwälte erheblich zu beeinträchtigen und damit ihren Dienst unnötig zu erschweren.

3. Der Tenor Ihres Artikels weist erstaunliche Ähnlichkeiten und Übereinstimmungen mit Berichten anderer Presseerzeugnisse und sonstiger Medien auf, so daß die Frage naheliegt, wer wohl warum an der falschen Unterrichtung der Öffentlichkeit interessiert ist.

Mit freundlichen Grüßen
Waldemahr Bohr,
Oberstaatsanwalt
Mainz-Bretzenheim

Positionen

„Deutschland-Papier stößt auf Bedenken": WELT vom 14. Oktober

Sehr geehrte Damen und Herren,

daß die SPD Positionen der SED übernimmt und diese bei uns in der Bundesrepublik Deutschland in Umlauf bringt, ist kein Geheimnis mehr. Daß nun aber auch „Experten" der Koalition mit denen der SPD gemeinsam ein sogenanntes „Deutschland-Papier" herausbringen wollen, ist äußerst befremdlich. Zeigt dies doch, wie Ziele und Vorstellungen der SPD/SED auch in der Koalition Fuß gefaßt haben. Das wird viele Bürger erschrecken, haben sie doch die derzeitige Regierung gewählt, in der Hoffnung, der Aufweichung zum Osten hin würde Einhalt geboten. Die Koalition muß jetzt also unbedingt klarstellen, daß sie dieses Papier eindeutig ablehnt, daß es nicht zur Dis*kussion steht und stehen wird.* Sonst könnte es sich bei der nächsten Bundestagswahl katastrophal auswirken.

Mit freundlichen Grüßen
Inge Schmidt,
Hamburg 63

„Reichlich konstruiert"

„Leserbrief: Machtmittel potenzieren?"; WELT vom 5. Oktober

Sehr geehrte Damen und Herren,

Herr Dr. Ullmann erwidert in seiner Zuschrift auf Joachim Neander und ereifert sich, „der Staat" würde unter Bruch des Menschenrechts und völkerrechtlicher Verträge seine sachliche Inkompetenz „durch Einsatz seiner Machtmittel noch potenzieren", indem er in der Regel darauf bestehe, daß bei Scheidung einer Ehe die elterliche Sorge *einem* der Elternteile übertragen werde.

Es ist auf folgendes hinzuweisen:

1. In einer funktionierenden Ehe liegt die elterliche Sorge bei beiden Elternteilen gemeinsam, und es funktioniert fast immer. Für extreme Sonderfälle ist der Eingriff des Vormundschaftsgerichts vorgesehen; er setzt voraus, daß das Gericht nach Anhörung des Jugendamts und der Betroffenen zu dem Ergebnis kommt, das Kindeswohl sei gefährdet und die Eltern seien nicht gewillt oder nicht in der Lage, die zur Abwendung erforderlichen Maßnahmen zu treffen (Paragraph 1666 BGB). Es wird wohl niemand diese Vorschrift, die ein Gericht im Einzelfall für kompetenter hält als die leiblichen Eltern, für menschenrechtswidrig halten. Können sich die Eltern sonst in einer wichtigen Frage nicht einigen, dann entscheidet das Gericht auf Antrag, daß die Entscheidung einem Elternteil übertragen wird (Paragraph 1628 BGB). Vorher hat es vergebens versucht, eine Einigung zustandezubringen. Auch diese Regelung ist unverzichtbar. Konfliktfälle werden nun einmal von Gerichten gelöst. In einer gescheiterten Ehe, sei sie geschieden oder nicht, ist die Bereitschaft der Partner sich über wichtige Fragen zu einigen, erheblich geringer. Bei unwichtigen Fragen ist die Prognose noch ungünstiger. Letztlich bliebe doch nur der Weg, durch Beschluß die Entscheidung einem der Elternteile allein zu übertragen. *Gerade die* Erwägung, daß das Gericht nicht kompetent genug ist, zwingt dazu.

2. Die Regelung, mit Wirkung ab Rechtskraft der Scheidung die elterliche Sorge einem der Teile allein zu übertragen (Paragraph 1671 Absatz 4 Satz 1 BGB), steht entgegen Dr. Ullmann nicht im Widerspruch zu der völkerrechtlichen Regelung, daß die Ehegatten „bei der Eheschließung, während der Ehe und bei Auflösung der Ehe die gleichen Rechte haben". Dieser Regelung würde es nur widersprechen, wenn das Gesetz in der Regel oder ausschließlich ein Vorrecht der Mutter (oder des Vaters) vorsehen würde. Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 3.11.1982 zu Paragraph 1671 BGB *stellt* im übrigen die Verfassungswidrigkeit nur *mit* Rücksicht auf die seltenen Fälle fest, wo ausnahmsweise die Übertragung der elterlichen Sorge auf beide Elternteile die beste Lösung wäre. Sie besagt nicht, daß es generell besser wäre, trotz gescheiterter Ehe die elterliche Sorge bei beiden Teilen zu belassen, statt sie dem (nach Meinung des *Gerichts) geeigneteren* Teil allein zu übertragen. Niemand will dem sorgeberechtigten Teil die Möglichkeit nehmen, sich vor Entscheidung mit dem anderen Teil zu beraten. Deshalb läuft Dr. Ullmanns Forderung auf die These hinaus, daß der (angenommen weniger geeignete) Teil, dem das Gericht das Sorgerecht übertragen *hat,* stets vernünftigen Argumenten zugänglich ist, wenn der andere Teil, weil mit sorgeberechtigt, ihm seine Meinung aufdrängen kann, nicht aber, wenn er den anderen Teil nicht zu fragen braucht. Warum können sich in einem solchen Fall der Harmonie die Teile nicht einigen, daß der geeignetere Teil das Sorgerecht erhält? Mir will scheinen, daß hier in guter Tradition unseres Volkes mit viel Energie um graue Theorie gefochten wird. Auf mich wirkt das alles reichlich konstruiert.

Mit freundlichen Grüßen
Ulrich von Heyl,
Lampertheim

Wort des Tages

„Die wahren Lebenskünstler sind bereits glücklich, wenn sie nicht unglücklich sind."

Jean Anouilh, französischer Autor (geboren 1910)

Südafrika

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit Demonstrationen, Boykottaufrufen, Forderungen nach wirtschaftlichen und politischen Sanktionen gegen Südafrika – mit spektakulären Auftritten, lautstarken Aktionen und einseitigen *Argumenten* wollen verschiedene „Entwicklungsorganisationen" angeblich die Apartheid bekämpfen. Man scheint weder Mühen noch Demagogie zu scheuen, den westlichen Staaten und der westlichen Wirtschaft ein schlechtes Gewissen aufzudrängen.

Mit falschen Behauptungen an die Adresse der Schweizer Banken läßt sich unsere Form der Demokratie in Südafrika ganz sicher nicht verwirklichen. Besser wäre es wohl, auf die gemäßigten und ausgewogenen Stimmen zu hören, die zur Nichteinmischung raten. Was Südafrika braucht, ist Zeit für seine gegenwärtig stattfindende innere Erneuerung. Politische und wirtschaftliche Einflußnahmen von außenstehenden Besserwissern sind jedoch Eingriffe in die Souveränität eines Staates, die nur zu einer Verhärtung der Fronten und nicht zu den gewünschten Veränderungen führen.

Gerade die geforderten wirtschaftlichen Sanktionen, insbesondere Kreditrestriktionen durch unsere Banken, würden in erster Linie die schwarze Bevölkerung treffen. Boykotte haben noch nie etwas genützt, sondern nur zusätzliche Probleme gebracht.

Wer nach wirtschaftlichen Sanktionen schreit, läßt erkennen, daß ihm eigentlich das Schicksal der schwarzen Südafrikaner gleich ist. Mir will fast scheinen, daß es diesen Kreisen überhaupt nicht um die Rechte der Schwarzen in Südafrika, sondern nur um ihre eigene Publizität geht – und das auf dem Buckel der Schwarzen.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Egon P. S. Zehnder,
Zürich

Personalien

AUSZEICHNUNGEN

Mit dem Großen Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland wurde der Chef des Berliner Universitätsklinikums Steglitz, Professor Dr. **Helmut Kewitz**, ausgezeichnet. Kewitz, erster Inhaber eines Lehrstuhles für Pharmakologie in Deutschland, unternahm beispielhafte Untersuchungen auf dem Gebiet der Arzneimittel-Nebenwirkungen. Er wirkte entscheidend an der neuen Konzeption des Medizinstudiums an der Freien Universität zu Berlin mit.

*

Weil er sich um die „Integration von Ausländern und ihre Partnerschaft mit den Deutschen" seit mehr als 20 Jahren erfolgreich bemüht, erhielt gestern der 47jährige griechische Diplom-Pädagoge **Georgios Bakalios** als einer der wenigen ausländischen Mitbürger in der Bundesrepublik Deutschland das Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland. Es wurde ihm von der Ausländerbeauftragten des Senats von Berlin, **Barbara John** (CDU), überreicht. Bacalios arbeitet seit 1966 bei dem Diakonischen Werk in Berlin und leitet seit sieben Jahren ein Freizeitheim für Griechen, die in der Stadt leben.

*

Der Schriftsteller **Sten Nadolny** erhält in diesem Jahr den Hans-Fallada-Preis der Stadt Neumünster. Die Auszeichnung ist mit 10 000 Mark dotiert und wird alle zwei Jahre an Schriftsteller vergeben, die in literarisch bedeutender Form Gegenwartsprobleme mit politisch-sozialem Hintergrund behandeln. Dem 43jährigen in Zehdenick an der Havel geborenen und in Berlin lebenden Nadolny wurde der Preis für seinen Roman „Die Entdeckung der Langsamkeit" zugesprochen, in dem es um den englischen Nordpolforscher **John Franklin** (1786–1847) geht. Die Auszeichnung wird am 29. November überreicht.

*

Der mit 5000 Mark dotierte Preis der Robert-Bosch-Stiftung für polnische Übersetzer deutscher Literatur geht in diesem Jahr an die junge Germanistin und Nachwuchsübersetzerin **Slava Lisiecka** aus Lodz. Mit dieser Ehrung soll die jüngere Übersetzergeneration ermuntert werden, ihr Interesse an der deutschen Literatur wachzuhalten und zwischen den beiden Sprachen und Kulturen weiterhin erfolgreich zu vermitteln. Die Übersetzungen von Slava Lisiecka zeichnen sich durch einen außerordentlich variablen Stil, große Genauigkeit, Treffsicherheit und Flüssigkeit aus. Der Preis wird am Donnerstag in der Darmstädter Orangerie überreicht.

EHRUNG

Dem Direktor des Instituts und Poliklinik für Nuklearmedizin der Universität Erlangen-Nürnberg, Professor Dr. **Friedrich Wolf**, wurde anläßlich der Jahrhundertfeier der ungarischen Akademie der Wissenschaften „in Anerkennung seiner hervorragenden wissenschaftlichen Leistungen und seiner Arbeit im Interesse der Entwicklung der Nuklearmedizin in Ungarn" die Georg-von-Hevesy-Gedenkmedaille der Ungarischen Gesellschaft für Nuklearmedizin verliehen.

UNIVERSITÄT

Professor Dr. **Joachim R. Kalden**, Vorstand des Instituts und der Poliklinik für Klinische Immunologie und Rheumathologie von der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg, ist von der Gesellschaft für Immunologie zum Präsidenten der Gesellschaft wiedergewählt worden. Die Amtsperiode umfaßt die kommenden vier Jahre und damit die Ausrichtung des Weltkongresses für Immunologie 1989 in Berlin. Weiterhin ist Professor Kalden vom Bundesministerium für Jugend und Gesundheit in den Wissenschaftlichen Beirat für Sera und Impfstoffe berufen worden.

WAHL

Mit überzeugender Mehrheit von 23 zu 11 Stimmen wählte der Rundfunkrat des Bayerischen Rundfunks (BR) den 48jährigen Journalisten **Gerhard Friedl** zum neuen Hauptabteilungsleiter Politik und Aktuelles im Hörfunk. Mit dieser Position ist gleichzeitig das Amt des Chefredakteurs verbunden. Friedl wird die Stelle zu Beginn des nächsten Jahres übernehmen, nachdem Vorgänger **Udo Reiter** zum Programmdirektor des Hörfunks aufgerückt ist. Friedl wurde in Oberbayern geboren und arbeitete mit **Ludwig Erhard** an dem Gedanken einer marktwirtschaftlichen Entwicklungspolitik. Seit 22 Jahren ist er bei dem BR tätig, zuletzt als Leiter der Nachrichtenabteilung. In zwei Büchern befaßte er sich mit der deutschen Gesellschaftspolitik und den Gewerkschaften als Unternehmer. Ein dritter Band, erschien vor wenigen Wochen, mit dem Titel „Mut zu Wirklichkeit" enthält fünf Dutzend von Friedls Rundfunkkommentaren.

*

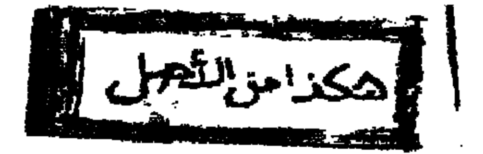
Für weitere zwei Jahre wurde der Exekutiv-Präsident der Europäischen Mitteelstandsunion (EMSU), der CSU-Europaabgeordnete Dr. **Ingo Friedrich** in seinem Amt bestätigt. Die EMSU als europäischer Dachverband des politischen Mittelstandes tagte unter Beteiligung von Politikern und Unternehmern aus allen EG-Staaten in Wallgau in Oberbayern. Der EMSU gehören die Mittelstandsorganisationen christdemokratischer, konservativer und liberaler Parteien in 17 westeuropäischen Ländern an. In der Bundesrepublik Deutschland ist die *CDU/CSU-Mittelstandsvereinigung* Mittgliedsverband der EMSU.

RUHESTAND

Der langjährige Leiter der Auslandsabteilung im Deutschen Caritas-Verband, Dr. **Georg Specht** (63), ist mit Wirkung vom 1. Oktober in den Ruhestand getreten.



Fest-Zinsen sind jetzt für Sie ein Grund zum Feiern.
Eine kreative Bank zeichnet sich unter anderem auch durch intelligente Zinsen aus.
Das heißt: Zinsen, die jedes Prozent und seine Bruchteile nach oben oder unten mit einer Idee zu Ihrem Nutzen verbinden.
So fällt auch jetzt mit den Zinsen der Groschen: Festzinsen! HYPO-Kunden stellen jetzt kurzfristige Finanzierungen auf längerfristige Darlehen um. Sichern sich im rechten Moment einen zusätzlichen Liquiditätsspielraum für später. Machen die momentanen Zinsvorteile gleich für die nächsten Jahre dingfest.
Denn auch niedrige Zinsen bekommen erst durch die richtigen Einfälle einen höheren Wert. Und da wird eine kreative Bank zum baren Vergnügen.
Wir lassen uns etwas für Sie einfallen.
HYPO BANK
Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank Aktiengesellschaft
Die HYPO. Eine Bank – ein Wort.
Hugo Gensler
HYPO-BANK
هكذا من الأصل





Mit eher gemischten Gefühlen stehen die Angestellten der zuständigen Gartenbauämter – hier beim „Ausfegen" des Stuttgarter Schloßgartens – den „Freuden" des Herbstes gegenüber FOTO: DPA

Die guten Seiten des Herbstlaubes

Warum der Reinigungsfanatismus in Parks und Gärten ökologisch bedenklich ist

Von H. de la CHEVALLERIE

Jahr für Jahr stehen viele Zeitgenossen vor der Frage, wie sie das anfallende Laub beseitigen sollen. Vielfach vergessen *ist die Kunst* des Kompostierens, das systematische Sammeln aller organischen Gartenabfälle auf dem Kompost. Statt dessen wandert das Laub in die Mülltonnen. Ökologisch sinnvoller dagegen ist es, es wieder in den Kreislauf einzubringen.

Moderne Zerkleinerungsgeräte und häufiges Umsetzen der Kompostmieten ermöglichen die Herstellung von Komposterde innerhalb weniger Monate. Dieses Tempo muß man für den Privatgebrauch nicht vorlegen. Nach guter alter Vätersitte sollte man drei verschiedene Deponien anlegen und diese jährlich *ein- bis zweimal umsetzen*. Bereits im zweiten Jahr kann ein Teil der verrotteten Substanz in Erdform herausgesiebt werden, und spätestens im dritten Jahr kann man auf den begehrten Humus zurückgreifen.

Chemische Dünger und Torf haben die Kompostwirtschaft ins Abseits gedrängt. Selbst Gartenbaubetriebe greifen zu teuren Kunsterden. Der immer stärker zunehmende Schwund des Humusgehalts in den gartenbaulich und landwirtschaftlich genutzten Böden läßt jedoch die Theorie der „ewigen Bodenfruchtbarkeit" allein durch chemische Düngung ins Schwanken geraten.

Humus ist mehr als bloßer Pflanzennährstoff. Humus fördert die Bodenfruchtbarkeit, das Bodenleben, nämlich die Billionen von Kleinstlebewesen im Boden, die dafür Sorge tragen, alle abgestorbene Biomasse und alle im Boden gespeicherten Nährstoffe in für Pflanzen verfügbare *Nahrung umzuwandeln*. Kompost verbessert die Durchlüftung und Wasserhaltefähigkeit des Bodens, vermindert Bodenerosion und Verschlämmung der Böden.

Ganz aktuell ist die Fähigkeit des Humus, die Wasserstoffionenkonzentration im Boden, den sogenannten pH-Wert, zu erhöhen. Der saure Regen erhöht zunehmend den Säuregehalt des Bodens. *Kompost wirkt dagegen* alkalisch und dämpft den Säuregehalt. Der alkalische Kompost bindet durch seine Pufferfähigkeit Schwermetalle im Boden und verringert damit den Schadstofftransfer vom Boden in die Pflanze.

Kompost erspart weitgehend den Abbau von Torf. Dam*it rettet* man die letzten Hochmoore und die damit vernetzten Ökosysteme vor weiterer Zerstörung. Viele selten gewordenen Tier- und Pflanzenarten leben in den Feuchtbiotopen der Hochmoore. Auf Torf ist im Garten durchaus zu verzichten. Er ist nährstoffarm und verbessert im Vergleich zum Humus den Boden so gut wie gar nicht. Das Abstreuen der Beete mit Torf, wie man es immer noch häufig sieht, ist ökologisch gesehen unsinnig.

Viel besser ist es, das Laub im Herbst auf den Beeten liegen und zu Kompost verrotten zu lassen, um so unmittelbar dem natürlichen Kreislauf des organischen Stoffwechsels Rechnung zu tragen. Ohne ständige Zufuhr organischer Masse im Bodenkreislauf ist ewige Fruchtbarkeit nicht möglich. Nach Prof. Alwin Seifert ist der durchschnittliche Humusgehalt der Landschaftsböden auf 1,5 Prozent abgesunken; drei Prozent hält Seifert für das unerläßliche Minimum.

Die Ständige Konferenz der Gartenbauamtsleiter beim Deutschen Städtetag beschäftigt sich seit einigen Jahren intensiv mit dem Thema „Kompost". In mehreren Städten sind Großversuche angelaufen, die nicht *nur die großen Mengen organischer* Abfälle in den öffentlichen Parks zu Kompost verarbeiten, sondern auch Modelle anbieten, wie Hausgartenbesitzer ihre organischen Abfälle loswerden können.

Gedanken dieser Art gehen bis zur „grünen Mülltonne", um auch die in den Haushalten anfallenden organischen Abfälle zu verwerten. Es ist *nicht nur die Gewinnung des* Komposts das Hauptmotiv, was zum Umdenken in den letzten Jahren geführt hat. Sehr viele Gemeinden haben große Probleme mit ihrem Deponieraum. Deponien sind teure Lagerflächen und überall knapp. Noch teurer sind Verbrennungsanlagen. Die Kosten für die Verbrennung organischer Massen sind doppelt so hoch wie bei einer kommerziellen Kompostierung.

Kompost ist ein Wirtschaftsgut, das zu wertvoll ist, verbrannt oder irgendwo deponiert zu werden. Mit Kompost ernährte Pflanzen sind weitaus weniger anfällig gegen tierische und pilzliche Schädlinge. *In* Gärten und Parks fallen jedes Jahr erhebliche Mengen an Pflanzen- und Gehölzresten an. Aus Gründen des Umweltschutzes und aus wirtschaftlichen Überlegungen ist es nicht länger vertretbar, diese Pflanzenreste mit einem hohen Aufwand an Transportkosten und Gebühren auf einer Deponie abzulagern.

Die Abfallwirtschaft verfolgt generell drei Zielsetzungen: die Verringerung von Abfällen, Verwertung der Abfälle und ihre schadlose Beseitigung. Bei der Kompostwirtschaft sind es ebenfalls drei Gründe: Die Humuszufuhr in verarmten Böden soll verbessert werden, der natürliche Nährstoffkreislauf soll aufrechterhalten bleiben, und der weitere Abbau von Torfabbaugebieten soll aus Gründen des Artenschutzes so weit wie möglich minimiert werden. Aus Abfall wertvolle Substanz zu gewinnen, sollte auch ein ökonomischer Anreiz sein.

Der Autor ist Leiter des städtischen Grünflächenamtes der Stadt Wiesbaden und Obmann der Ständigen Konferenz der Gartenbauamtsleiter im Deutschen Städtetag.

Doch nicht überflüssig wie ein Kropf?

Experten setzen sich für eine bessere Jod-Versorgung der Bevölkerung ein

Von JOCHEN AUMILLER

Als Stammeszeichen der alpenländischen Völker stellen die Karikaturisten den Kropf dar. Zwar sind die kartoffelartigen „Halssäcke" dank der modernen Medizin seltener geworden, das Schilddrüsen-Stigma ist aber auch heute noch im Süden häufiger zu finden als im Norden.

Für die Nachbarländer war dies schon vor Jahren Anlaß, Vorsorgeaktionen gegen den Kropf einzuleiten. Aktionen, die keineswegs die Kostenexplosionen im Gesundheitswesen anfeuerten, sondern das Gesundheitsbudget zunächst kaum belasteten, langfristig sogar stark entlasteten. Es genügt nämlich, das Speisesalz zu jodieren. Dann hat der Kropf keine Chance mehr.

Wie der Arbeitskreis Jodmangel, gegründet von der Sektion Schilddrüse der Deutschen Gesellschaft für Endokrinologie und der Deutschen Gesellschaft für Ernährung, ärgerlich und verbittert der Presse darlegte, haben die vielen Experten-Appelle in *der Bundesrepublik, endlich für eine* ausreichende Jodversorgung der Bevölkerung zu sorgen, wenig gefruchtet. Nur knapp über zehn Prozent des Speisesalzes, das heute verkauft wird, ist jodiert.

Die Gesetzeslage in der Bundesrepublik erlaubt es derzeit nicht, die generelle Jodierung des Speisesalzes vorzuschreiben: Das Prinzip der Freiwilligkeit würde durchbrochen. Wie die Folgelasten der Kropfdiagnostik und -behandlung zu Buche schlagen, erklärt Prof. Peter Pfannenstiel von der Deutschen Klinik für Diagnostik in Wiesbaden.

Irregeführte Schilddrüse

Er hat errechnet, daß allein für die Schilddrüsendiagnostik jährlich 500 Millionen und für die Therapie 250 Millionen DM ausgegeben werden. Für über 90 Prozent der Kröpfe ist der Jodmangel die Ursache.

Daß heute durchschnittlich jeder sechste Bundesbürger eine vergrößerte Schilddrüse aufweist – bei jungen Wehrpflichtigen in Baden-Württemberg und Bayern lag die Häufigkeit sogar bei 32 Prozent –, hat die Experten auf den Plan gerufen, die nach und nach wissenschaftliche Belege für die Gefährlichkeit auch kleiner Kröpfe, die zuweilen liebevoll unter der Bezeichnung Blähhals laufen, erarbeitet.

Die Schilddrüse braucht täglich etwa zwischen 150 und 200 Mikrogramm (*millionstel* Gramm) Jod. Dieses wird in die Schilddrüsenhormone eingebaut. Bekommt der Organismus diese winzigen Spuren von Jod nicht über die Nahrung zugeführt, reagiert die Schilddrüse mit einem fatalen Kompensationsmechanismus. Sie vergrößert sich, wohl in dem Glauben, daß die Vermehrung der Hormon-Produktionsstätten auch genügend funktionstüchtiges Schilddrüsenhormon produziert.

Das Ergebnis dieser Fehlreaktion ist beiderseits des Schildknorpels (Adamsapfel) zu erkennen. Der Kropf wölbt sich jedoch nicht nur nach außen, sondern auch nach innen und engt Luft- und Speiseröhre ein.

Zu dieser Fehlbildung kann es schon bei den Ungeborenen kommen. Leiden die Schwangeren an Jodmangel, so wird dieses Defizit an den Fetus weitergegeben, der schließlich mit einem Kropf auf die Welt kommt. Und das passiert häufiger, als man vermutet. Bis 1975 hatten fünf Prozent *aller in die Universitäts-*Kinderklinik Ulm aufgenommenen Neugeborenen eine angeborene Schilddrüsenvergrößerung.

Man zog die Konsequenz und führte bei allen Schwangeren in Ulm und Umgebung eine Jodsalzprophylaxe durch. Der Erfolg ist durchschlagend: Bereits 1981 fiel die Quote der „Neugeborenen-Kröpfe" auf 0,2 Prozent pro Jahr ab.

Eine deutsch-schwedische Vergleichsstudie dokumentiert eindrucksvoll, in welch breitem Ausmaß die mangelnde Jodversorgung den deutschen Kindern zu schaffen macht. Dr. Rainer Gutekunst von der Medizinischen Universitätsklinik Lübeck berichtete, daß die Schilddrüsen deutscher Kinder im Durchschnitt doppelt so groß sind wie die Schilddrüsen des schwedischen Nachwuchses. Bei der Untersuchung zeigte sich außerdem, daß rund die Hälfte der 13jährigen deutschen Schulkinder eine leicht vergrößerte Schilddrüse haben.

Gesetzliche Prophylaxe

*In Schweden ist mit 140 Mikro*gramm Jod pro Tag eine ausreichende Jodzufuhr gewährleistet. Die tägliche Jodaufnahme in der Bundesrepublik beträgt dagegen nur ca. 40 Mikrogramm.

Es bereitet hierzulande schon große Schwierigkeiten, überhaupt Normalwerte für die Größe der Schilddrüse in den verschiedenen Altersstufen zu ermitteln. Gutekunst: „Wir haben damit größte Probleme, weil es kaum normale Schilddrüsen gibt. Wir müssen zu diesem Zweck schon nach Schweden gehen."

Wie erfolgreich die Jodprophylaxe sein kann, demonstrieren uns die *Nachbarländer Österreich und* Schweiz. Dort wurde schon vor Jahren eine gesetzliche Jodsalzprophylaxe eingeführt. Das österreichische Rezept: Wer „Vollsalz" kauft, bekommt automatisch jodiertes Salz. Wer aber partout kein jodiertes Salz haben möchte, muß in den Geschäften ausdrücklich unjodiertes Speisesalz verlangen.

Das führte dazu, daß 1983 bereits 98 Prozent der verkauften Haushaltsspeisesalz-Packungen jodiert waren. Der Kropf ist bei Schulanfängern bereits in seiner Häufigkeit auf ein Prozent zurückgegangen. Inzwischen sind die Österreicher dabei, den Jodgehalt des Vollsalzes von 10 mg Kaliumjodid pro/kg Speisesalz auf 20 mg zu erhöhen.

Das Bundesgesundheitsamt ist von der Problematik nicht ganz unberührt. Wie zu hören war, überlegt man sich derzeit, ob nicht doch auf dem Verordnungsweg eine bessere Jodversorgung der Bevölkerung zu erreichen ist, ohne grundgesetzliche Prinzipien zu strapazieren.

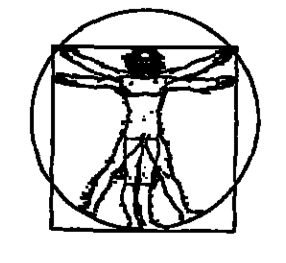
NOTIZEN

Neues zur Biotechnologie

Frankfurt (dpa) – Die Deutsche Gesellschaft für chemisches Apparatewesen (Dechema) gibt jetzt eine Zeitschrift mit dem Titel „Biotechnologie – Verfahren–Anlagen–Apparate" heraus. Die Zeitschrift, die zweimonatlich erscheint, wird mit Hilfe einer Datenbank zusammengestellt, in die jährlich rund 10 000 neue Literaturstellen fließen.

Elektronisches Lexikon

New York (SAD) – Im kommenden Monat wird der amerikanische Schulbuch-Verlag Grolier Electronic Publishing Inc. für 199 US-Dollar eine Compact-Disc auf den Markt bringen, auf der die Informationen der 21 Bände umfassenden „Encyclopedia Americana" gespei-



chert sind. Benötigt wird ein Heimcomputer mit angeschlossenem Lesegerät. In knapp fünf Sekunden tastet ein Laserstrahl die Platte ab und fördert den gesuchten Begriff auf den Bildschirm.

10 000-Dollar-Preis

Bonn (D. T.) – Wissenschaftler, Techniker und Studenten an Universitäten und in den Entwicklungsabteilungen der Industrie, die Erfolge in der physikalisch-chemischen Wasseraufbereitung nachgewiesen haben, können sich um den mit 10 000 US-Dollar dotierten „Chemviron Carbon Award" bewerben. Informationen und Ausschreibungsunterlagen können bei der Chemviron Carbon GmbH, Dieselstraße 13-15, 6072 Dreieich, Tel. 06103/3711, angefordert werden.

Wo „blaue Phasen" lebenswichtig sind

Die Farbtemperatur des Lichtes steuert in Polargebieten die Innere Uhr von Tieren

von WILHELM IRSCH

Einen groben Zeittakt erhalten Tiere aus Reaktionen des Stoffwechsels. Die Inneren Uhren von Tieren und Pflanzen werden durch Zeitgeber, wie etwa den Wechsel von Tag und Nacht, eingestellt. Was aber geschieht, wenn der Hell-Dunkel-Wechsel zwischen Tag und Nacht, wie etwa in den Polargebieten, wegfällt, haben nun deutsche Forscher untersucht.

Die Suche nach der Antwort führte Dr. Franz Krüll aus *Göttingen*, Dr. Helmut Demmelmeyer aus Taunusstein und Professor Hermann Remmert vom Fachbereich Biologie der Universität Marburg nach Spitzbergen; genau an den 79. Längengrad, wo es von Anfang April bis Anfang August durchgehend hell ist.

Für die Untersuchungen hatten sich die Wissenschaftler auf solche Lebewesen konzentriert, deren Biorhythmen streng von der Inneren Uhr abhängig sind. Das gilt zum Beispiel für die Ordnung der Sperlingsvögel. Bei anderen Vogelarten zeigt sich nur ein sehr schwacher Rhythmus in ihrer Bewegungsaktivität; sie waren deshalb für diese *Fragestellung* ungeeignet. Zusätzlich hatte man Vögel verschiedener, gut untersuchter Arten aus Deutschland nach Spitzbergen verfrachtet, um ihr Zeitverhalten unter den neuen Umweltbedingungen zu beobachten.

Die Zeitgeber treten nicht deutlich hervor

Bei Pflanzen werden die von der Inneren Uhr gesteuerten Bewegungen von Blüten und Blättern häufig durch Temperaturschwankungen überlagert, bei den Säugetieren oftmals vom Rhythmus der Nahrungsaufnahme. Auch sie waren für diese Untersuchungen unter der Mitternachtssonne somit nicht geeignet.

Es ist offensichtlich, daß in hohen Polargebieten Zeitgeber nicht so deutlich hervortreten wie in tropischen und gemäßigten Breiten, wo der Tag-Nacht-Wechsel ziemlich abrupt verläuft. Dennoch reagieren die Tiere *auf die hoch-arktischen Zeitgeber*, wie Beobachtungen zeigten. Im arktischen Sommer läuft die Aktivität, wie bislang oft angenommen, also keineswegs frei oder verliert sich etwa *unter* dem Einfluß des Dauerlichts.

Es bleibt die Frage, welcher Zeitgeber *hier wirksam ist. Die geringfügi*gen Unterschiede der Lichtintensität können auf Spitzbergen jedenfalls nicht als solcher wirken. Abgesehen davon würde er auch schnell außer Kraft gesetzt, wenn etwa Wolken aufziehen.

Die Biologen hatten einen anderen *Zeitgeber unter* Verdacht: Die Sonne erscheint um Mitternacht am Horizont rötlicher, am Nachmittag bläulicher. Diese sich verändernde Farbverteilung des Lichts könnte also durchaus als Zeitgeber in Frage kommen. Die Unterschiede ließen sich durch Messung der Farbtemperatur genau festlegen: In der „Nacht" liegt diese bei 3000 Kelvin und tagsüber bei etwa 7000 Kelvin.



Mitternachtssonne am Nordkap FOTO: HARTUNG

Die Frage blieb jedoch, ob diese Schwankungen auch tatsächlich von der belebten Welt als Zeitgeber genutzt werden. Um dies zu prüfen, wurden verschiedene Vögel dem Licht unterschiedlicher Farbtemperatur ausgesetzt, wobei sich die Helligkeit beim Wechsel der Farbtemperatur nicht ändern durfte.

Experimente sind auf Insekten übertragbar

Die Wissenschaftler konnten über die Eindeutigkeit der Ergebnisse nur staunen: Sogar tropische Vögel spre*chen sehr genau auf den* künstlich geschaffenen Rhythmus an. Sie waren am aktivsten in der „blauen Phase" und schliefen in der „Rot-Phase".

Wenn die Experimente sich auch nur auf Sperlingsvögel beschränkten, so sind die Ergebnisse durchaus auf Insekten und Pflanzen übertragbar. Ein Tier, das langwelliges rotes Licht nicht wahrnehmen kann, wird auf den Wechsel der Farbtemperatur im Tagesverlauf wie auf einen Hell-Dunkel-Wechsel reagieren. Dasselbe gilt für Pflanzen und deren Phytochromsystem, das auch nur bestimmte Wellenbereiche nutzt.

Ob die Farbtemperatur für photoperiodische Beeinflussungen wie zum Beispiel die Blütenbildung verantwortlich ist, bleibt unklar. In der kanadischen Arktis wurden Wasserflöhe beobachtet, die immer zur gleichen Jahreszeit Eier legten.

Experimentell konnte dies auch durch künstliche Kurztage hervorgerufen werden. Ob die farbliche Zusammensetzung des Lichts dabei eine Rolle spielt, wurde bislang noch nicht untersucht. Denkbar wäre es durchaus.

Schicksale und Geschichten aus der „Schwarzwaldklinik“: Eine ZDF-Serie erweckt Arztromane zu neuem Leben

Die Hauptrollen spielen die Liebe und der Tod

Geschichten, die das Leben schrieb, können sehr schnell zu Serienalpträumen werden. Allwöchentlich wird dies gefühlsstark vorgelegt von den Seifenopernfamilien Ewing und Carrington. Doch nun wird die fast heile Welt dieser amerikanischen Sippschaft durch eine neue Serie bedroht, die, made in Germany, mit starker ZDF-Promotion aus der Taufe gehoben wird: „Die Schwarzwaldklinik“. Ein Mullbindendrama, in dem Liebe und Tod die Hauptrollen spielen werden; schon vor dem Start auf 35 Episoden verlängert. Letzteres ein kleines öffentlich-rechtliches Wunder.

Was bei den Amerikanern die Faszination der bösen Reichen ausmacht, dürfte bei uns die geheimnisvolle Aura sein, die die „Halbgötter in Weiß“ immer noch umgibt. 35mal Serienglückseligkeit à la „Traumschiff“ oder 35 Episoden im Korsett klinisch-steriler Seriendramaturgie, dargeboten von bekannten Schauspielern und professionellen Stückeschnellschreibern, die Schicksale von der Stange aneinanderreihen, wie sie Groschen-Arztromanautoren nicht besser aus der Feder quellen könnten? Von alledem will der für die Serie verantwortliche Initiator, der Berliner Produzent Wolfgang Rademann, nichts wissen: „Das ist doch alles Unsinn. Es gibt für alle Folgen nur einen Autor, und das ist Herbert Lichtenfeld, der etliche ‚Tatort‘-Folgen und mehrere ‚Traumschiff‘-Episoden verfaßt hat. Die Serie ist geschrieben worden aus der Erkenntnis heraus, daß wir das einzige große Fernsehland der Welt sind, das bisher in seinen Programmen keine selbstproduzierte Serie hatte über die Themenkreise Arzt, Klinik und Medizin. Als dann die Tschechen mit ihrer Serie ‚Das Krankenhaus am Rande der Stadt‘ im ARD-Programm auftauchten, dachte ich, jetzt würden die Fernsehverantwortlichen aus ihrem Koma erwachen. Doch kein Produzent, kein Unterhaltungschef reagierte auf diesen Erfolg. So bot ich dem ZDF den Stoff an, und das Ergebnis hieß: ‚Schwarzwaldklinik‘.“

Es ist schon verwunderlich. Kaum rückte das ZDF mit dieser Thematik heraus, brach bei den deutschen Sendern eine Epidemie aus. Alle entdeckten für sich, jedesmal von neuem, die Medizinwelle: im ARD-Vorabendprogramm gibt es plötzlich die „Nachtärzte“. Günther Pfitzmann eröffnete seine ARD-Kassenpraxis, und das ZDF selbst versetzte noch einen Landarzt in den Serientrab.

In den USA gibt es seit 1963 einen Dauerbrenner in Gestalt des „General Hospital“. Eine Serie, in der alle typischen Seifenopernkonflikte ausgetragen werden: Abtreibung, Vergewaltigung, Sterilität, Impotenz, Krebs und Tod. Rademanns Klinik-Konzept ist ähnlich: „Die ‚Schwarzwaldklinik‘ ist kein Fernsehspiel der Gegenwart. Kein Dokumentarfilm über das reale Leben eines Arztes zum Beispiel im Großklinikum Aachen, der sich im Dauerclinch mit der Gewerkschaft und den Dienstplänen befindet. Sie ist aber auch kein Traumschiff im Krankenhaus. Wir haben beispielsweise das Thema Sterbehilfe in einer Episode aufgegriffen. Auch die Themenkreise Gewissensentscheidung oder ärztliche Kunstfehler werden behandelt. Doch bei jeder Folge steht der Unterhaltungseffekt obenan. Deshalb kam als Spielort nur eine kleine Klinik in Frage, in der der Arzt noch jeden Patienten mit Namen kennt. Der Schwarzwald, genauer eine Kurklinik im Glottertal, diente als Außenfassade. Alle übrigen Aufnahmen entstanden im Atelier des Studios Hamburg; die OP-Szenen drehten wir unter chirurgischer Assistenz des Chefarztes des Allgemeinen Krankenhauses in Wilhelmsburg.“ Man wollte sich schließlich nicht von fachlicher Seite mangelndes Wissen vorwerfen lassen, und deshalb gingen die Darsteller zwei Tage lang in einem Hamburger Krankenhaus in die Lehre, um sich die richtigen Handgriffe bei den OP-Szenen anzueignen.

Die Schwarzwaldklinik – ZDF, 19.30 Uhr

Durch die Episoden-Vielzahl ist die Produktion recht preisgünstig geworden. Runde 440 000 Mark gab das ZDF für eine Folge aus und liegt damit niedriger als bei einer Einzelsendung ähnlichen Genres. Warum hat man also nicht schon früher längere Serien in der Bundesrepublik gedreht? Rademann: „Hierzulande war bisher bei sechs Folgen Schluß der Fahnenstange. Dabei wissen wir aus Untersuchungen, daß der Zuschauer erst nach der dritten Folge das Thema und die Darsteller annimmt – oder auch nicht. Und da ist der Haken der Geschichte: kommt eine Langlaufserie beim Publikum nicht an, dann muß sie in den USA wegen der Kosten durchgezogen werden bis zur bitteren Neige. Das riskieren unsere Anstalten nicht. Wir können, wenn wir eine starke Serie haben, nicht weitermachen, weil bei uns von Jahr zu Jahr die Etats neu bewilligt werden müssen. Nachproduzierte Teile können erst mit rund zweijähriger Verspätung über die Bildschirme flimmern. Bis dahin ist meistens die Luft raus.“ ROLF PETERS

KRITIK

Gefährdete Keuschheit

Das waren also die ersten 140 Minuten der vorab hochgelobten **Dornenvögel** (ARD). Was die Kulisse anbelangt, fühlte sich der serienerfahrene Zuschauer bald heimisch – irgendwo zwischen „Bonanza“ und „Falcon Crest“ muß „Drogheda“, das rosenumrankte, schafumwuselte Anwesen liegen. Aber einen ungemein attraktiven Priester in den Mittelpunkt des dramatischen, australischen Geschehens zu stellen, das ist schon was Besonderes. Das müssen wir weiter verfolgen, weil wir erfahren wollen, ob die Bindung des karrierebewußten Geistlichen zum lieben Gott stärker ist als die verbotene Neigung zu einer bezaubernden Frau.

Und so begann's: Die alte, steinreiche Mary Carson läßt ihren Bruder samt Familie aus Neuseeland kommen, damit er „Drogheda“ verwaltet. Da Mary für den stattlichen Pater Ralf mehr empfindet, als Kirche und Konventionen gestatten, spürt ihr weiblicher Instinkt sogleich, daß sie sich eine Rivalin ins Haus geholt hat, die beinahe 70 Jahre jüngere Nichte Meggie. Das scheint absurd, wird aber nachvollziehbar, wenn man diesem großäugigen Geschöpf zusah, das Sidney Penny mit umwerfendem Charme verkörperte. Doch am Ende der ersten Folge ist Meggie dann zu einer Beauty erblüht, der Priester fühlt seine Keuschheit gefährdet, das Drama nimmt seinen Lauf.

Barbara Stanwyck als herrschsüchtige, lüsterne Mary stirbt und hat somit – ebenso wie die Entdeckung Sidney Penny – ihre Schuldigkeit in der Serie getan. Schade, denn die beiden waren der Höhepunkt von „Dornenvögel“ Teil I. CORNELIA REISER

Schicksalhafte Unterrichtsstunde

Waren Vater Himmler und Sohn Heinrich, der wohl größte Massenmörder in Deutschlands Geschichte, Produkte desselben Milieus, trotz aller Gegensätzlichkeit in ihrer konkreten politischen Haltung, trotz ihres Zerwürfnisses? **Der Vater eines Mörders** (ZDF) nach Alfred Anderschs Erzählung bedurfte keiner historischen Recherche, keiner intellektuellen Konstruktion; der Schriftsteller brauchte sich nur zu erinnern: An seinen eigenen Direktor im Wittelsbacher Gymnasium zu München, den eisernen, ordnungsfanatischen Oberstudienrat Himmler, der Schüler und Lehrer in Angst und Zittern hielt.

Auch uns, die Zuschauer, hielt er in Angst und Zittern. Denn Fernsehautor Nikolaus Richter und Regisseur Carlheinz Caspari blieben der Erzählung treu, ihrer Seelen und Situationen ausleuchtenden Dramatik, ihrem distanzierten, gleichwohl vitalen Stil, ihrem gelassen-analysierenden und doch warmherzigen Ethos. Es ist ein Ethos, das den Erzählungs- wie den TV-Autor schließlich zu einer Frage zwingt, die – wie Andersch schrieb – „geeignet ist, einen zur Verzweiflung zu bringen“: Schützt denn Humanismus vor gar nichts?

Hans Korte zeigte einen unheimlichen Himmler, einen Bürger zwischen gemütvoller Jovialität und unbarmherziger Vernichtungswut. Beispielhaft, wie es Caspari und Richter gelang, die für Andersch alias Franz Kien schicksalhafte Unterrichtsstunde und die zwischen Angst, Verbitterung und schließlicher Erleichterung pendelnden Gedankenausflüge des gedemütigten Schülers einzufangen.

HERRMANN A. GRIESSER





SAT 1

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.45 ZDF-Info Verbraucher
10.00 heute
10.05 Sie tanzte nur einen Sommer
Schwedischer Spielfilm (1951)
11.35 Gott und die Welt
12.10 Kontraste
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

16.00 Tagesschau
16.10 Das Haus in der Normandie
Film von Ingrid Anna Fischer
Lydie Auvray stammt aus der Normandie. Zusammen mit ihrer Band, den „Auvrettes“, tourt die junge Französin durch die Bundesrepublik. Als Bindeglied zu ihrer Heimat leistet sich die Band ein Fachwerkhaus in Langrun-sur-mer, Lydies Heimatort, das sie selbst renoviert.
16.55 Denkste!?
Heiße Ohren – ein Hör-Spiel
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Was bin ich?
Heiteres Beruferaten mit Robert Lembke
21.00 Report
Baden-Baden
Moderation: Franz Alt
21.45 Dallas
22.30 Tagesthemen
23.00 Kulturweltspiegel
Mit Hansjürgen Rosenbauer
Tarkowski auf Gotland – Der sowjetische Regisseur („Nostalghia“), der in Rom im Exil lebt / Kultur in Budapest – Aktuelle Kulturereignisse aus der ungarischen Hauptstadt / Eine Palästinenserin in Paris – Raymonda Tavils Buch „Mein Gefängnis hat viele Mauern“ war ein weltweiter Erfolg
23.45 Tagesschau
23.50 Nachtgedanken
Späte Einsichten mit Hans Joachim Kulenkampff

ZDF

16.00 heute
16.04 Computer-Corner
16.20 Schüler-Express
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.45 Mein Name ist Hase!
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.20 Es muß nicht immer Mord sein
Zwei Prozent von zehn Millionen
19.00 heute
19.30 Die Schwarzwaldklinik
Fernsehserie von Herbert Lichtenfeld in 23 Folgen
1. Folge: Die Heimkehr
Mit Klausjürgen Wussow, Gaby Dohm, Sascha Hehn u. a.
Regie: Alfred Vohrer
Dem Chirurgen Professor Klaus Brinkmann wird der Chefarztposten in der Schwarzwaldklinik angetragen. Brinkmann akzeptiert und zieht in sein Geburtshaus, wo bisher nur Sohn Udo, ebenfalls Arzt in diesem Sanatorium, wohnt.
21.05 Ratschlag für Kinogänger
„Die Spezialisten“ von Patrice Leconte
Vorgestellt von Hans Hellmut Kirst
21.15 WISO
Tip: KfZ-Prämien steigen – Jetzt schalten spart Geld / Zur Person: Franz Steinkühler (IG Metall) / Geschäfte unter Schuldenmachern: Bremen kauft Neue-Heimat-Wohnungen
21.45 heute-journal
22.05 Neue deutsche Filme
Dies rigorose Leben
Film von Vadim Glowna
Mit Angela Molina u. a.
23.40 heute

SAT 1

13.30 Perrine
14.00 Von drei nach zwei bis zwei vor drei
15.00 Muggsy
15.30 Musicbox
16.30 Mork vom Ork
17.00 Die Leute von der Shiloh Ranch
18.00 Alle meine Lieben
oder Regionalprogramm
18.30 APF blick
18.45 Ein Tag ist schöner als der andere
Deutscher Spielfilm (1969)
20.30 Kulturmagazin
21.30 APF blick
22.15 Die Schönste von Montana
Amerikanischer Spielfilm (1951)
23.35 APF blick

3SAT

18.00 Bilder aus der Schweiz
19.00 heute
19.30 Als Österreich noch nicht Österreich war
Dokumentation von Brigitte Vacha
20.30 Ringstraßenpalais
17. Die Verwandtschaft
21.15 Zeit im Bild 2
21.35 Kulturjournal
21.45 Club 2
Anschl. 3SAT-Nachrichten

RTL-plus

20.20 Filmvorschau
20.30 Le train – Nur ein Hauch von Glück
Franz.-ital. Spielfilm (1973)
Mit Romy Schneider u. a.
22.15 RTL-Spiel
22.25 Wie geht's
22.45 Wetter
22.48 Horoskop
22.53 Betthupferl

III.

WEST

19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Auslandsreporter
Hans-Josef Dreckmann aus Äthiopien: Weihrauch und Hunger
20.45 Rückblende
Vor 160 Jahren geboren: Johann Strauß
21.00 Formel Eins
21.45 Landesspiegel
22.15 Deutscher Alltag
Ick mach am liebsten uff Distanz
23.00 Wie uns die Nachbarn sehen
„...besser geteilt?“
23.45 Letzte Nachrichten

NORD

18.30 Gitarrenwerkstatt mit Sigi Schwab (5)
19.15 Musikladen – Eurotops extra
20.00 Tagesschau
20.15 Berliner Platz
Katastrophenmedizin: Jeder hat keine Chance?
21.15 Toma
Tödlicher Irrtum
22.00 Mehr Lust (1)
22.45 Offerte
Kulturtips
23.00 Schach dem Weltmeister
23.30 Nachrichten

HESSEN

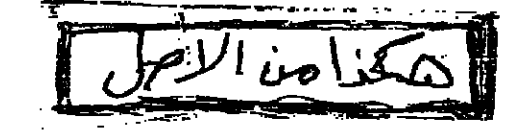
18.30 Unser Auto wird hundert
Außen hui und innen ...?
19.05 Formel Eins
20.00 Tatort
Stuttgarter Blüten
21.35 Drei aktuell
21.50 Kultur – aktuell in Hessen
22.35 Das Volk ißt die Wahrheit nicht mit Löffeln
Jeremias Gotthelf
23.20 Vor vierzig Jahren

SÜDWEST

18.30 Telekolleg II
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Die Sprechstunde
Nur für Baden-Württemberg:
20.15 S 3 – Kinokalender
20.45 Bericht aus Stuttgart
Nur für Rheinland-Pfalz:
20.15 Guten Abend aus Mainz
Nur für das Saarland:
20.15 Magazin Saar 3
Gemeinschaftsprogramm:
21.15 Atlantic City, USA
Franz.-kanadischer Spielfilm (1980)
22.55 Avanti! Avanti!
23.25 Nachrichten

BAYERN

18.45 Rundschau
19.00 Martin Luther
Fernsehfilm in fünf Teilen
2. Der Sohn der Bosheit
20.40 Z. E. N.
20.45 Die Sprechstunde
Gesundheit kennt keine Grenzen
21.30 Rundschau
21.45 Der Neubau
Dokumentation und Diskussion zu den Plänen für eine neue bayerische Staatskanzlei
23.20 Rundschau



NATIONALELF

Kritik an Berthold

sid, Düsseldorf

Teamchef Franz Beckenbauer hat sich die Video-Aufzeichnung noch gar nicht angesehen, Horst Köppel schaute sich Bilder der Begegnung Deutschland gegen Portugal (0:1) nur in Ausschnitten an. Die 25 Nationalspieler aber, die zum Kurzlehrgang nach Herzogenaurach (28. – 30. Oktober) eingeladen sind, müssen sich den Film ganz ansehen: Besseren Anschauungs-Unterricht, wie es nicht gemacht werden darf, gibt es kaum.

Für das letzte Qualifikationsspiel am 17. November in München gegen die CSSR verspricht Horst Köppel Veränderungen auf drei bis vier Positionen. Namen (Berthold, Jakobs, Meier) liegen auf der Hand, aber nur im Falle von Berthold (Frankfurt) gibt es konkrete Auskünfte: „So wie er zuletzt spielte, hat es keinen Wert. Auf der Position im rechten Mittelfeld müssen wir uns etwas einfallen lassen." Drei Kandidaten kämen in Frage: Rolff sowie die Neulinge Kohler (Mannheim) und Reuter (Nürnberg).

Nicht am Lehrgang teilnehmen kann Libero Matthias Herget (Pokal-Wiederholungsspiel gegen Trier).

Das Aufgebot: Tor: Schumacher, Stein – Abwehr: Augenthaler, Berthold, Brehme, Förster, Frontzeck, Jakobs, Kohler, Reuter – Mittelfeld: Allgöwer, Buchwald, Briegel, Magath, Rolff, Meier, Rahn, Thon – Angriff: Klaus Allofs, Littbarski, Thomas Allofs, Gründel, Rummenigge, Völler, Waas.

SPORT-NACHRICHTEN

Cendic in Oberhausen

Oberhausen (sid) – Nachfolger von Friedel Elting als Trainer des Fußball-Zweitligaklubs Rot-Weiß Oberhausen wurde Slobodan Cendic. Der Jugoslawe unterschrieb einen Vertrag bis zum 30. Juni 1987. Er betreut Oberhausen am Sonntag in Bayreuth zum erstenmal.

Briegel hat Fieber

Verona (sid) – Italiens Meister Hellas Verona verlor mit dem deutschen Fußball-Nationalspieler Hans-Peter Briegel beim AC Neapel mit 0:5. Danach mußte Briegel wegen einer fiebrigen Erkältung im Bett bleiben. Sein Einsatz beim morgigen Europapokalspiel gegen Juventus Turin ist fraglich. Karl-Heinz Rummenigge gewann mit Inter Mailand bei US Lecce mit 1:0.

Gewichtheber gesperrt

Stockholm (dpa) – Schwedens Gewichtheber werden vom 1. Januar 1986 an nicht mehr an internationalen Veranstaltungen teilnehmen. Mit diesem Schritt will der Verband gegen Doping-Praktiken protestieren. Bei nationalen Wettkämpfen sollen Doping-Kontrollen erfolgen.

Ingra Manecke hört auf

Fürth (dpa) – Die Diskuswerferin Ingra Manecke (Fürth) wird ihre aktive Laufbahn auf Anraten des Freiburger Sportarztes Armin Klümper beenden. Sie leidet an einer Verletzung im rechten Schultergelenk. Mit 67,06 Metern hält Ingra Manecke den Rekord für den Bereich des Deutschen Leichtathletik-Verbandes (DLV).

Spandau weiter

Veenendaal (dpa) – Wasserfreunde Spandau 04 steht im Europapokal der Landesmeister im Wasserball in der Runde der letzten vier. Die Berliner gewannen in Veenendaal (Holland) die zweite Runde mit 4:2 Punkten vor BVSC Budapest. Nächster Gegner im Hin- und Rückspiel ist im November Barcelona oder Dubrovnik.

ZAHLEN

EISHOCKEY

Bundesliga, 9. Spieltag: Bayreuth – Köln 4:10, Düsseldorf – Schwenningen 14:2, Iserlohn – Mannheim 2:2, Kaufbeuren – Rosenheim 6:3, Landshut – Rießersee 1:6.

DIE TABELLE

1.Köln	9	7	1	1	46:23	15:3
2.Rosenheim	9	5	2	2	40:28	12:6
3.Iserlohn	9	4	2	3	42:33	10:8
4.Mannheim	9	3	4	2	36:29	10:8
5.Düsseldorf	9	4	1	4	41:32	9:9
6.Rießersee	9	3	3	3	39:32	9:9
7.Kaufbeuren	9	4	1	4	38:45	8:10
8.Schwenning.	9	3	2	4	34:44	8:10
9.Landshut	9	3	0	6	28:44	6:12
10.Bayreuth	9	0	2	7	27:61	2:16

VOLLEYBALL

Bundesliga, Herren: Hamburg – Friedrichshafen 3:1, Paderborn – Fort. Bonn 3:0, Berlin – Celle 3:0, Gießen – Leverkusen 3:2, Dachau – München 2:3.

TENNIS

Damen-Turnier in Filderstadt, Finale, Doppel: Mandlikova/Shriver (CSSR/USA) – Karlsson/Scheuer-Larsen (Schweden/Dänemark) 6:2, 6:1. – **Schweizer Hallenmeisterschaften**, Finale: Edberg (Schweden) – Noah (Frankreich) 6:7, 6:4, 7:6, 6:1. – Doppel: Tim und Tom Gullikson – Dickson/Wilkinson (alle USA) 4:6, 6:4, 6:4.

GEWINNZAHLEN

Toto, Elferwette: 1, 1, 2, 0, 2, 0, 2, 2, 1, 1. 2. – 6 aus 45: 4, 19, 31, 33, 38, 39, Zusatzspiel: 26. (Ohne Gewähr).

FUSSBALL / Interview mit dem ehemaligen Bundestrainer Jupp Derwall

„Das Festhalten an Felix Magath und Ditmar Jakobs war verlorene Zeit"

BERND WEBER, Bonn

Bayer Uerdingen spielt morgen im Fußball-Europapokal der Pokalsieger gegen Galatasaray Istanbul, also gegen die Mannschaft, die der ehemalige Bundestrainer Jupp Derwall betreut. Etwa 1000 Türken feierten Derwall schon am Flughafen Köln-Bonn, als er seine Mannschaft abholte, das erste Training in Uerdingen sahen etwa 600 Menschen. Die WELT sprach mit dem ehemaligen Bundestrainer.

WELT: Daß die in Deutschland lebenden Türken Sie so begeistert feiern, war ja wohl zu erwarten. Aber hat es Sie nicht sehr überrascht und gefreut, daß beim Training auch viele Deutsche gerufen haben: „Derwall für Deutschland"?

Derwall: Ach, wissen Sie, ich habe das natürlich gehört. Aber es bewegt nichts mehr in mir – das Kapitel als Bundestrainer ist für mich endlich abgeschlossen.

WELT: Gleichwohl, Sie haben bei Ihrem Abschied von der Nationalmannschaft von vielen Seiten härteste *Kritik einstecken müssen.* Fühlen Sie sich durch die letzten Ergebnisse nicht geradezu glänzend rehabilitiert?

Derwall: Ich habe immer gewußt, daß es einige Zeit dauern wird, bis die Nationalmannschaft wieder konstant an die Erfolge früherer Jahre anknüpfen kann. Die große Zeit einiger Spieler, ich denke an Felix Magath oder auch an Ditmar Jakobs, ist vorbei. An ihnen festgehalten zu haben, halte ich für verlorene Zeit. Wenn die jungen Talente, beispielsweise der Schalker Olaf Thon, ein wenig ausgereifter sind, wird es auch mit der Nationalmannschaft wieder richtig bergauf gehen. Natürlich habe ich mir am Anfang Gedanken darüber gemacht, warum einige Leute so unqualifiziert auf mich draufgehauen haben. Doch wie gesagt, daß ist nicht mehr mein Bier. Und ich finde es auch gut, daß mein Nachfolger Franz Beckenbauer bisher von der Öffentlichkeit so pfleglich behandelt worden ist. Hoffentlich bleibt das so.

WELT: Auch der Name des Stuttgarters Karl Allgöwer ist kein Reizwort mehr für Sie? Immerhin hat der behauptet, unter Ihrer Leitung sei die Nationalmannschaft das reinste Kasperle-Theater gewesen . . .

Derwall: Ich habe das nicht ernst genommen, weil ich weiß, wer es gesagt hat. Der Allgöwer soll erst einmal beweisen, daß er international überhaupt was drauf hat. Bislang hat er lediglich seine eigene Profil-Neurose ausgelebt. Das ist mir zu wenig, um



Auch in Deutschland von Türken gefeiert: Jupp Derwall. FOTO: SIMON

Kritik von ihm annehmen zu können. Aber können wir das Thema Nationalmannschaft jetzt wirklich nicht mal ruhen lassen?

WELT: *Sprechen wir also über das* Mittwoch-Spiel gegen Uerdingen, freuen Sie sich eigentlich darauf?

Derwall: Darauf kann ich uneingeschränkt mit Ja antworten. Spiele, in denen es um etwas geht, haben mich immer besonders gereizt.

WELT: Und Sie haben keine Angst vor der Blamage? Schließlich müssen Sie doch darauf eingerichtet sein, daß viele hierzulande Ihrer Mannschaft, und damit auch Ihnen persönlich, eine saftige Niederlage wünschen . . .

Derwall: Ich will solche Prestigegedanken nicht überstrapazieren. Für uns geht es in erster Linie darum, eine gute Ausgangsbasis für das Rückspiel in 14 Tagen zu erreichen, und dazu ist Galatasaray durchaus in der Lage.

WELT: Zumal sich Uerdingen derzeit offenbar in einer tiefen Krise befindet. Sie haben das 0:0-Pokalspiel in Trier gesehen, sind Sie danach nicht optimistisch geworden?

Derwall: Die Leistung von Bayer in Trier ist für mich kein Maßstab, und die Mannschaft kann wesentlich mehr, das wissen wir genau.

WELT: Sie sind derzeit Tabellen-Zweiter. Das heißt, Sie sind in Ihrer Arbeit ein gutes Stück vorangekommen.

Derwall: Wir haben uns tatsächlich enorm verbessert. Wie überhaupt der türkische Fußball gute Fortschritte gemacht hat.

WELT: Die türkische Nationalmannschaft hat aber letzte Woche in England mit 0:5 verloren.

Derwall: Vereinsfußball und Nationalmannschaft sind zweierlei Paar Schuhe. In den türkischen Spitzenklubs wird jetzt doch wesentlich profihafter gearbeitet. Das hat sich gezeigt, als unser Ortsrivale Fenerbahce immerhin den französischen Meister Girondins Bordeaux aus dem Europacup gefeuert hat.

WELT: Über mangelnde Rücken*deckung in Uerdingen werden Sie* sich wohl kaum beklagen müssen. Die Gastgeber rechnen damit, daß mindestens die Hälfte der 26 000 Zuschauer Türken sein werden.

Derwall: Um ehrlich zu sein, ich hoffe, es werden noch mehr sein. Ich setze sehr auf die Begeisterung unserer Fans, und meine Spieler werden dadurch sicher ein breiteres Kreuz bekommen.

WELT: Wie *behandeln* Sie Ihre Spieler? Sind Sie mehr Diktator, oder praktizieren Sie auch bei Galatasaray das Prinzip der langen Leine?

Derwall: Ich habe eine Mischung gefunden, die ankommt. Aber da hat sich, im Gegensatz zu dem, was viele annehmen, eigentlich gar nichts geändert. Ich kann sehr hart in der Sache sein, aber manche Probleme lassen sich auf der Kumpel-Ebene besser lösen.

WELT: Apropos Kumpel, welches Verhältnis haben Sie zu Uerdingens Trainer Feldkamp?

Derwall: Wir kommen ausgezeichnet miteinander klar. Als der Kalli vor kurzem in Istanbul war, sind wir zusammen essen gegangen. Es war ein richtig schöner Abend. Und ich bin sicher, den werden wir in 14 Tagen in meiner Wahlheimat wiederholen.

HANDBALL

Bundestrainer Schobel spricht von „Betrug"

sid, Nis

Zwei rote Karten, eine Flut von Siebenmetern, brutale Härte und Hektik kennzeichneten die Neuauflage des Endspiels der Olympischen Spiele von Los Angeles zwischen Jugoslawien und Deutschland. Beim Vier-Länder-Turnier in Nis gewann der Olympiasieger 26:24, die deutschen Trainer und Spieler aber waren nicht zu beruhigen. Bundestrainer Simon Schobel: „Das war Betrug. Es ist unmöglich, drittklassige Schiedsrichter zu einem so erstklassig besetzten Turnier zu schicken."

Die italienischen Schiedsrichter Bernardo Albarela und Karlo Mancini zeigten zunächst Torwart Siegfried Roch wegen Reklamierens die rote Karte, dann erwischte es auch den Bundestrainer, der sich mit den Schiedsrichtern anlegte. Schobel mußte die deutsche Bank räumen und nahm zwischen den Zuschauern Platz.

Jochen Fraatz (Essen) charakterisierte das Spiel so: „So viel Prügel wie heute habe ich noch nie einstekken müssen. Aber ich habe auch ausgeteilt." Schobels Assistent Heiner Brand, der die Leistung der deutschen Mannschaft bis zur 40. Minute als „absolute Weltklasse" bezeichnete, ärgerte sich: „Wenn man nur einstecken muß, kann man eine spielerische Linie nicht mehr beibehalten."

Als die lautstarken Anfeuerungsrufe die Sporthalle in einen Hexenkessel verwandelten, verloren die Schiedsrichter gänzlich die Übersicht. Martin Schwalb (Großwallstadt) meinte: „Wir flogen raus wie die Fliegen. In den letzten 20 Minuten haben wir nur in Unterzahl gespielt."

Über die verpaßte Olympia-Revanche tröstete sich Schobel hinweg: „Wir haben heute das beste von 18 Länderspielen in diesem Jahr gezeigt." Doch gegen die harte Abwehr der Jugoslawen reichte das nicht. Andreas Thiel, der als bester Torwart des Turniers ausgezeichnet wurde, rang der Vorstellung etwas Gutes ab: „Das waren wichtige Erfahrungswerte für die Zukunft." Was Thiel damit meinte, war dies: Die Schiedsrichter können mit ihren unterschiedlichen Regelauslegungen bei der Weltmeisterschaft in der Schweiz 1986 über Medaillen und Fahrkarten für die Olympischen Spiele 1988 in Seoul entscheiden.

STAND ● PUNKT / *Wo bleibt das Machtwort?*

Nichts gegen Kaninchenzüchter, sie sind mit einem Image beklebt worden, das den absoluten Provinzler umschreiben soll. Sie mögen sich trösten, es gibt noch schlimmere. Ein Kaninchenzüchter-Verein erkundigt sich, ob an dem Tag der geplanten Jahreshauptversammlung ein Fußballspiel im Fernsehen übertragen wird. Wenn ja, sucht er einen neuen Termin, sonst kommt ja keiner.

Der Deutsche Hockey-Bund kannte zwar bei seiner Terminplanung noch nicht den Spielplan der Fußball-Bundesliga, aber das darf keine Entschuldigung sein: Das Finale der deutschen Meisterschaft der Herren findet am Samstag in Mönchengladbach zwischen dem Gladbacher THC und Uhlenhorst Mülheim statt. Beginn ist 14.30 Uhr, eine Stunde später spielt Borussia Mönchengladbach gegen Kaiserslautern.

Als das nun feststand, versuchte der Gladbacher THC auszuweichen auf Sonntagmorgen, damit vielleicht mehr Sportfreunde kommen als nur die, die beim Hockey immer dabei sind. Der Verband war einverstanden, die Uhlenhorster nicht, worauf der Verband wieder umkippte. Da liegt er nun, unfähig, ein Machtwort zu sprechen. Zurück bleiben verärgerte Gladbacher, in ihrer Sturheit bestätigte Endspielgegner – und dieser Verband, der nicht in der Lage war, Schaden von seinem Sport abzuwenden. Wir sagten es schon, Provinz ist nicht nur da, wo Kaninchen gezüchtet werden. que

FDP-Skepsis zu Entschließung

Mischnick äußert sich anders als Genscher / CDU/CSU: „Nachbesserung" nicht hilfreich

GÜNTHER BADING, **Bonn**

Die Diskussion um eine gemeinsame deutschlandpolitische Entschließung der Koalitionsparteien und der SPD verlagert sich vom Inhaltlichen auf die Frage der Zweckmäßigkeit einer neuen Resolution nur ein Jahr nach der gemeinsamen Erklärung der Bundestagsparteien vom 9. Februar 1984. Der CDU/CSU-Fraktionsvorstand hat dem Rechnung getragen und sich gestern nachmittag gegen eine „Nachbesserung" der Entschliessung des vergangenen Jahres ausgesprochen. Der Versuch dazu habe sich „nicht als hilfreich" erwiesen.

Gegen einen „Ritus"

Schon zuvor hatte der FDP-Fraktionsvorsitzende Wolfgang Mischnick am Morgen im Deutschlandfunk gesagt, er halte es „für wenig sinnvoll, daß man jedes Jahr eine erneute Entschließung zur Deutschlandpolitik bringt".

Es habe sich grundsätzlich nichts seit der Entschließung des vergangenen Jahres geändert, argumentierte Mischnick. „Ich bin der Meinung, es genügt, daß man diese bestätigt, beziehungsweise sich darauf bezieht." Zwar habe er „absolut nichts dagegen", wenn man sich auf eine neue Entschließung verständigen könne, falsch wäre es aber, sich in einen „Ritus" zu begeben und alle Jahre eine neue Entschließung zu fassen. Eine Neuformulierung bringe die Gefahr mit sich, daß „Dinge hineingeheimnist werden, die gar nicht hineingehören". Er habe das Gefühl, daß für einige Politiker Aktionismus „oder der Versuch, ein bißchen zu pieksen, vielleicht ein bißchen Ärger zu machen", viel wichtiger sei als der Grundgedanke, in der Deutschlandpolitik gemeinsam in der Sache voranzukommen.

Der FDP-Vorsitzende Martin Bangemann versuchte gestern vor der Presse in Bonn diese Erklärung Mischnicks und die Äußerung Außenminister Hans-Dietrich Genschers unter einen Hut zu bringen. Genscher hatte am Sonntag erklärt: „Ich könnte dem Entwurf so zustimmen, wie er vorliegt." *Und er hatte hinzugefügt,* man sollte sich im Bundestag „darum bemühen, einen gemeinsamen Grundkonsens sichtbar zu machen". Bangemann sagte gestern nach einer *Sitzung des FDP-Präsidiums, seine* Partei sei bereit, auf die geplante Entschließung zu verzichten, wenn die Meinungsverschiedenheiten darüber beim Koalitionspartner CDU/CSU *nicht ausgeräumt werden könnten.* Für die Freien Demokraten gebe es keinen Bedarf, „noch ein neues politisches Problem zu fördern".

Entschieden gegen den Entwurf der gemeinsamen Entschließung hat sich die Bundesdelegiertenversammlung der Landsmannschaft Schlesien ausgesprochen. Die vorliegende Formulierung müsse als „Ausweitung der Ostverträge zugunsten der kommunistischen Vertragspartner" betrachtet werden.

Der Gedanke, auch in diesem Jahr wieder eine gemeinsame Entschließung zur Deutschlandpolitik zu verabschieden, war von der SPD ausgegangen. Nach monatelangen Beratungen hatte sich eine Expertenrunde auf den jetzt vorliegenden Text verständigt, der sich in weiten Teilen auf Äußerungen von Bundeskanzler Helmut Kohl stützt. Allerdings hatte in den Beratungen auch der deutschlandpolitische Sprecher der Union, der CSU-Abgeordnete Lintner, nicht darauf bestanden, die von den Vertriebenenverbänden geforderte Einbeziehung eines Passus über die besondere Verantwortung der Bundesrepublik Deutschland für die jenseits von Oder und Neiße lebenden Deutschen in den Text aufzunehmen.

Der Fraktionsvorstand der CDU/CSU hatte in der vergangenen Woche die zuständigen Arbeitskreise unter Leitung des stellvertretenden Fraktionschefs Volker Rühe damit beauftragt, den vorliegenden Textentwurf auf „Fußangeln" zu prüfen. Die ursprünglich für die Fraktionssitzung vor einer Woche erwartete Diskussion um das Papier blieb deshalb aus. Mitte der Woche wurde ein Brief des CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß an den Chef der CSU-Landesgruppe im Bundestag, Theo Waigel, veröffentlicht, in dem der Entwurf als „in der vorliegenden Fassung nicht annehmbar" bezeichnet wurde. Als Grund nannte Strauß vor allem das Fehlen eines Abschnitts über die *Deutschen jenseits von Oder und Neiße.* Weiter schrieb der CSU-Vorsitzende, nach der Beunruhigung bei den Vertriebenen, die durch Rühes Erklärung über die „Bindungswirkung" der Ostverträge hinsichtlich der Grenzfragen ausgelöst worden war, habe der Entschließungsentwurf für eine weitere Verunsicherung gesorgt.

Das Problem SPD

Zwar sei zu begrüßen, daß der Versuch unternommen werden solle, „auszuloten, ob es noch eine politische Gemeinsamkeit der im Bundestag vertretenen Parteien in der Deutschlandpolitik gibt, und wie breit sie ist". Allerdings dürfe man nicht so tun, „als ob es die Annäherung der SPD an sowjetische Positionen nicht gäbe". Unter anderem führte Strauß an, daß die Betonung der „Verantwortungsgemeinschaft" zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der „DDR" eine modifizierte Übernahme des Bahrschen Gedankens der „Sicherheitspartnerschaft" mit Moskau bedeute.

Commonwealth für freiwillige Sanktionen

rtr, **Nassau**

Die Commonwealth-Länder haben der weißen Regierung Südafrikas *sechs Monate Zeit zum Abbau der* Rassentrennungspolitik gegeben und für den Fall der Nichterfüllung eine Reihe freiwilliger Sanktionen gegen das Land angekündigt. In einem *Kompromißpapier,* das die Regierungschefs von Großbritannien und 48 seiner Commonwealth-Partner in Nassau auf den Bahamas billigten, wurde Einigung auch darüber erzielt, die *Einfuhr* von südafrikanischen Krügerrand-Münzen zu begrenzen.

Der Kompromiß war ausgearbeitet worden, nachdem einige Commonwealth-Länder verbindliche Wirt*schaftssanktionen verlangt hatten,* London sich aber dagegen wandte. Das Kompromißpapier sieht für den Fall, daß es innerhalb von sechs Monaten keine Fortschritte bei einer Übereinkunft zur Beendigung der Apartheid gibt, folgende Maßnahmen auf freiwilliger Basis vor: Abbruch des Luftverkehrs mit Südafrika; ein Verbot neuer Investitionen oder von Reinvestitionen; Einfuhrstopp von Agrarprodukten; Aufkündigung von Doppelbesteuerungsabkommen; Aufkündigung aller amtlichen Unterstützung für Investitionen in und den Handel mit Südafrika; Verbot aller Regierunbgsabkommen mit Firmen unter Mehrheitsbeteiligung der südafrikanischen Regierung und Einstellung der Tourismus-Werbung.

Die Industrie des südostafrikanischen Staates Simbabwe *befürchtet* einen völligen wirtschaftlichen Zusammenbruch „innerhalb weniger Monate", falls Simbabwe Wirtschaftssanktionen gegen die Republik Südafrika verhängt. „Wir können keine Sanktionen gegen Südafrika aushalten", sagte der Präsident der Industrievereinigung von Simbabwe, John Mkushi, in Harare.

„Sonnenschein": Neuer Standort?

Die Folgen des rot-grünen Bündnisses: Wirtschaftsraum Hessen wird immer unsicherer

J. NEANDER, **Büdingen**

Rascher als erwartet zeigt sich, daß *die neugeknüpfte rot-grüne Koalition* in Hessen sehr konkrete Auswirkungen auf das wirtschaftliche Leben des Landes haben wird. Das erste Beispiel eines Industrieunternehmens, das wesentliche Investitionsentscheidungen auf Grund der neuen Situation wahrscheinlich zu revidieren gezwungen sein wird, ist die Accumulatorenfabrik Sonnenschein GmbH *(Büdingen) im Besitz der Familie von* Bundespostminister Schwarz-Schilling.

Gegenüber der WELT machte Bruno Michalski, der Vorsitzende der Geschäftsführung des Unternehmens, eindeutig klar, daß diese Entscheidung offenbar keineswegs nur eine politische Drohgebärde darstellt, sondern sehr handfeste Gründe hat.

Aufgrund der hervorragenden Auftragslage der Spezialbatterien steht seit längerer Zeit fest, daß neben den bisherigen Produktionsstätten in Büdingen und Berlin ein drittes Werk gebaut werden muß. Es handelt sich um eine Investion in Höhe von „mehreren -zig Millionen Mark" (Michalski) und soll schon in der ersten Phase etwa 200 neue Arbeitsplätze bieten. Michalski: „Bisher hatte der Raum Büdingen in unseren Überlegungen für das neue Werk immer eine gewisse Präferenz. Dafür sprach nicht nur die bisher gute Kooperation mit den örtlichen Behörden, sondern auch eine gewisse Verpflichtung gegenüber diesem Wirtschaftsraum, in dem unsere Zentrale steht."

Jetzt aber steht das Unternehmen vor einer völlig neuen Lage. Zu den bisher bekannten Entscheidungsfaktoren wie dem verfügbaren Gelände und den Arbeitskräften kommt als „entscheidender Faktor" nun die Frage, wie berechenbar die Genehmigungsvorgänge sein werden. Bisher hatte Sonnenschein in dieser Beziehung in Hessen gute Erfahrungen gemacht: Keineswegs konfliktfrei, aber „verläßlicher als beispielsweise in Berlin", wie Michalski kürzlich auf der Bilanzpressekonferenz sagte. „Mich graust's, wenn ich daran denke, daß ich darüber jetzt mit einem *grünen* Umweltministerium verhandeln muß, zumal ja zu befürchten ist, daß dabei über normale grüne Positionen hinaus noch ein *zusätzlicher* politischer Ehrgeiz im Spiel sein dürfte, *da* es sich um den Bundespostminister handelt."

Jeder Tag, um den das Projekt aus rein politischen Gründen verzögert werde, koste ein „ungeheures Geld". Dies zwinge die *Unternehmens*führung geradezu, andere Möglichkeiten *mit ins* Kalkül zu ziehen. In etwa drei bis vier Wochen spätestens muß die Entscheidung fallen.

Angaben darüber, welche anderen Standorte in der Diskussion sind, machte *Michalski nicht.* Aber Büdingen liegt fünfzehn Kilometer Luftlinie von der bayerischen Grenze entfernt.

Heftige Kritik an EKD-Denkschrift

idea, **München**

Auf heftige Kritik ist die jüngste EKD-Denkschrift „Evangelische Kirche und freiheitliche *Demokratie*" bei der Evangelischen Notgemeinschaft gestoßen. Anstoß nimmt die Notgemeinschaft vor allem daran, daß nach den Aussagen der Denkschrift Gewissensbedenken und Entscheidungen der Bürger auch dann geachtet werden sollen, „wenn sie rechtswidrig sind und den dafür vorgesehenen Sanktionen unterliegen".

In der Kritik heißt es, die EKD müsse sich fragen lassen, ob sie damit nicht „einem Anschlag auf unsere Verfassungsordnung indirekt Vorschub leistet".

Hessen-Koalition „abschreckend"

DW. **Bonn**

Der in Hessen verabredeten rotgrünen Koalition sieht der Bundes*vorstand der Grünen mit* „genereller Skepsis" entgegen. Dies sei „kein Modell, sondern eher ein abschreckendes Beispiel", sagte der Pressesprecher der Grünen, Michael Schroerem, gestern nach einer Sitzung des Spitzengremiums der Umweltpartei in Bonn.

Der Bundesvorstand diskutierte gestern in Bonn auch „die grundsätzliche Rolle der Grünen im politischen System der Bundesrepublik"; dabei vor allem den „Verlust an drive" – die *von vielen Parteigängern* beklagte augenblickliche Lähmung der Partei.

SPD-Initiative zur Beschäftigung

pje. **Bonn**

Als „Alternative" zu der von der Bundesregierung beabsichtigten Novellierung des Arbeitsförderungsgesetzes (AFG) hat die SPD gestern einen Gesetzentwurf zur „Wiederherstellung eines *ausreichenden* Schutzes bei Arbeitslosigkeit" eingebracht.

Nach den Worten der sozialpolitischen Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Anke Fuchs und Egon Lutz, *sollen damit die Kürzungen der Lei*stungen für Arbeitslose rückgängig gemacht und örtliche Beschäftigungsoffensiven gefördert werden. Die SPD-Initiative ist um rund 1,5 Milliarden Mark teurer als der Regierungsentwurf.



Außenpolitische Initiativen der „kleinen Brüder" sind in Sofia nicht gefragt

Verschärfte sowjetische Wünsche nach „monolithischer Einheit" des Ostblocks?

C. G. STRÖHM, **Belgrad**

Der „Gipfel" des Warschauer Pakts, der heute in der bulgarischen Hauptstadt zusammentrifft, wird sämtliche *Parteichefs,* Außen- und Verteidigungsminister des Ostblocks zu gemeinsamen Beratungen vereinen. Gegenüber früheren Veranstaltungen dieser Art ist eine wichtige Veränderung eingetreten: Während die osteuropäischen Delegationen im wesentlichen in der gleichen Zusammensetzung kommen wie zu früheren Treffen – etwa im Januar 1983 in Prag *oder im Juli des gleichen Jahres in* Moskau –, sind die führenden Männer der Sowjets neu in ihren Positionen. Sie erscheinen den Osteuropäern daher als weitgehend „unbekannte Wesen".

Nicht nur Gorbatschow, der bisher zweimal mit allen Parteiführern des Ostblocks zusammentraf – einmal bei der Begräbnisfeier für seinen Vorgänger Tschernenko in Moskau und dann bei der Verlängerungszeremonie des Warschauer Pakts im April in der polnischen Hauptstadt –, auch die anderen Schlüsselgestalten der Sowjetpolitik sind für die Osteuropäer unbeschriebene Blätter: Statt des früheren Außenministers Gromyko erscheint nun Schewardnadse, statt des verstorbenen Verteidigungsministers Marschall Ustinow sein Nachfolger *Marschall Sokolow.*

In den Führungsgremien der „Bruderparteien" macht sich eine durch den Moskauer Generationenwechsel ausgelöste Unsicherheit breit. Man fragt sich in den osteuropäischen Hauptstädten, was etwa die neuen Initiativen und der „neue Ton" Gorbatschows in der sowjetischen Innenpolitik auf die Dauer für die kleineren kommunistischen Länder zu bedeuten haben. Will Gorbatschow in Richtung auf Reformen, auf eine Versachlichung und möglicherweise Ent-Ideologisierung der gesamten sowjetischen Politik hinaus? Dafür glauben die osteuropäischen Optimisten *einige Anzeichen zu sehen.*

Auf der anderen Seite hört man aber nicht nur Forderungen nach Disziplin innerhalb der Sowjetunion, sondern verschärfte sowjetische *Wünsche nach „monolithischer Einheit"* des gesamten Blocks – also nach größerer Disziplin auch innerhalb der von den Sowjets geführten und beherrschten Staatengemeinschaft. Die Pessimisten in Osteuropa meinen also, daß es keinesfalls zu einer Liberalisierung, sondern ehr zu einem Anziehen der Zügel kommen werde.

Dies alles wiederum könnte darauf hinauslaufen, daß der politische und damit notwendigerweise auch ökonomische Spielraum der kleinen kom*munistischen Länder in Zukunft* nicht erweitert, sondern verengt wird. Eine *energischere,* von jüngeren Männern geführte Kreml-Mannschaft könnte an die Osteuropäer erhöhte Anforderungen stellen. Schon hört man aus manchen sowjetischen Stellungnahmen heraus, was da erwartet wird: *Keine eigenständigen außenpolitischen Initiativen der „kleinen Brüder",* Unterordnung unter das sowjetische außenpolitisch-strategische Konzept sowie größere Leistungen der kleineren osteuropäischen Länder für gemeinsamen Militärausgaben des Warschauer Pakts sowie für die integrierte, damit aber von den Sowjets beherrschte Wirtschaft des Blocks.

Daß solche Forderungen gerade am Vorabend des Genfer Treffens zwischen Reagan und Gorbatschow gestellt werden, ist nur scheinbar ein Widerspruch. Zunächst scheint es, daß auch die Sowjets keine sehr großen Erwartungen *hinsichtlich* der möglichen Ergebnisse von Genf hegen. Wenn die Sowjets mit den Amerikanern aber ernsthaft verhandeln, sind sie um so mehr daran interessiert, *daß ihre kleinen Klienten in* Osteuropa dem sowjetischen Vorbild folgen und nicht eigenmächtig dazwischenfunken. Gorbatschow hat die schweren Kalamitäten der sowjetischen Wirtschaft und Gesellschaft vor Augen – und so modern und „aufgeschlossen" er auch sein mag, bei ihm dürfte sich kaum die Neigung finden, den kleineren Osteuropäern zu gestatten, sich auf Kosten der Sowjetunion (so empfindet man das nämlich in Moskau) „gemütlich" mit dem *Westen einzurichten.*

Wie scharf der Wind aus Moskau blasen kann, haben in den letzten Tagen die bulgarischen Gastgeber des Gipfels erfahren, die anschließend Gorbatschow auch zu einem bilateralen offiziellen Besuch empfangen. Nicht nur der sowjetische Botschafter in Sofia kritisierte den wirtschaftlichen Schlendrian der bisher als „Musterknaben" geltenden Bulgaren. In einer Kampagne, die deutlich die Handschrift der Gorbatschow-Ära trägt, *fiel die bulgarische Parteipresse* jüngst über die Wirtschaftsbürokratie des Landes her.

Auf Druck der Gewerkschaften nimmt Liverpools Stadtrat Entlassungen zurück

REINER GATERMANN, ***London***

Der von linksradikalen Labour-Abgeordneten beherrschte Stadtrat der Industriestadt Liverpool wird die zum 31. Dezember ausgesprochene Kündigung seiner gesamten 31 000 Beschäftigten zurücknehmen. Gleichzeitig mit dieser Zusage wurde eine *unabhängige* Untersuchungskommission eingesetzt, die in den nächsten beiden Wochen nach Möglichkeiten zur Behebung der Finanzkrise suchen soll.

Der Kämmerer der Stadt kann nur noch für zwei bis drei Wochen Gehälter und Rechnungen bezahlen. Die Stadtverwaltung Liverpool liegt seit längerer Zeit im Streit mit der Regierung in *London,* die ihre staatlichen Zuwendungen verringerte. Die Stadt weigerte sich, ihr Defizit von 116 Millionen Pfund Sterling (rund 445 Millionen Mark) durch Steuererhöhungen oder *Verzicht auf städtische* Dienstleistungen zu decken. Sie verfügte statt dessen die drastische Maßnahme einer Entlassung der 31 000 Bediensteten zum Jahresende mit der *Maßgabe, sie im April kommenden* Jahres wieder einzustellen, wenn neue Steuergelder eingegangen sein werden.

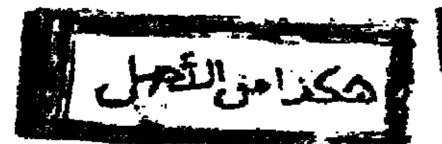
Die Rücknahme der Kündigungen *wurde nach einem Treffen der von* der Labour Party gestellten Ratsmehrheit mit den Generalsekretären der neun größten im Rathaus vertretenen Gewerkschaften bekanntgegeben. Das Stadtparlament beschloß statt dessen, vier hochrangige kommunale Finanzexperten zu berufen, die alle Wege zur Abwendung des Bankrotts, auch die „politisch unmöglichen", untersuchen sollen. Der radikale marxistische Militant Tendancy, der die Labour-Fraktion im Stadtparlament beherrscht, hat Liverpool durch gesetzwidriges Verhalten in diese prekäre Situation gebracht und wurde dafür auf dem Labour-Kongreß von Parteichef Neil Kinnock heftig kritisiert.

Auch jetzt fordert der radikale stellvertretende *Stadtratsvorsitzende* Derek Hatton in erster Linie Regierungsgelder zur Überwindung der Krise. Diese Forderung wird jedoch vom neuen Minister für Gemeindeangelegenheiten, Kenneth Baker, ebenso abgelehnt wie bereits von seinem Vorgänger. Im Gespräch ist jetzt, die 25 Millionen Pfund, die im Etat 1986/87 für Bauunterhaltungsprogramme vorgesehen sind, schon in diesem Jahr in Anspruch zu nehmen. Erwogen wird auch die Überlassung von Kreditreserven, die von anderen Städten nicht genutzt werden. Dies würde jedoch bestenfalls 10 Millionen einbringen.

Ob die Experten eine Lösung finden, ist ungewiß. Derek Hatton betonte, er werde nichts akzeptieren, was auf den Verlust von Arbeitsplätzen, schlechteren Gemeindeservice oder höhere Steuern hinausliefe. Während der zweistündigen Sitzung hatten sich vor dem Rathaus rund 10 000 Demonstranten versammelt, die den Rücktritt der militanten Ratsmitglieder forderten. Die Linksradikalen hatten den Namen Liverpools in Verruf gebracht, war von ihnen immer wieder zu hören.

Die Massenkündigung ist inzwischen auch vom Obersten Gerichtshof zumindest für die Lehrer für ungültig erklärt worden. Begründung: Durch die Entlassungen würden die Schulpflichtbestimmungen verletzt.

Die Kündigung mit der für den 1. April versprochenen Wiedereinstellung hat auch die Gewerkschaften in Liverpool gespalten. Eine Mehrheit erklärte, es sei unverantwortlich, daß ausgerechnet ein Labour-Stadtrat der gesamten Belegschaft die Kündigung ins Haus schicke.



Dienstag, 22. Oktober 1985
Nr. 246

WELT DER WIRTSCHAFT

Große Lösung

nl – Nur schleppend kommen im Südwesten die seit einem halben Jahr laufenden Verhandlungen um eine Neuordnung der Struktur des öffentlich-rechtlichen Bankwesens voran. Die von Ministerpräsident Lothar Späth angepeilte große baden-württembergische Landesbank, zu der er die vier Institute Badische Kommunale Landesbank, Württembergische Kommunale Landesbank, Landeskreditbank Baden-Württemberg und Landesgirokasse Stuttgart miteinander verschmelzen möchte, erweist sich als die erwartet schwierige Geburt.

Auch die vierte Gesprächsrunde brachte noch keineswegs einen Durchbruch. Allerdings haben sich inzwischen offenbar die zeitweise erwogenen kleineren Alternativ-Modelle in Wohlgefallen aufgelöst. In den folgenden weiteren Verhandlungen wird es konkret um die Ausgestaltung des „Vierermodells" gehen, in dem Späth eine der Wirtschaftskraft des Landes angemessene Dimension sieht.

Noch sind eine Reihe diffiziler Fragen zu klären. Sollen doch in der zu schaffenden neuen Landesbank so unterschiedliche Funktionen wie der einer Girozentrale mit der einer Regionalbank (mit Filialen) zusammengeführt werden. Hinzu käme die Einbindung der öffentlichen Förderfunktion, bei der die mit den Sparkassen konkurrierenden Genossenschafts- und Privatbanken eine Aufgabe des Neutralitätsprinzips sähen. Der Teufel steckt im Detail. Doch wird es Zeit, daß die Phase der Unsicherheit zu Ende geht. Die Ankündigung, daß der „Countdown" bis zum 10. Dezember laufe, läßt hoffen.

Zufälle

dos. – Wenn Niedersachsens Ministerpräsident Ernst Albrecht am 7. November Einzelheiten zum Ansiedlungsvorhaben der LSI Logic in Braunschweig bekanntgeben wird, dürften Fragen nach der Finanzierung, vor allem aber nach dem Engagement des Landes, im Vordergrund des Interesses stehen. Das *150 Mill. DM-Projekt*, mit dem Arbeitsplätze für über 300 Menschen geschaffen werden, gehört europaweit zu den spektakulären Großprojekten in Sachen Industrieansiedlung. Daß Niedersachsen im Wettlauf mit anderen Standorten *die Nase vorn hat, ist ganz sicher* auch auf die Einräumung günstiger Konditionen zurückzuführen. Die LSI Logic-Manager wollen sich zu diesem Thema *nicht* äußern. Sie sprechen vom „Zusammentreffen glücklicher Zufälle", die die Entscheidung zu Gunsten Braunschweigs beeinflußten. Das Potential geeigneter Arbeitskräfte, die räumliche Nähe zu wichtigen Kunden und die Dominanz des deutschen Marktes werden angesprochen. Das Kriterium „Geld" blieb unerwähnt – Zufall?

AUSSENWIRTSCHAFT / Gutachten der fünf führenden Wirtschaftsinstitute

In der Leistungsbilanz wird ein Überschuß von 50 Mrd. DM erwartet

HANS-JÜRGEN MAHNKE, Bonn

Der Außenhandel bleibt nach dem Gemeinschaftsgutachten der fünf führenden wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute auch im nächsten Jahr eine wichtige Stütze der Konjunktur. Die in den vergangenen Monaten eingetretene Abflachung des Antiegs der Exporte wird sich nicht fortsetzen. 1986 dürfte der Überschuß im Warenhandel nochmals um 20 auf rund 100 Milliarden steigen. Für die Leistungsbilanz wird eine Zunahme des Überschusses auf 50 Milliarden erwartet.

Die Aufwärtstendenz der Weltkonjunktur setzt sich nach dem Gemeinschaftsgutachten der Institute aus Berlin, Essen, Hamburg, Kiel und München in diesem Jahr fort, allerdings mit mäßigem Tempo. Das reale Bruttosozialprodukt stieg in den USA und in den meisten westeuropäischen Ländern mit einer Jahresrate von 2,5 Prozent und mit vier Prozent in Japan.

Die Verschuldungsprobleme der *Entwicklungsländer* bleiben drückend. Das bisher vorherrschende Krisenmanagement müsse zunehmend durch eine zwischen Gläubigern und Schuldnern abgestimmte längerfristige Konsolidierungsstrategie abgelöst werden. Um in den Entwicklungsländern ein stärkeres Wachstum zu ermöglichen, müßte der Kapitaltransfer aus den Industrieländern in die Dritte Welt wieder erhöht und auf Dauer gesichert werden.

Für die Vereinigten Staaten rechnen die Institute mit einer verhaltenen Expansion 1986. Sie gehen von einem Anstieg des realen Bruttosozialprodukts von drei Prozent aus. Für Japan sagen sie einen anhaltenden Aufschwung mit einer Wachstumsrate von 4,5 Prozent voraus. Auch in Westeuropa hat die wirtschaftliche Erholung an Breite gewonnen. Mit 2,5 Prozent dürfte die Wachstumsrate hier leicht über der von 1985 liegen.

Das Welthandelsvolumen, das 1984 noch um fast neun Prozent geklettert war, dürfte im ersten Halbjahr 1985 nur um drei bis vier Prozent gestiegen sein. Mit der Rückbildung des Dollarkurses scheint die akute Gefahr einer Zuspitzung der handelspolitischen Konflikte geringer geworden zu sein. Im Durchschnitt des Jahres 1986 ist mit einer Zunahme des realen Welthandels wie 1985 von rund vier Prozent zu rechnen.

Für den deutschen Export sagen die Institute einen realen Zuwachs voraus, der mit fünf Prozent leicht über der Zunahme des Welthandelsvolumens liegen dürfte. Die erhebliche Aufwertung der D-Mark gegenüber dem Dollar verringert zwar die Wettbewerbsfähigkeit im und gegenüber dem Dollar-Raum. Das dürfte sich erst mit einer Verzögerung auf den Export auswirken. „Gegenüber den meisten anderen Ländern dagegen nimmt die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Anbieter zunächst sogar noch zu, da der Preis- und Kostenanstieg in der Bundesrepublik geringer ist", heißt es.

Daher dürfte die reale Warenausfuhr in die westeuropäischen Länder, *die nahezu 70 Prozent der deutschen* Exporte aufnehmen, zumindest im gleichen Tempo wie bisher steigen. Der Anstieg des Exports in die USA dürfte sich weiter abschwächen.

Die reale Wareneinfuhr dürfte 1986 mit einer laufenden Jahresrate expandieren, die rund doppelt so hoch ist wie die der realen Gesamtnachfrage. Diese Relation wäre etwas höher als im mehrjährigen Durchschnitt, da die Einfuhr auf die starke Aufwertung der D-Mark gegenüber dem Dollar reagiert.

Unter dem Strich wird die Einfuhr nicht viel stärker als die Ausfuhr steigen. Bei nahezu stabilen Einfuhrpreisen und leicht steigenden Ausfuhrpreisen verbessern sich die Austauschverhältnisse (Turns of trade) weiter. Obwohl das Defizit in der Dienstleistungsbilanz wieder etwas zunimmt und die Übertragungsbilanz, vor allem wegen der steigenden Zahlungen an die EG, mit einem deutlich erhöhten Fehlbetrag abschließen wird, dürfte der Überschuß der Leistungsbilanz 1986 weiter steigen. Die Institute rechnen mit rund 50 Milliarden Mark. Für dieses Jahr sagen sie ein Plus von 35 Milliarden Mark voraus, nachdem 1984 17,8 Milliarden erreicht worden waren.

EUROPÄISCHE FORSCHUNGSPOLITIK

Die Eureka-Pläne sollen in Hannover festgelegt werden

HEINZ HECK, Bonn

Die Eureka-Konferenz der Außen- und Forschungsminister will am 5. und 6. November in Hannover vor allem Meinungsverschiedenheiten zwischen den Teilnehmerstaaten über die Ziele der europäischen *Forschungskooperation ausräumen*; darüber hinaus sollen Schwerpunkte der Zusammenarbeit und Kriterien der Projektauswahl näher festgelegt werden.

Eureka-Projekte sollen auf zivile Zwecke sowie auf den Zukunfts*markt neuer Produkte, Dienstleistungen* und Systeme ausgerichtet sein. Hierüber besteht zwischen den Teilnehmerstaaten weitgehend Einigkeit. Die Projekte sollen in erster Linie folgende Spitzentechnologien betreffen: Informations- und Kommunikations-, Roboter- und Fertigungstechnik, Werkstoffe, Biotechnologie sowie fortgeschrittene Techniken für Umweltschutz und Verkehr. Gerade bei den beiden letzteren hatte Paris bisher im deutsch-französischen Meinungsaustausch eine ablehnende Haltung eingenommen. Aus der Sicht der Bundesregierung erscheint die sich hier abzeichnende Einigung daher als Fortschritt.

Aber nicht jedes Projekt aus diesen Forschungsgebieten wird von Eureka betreut werden. In den Vorbereitungen der Hannover-Konferenz hat eine Vierer-Gruppe (mit Vertretern der EG-Kommission sowie Frankreichs, Luxemburgs und der Bundesrepublik) vorgesorgt, daß Doppelarbeit vermieden wird: Eureka-Projekte sollen die bestehende Zusammenarbeit in Europa wie EG-Programme, Weltraumprojekte der ESA sowie zwei- oder mehrseitige Kooperationsvorhaben und ihre Weiterentwicklung nicht ersetzen, sondern vielmehr, soweit möglich darauf aufbauen oder sie ergänzen.

Eureka konzentriert sich daher auf große Forschungs- und Entwicklungsvorhaben der Hochtechnologie mit industrieller Zielsetzung und/oder zur Lösung grenzüber*schreitender Probleme*. Gerade die Bündelung der technologischen Potentiale von 18 Teilnehmerstaaten soll im Vergleich zu nationalen Anstrengungen zu größerer Wirksamkeit führen.

Die Konferenz in Hannover wird mit Sicherheit auch erste Anhaltspunkte über die Projektauswahl liefern. Vorschläge hierfür kommen durch Absprachen der interessierten Partner – Unternehmen und Forschungsinstitute – zustande. Die Teilnehmerzahl ist beliebig; das gleiche gilt für Kooperationsform und Projektleitung.

Offen erscheint derzeit, inwieweit Vereinbarungen in der von einigen Teilnehmern als zentral angesehenen Finanzierungsfrage getroffen werden. Bonn hatte erst letzte Woche mit der Entscheidung einer Kanzlerrunde, für Eureka keine zusätzlichen öffentlichen Mittel – über den Forschungsetat hinaus – zu bewilligen, den Partnern ein eindeutiges Signal gegeben.

Wachstumsblende geöffnet

Von WERNER NEITZEL

Nach einer Reihe von Jahren, in denen die Zeichen auf Talfahrt standen, hat sich für die Fotobranche wieder die Wachstumsblende geöffnet. Jedenfalls schnitt der Foto-Fachhandel im bisherigen Verlauf dieses Jahres unerwartet gut ab. In den ersten sieben Monaten verbuchte er ein reales Umsatzplus von drei Prozent, womit er sich an die Spitze der einzelnen Sparten des Einzelhandels setzte. Der August, sicherlich beeinflußt durch die auf Touren gekommene Urlaubsreisewelle, ließ sogar mit einem Plus von elf Prozent im Fotohandel aufhorchen und auch der September scheint nicht schlecht gelaufen zu sein. Wenn gereist wird, werden auch Fotos geschossen.

Dieses hellere Konjunkturbild, in dem sich der Fotomarkt hierzulande präsentiert, muß freilich relativiert werden. Die sich nunmehr abzeichnende Trendwende findet auf einer Basis statt, auf die noch einiges an Wachstum „draufgepackt" werden müßte, um an das Niveau früherer Jahre heranzukommen. Denn seit 1981 befand man sich auf Schrumpfkurs.

In der Branche ist man denn auch realistisch genug, gedanklich Abstand zu nehmen von jenen brillanten Zeiten, in denen die Fotografie als Wachstumsbranche schlechtin angesehen wurde. Spätestens bei dieser Feststellung ist allerdings zu differenzieren: Als unverändert wachstumsfreudig erweist sich der Sektor der Fachfotografie. Dieser Bereich, der vor allem von den Sparten Röntgen- und Reprografie, dem Fotohandwerk und den Sektoren Mikrofilm, Kinofilm und Bürokopie getragen wird, vergrößerte im vergangenen Jahr seinen Anteil am gesamten Fotomarkt in der Bundesrepublik, der knapp zehn Milliarden Mark ausmachte, auf 56 Prozent.

Gerade die Fachfotografie ist ein Aktionsfeld, *auf dem* auch die deutsche Industrie durchaus mit einigen Trumpfkarten aufwarten kann. Vergleichsweise schlechter bestellt ist es hingegen um den Sektor der Amateurfotografie, der in den vergangenen Jahren bezogen auf den Gesamtmarkt ständig an Gewicht eingebüßt hat. Hier wurden durch die Technologie- und Markt-Offensive der Japaner beträchtliche Lücken gerissen.

Mit gutem Erfolg und durchaus mit weiteren Wachstumschancen versehen, betätigen sich einige Firmen im Bereich höherwertiger Kameras (Leitz, Rollei). Ihre Marktnischen gesucht und gefunden haben beispielsweise Kameras wie Minox in der Kategorie der Kleinstkameras oder Robot bei den Schnellschuß- und Überwachungs-Kameras.

Nach wie vor hochangesehene Anbieter von Objektiven bester Qualität *sind Firmen wie Rodenstock*, Schneider und Zeiss. Überhaupt eröffnen sich überall dort günstige Ausblicke, wo es in erster Linie um die Leistungsfähigkeit des Produkts und weniger um den Preis geht. Auf dieser Ebene sind denn auch die Grenzen *zwischen der Amateurfotografie*, der halbprofessionellen Anwendung und der Fachfotografie ziemlich fließend. Zwei für die Massenfotografie so bedeutende Marken wie Agfa und Kodak suchen ihr Heil immer stärker im Fachbereich und stützen sich im Amateursektor hauptsächlich auf ihrem Film-„Bein" ab.

Die vom Fotohandel signalisierte hellere Optik für den Fotomarkt basiert sicherlich zu einem guten Teil auch auf innovativen Fortschritten. So erregte vor allem der japanische Kamerabauer Minolta mit seiner Kreation einer Spiegelreflex-Kamera großes Aufsehen, die sich durch ein im Gehäuse integriertes automatisches Scharfeinstell-System auszeichnet und eine durch Mikrocomputer bewirkte einfache Bedienbarkeit aufweist.

Auch die kompakten Kleinbild-Sucherkameras mit Autofocus und vielen anderen technischen Finessen sonnen sich weiterhin in einem regen Kaufinteresse. Beinahe „tot" ist hingegen das Schmalfilmgeschäft. Hier hat der Vormarsch der aktiven Videografie eindeutige Spuren hinterlassen. Der Fotofachhandel, der für sich die *größere* „Bildkompetenz" reklamiert, hat große Mühe, dies auch den großen Herstellern auf dem Gebiete der Unterhaltungselektronik klarzumachen. Hier gibt es bestenfalls erst Teilerfolge. Man darf gespannt sein, inwieweit es gelingt, die Fronten, die sich auf der Seite der Vertriebswege – hie Rundfunk- und Fernseh-Fachhandel und da Fotofachhandel – herausgebildet haben, aufzulockern. Erste Ansätze dafür existieren.

AUF EIN WORT

„Der Boom der Weißen ist endgültig vorbei. Sie sind zur Bedeutungslosigkeit abgesunken. Das Qualitätsbewußtsein hat signifikant gewonnen, das Preisargument als einziges Kaufkriterium tritt etwas in den Hintergrund."

Dr. Guido Sandler, persönlich haftender Gesellschafter der Oetker-Gruppe, Bielefeld FOTO: TEUTOPRESS

Kugelfischer überzeichnet

sz. München

Bereits am ersten Verkaufstag waren die nominal 80 Mill. DM Inhaberaktien der FAG Kugelfischer Georg Schäfer KGaA, Schweinfurt, mehrfach überzeichnet. Die Zeichnungsfrist für die nominell 80 Mill. DM Inhaberaktien aus dem Grundkapital von 165 Mill. DM sei deshalb im Einvernehmen mit der Gesellschaft am Montag beendet worden, teilte die Bayerische Vereinsbank gestern mit. Die Aktien sind zu Preis von 310 DMangeboten worden und sind für das laufende Geschäftsjahr mit einem Viertel dividendenberechtigt. Die erste Notierung im amtlichen Handel an den Börsen in München, Berlin, Düsseldorf und Frankfurt ist für den 4. November vorgesehen.

EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT

In der Mittelmeerpolitik besteht weiter Unklarheit

WILHELM HADLER, Luxemburg

Die Beziehungen zwischen der EG und den Anrainerstaaten des Mittelmeeres bleiben vorerst ungeklärt. Trotz eingehender Diskussionen konnten sich die Außenminister der Gemeinschaft gestern noch nicht auf ein Programm handelspolitischer Konzessionen verständigen, mit denen die Chancengleichheit dieser Länder im Wettbewerb auch nach dem Beitritt Spaniens und Portugals aufrechterhalten bleiben soll.

Während die nördlichen EG-Staaten erneut dafür eintraten, den betroffenen Ländern schon vor der Erweiterung hinreichende Zusicherungen zu geben, um ihnen eine vernünftige Ausrichtung ihrer Wirtschaftspolitik zu gestatten, sehen Italien und Griechenland keinen Handlungsbedarf.

Als Produzenten konkurrierender Agrarerzeugnisse verwiesen sie darauf, daß auch die beitretenden Länder jetzt nach einer langen Übergangsfrist freien Zugang zum gemeinsamen Markt erhielten. Spanien und Portugal machten geltend, daß sie jedenfalls nicht schlechter gestellt sein dürften als die Maghreb-Länder. Bisher erhalten die Länder des südlichen Mittelmeerraumes zum Beispiel für Zitrusfrüchte eine größere Zollpräferenz als Spanien.

Als Ausweg wurde im Rat erwogen, zunächst eine „Beobachtungspe*riode" von drei bis vier Jahren* einzuführen, innerhalb derer die Entwicklung der Handelsströme nach dem Beitritt der iberischen Staaten abgewartet werden soll. Die Bundesrepublik und Frankreich wollen jedoch von vornherein einen schrittweisen Zollabbau festlegen. Andere Länder wollen über Handelserleichterungen nach dieser Zeitspanne beschließen.

HYPOTHEKENBANKEN

Chancen für niedrige Zinsen sind weiterhin sehr günstig

dpa/VWD, Bonn

Die jüngsten Zinssteigerungen signalisieren nach Auffassung des Verbandes deutscher Hypothekenbanken noch keineswegs das Ende der zuletzt günstigen Zinsen. Dafür spreche ein weiterhin hohes Maß an Preisstabilität im nächsten Halbjahr und ein Kapitalüberangebot von etwa 40 Mrd. DM, erklärte der Verband gestern in Bonn. Gesetzgeber und Tarifparteien müßten sich aber einer wiederauflebenden Anspruchsmentalität widersetzen.

Die Sparquote sei mit fast 13 Prozent der Einkommen noch immer sehr hoch. Der private Sektor der Volkswirtschaft werde im kommenden Jahr ein Kapitalangebot von 115 Mrd. DM bereitstellen, zu denen aus dem Bankenbereich noch etwa 21 Mrd. DM hinzukämen. Dieser Gesamtsumme von 136 Mrd. DM stehe *ein zu erwartender öffentlicher und* privater Kapitalbedarf von etwa 96 Mrd. DM gegenüber.

Als Begründung für einen kurzfristigen Anstieg der Zinsen nannte der Verband eine „massierte Inanspruchnahme" des Kapitalmarktes durch öffentliche Anleihen. Es gebe außerdem eine technische Reaktion der deutschen und internationalen Finanzmärkte, hervorgerufen durch Irritationen über die Haushalts- und Handelsbilanzdefizite der USA.

Die Hypothekenauszahlungen der Mitgliedsbanken erhöhten sich in den ersten drei Quartalen auf knapp 16,7 (13,4) Milliarden DM. Davon entfielen auf den Wohnungsneubau 5,1 (4,5) Mrd. und auf Kauf und Modernisierung knapp 6,1 (5,1) Mrd. DM. Deutlicher war der Anstieg bei den Hypothekenzusagen, die in den ersten neun Monaten auf 18,6 (14,6) Mrd. DM *anwuchsen*.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Saudi-Arabien gibt Rohöl billiger ab

Manama (dpa/VWD) – Saudi-Arabien hat mit fünf weiteren Ölkonzernen Lieferverträge zu reduzierten Preisen abgeschlossen. Das berichtete gestern der in Nikosia erscheinende Informationsdienst „Middle East Economic Survey". Damit werde mehr als ein Viertel der saudiarabischen Ölförderung von derzeit vier Mill. Barrel täglich zu Preisen verkauft, die an die Erlöse für Raffinerieprodukte gekoppelt sind. Der sogenannte Netback-Preis liegt nach Angaben des Survey etwa zwei bis drei Dollar unter dem Preisniveau der Organisation erdölexportierender Länder (OPEC) von derzeit 28 Dollar pro Barrel (159 Liter).

BDI zum Schnellen Brüter

Köln (dpa/VWD) – Der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), Hans Joachim Langmann, hat sich in einem Schreiben an den nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Johannes Rau für eine zügige Fertigstellung und Inbetriebnahme des Schnellen Brüters SNR 300 in Kalkar ausgesprochen. Die Inbetriebnahme des Brüters sei aus technologie- und industriepolitischen Gründen sowie wegen der Beteiligung der deutschen Industrie an der internationalen kerntechnischen Zusammenarbeit notwendig, erklärte Langmann in dem gestern in Köln veröffentlichten Brief.

Lieferschub in die „DDR"

Wiesbaden (dpa/VWD) – Der Zuwachs der Lieferungen aus der Bundesrepublik in die DDR hält an. Wie das Statistische Bundeamt gestern mitteilte, wurden im September Waren im Wert von 584 Mill. DM über die deutsch-deutsche Grenze geschickt. Das entspricht einem Zuwachs von 21 Prozent gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat. Besonders hoch fällt das Plus bei den Bergbauerzeugnissen aus (98 Prozent) sowie bei den Verbrauchsgütern (57 Prozent). Die Bezüge aus der DDR überstiegen im September allerdings mit einem Plus von sieben Prozent auf 657 Mill. DM die Lieferungen dorthin.

Geringe EG-Inflationsrate

Brüssel (AP) – Die Inflationsrate in der Europäischen Gemeinschaft hat nach Angaben des Statistischen Büros der Gemeinschaft (Eurostat) im September 1985 mit 5,3 Prozent den niedrigsten Stand seit 15 Jahren erreicht. Vor einem Jahr lag die jährliche Inflationsrate noch bei 5,7 Prozent, geht aus der gestern veröffentlichten Statistik hervor.

Gegen Überstunden

Hamburg (AP) – Gegen „Dauerüberstunden" im öffentlichen Dienst und in der Industrie haben sich gestern die Deutsche Postgewerkschaft (DPG) und die Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten (NGG) ausgesprochen. Nach einem Gespräch in Hamburg forderten die beiden Vorsitzenden Kurt van Haaren (DPG) und Günter Döding (NGG) den Gesetzgeber auf, „aus arbeitsmarktpolitischen Gründen die Arbeitszeitordnung entsprechend zu ändern und auch auf den öffentlichen Dienst anzuwenden". Allein bei der Deutschen Bundespost hätten sich 4,5 Millionen Überstunden angesammelt.

Druckindustrie tagt

Berlin (tb.) – In Berlin hat gestern die XI. Woche der Druckindustrie begonnen. Bis zum Freitag werden Unternehmen, Führungskräfte und Hersteller der Branche über reproduktionstechnik, Druckweiterverarbeitung, Offset- und Siebdruck sowie Satzherstellung diskutieren. Im Rahmen der Fachtagung des Bundesverbandes Druck und der Landesverbände findet auch ein Unternehmerforum statt, auf dem Berlins Wirtschaftssenator Elmar Pieroth über die Chancen innovativer Unternehmer sprechen wird.

AUSSENHANDEL

Exporteure gründen in Bonn eine eigene Repräsentanz

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Zu einer formalen Spaltung eines Spitzenverbandes im Bereich des Außenhandels wird es *nicht kommen*. Wie jetzt bekanntgegeben wurde, hat der Vorstand des Bundesverbandes des Deutschen Exporthandels (BDEX) bereits am 18. Oktober – in der Zwischenzeit wurde zunächst der Präsident des Bundesverbandes des Deutschen Groß- und *Außenhandels* (BGA) unterrichtet – beschlossen, in Bonn eine „eigene Repräsentanz" zu gründen. Das Büro wird von Hans-Andreas Siemann geleitet.

Siemann war bis zu seiner fristlosen *Kündigung Anfang Mai* – später von einem Bonner Gericht aufgehoben – stellvertretender Hauptgeschäftsführer des BGA und einer von zwei Geschäftsführern des BDEX. Zum 1. Oktober hatten der BGA und Siemann die Auflösung des Beschäftigungsverhältnisses vereinbart. Die frühere Kooperation zwischen den Verbänden wurde beendet.

Mit der neuen Geschäftsstelle, so die Mitteilung, sollen die Dienstleistungen für die Mitglieder in „allen Exporthandelsfragen intensiviert" werden. „Gleichzeitig behält der BDEX die Mitgliedschaft im BGA bei und strebt eine gute Zusammenarbeit *mit dem* Spitzenverband an." Nach dem Ende der Kooperation wird der BDEX allerdings, so verlautet, seinen Beitrag auf den Betrag kürzen, der nach der Satzung noch zulässig ist.

Es gibt bereits außenhandelsorientierte Verbände, die sich an das Büro des BDEX anschließen wollen. Überlegt wird auch, ob in einigen Jahren die frühere Kooperation wieder aufleben könnte. Voraussetzung wäre eine stärkere Repräsentanz des Außenhandels auch in Organen des BGA.

FRANKREICH / Verstaatlichte Unternehmen wieder im Blickfeld der Politik

Opposition setzt auf Privatisierung

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die sozialistische Verstaatlichungsaktion von 1982 hat die französischen Staatskasse an Entschädigungszahlungen 43 Mrd. Franc gekostet. Wenn sie in vollem Umfang wieder rückgängig gemacht werden sollte, könnte der Staat durch den Verkauf seiner Aktien an der Börse 50 Mrd. Franc erlösen. Zu dieser Schätzung kommt eine im Auftrag der Oppositionsparteien von einem priva*ten Wirtschaftsprüferbüro*, welches der Rechtsanwalt Jean Loyrette leitet, erstellte Untersuchung. Sie ist gestern von der Tageszeitung „Libération" auszugsweise veröffentlicht und als erste Synthese der Reprivatisierungsbestrebungen der Rechten bezeichnet worden.

Das Büro geht aber von der These aus, daß die französische Nationalversammlung, wenn sie nach den Wahlen vom nächsten März über eine rechte Mehrheit verfügen sollte, nicht nur die Verstaatlichungen von 1982 rückgängig machen würde, sondern alle staatlichen Unternehmen mit Ausnahme der Monopolbetriebe (Staatsbahnen, Elektrizitätswerke *usw.) reprivatisieren würde. Auf die*se Weise könnten, wie es heißt, 120 bis 130 Mrd. Franc in die Staatskasse fließen, womit fast das Haushaltsdefizit für 1986 (145 Mrd. Franc) abgedeckt wäre.

Allerdings könnte eine derartige Reprivatisierung nicht innerhalb eines Jahres erfolgen, heißt es in dem Bericht. Wahrscheinlich würde dafür noch nicht einmal eine einzige Legislaturperiode ausreichen. Zunächst sollte deshalb ein Rahmengesetz die allgemeinen Bedingungen festlegen und Vorsorge dafür treffen, daß die Reprivatisierung später nicht wieder rückgängig gemacht wird.

In einer ersten Etappe empfiehlt der Bericht die Reprivatisierung der gewinnbringenden Industriekonzerne CGE, Saint-Gobain, Thomson, Rhône-Poulenc und Pechiney so wie der beiden Finanzgruppen Suez und Paribas. Gleichzeitig müßte sich der *Staat von den Mehrheitsbeteiligun*gen an den beiden Ölkonzernen Elf und Total, Matra, Dassault und Roussel-Uclaf, an der die Hoechst AG die Mehrheitsbeteiligung hält, trennen.

Zwei bis drei Jahre später könnte dann die Reprivatisierung der (1945) verstaatlichten Großbanken BNP, Credit Lyonnais und Société Générale so wie der großen staatlichen Versicherungskonzerne erfolgen. In einer dritten Etappe wären Renault, Usinor, Sacilor und andere heute noch tief in den roten Zahlen steckende Unternehmen zu privatisieren. Gerade in dieser Beziehung sind sich die Oppositionsparteien aber keineswegs einig.

BUNDESBAHN

Mehr-Einnahmen für 1986 erwartet

dpa/VWD, Frankfurt

Die Bundesbahn erwartet, wie bereits berichtet, für dieses Jahr erstmals seit 1974 wieder ein Defizit von weniger als 3 Milliarden Mark. Dies trug der Vorstandsvorsitzende der Bahn, Reiner Gohlke, nach Mitteilung von Montag dem Verwaltungsrat des Unternehmens in Frankfurt vor. Unter Vorsitz von Präsident Hans Wertz beschloß der Verwaltungsrat sowohl den Nachtrag für 1985 als auch den Wirtschaftsplan für 1986, der von einem Fehlbetrag von 2,97 Milliarden DM und damit derselben Summe wie in diesem Jahr ausgeht.

Für 1986 erwartet die Bundesbahn mit 27,82 Milliarden DM bei den Erträgen ein Plus von 350 Millionen DM. Sie rechnet damit, im Personen- und Güterverkehr mit 16,06 Milliarden DM rund 310 Millionen DM mehr als 1985 einzunehmen. Der Güterverkehr wird daran mit 130 Millionen DM beteiligt sein. Es werden Zuwachsraten im Personenfernverkehr und im kombinierten Güterverkehr unterstellt, ein leichter Rückgang im Wagenladungsverkehr und ein Minus im „Personennahverkehr der Fläche“ sowie im Bahnbusverkehr.

Die Personalausgaben werden 1985 voraussichtlich mit 20,19 Milliarden DM um rund 130 Millionen geringer sein als 1984. Für 1986 rechnet die Bahn mit rund 20,28 Milliarden DM Personalausgaben. Beschäftigte die Bundesbahn Ende 1984 noch etwa 290 000 Mitarbeiter, so werden es Ende dieses Jahres gut 12 000 weniger sein. Der Personalbestand der DB wird Ende 1986 aufgrund der Fluktuation bei etwa 265 500 liegen. Nach 5,2 Milliarden DM in diesem Jahr plant die Bundesbahn für das kommende Jahr Investitionen von 6,2 Milliarden DM.

Der DB-Vorstand informierte den Verwaltungsrat der DB unter anderem auch über die laufenden Überlegungen der Bahn, ihre Tarifstruktur im Personenverkehr grundsätzlich zu ändern. Dabei wird an eine Vereinfachung der Tarife gedacht, ebenso an differenzierte Preise je nach Zeitpunkt der Fahrt, an Angebote für Familien, an Vergünstigungen für Fahrten über längere Strecken und für Vielfahrer.

ENERGIEWIRTSCHAFT / Betreibergesellschaft von Kalkar hat nur noch ein Finanzpolster von 140 Millionen Mark

Bleibt der Schnelle Brüter doch auf der Strecke?

HANS BAUMANN, Essen

Wenn nicht bald die Genehmigung des Wirtschaftsministers von Nordrhein-Westfalen für die letzte Baustufe und für die Betreibung des Schnellen Brüters von Kalkar (SNR 300) erteilt wird, droht das Milliarden-Projekt doch noch in letzter Minute zu einer Industrie-Ruine größten Ausmaßes zu werden.

Wie der Vorsitzende des Vorstandes der Vereinigung der Großkraftwerksbetreibung (VGB), Franz Josef Spalthoff, am Vortag des VGB-Kongresses „Kraftwerke '85“ vor Journalisten erklärte, habe die Betreibergesellschaft des Brüters noch ein Finanzpolster von 140 Mill. Mark. Wenn diese Mittel aufgebraucht seien, könne er nicht ausschließen, daß sich in Kalkar keine Hand mehr rührt.

Spalthoff wies darauf hin, daß nach der Sicherung der Finanzierung des Brüters in Höhe von insgesamt 6,5 Mrd. Mark der Bau so zügig vorangeschritten sei, daß man einen zeitlichen Vorlauf von sieben Monaten erreicht habe. Die noch vorhandenen 140 Mill. Mark Reserve verbrauchten sich aber Zug um Zug, wenn keine Genehmigungen erteilt würden. Da aber sowohl der Bundesforschungsminister als auch die beteiligte Industrie hätten wissen lassen, daß sie keine weiteren Mittel mehr für Genehmigungsverzögerungen in Kalkar aufwenden würden, könne er „nicht ausschließen“, daß Kalkar nicht in Betrieb gehe.

Die Frage, ob die hohen Umweltschutzauflagen für die Stromerzeuger nicht zu Strompreisen führten, die Teile der deutschen Wirtschaft im Wettbewerb zurückwerfen könnten, beantwortete Spalthoff mit Ja. Dies gelte nicht nur für den Wettbewerb mit dem Ausland, sondern auch schon für den Konkurrenzkampf innerhalb der Bundesrepublik. Der Norden und der Süden könnten wegen ihrer großen Kernkraftkapazitäten, die zum Teil einen Anteil von über 60 Prozent der Stromerzeugung auf sich vereinten, auf Strompreiserhöhungen verzichten, während andere Bereiche, etwa Nordrhein-Westfalen, zu Preiserhöhungen gezwungen seien, weil Kernkraft fehle und die meisten Kohlekraftwerke mit Milliarden-Aufwand nachgerüstet werden müßten. Bayerns Wirtschaftsminister werbe bereits für sein Land mit niedrigen Strompreisen, weil die Kernkraft dort einen hohen Anteil habe.

Wilhelm Schoch, Mitglied des Vorstandes des VGB und früher Vorstand des Großkraftwerkes Mannheim, warnte auch vor den Folgen der Umweltschutzauflagen für den Jahrhundertvertrag zwischen Kraftwirtschaft und Steinkohlenbergbau. Die vom Gesetzgeber geforderten 200 Milligramm Stickoxide je Kubikmeter Rauchgas ließen sich heute überhaupt nicht halten. Daher „befürchte ich Auswirkungen auf die Kohleverpflichtungen Ende der achtziger Jahre“.

Der Jahrhundertvertrag werde auch tangiert von dem zügigen weiteren Ausbau der französischen Kernkraft über den eigenen Bedarf hinaus bei gleichzeitiger Anweisung an den Versorger EdF, den Überschußstrom zu exportieren. Spalthoff schätzt diese Exportkapazität auf 30 bis 50 Mrd. kWh im Jahr 1990, „das kann eventuell sogar ein Problem für die Kohleverstromung werden“.

Zur Kernkraftpolitik sagte Spalthoff, daß unter Helmut Schmidt ein Konsens der großen Parteien geherrscht habe, was die Nutzung der Kernenergie anbetreffe. Jetzt neige die SPD zum schwedischen Modell, also zum Abschied vom Leichtwasserreaktor, damit Ablehnung der Wiederaufarbeitung und der Bruttechnologie.

BAYERNWERK / Der Kernenergieeinsatz im Freistaat wird weiter vorangetrieben

„Besonders stabile Strompreise“

DANKWARD SEITZ, Erlangen

Nach wie vor weist der Stromverbrauch in Bayern hohe Zuwachsraten auf: In den ersten neun Monaten 1985 stieg er um gut vier Prozent gegenüber der entsprechenden Vorjahreszeit und lag damit weiterhin deutlich über dem Bundesdurchschnitt von etwa 3,5 Prozent. Daran dürfte sich nach Einschätzung von Hans Heitzer, Vorstandsvorsitzender der Bayernwerk AG, München, auch bis zum Jahresende kaum noch etwas ändern. Heitzer sieht darin aber auch eine Bestätigung für den Bau des Kernkraftwerks Isar 2 (Inbetriebnahme: 1. Halbjahr 1988), da man bei der Planung dieses Projekts lediglich von einer Zuwachsrate des Stromverbrauchs von 3,7 Prozent in Bayern bis zum Beginn der 90er Jahre ausgegangen sei.

Generell wird der hohe Kernenergieeinsatz in Bayern bis zum Ende der 80er Jahre nach Ansicht des stellvertretenden Vorstandsvorsitzenden Jochen Holzer für „besonders stabile Strompreise“ sorgen. Nachdem das Bayernwerk mit einem Kernenergieanteil von 51 Prozent in der AG und 45 Prozent im Konzern schon seit 1983 keine Preiserhöhungen mehr habe vornehmen müssen und auch für das gesamte Jahr 1986 keine Anhebungen geplant seien, würden sich „spätere notwendige Korrekturen – normaler Verlauf der Dinge unterstellt – in sehr engen Grenzen halten“. Holzer: „Die jährliche Inflationsrate von rund zwei Prozent wird dabei sicherlich deutlich unterschritten, so daß Strom in Bayern real immer billiger werden wird.“

Vor diesem Hintergrund hat man beim Bayernwerk, so Holzer, „kein Verständnis für die Energiepolitik“, die in Nordrhein-Westfalen, Hessen und im Saarland betrieben wird. „Wer sich dem vernünftigen Einsatz der Kernenergie in den Weg stellt, der muß wissen, daß er damit dem kohlepolitischen Konsens in der Bundesrepublik ökonomisch wie politisch die Basis entzieht.“

Die teure deutsche Kohle – rund 100 DM pro Tonne teurer als auf dem Weltmarkt – sei im Rahmen des Jahrhundertvertrags nur mit Hilfe der kostengünstigen Kernenergie einsetzbar. Wer aber eine dezentrale Energieversorgung mit Blockheizkraftwerken betreiben wolle, fördere Öl und Gas, aber nicht die Kohle.

Für das gerade zu Ende gegangene Geschäftsjahr 1984/85 (30. 9.) wird das Bayernwerk nach Meinung von Holzer „wieder einen erfreulichen Jahresabschluß vorlegen können“. Bei einer kräftigen Steigerung der nutzbaren Stromabgabe um gut zwölf Prozent auf annähernd 33 Mrd. kWh nahm der Umatz in der AG auf 3,85 (3,25) Mrd. DM zu. Im Konzern dürfte mit einer um 5,5 Prozent auf fast 39 Mrd. kWh höheren Stromabgabe ein Umsatz von 5,5 (5,2) Mrd. DM erzielt worden sein.

Der AG-Jahresüberschuß verbesserte sich auf gut 120 (105) Mill. DM. Bezüglich der zu erwartenden Dividende (Vorjahr: neun Prozent) meinte Holzer, daß wohl „ein kleiner, behutsamer Schritt in Richtung an die Ausschüttungspolitik vergleichbarer Unternehmen der Branche angezeigt“ sei.

Privatisierung wird fortgesetzt

WILHELM FURLER, London

Die Regierung Thatcher hält trotz Kritik aus oppositionellen Reihen unbeirrt an ihrem Privatisierungsprogramm fest. Im November – in der Rede der Königin zur Parlamentseröffnung – wird offiziell der Verkauf der staatlichen Flughafengesellschaft British Airports Authority bekanntgegeben. Ihr gehören sieben Flughäfen an: die Londoner Heathrow, Gatwick und Stansted sowie die schottischen Flughäfen Glasgow, Edingburgh, Aberdeen und Prestwick.

Die Privatisierung der Flughafengesellschaft wird im Anschluß an die Privatisierung von British Airways und noch vor dem Verkauf der Staatsanteile an British Gas erfolgen. Die Börsen-Floatierung von British Airways steht im kommenden Frühjahr an; entsprechend ist mit der Privatisierung der sieben Flughäfen im Herbst nächsten Jahres zu rechnen. Sie soll der Staatskasse rund zwei Mrd. DM bringen.

Das Privatisierungskonzept sieht vor, aus der British Airports Authority eine Holdinggesellschaft zu machen, der die sieben Flughäfen als eigenständige Kapitalgesellschaften angehören. Die Privatisierung der Flughäfen dürfte keinerlei Probleme bereiten, da die British Airports Authority wohl die erfolgreichste Staatsgesellschaft ist. In den 19 Jahren ihres Bestehen kam es nur in drei Jahren zu keiner Gewinnverbesserung. Einer der ertragreichsten Geschäftszweige ist der Betrieb der Duty-free-Geschäfte aufgrund des sehr starken internationalen Verkehrs auf den Flughäfen Heathrow (Linienverkehr) und Gatwick (Charterverkehr).

ARZNEIMITTEL / Kritik am „Substitutionsverbot“

Mehr Wettbewerb gefordert

PETER JENTSCH, Bonn

Um die Arzneimittelausgaben in Höhe von rund 15 Milliarden Mark jährlich zu senken, haben die Spitzenverbände der gesetzlichen Krankenversicherung jetzt eine Aufhebung des „Substitutionsverbotes“ gefordert. Nach dem Willen der Kassen soll der Apotheker künftig in die Lage versetzt werden, statt des vom Arzt verordneten, ein identisches, aber preiswerteres Präparat abzugeben.

Die Spitzenverbände weisen darauf hin, daß Ärzte, Apotheker und Krankenkassen gemeinsam die Einzelheiten einer Substitution von Medikamenten vertraglich regeln könnten. Dabei könnten Therapiefreiheit und Verantwortung des Arztes sichergestellt werden. Eine Modifizierung des Substitutionsverbotes, die in die Novelle der Apothekenbetriebsverordnung aufgenommen werden müßte, würde darüber hinaus „erhebliche Rationalisierungspotentiale im Arzneimittelmarkt freisetzen und führende Markenpräparate unter einen den Wettbewerb fördernden starken Preisdruck bringen“.

Zugleich hat der Bundesverband der Ortskrankenkassen (BdO) deutlich gemacht, daß er künftig bei den Vertragsverhandlungen Druck auf die Kassenärzte ausüben wolle, weniger und preiswertere Medikamente zu verordnen. Dies wird damit begründet, daß zwar die Zahl der Arzneimittelverordnungen in der Zeit von 1981 bis 1984 um 15,5 Prozent abgenommen habe.

In der gleichen Zeit habe sich aber der Durchschnittswert der einzelnen Arzneimittelverordnung des Arztes um 38,4 Prozent erhöht. Von diesem Wert entfielen nach Berechnungen der Ortskrankenkassen (Arzneimittel-Index) nur rund elf Prozent auf die Preiskomponente, der Rest auf die sogenannte Strukturkomponente. Das heißt, die niedergelassenen Ärzte haben zunehmend teurere Arzneimittel in teureren Darreichungsformen und größeren Packungen verordnet.

Nachdrücklich sprechen sich die Ortskrankenkassen gegen eine Selbstbeteiligung der Versicherten an ihren Arzneimittelkosten mit der Begründung aus, dies trage nicht zur Kostendämpfung bei und sei sozialpolitisch nicht zu verantworten. Denn diese Art der Kostendämpfung belaste vor allem die Rentner.

Bei Einführung einer Selbstbeteiligung von 20 Prozent der Arzneimittelkosten bis zu einem Höchstbetrag von 20 Mark je Fall müsse ein Rentner mit einer durchschnittlichen Mehrbelastung im Jahr von etwa 95 Mark rechnen. Dabei, so betonen die Ortskrankenkassen, gäbe dieser Durchschnittswert ein falsches Bild. Berücksichtige er doch nicht, daß auf ein Viertel der Versicherten drei Viertel der Arzneimittelausgaben entfielen. So habe ein chronisch kranker Rentner, der etwa ein Herzmittel, ein Diabetes-Präparat und eine Rheumasalbe in Dauerbehandlung erhielte, eine Mehrbelastung von 300 Mark im Jahr zu tragen.

SEESCHIFFAHRT / OECD: Linienverkehr profitierte

Höheres Frachtaufkommen

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Der Aufschwung des internationalen Handelsverkehrs wirkte sich günstig auf das Frachtenvolumem der Seeschiffahrt aus. Dies um so mehr, als sich die Welthandelsflotte weiter verminderte. Der Umfang dieser Flotte blieb aber immer noch größer, als für das Verkehrsaufkommen erforderlich war. Dies stellt der Seeverkehrsausschuß der OECD in seinem Jahresbericht 1984 fest.

Die Entwicklung verlief dabei sehr unterschiedlich. Im Massengutverkehr war das höhere Frachtaufkommen bei weitem nicht groß genug, um auf diesem Markt eine generelle Verbesserung herbeizuführen. Der beträchtliche Tonnageüberhang konnte hier durch die gestiegene Nachfrage nicht absorbiert werden. Für die Rohöltanker und die Produktenfrachter war auch 1984, mit wenigen kurzlebigen Ausnahmen, ein „katastrophales Jahr“, heißt es in dem Bericht der OECD.

Dagegen profitierte die Linienfahrt voll von dem Aufschwung des Handelsverkehrs mit Industriegütern. Sie verbuchte nicht nur ein höheres Beförderungsvolumen, sondern konnte auch ihre Frachtraten wesentlich verbessern. Dieser Schiffahrtsbereich wurde außerdem durch die Einführung von Rund-um-die-Welt-Liniendiensten begünstigt. So war das vergangene Jahr für die Linienreedereien das beste Jahr seit dem Ende der siebziger Jahre, stellt die OECD fest.

Für die weitere Entwicklung der Frachtmärkte sei aber der große Umfang der 1983 erteilten Neubauaufträge für Massengutfrachter und Unit-Load-Schiffen „beunruhigend“. Die ständige Zunahme der Tonnage in diesen Sparten werde fast mit Sicherheit zumindest in den kommenden zwei Jahren den voraussichtlich sehr geringen Anstieg der Nachfrage übertreffen.

Insgesamt aber hat bisher die aufgelegte Tonnage weiter abgenommen. Allerdings zeigen auch die Verschrottungsraten sinkende Tendenz. Zwischen Mitte 1983 und Mitte 1984 verminderte sich die Welthandelsflotte um 3,9 auf 418,7 Millionen BRT. Außerdem machte der Personalabbau in den Flotten der OECD-Staaten weitere Fortschritte.

Als beunruhigendste Entwicklung in der internationalen Schiffahrtspolitik bezeichnet der OECD-Ausschuß die Zunahme von Agenturen und Vertretungen zentraler Frachtbüros in Nordwesteuropa, die zu einem wettbewerbsverzerrenden System der Ladeaufteilung vor der Verschiffung geführt habe. Andererseits wurden im vergangenen Jahr kaum neue Ladungsreservierungsmaßnahmen durch die Entwicklungsländer getroffen.

NAMEN

Holger Flieth (41), bislang Vertriebsdirektor der Thyssen-Edelstahlwerke AG, Düsseldorf, wechselt zum 1. Januar 1986 als Vertriebschef in den Vorstand der Flick-Firma Edelstahlwerke Buderus AG, Wetzlar.

Gerd Berding (43), ist zum Sprecher der Geschäftsleitung der A. Heinen GmbH, Varel, ernannt worden. Er ist Nachfolger von **Willibald Vogel**, der wegen Erreichen der Altersgrenze ausscheidet.

Dr. **Pius Baschera**, zuletzt Geschäftsführer der Hilti (Schweiz) AG, Adliswil, ist zum Geschäftsführer der Deutschen Hilti GmbH, München, bestellt worden.

Dr. **Hans Sattler**, Präsident des Verbandes öffentlicher Verkehrsbetriebe (VÖV), Köln, wurde am 19. Oktober 1985 60 Jahre.

Jean Riboud, ehemaliger Vorsitzender des internationalen Schlumberger-Konzerns ist in der Nacht zum Montag im Alter von 65 Jahren in Paris nach langer schwerer Krankheit gestorben.

INDIEN / Gandhi fördert private Konsumgüterwirtschaft – Importe zum Teil erleichtert

Das Land hat die Werbung entdeckt

CHRISTIAN FÜRST, Neu-Delhi

Indiens Werbebranche erlebt zur Zeit einen Boom, von dem die professionellen Weißmacher noch vor einem halben Jahr nur zu träumen wagten. „Werbung in Indien hat ein extrem aufregendes Stadium erreicht“, meint Tara Singh, Chefmanagerin einer der größten Agenturen auf dem Subkontinent. Schon in den vergangenen fünf Jahren zeichnete sich in dem – offiziell noch immer sozialistischen – Entwicklungsland bei der Industrie ein Trend zu verstärkter Werbung ab. Die Entwicklung der vergangenen Monate hat jedoch alle Erwartungen übertroffen. Allein das staatliche Fernsehen wird im laufenden Geschäftsjahr seine Einnahmen aus Werbung auf 600 Mill. Rupien (rund 150 Mill. DM) verdoppeln und damit 35 Prozent seiner Programme finanzieren können.

Die großen englischsprachigen Tageszeitungen sind mächtig angeschwollen. Ganzseitige Anzeigen werben für Konsumgüter. Vom Fernsehgerät bis zum Kleinwagen, von der Klimaanlage bis zum Kleincomputer; nahezu für alles wird geworben; in einem Land, in dem 40 Prozent der 760 Mill. Einwohner unterernährt und 60 Prozent Analphabeten sind. Doch etwa 90 Mill. Menschen, die der indischen Mittel- und Oberschicht angehören, sind für die Industrie Grund genug, intensive Werbekampagnen zu starten.

Auslöser dieser Entwicklung war Indiens Premier Rajiv Gandhi, der mit der Vorlage seines ersten Haushalts Mitte März die Werbelawine erst richtig ins Rollen brachte: Mit seiner eindeutig auf die Förderung der privaten Konsumgüterindustrie zugeschnittenen Politik, der Vereinfachung von Importen elektronischer Geräte und der Lizenzvergabe sowie Steuersenkungen sorgte er dafür, daß das bisher recht karge Warenangebot kräftig expandierte. Seither vergeht kaum ein Tag, an dem in den Zeitungen nicht wenigstens ein neues Produkt angepriesen wird. Plötzlich, so scheint es, hat der Kunde die bisher fehlende Auswahl, ob bei Schreibmaschinen, Autos oder Motorrädern.

Kein Wunder, daß die rund 400 indischen Werbeagenturen die neue Politik begrüßen. Sie erzielten 1984 einen Umsatz von rund vier Mrd. Rupien (eine Mrd. DM). Gemessen an der Größe des Staates ist die Summe dennoch bescheiden. 1984 wurden nur 0,3 Prozent des indischen Bruttosozialprodukts für Werbung ausgegeben. Indiens Unternehmer und staatliche Organisationen opferten lediglich 1,5 Prozent ihres Umsatzes für diesen Zweck. Damit liegt das Schwellenland sogar noch hinter dem Nachbarstaat Pakistan, sagt Ashis Mitra, Manager des Werbe-Marktführers Hindustan-Thompson.

Doch das soll jetzt anders werden. Das erheblich größere Warenangebot hat eine neue Konkurrenzsituation geschaffen, die – so meinen die Werber – zwangsläufig zu verstärkten Verkaufsanstrengungen führen muß. Die größten Zuwachsraten scheinen dabei dem Fernsehen zuzukommen. Zwar erreichen die Werbespots selbst bei hohen Einschaltquoten zur Zeit nur 15 Millionen Menschen; doch handelt es sich um das Käuferpotential Indiens. In den relativ wohlhabenden Metropolen besitzt bereits jeder vierte Haushalt einen eigenen Bildschirm. (dpa)

EISEN UND STAHL RÜCKVERSICHERUNG

Zweistelliges Beitragsplus

DOMINIK SCHMIDT, Hannover

Die Eisen und Stahl Rückversicherungs-AG, Hannover, zeigt sich mit dem Verlauf des Geschäftsjahres 1985 zufrieden. Nach Angaben des Vorstands ist mit einer Zunahme der Beitragseinnahmen um gut 10 Prozent auf 630 Mill. DM zu rechnen, 1984 ergab sich ein Plus von 15,3 Prozent auf 572 Mill. DM. Zuversichtlich beurteilt die Eisen und Stahl Rück auch die Ertragsentwicklung. Dies gilt nicht nur für das allgemeine Geschäft; die Kapitalanlagen und die Erträge daraus dürften weiter ansteigen. Eine Rückführung der Verluste zeichne sich zugleich im technischen Geschäft ab. Vor allem in der Kraftfahrtversicherung, mit einem Anteil von 46 Prozent der Beitragseinnahmen wichtigste Sparte, erwartet der Vorstand eine deutliche Besserung.

Als zufriedenstellend bezeichnet der Vorstand die Ergebnisse im Jahre 1984. Dies drücke sich in der Ausschüttung einer unveränderen Dividende von 15 Prozent aus. Neben dem Haftpflichtverband der Deutschen Industrie V. a. G. (HDI) mit 63 Prozent sind sechs weitere deutsche Versicherer am Grundkapital, das auf 26,4 (19,8) Mill. DM erhöht wird, beteiligt. Die neuen Aktien werden im Verhältnis 3:1 zum Kurs von 200 Prozent ausgegeben.

An der starken Zunahme des Geschäftsumfangs sind die einzelnen Sparten in unterschiedlichem Umfang betätigt. Der Auslandsanteil erhöhte sich auf 20,6 (17,6) Prozent. Im Eigenbehalt blieben 87,8 (88,4) Prozent der Beiträge. Der versicherungstechnische Netto-Verlust vor Zuführung zur Schwankungsrückstellung erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr mit 54,8 (53,7) Mill. DM nur geringfügig und wurde von den kräftig gestiegenen Kapitalerträgen (97 nach 82,5 Mill. DM) überkompensiert. Der Rohüberschuß stieg auf 12 (6,6) Mill. DM.

Großes Gewicht maß die Eisen und Stahl erneut der Risikovorsorge zu. Die Schadenreserven wurden um 11,4 (8,2) Mill. DM aufgestockt, die Schwankungsrückstellung um 5,9 (1) Mill. DM und die freien Rücklagen um wiederum 4 Mill. DM. Die Garantiemittel blieben trotz der höheren Beiträge für eigene Rechnung mit 207,4 Prozent nahezu unverändert.

UNION DEUTSCHE LEBENSMITTELWERKE / Mit Abstand größter Beitrag zum Konzernumsatz von Unilever

Bei Margarine wieder auf dem Vormarsch

JAN BRECH, Hamburg

Die Union Deutsche Lebensmittelwerke GmbH, Hamburg, eine der großen Gesellschaften unter dem Dach der Deutschen Unilever GmbH, geht in die Offensive. In einer Zeit, in der der Markenartikel an allen Fronten zu kämpfen habe, müsse man als bedeutender Hersteller von Markenartikeln Farbe bekennen, erklärt der Vorsitzende der Geschäftsführung, Okko Müller. So hat sich das Unternehmen denn auch zum erstenmal in aller Breite auf der kürzlich zu Ende gegangenen Anuga in Köln präsentiert, nicht zuletzt mit dem Ziel, nun das bestehende Image eines reinen Margarineherstellers zu korrigieren.

Die Bedeutung des Markenartikelgeschäfts bei Unilever verdeutlicht Müller mit erstmals präzisen Auskünften über die Umsätze der Union. Danach wird sie in diesem Jahr ein Volumen von rund 5 Mrd. DM erreichen und damit als Einzelunternehmen den mit Abstand größten Beitrag zum Konzernumsatz von knapp 11 Mrd. DM leisten.

Rund die Hälfte des Umsatzes entfällt auf das Geschäft mit Ölmühlenprodukten. Die restlichen 2,5 Mrd. DM bringt das Müller unterstellte Markenartikelgeschäft, worin 500 Mill. DM Innenumsätze enthalten sind. Aus dem Haushaltsbereich stammen 1,5 Mrd. DM und 500 Mill. DM aus dem Nichthaushaltsbereich. In diesen Märkten ist die Union über ihre Tochtergesellschaften Meistermarken Werke GmbH und deren Beteiligung Ulmer Spatz vertreten.

Im Haushaltsbereich dominiert die Sparte eßbare Fette (Öle, Fette und Margarine) mit rund 1,05 Mrd. DM. Dazu kommen 100 Mill. DM Umsatz von der Tochtergesellschaft Benedikt Klein GmbH, Köln. Der Umsatz mit Käseprodukten erreicht 350 Mill. DM. Während die Union bei Margarine unangefochtener Marktführer ist, rangiert sie im Käsemarkt hinter Kraft auf Platz zwei.

So imposant die Umsatzzahlen sind, so offen räumt Müller ein, daß das Markenartikelgeschäft seit Jahren unter Druck stehe. Gleichwohl gehöre die Union nach wie vor zu den wesentlichen Ertragsstützen im Konzern und verfüge über genügend Kraft, um erhebliche Mittel für notwendige Umstrukturierungen freizusetzen. Seit vier Jahren, so erklärt Müller, sei ein Prozeß der Straffung und Modernisierung im Gange. Die Union hat die Kapazitäten angepaßt und Teilsortimente aufgegeben (die Molkereiprodukte Elite sind an Nestlé verkauft worden). Zurzeit ist sie dabei, die Auslieferung der Waren an Spediteure zu übertragen.

Die „Notbremse" mußte die Union Ende vergangenen Jahres zudem im Margarinebereich ziehen. Die dreimaligen Preiserhöhungen im Jahr 1984, denen der Wettbewerb nicht oder nur zögernd gefolgt war, hätten zu einer Preisdifferenz geführt, die, so Müller, „auch der beste Markenartikel" nicht unbeschadet hätte überstehen können. Der Marktanteil der Union am gesamten Margarinemarkt sank auf deutlich unter 50 Prozent.

Die Preisreduzierungen um 20 Prozent im Januar 1985 haben das Geschäft bei der Union wieder belebt. Vor allem die Marken Rama und Flora Soft, die allein 50 Prozent zum Margarinegeschäft beisteuern, haben nach Angaben von Müller erheblich aufgeholt. Während der Gesamtmarkt im ersten Halbjahr um 6,3 Prozent zurückgegangen sei, habe die Union Absatz dazugewonnen. Der Marktanteil liege inzwischen wieder gut über 50 Prozent.

Strategisches Ziel im Margarinegeschäft sei es, die starken Positionen der einzelnen Marken zu festigen, erklärt Müller. Für das gesamte Markenartikelgeschäft gelte es, die Markenkonzepte auszufeilen, die Sortimente in den einzelnen Sparten neu abzurunden und schließlich neue Märkte zu besetzen – durch Eigenentwicklungen oder durch Zukäufe.

Für die wichtigste Ausweitung der Aktivitäten hält Müller den Einstieg der Union in die Gesundheitsmärkte. Das vor zehn Jahren eingeführte Programm „Du darfst" wachse nach wie vor mit zweistelligen Zuwachsraten und werde in diesem Jahr 125 Mill. DM Umsatz bringen. In diesem Teilsegment sei die Union inzwischen weitgehend „unangreifbar", meint Müller. Zurzeit testet die Unilever-Tochter in Berlin das Programm „Ceres 40", das auf ältere Jahrgänge zugeschnitten ist. Die bundesweite Einführung kündigt er für 1986 an.

KNÜRR

Gute Aussichten für die Aktionäre

sz. München

Eine Umsatz- und Ertragsprognose für 1985 enthält der jüngste Aktionärsbrief der Knürr Mechanik für die Elektronik AG, München, zwar nicht. Dennoch können sich die Aktionäre schon Hoffnungen auf eine Dividendenerhöhung (1984: 4,50 DM je Vorzugs- und 3,50 DM je Stammaktie) machen. Hatte doch Vorstandsvorsitzender Hans Knürr dies bereits vor der Hauptversammlung im Juli für den Fall in Aussicht gestellt, daß bei einem Umsatz von 68 (59,3) Mill. DM eine deutliche Ergebnisverbesserung erzielt wird.

Zweistellige Wachstumsraten kennzeichnen auf jeden Fall die ersten neun Monate 1985. So ist mit einem Auftragseingang von 56,6 Mill. DM (plus 28,4 Prozent gegenüber Ende September 1984) der gesamte Vorjahreswert bereits fast erreicht. Der Umsatz erhöhte sich um 23,7 Prozent und trug, wie es heißt, zu einer weiteren Ertragsverbesserung bei. Das Betriebsergebnis (vor Steuern) nahm sogar um 97,2 Prozent auf 4,27 Mill. DM zu. Als „besonders erfreulich" wird bewertet, daß die Bestände trotz der Umsatzsteigerung reduziert werden konnten, ohne daß die Lieferfähigkeit gelitten hätte.

TRINKAUS & BURKHARDT / Vom Holzhandel zur Bank

Am ersten Tag überzeichnet

HARALD POSNY, Düsseldorf

Das gerade 200 Jahre alte Düsseldorfer Bankhaus Trinkaus & Burkhardt hat seine Aktieneinführung gut abgestimmt: kaum angeboten, ist die gestern erstmals zum Verkauf gestellte neue Trinkaus-Aktie hoffnungslos überzeichnet. Heute hat das Institut (Bankbilanzsumme 4,15 Mrd. DM, Konzernbilanzsumme 5,81 Mrd. DM) seine wohl endgültige Struktur als klassiche Merchantbank gefunden: Regionale und überregionale Unternehmen in Kredit und Einlagengeschäft, Auslandsgeschäft im Verbund mit der weltweit operierenden britischen Mehrheitsaktionärin Midland Bank-Gruppe, intensives internationales Wertpapier-Konsortialgeschäft und die Vermögensberatung und -verwaltung von Privatkunden.

Das war nicht immer so, richtig erst seit den 60er Jahren. Gegründet wurde das Institut nicht einmal als Bank, sondern als Handel mit Kolonialwaren, Chemikalien und Holz von Christian Gottfried Jaeger. Jaeger, später kinderlos gestorben, nahm den Neffen Christian Gottfried Trinkaus ins Geschäft. Gegen Ende des letzten Jahrhunderts und auch noch später war C. G. Trinkaus eine „edle Geldadresse".

In den schwierigen 20er Jahren zählte die Deutsche Bank zu den Kommanditisten. Als die Trinkaus-Familientradition 1929 erlosch, kam Tinkaus völlig unter das Dach der Deutschen Bank, bis 1951. In den Jahren danach setzte eine beispiellose Entwicklung in allen Sparten ein, es folgte die Fusion mit der Essener Burkhardt-Bank. Die Krise nach dem Zusammenbruch der 12,5 Prozent-Beteiligung an der Bau-Kredit-Bank sowie später die Herstatt-Pleite wurde dank hoher stiller Reserven überstanden. Dann seit 1980 neue Eigentümer; erst die US-Citybank, dann die Briten (70 Prozent), heute mit dem Gang zur Börse auch hausfremde Eigentümer.

Raiffeisenbanken bislang zufrieden

sz. München

Eine zufriedenstellende Entwicklung in allen Sparten des Bankgeschäfts konnten die 929 bayerischen Raiffeisenbanken in den ersten neun Monaten 1985 verzeichnen. Nach Angaben ihres Verbandes erzielten sie seit Jahresanfang einen Bilanzsummenzuwachs von rund 4,4 Prozent. Bei Fortdauer dieses Trends dürfte das Plus bis zum Jahresende annähernd 9 (9,2) Prozent erreichen und zu einer Gesamtbilanzsumme von etwa 66 Mrd. DM führen.

Beide Seiten der Bilanz zeigten dabei ein relativ ausgewogenes Wachstum. Bei einem Einlagenzugang um 4,0 Prozent oder 2,0 Mrd. DM expandierte das Kreditneugeschäft um 5,1 Prozent oder 1,9 Mrd. DM. Wachstumsträger auf der Einlagenseite waren die Sparbriefe mit plus 12,4 Prozent und die Termineinlagen mit 10,5 Prozent. Um 0,6 Prozent nahmen die Spareinlagen zu. Im Kreditgeschäft dominierten die langfristigen Ausleihungen mit einem Zuwachs um 7 Prozent.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Uhren gehen besser

Pforzheim (dpa/VWD) – Für die deutsche Uhrenindustrie zeichnen sich bessere Zeiten ab. Insbesondere die Armbanduhren-Hersteller weisen erstmals seit 1979 wieder höhere Produktions- und Umsatzzahlen auf. So wurden im 1. Halbjahr mit 1,55 Mill. Armbanduhren 7 Prozent mehr als in der entsprechenden Vorjahreszeit hergestellt. Auch der Produktionswert ist nach Angaben des Uhren-Verbandes in der ersten Jahreshälfte gestiegen, und zwar um 15 Prozent auf 102 Mill. DM. Die Produktion von Großuhren (Wecker, Wohnraumuhren usw.) wuchs um 10,1 Prozent auf 14,6 Mill. Stück im Wert von 343 Mill. DM (plus 6,1 Prozent). Insgesamt erreichte deutsche Uhrenindustrie im 1. Halbjahr 1985 einen Umsatz von 621,6 Mill. DM.

Kräftiges Auftragsplus

Gütersloh (hdt.) – Mit einem um 7 Prozent auf rund 200 Mill. DM gesteigerten Umsatz im Geschäftsjahr 1984/85 (30. 6.) kann der Frottierwarenhersteller Vossen GmbH, Gütersloh, aufwarten. Auch die Ertragslage wird als verbessert bezeichnet. Im 1. Quartal des neuen Geschäftsjahres wurde ein weiteres Auftrags- und Umsatzplus von rund 20 Prozent verzeichnet, überproportional entwickelte sich vor allem der Export. Vossen beschäftigt in seinen vier Werken in Gütersloh, Warburg, Berlin und Jennersdorf (Österreich) rund 1400 Mitarbeiter.

Südinvest 1 zahlt mehr

München (sz) – Zufrieden sowohl mit dem Mittelzufluß als auch der Wertentwicklung ihrer Investmentfonds im Geschäftsjahr 1984/85 (30.9.) ist die Bayerische Kapitalanlagegesellschaft mbH, München. Nach Angaben der Verwaltung kam es zu Wertsteigerung zwischen 10,5 Prozent (Südinvest 3) und 34,9 Prozent (Südinvest 2). Dank hoher Dollar-Zinseinnahmen konnte für den Südinvest 1 die Barausschüttung auf 2,16 (2,07) DM angehoben werden. Zurückgenommen wurde sie dagegen beim Südinvest 2 auf 2,70 (2,85) DM und beim Südinvest 3 auf 2,00 (2,10) DM. Der Südinvest 4 ist ein thesaurierender Fonds.

Draht Erlau erhöht

Aalen (VWD) – Die Ausschüttung einer auf 7 (Vorjahr: 5,50) DM erhöhten Dividende schlägt die Verwaltung der Eisen- und Drahtwerke Erlau AG, Aalen, für das Geschäftsjahr 1984/85 (30. April) vor. Dazu steht ein Bilanzgewinn von 0,45 (0,35) Mill. DM zur Verfügung. Am unveränderten Aktienkapital von 3,125 Mill. DM ist die Baden-Württembergische Bank AG, Stuttgart, mit über 25 Prozent beteiligt (HV am 28. November).

Haller gut beschäftigt

Stuttgart (nl.) – Über eine gute Auftragslage berichtet die Fahrzeugbau Haller GmbH, Stuttgart. Der Umsatz der Firmengruppe nahm 1984 um 6,7 Prozent auf 144 Mill. DM zu. Der Firmenverband beschäftigt etwa 500 Mitarbeiter.

Aktien überwiegend freundlich

Technisch bedingte Rückschläge nur vorübergehend

DW. – Der Wochenbeginn stand bei den Aktien im Zeichen einer von der Börsenkulisse eingeleiteten Konsolidierungsphase. Sie drückte die vorbörslich noch weiter heraufgesetzten Notierungen. Das vom Berufshandel angebotene Material verursachte nur begrenzte Rückschläge, denn in der zweiten Börsenstunde überwogen bereits wieder die Anlagekäufe. Untermauert wurden sie durch die günstige Konjunkturentwicklung in der Bundesrepublik, wie sie auch für 1986 von den Wirtschaftswissenschaftlern vorausgesagt wird.

Chemieaktien, vor allem BASF, Bayer und Hoechst, zogen erneut an, wenn auch nicht spektakulär. Henkel-Vorzüge stabilisierten sich knapp über 410 DM. Ein Kurs, der offensichtlich viele Erstzeichner reizt, Gewinne zu realisieren. Bei Schering ist nach den ungewöhnlichen Kursschwankungen in der Vorwoche eine Konsolidierungspause eingetreten. Während Autoaktien eher etwas nachgaben, führten in einigen Maschinenbauwerten Anlagekäufe zu einer betont freundlichen Tendenz. Großbankaktien konnten sich verbessern. Kaum allerdings die Deutsche Bank, wo Gerüchte über eine bevorstehende Kapitalerhöhung zu „ausgereizten" Konditionen den Markt beunruhigten. Kursverluste bei den beiden bayerischen Großbanken, die jedoch nichts über die Tendenz der Bankaktien aussagen.

Frankfurt: Braun AG erhöhten um 5 DM, Chemieverwaltung um 8 DM und Didier um 4 DM. Kochs Adler stockten um 8,30 DM auf. Agiv verloren 17 DM und EVA 14 DM. Altana gaben um 5 DM nach.

Düsseldorf: Dahlbusch VA und Dortmunder Ritter verbesserten sich je um 5 DM und Edelstahl Witten um 6 DM. Nachgegeben haben Heinr. Lehmann um 5 DM und Kromschröder um 6 DM. Aachener Rück erhöhten um 45 DM.

Hamburg: HEW wurden um 2,50 DM und Hapag Lloyd um 2,80 DM erhöht. Triton gingen zu 110,50 DM (plus 2,50 DM) aus dem Markt. Schwächer lagen Holsten Brauerei um 3 DM. Vereins- und Westbank blieben mit 358 DM unverändert.

Berlin: DeTeWe erhöhten sich um 7 DM und Lehmann um 4,50 DM. Kempinski lagen um 2 DM und Berliner Elektro um 1,50 DM freundlicher. Rheinmetall St. schwächten sich um 24 DM und Herlitz Vz. um 5 DM ab. Berliner Kindl verloren 2 DM.

München: Verbessert haben sich Erlus um 14 DM, Grünzweig um 2,10 DM und Leonische Draht um 4,80 DM. Süd Chemie verloren 10 DM, Hutschenreuther 14 DM und Hochtief 5 DM. Cassella verminderten um 4 DM.

Stuttgart: Maschinenfabrik Müller-Weingarten verteuerten sich um 21 DM. besser wurden bei 560 DM (plus 10 DM) zugeteilt. SEL stockten um 2 DM auf. Aesculap waren um 6 DM nachgebend. Zeag Zement wurden 20 DM niedriger angeboten.

Nachbörse: gut behauptet

WELT-Aktienindex: 238,37 (238,35)
WELT-Umsatzindex: 6191 (7112)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf · Frankfurt · Hamburg · München · Aktien-Umsätze

Inland

		21.10.	18.10.
H	Aach M Best. 10	-G	1805
H	Aach. M. Vers. 7	1310	1250
D	Aach. Rück. 9	2860bG	2815
D	Aseag *4	460B	460B
M	Ack-Gögg. 6	142,2	140,1
H	Adca 3	150	150
D	Adler 9	300G	300G
F	Adt 0	59	62,5
F	AEG 0	198,8	198,5
D	AEG KABEL 9	370T	355T
S	Aesculap 9	438	444

		21.10.	18.10.
F	Chem. Vw. *16	548,5	540,5
D	Colonia 5	555	550
D	Commerzb. 6	260	254,5
D	Cobk.Reste*0 RM	17,5T	17,5T
D	Conc. Chem. 4,5+3	340	340
B	Conc. Spinne * 0	405T	405B
D	Contigas 7,5	362	400
D	Conti Gummi 3	168,5	173,5
D	Dahlb. St. 7,65	295	294
D	dgl. Vz. 14,55	430T	425T
S	Daimler 10,5	1050,5	1057
M	Dechel AG 0	205bG	201,3
D	Dt. Atl. Tel.10+1	525G	525G
H	Doag 5	345	345
D	Dt. Babcock St. 3	185	183,5

		21.10.	18.10.
H	Hofl.-Maurer *0	170,1	175
D	Hamb. Berg 7+1	268	265
H	Hb.Hochb. *4+0,64	97,5G	97,5bG
H	HEW 5	119,5	119
H	Hdl. Ujb. 9	385G	-G
Hn	Hann. Papier 5,5	136	135,2
H	Hanseat 0	97	97,8
D	Harpener 11	352	353bG
F	Hartm. & B.St. 4	835	855
F	dgl. Vz. 4	740	730bG
M	Hasen-Bräu 9	1080	1080
S	Heidelb. Zem. 7	405G	405G
M	Hellr & W. 5	295G	295
D	Hein. Lehm. *0	280bG	295T
D	Heinr. Ind. *14+4	580T	585T

		21.10.	18.10.
H	Maihak 4	-G	-
F	Mainkraft *15	555G	555G
F	MAB 6,5+1	370G	370G
F	dgl. Vz. 6,5+1	330T	320G
D	Mannesmann 4	252,5	248
F	Mannh. Vers. 8	681	680bG
H	Markt & K. 7	225	235
F	MAN St. 0	199	175
F	dgl. Vz. 0	187,8	185
F	MAN-Rol. 20,2	455G	455
S	M.Mül.Weing. *0	321	300
D	Mauser 0	92	94
F	Mercedes 10,5	953	960
F	Metallges. 0	328	328
S	Met. u. Lock 0	122bB	117G

Freiverkehr

Ungeregelt. Freiverkehr

Unnotierte Werte

Ausland in DM

Wahlausschreibung des Bundeswahlbeauftragten für die Durchführung der Wahlen in der Sozialversicherung

Am 4. Juni 1986 werden die Vertreterversammlungen bei den Trägern der gesetzlichen Krankenversicherung, Unfallversicherung und Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten sowie die Versichertenältesten (Knappschaftsältesten) in der Knappschaftsversicherung neu gewählt. Wahlberechtigt ist jeder, der am 2. Januar 1986 die Voraussetzungen für das Wahlrecht (§ 50 des Vierten Buches Sozialgesetzbuch) erfüllt.

Die Versicherten und die Arbeitgeber wählen die Vertreter ihrer Gruppen in die Vertreterversammlung getrennt auf Grund von Vorschlagslisten; das gleiche gilt in der landwirtschaftlichen Unfallversicherung, mit Ausnahme der Gartenbau-Berufsgenossenschaft, für die Selbständigen ohne fremde Arbeitskräfte. Bei der Bundesknappschaft wählen die Versicherten Versichertenälteste der Arbeiter und Versichertenälteste der Angestellten.

Die Vorschlagslisten müssen bis zum 10. Dezember 1985, 17.00 Uhr, bei dem Versicherungsträger (Wahlausschuß) eingereicht sein.

Vorschlagslisten können einreichen:

1. Gewerkschaften sowie andere selbständige Arbeitnehmervereinigungen mit sozial- oder berufspolitischer Zwecksetzung (sonstige Arbeitnehmervereinigungen) sowie deren Verbände,

2. Vereinigungen von Arbeitgebern sowie deren Verbände,

3. Berufsständische Vereinigungen der Landwirtschaft sowie deren Verbände (für die Gruppe der Selbständigen ohne fremde Arbeitskräfte), Landesfeuerwehrverbände (für die Gruppe der Versicherten bei den besonderen Trägern der Unfallversicherung für die Feuerwehren),

4. Versicherte, Selbständige ohne fremde Arbeitskräfte und Arbeitgeber (freie Listen).

Die unter 1. genannten Arbeitnehmervereinigungen sind nur dann berechtigt, eine Vorschlagsliste einzureichen, wenn ihre Vorschlagsberechtigung nach §§ 48 b, 48 c des Vierten Buches Sozialgesetzbuch festgestellt worden ist oder sie seit der letzten Wahl mit mindestens einem Vertreter ununterbrochen in der Vertreterversammlung des Versicherungsträgers vertreten sind.

Verbände der vorschlagsberechtigten Organisationen haben nur dann das Recht, Vorschlagslisten einzureichen, wenn mindestens drei ihrer vorschlagsberechtigten Mitgliedsorganisationen darauf verzichten, eine Vorschlagsliste einzureichen.

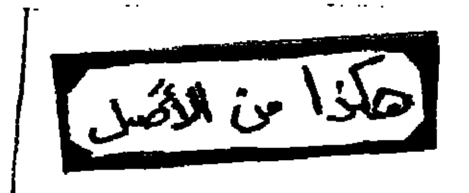
Jeder Versicherungsträger (Wahlausschuß) teilt auf Anfrage das Nähere über die bei ihm stattfindende Wahl mit, insbesondere

- über die weiteren Voraussetzungen des Vorschlagsrechts,
- über die Wählbarkeit,
- über die im übrigen bei der Einreichung der Vorschlagslisten zu beachtenden Vorschriften,
- über die Stellen, bei denen Vordrucke für die Vorschlagslisten erhältlich sind.

Der Bundeswahlbeauftragte für die Durchführung der Wahlen in der Sozialversicherung

Eugen Glombig





Ausland

Amsterdam

	21.10.	18.10.
ACF Holding.	229	230
Aegon	95	94,8
Akzo	120,4	121,1
Alg. Bk. Nederl.	500	499,5
Amev	70,6	70,6
Amro Bank	86,2	86,4
Bartel's Patent	38,7	38
Bijenkorf	–	44
Bols Lucas	98,2	100
Boskalis	–	158
Buehrmann	103	105
Dessauer	104,5	105
Fokker	80,3	77,5
Gist Brocades	219	219
Océ-v. d. Grinten	339	337
Hagemeijer	44,7	46
Heineken Bierbr.	171,2	170
KLM	54,2	54,9
Hoogoven Kon.	61,5	62,7
Nationale Ned.	70,7	70,8
Ned. Lloyd Groep	179,5	181
Ommeren van	24,7	24,1
Pakhoed	45	44,9
Philips	48,5	49,1
Rijn-Schelde	12,9	12,9
Robeco	77,3	77,25
Rolinco	49,9	49,9
Royal Dutch	189,4	191,1
Credit Lyonnais Bk.N	92,5	92,7
Unilever	327,5	329,5
Ver. Masch.	244,5	245,5
Volker Stevin	28,7	28,6
Westland Utr. Hyp.	92,5	92,5
Index ANP/CBS	216,80	216,40

Brüssel

Arbed	2140	2075
Brux. Lambert	2390	2395
Cockerill Ougrée	199	197
Ebes	3735	3460
Gevaert	4610	4470
Kredietbank	9700	9700
Petrofina	4540	4400
Soc. Gén. d. Belg.	2055	2050
Sofina	8000	7950
Solvay	5670	5610
UCB	5400	5430
Index	2698,25	2686,34

Hongkong

	21.10.	18.10.
China Light + P.	17,3	16,5
Hongkong Land	6,65	6,65
Hongk. + Sh. Bk.	7,25	7,15
Hongk. Teleph.	9,1	8,75
Hutch. Whampoa	26,4	26,5
Jard. Matheson	13	13
Swire Pac. + A +	27,40	26,8
Wheelock + A +	–	–

Kopenhagen

	21.10.	18.10.
Den Danske Bank	368	370
Jyske Bank	735	740
Kopenh. Handelsbk.	334	339
Nova Industri	274	262
Privatbanken	323	325
Ostasiat. Komp.	246	247
Dan. Sukkerfabr.	500	492
For. Bryggerier St.	1100	1110
Kgl. Porz. Fabr.	380	380

London

	21.10.	18.10.
All. Lyons	270	278
Anglo Am. Corp.$	11,12	11,19
Anglo Am. Gold $	6,22	6,175
Babcock Int.	153	150
Barclays Bank	422	417
Beecham Group	318	315
Bowater	310	310
B.A.T. Industries	265	263
BL	–	–
BLOC Int.	295	–
British Petroleum	551	548
British Aerospace	448	–
British Telecom	185	–
Bristol	211	–
BTR	373	380
Campbell Soup	–	–
Burmah Oil	308	311
Cable Wireless	630	–
Cadbury Schweppes	151	149
Charter Cons.	203	200
Cons. Gold Fields $	4,47	4,47
Cons. Murchison	2,25	2,75
Courtaulds	148	149
De Beers $	–	–
Distillers	424	433
Driefontein $	16,5	17,125
Free St. Geduld $	21,12	21,625
General Electric	164	142
Guinness	304	304
Hawker Siddeley	405	409
ICI	647	649
Imperial Group	208	219
Lloyds Bank	452	442
Lonrho	151	151
Marks & Spencer	171	171
Midland Bank	419	414
Nat. Westminster	699	687
Plessey	156	156
Reckitt & Colman	578	578
Rio Tinto-Zinc	542	544
Rustenburg Plat. $	–	–
Shell Transp.	695	700
Thorn Emi	384	381
TI Group	397	398
Trusthouse Forte	141	142
Unilever	1155	1150
Vickers	310	315
Woolworth	525	518
Financial Times	1048,20	1051,00

Luxemburg

	21.10	18.10
ARBED	2150	2020
Arico	95	95,5
Audiofina	4240	4200
Bque. Gen. du Lux.	8300	8250
Bque. Int. du Lux.	7900	7850
Belgo Mineira St.	0,2	0,18
Cegedel	2650	2650
Kredietbank Lux	8300	8250
PAN Holding	9460	9460
SCI Techn.	544	554
SEO	840	850

Madrid

Banco de Bilbao	373	370
Banco Central	315	313
Banco Popular	346	340
Banco de Santander	364	362
Banco de Vizcaya	500	495
Const. Aux. Ferro	115	110
Cros	52,5	50
Dragados	158,75	156,5
El Aguila	214	208
Esp. del Zink	–	348
Fasa Renault	–	
Esp. Petroleos	150	146
Union Fenix	1260	1330
Focsa	71	71,5
Hidroelectr. Esp	87,75	86,75
Huarte	96	95
Iberduero	105,75	104
Macosa	–	–
Papelera	47	48,75
Seda de Barcelona	285	280
Sevillana de El.	82,6	82,5
Telefonica	128,5	128,75
Union Electrica	77	77,25
Explosivos RT	59,75	58,75
Urbis	64,5	64,25
Vallehermoso	63	63
Index	124,41	123,94

Mailand

	21.10.	18.10
Bastogi	341	347,5
Centrale Risp	3500	3440
Dalmine	710	–
Farmitalia C. Erba	12510	–
Fiat	4490	4318
Fiat Vz.	3830	3610
Fin. Breda	5160	4850
Finsider A	–	–
Generali	62700	61000
IFI Vz.	10450	9920
Italcementi	44800	46100
Italgas	1858	–
Magneti Marelli	2048	–
Mediobanca	127000	124200
Mondadori A.	2870	–
Montedison	2260	2155
Mira Lanza	36180	–
Olivetti Vz.	6000	5390
dgl. St.	7290	7051
Pirelli SpA	3040	2900
La Rinascente	935	885
RAS	106950	104800
SAI Rho	26700	26000
SIP	2681	–
Snia Viscosa	3710	3580
STET	3674	3490
Index	387,00	374,45

New York

Kurse = 9.30 h NY	21.10.E	18.10.
Adv. Micro Dev.	24,625	24,625
Aetna Life	46,5	46,375
Alcan Aluminium	24,75	24,625
Alcoa	32,125	32,375
Allied Chemical	44,375	44,25
Allis-Chalmers	3,875	4
AMR Corp	40,625	40,75
Amax	12,25	12,25
Amerada Hess Corp	27,875	28
Am. Brands	58	57,625
Am. Broadcasting	116,5	116,375
Am. Can.	56	56,125
Am. Cyanamid	49,875	49,875
Am. Express	44	44
Am. Home Prod.	54,875	55,125
Am. Motors	2,875	2,875
Am. Tel. & Telegr.	20,75	20,875
Ameritech	23,125	23,25
Amoco Corp.	47,375	47,5
Anchor Hocking	–	24,25
Armco Inc.	8,25	8,25
Asarco	17,5	17,375
Atlantic Richfield	64,25	64,75
Avon Products	26,875	26,5
Bally	17	17
Bk. of America	15,75	13,75
Bell Atlantic	89,125	89,25
Bell Howell	31,875	31,75
Bethlehem Steel	16,375	16,5
Black & Decker	19,375	19,25
Boeing	45,5	45,375
Borg-Warner	21	21,375
Bristol-Myers	56,75	56,75
Brunswick	37	37,375
Burlington Ind	27,25	27,25
Burroughs	55,125	55
Campbell Soup	46,25	46,375
Caterpillar	34,875	35
CBS	115	115,25
Celanese	129	129,5
Centronics	4,5	4,5
Chase Manhattan	56,625	56,5
Chevron	38,125	38,25
Chrysler	39	38,875
Citicorp	42,875	43,125
Clorox	45	44,5
Coca-Cola	71	71
Colgate	30,5	30,75
Commodore	9,75	9,75
Comwth. Edison	28	28,25
Comm. Satellite	32,75	32,75
Control Data	17,75	18
CPC Int.	48,5	48,25
Curtiss Wright	34,5	35
CSX	25,875	25,75
Deere	25,125	25,125
Delta Airlines	39,75	39,5
Digital Equipm	108,75	108
Dow Chemical	35,875	35,25
Du Pont	59	59,125
Eastern Gas-Fuel	22,25	22,875
Eastman Kodak	43,375	43,375
Exxon Corp	52,5	52,75
First Chicago	22,875	22,875
Firestone	17,875	18
Fluor Corp.	15,75	15,75
Ford Motor	47,125	47,125
Foster Wheeler	11,125	11,125
Fruehauf	22,375	22,5
GAF Corp.	40,5	40,125
General Dynamics	67,25	67
General Electric	59,5	59,875
General Foods	119,625	119,625
General Instrument	14,125	14,125
General Motors	68,875	69,25
Gillette	64,5	64,5
Global Nat. Res.	4,125	4
Gen T & E	39,125	39
Goodrich	31,875	32
Goodyear Tire	26,375	26,125
Grace	38,25	38,125
Greyhound	28,5	28,625
Grumman	31	31,25
Halliburton	25,375	25,5
Heinz	28,75	28,5
Hercules	36,875	37
Hewlett Packard	29,625	29,25
Homestake Mining	24	24
Honeywell	60,5	60,625
IBM	127,625	127,625
Inco Ltd	12,125	12,125
Inland Steel	21,5	21,625
Insp. Resources Corp	4,5	4,5
Int. Tel. & Tel.	35,375	35,375
Int. Harvester	7,625	7,5
Int. Paper	46,875	46,875
Int. North. Inc.	42,75	42,75
Jim Walter	35	34,875
Kaiser Aluminium	14,25	14,375
Kerr McGee	35	33
Lehmann	14	14,125
Litton Industries	87,875	88,875
Lockheed Corp.	46	45,875
Loew's Corp.	47,875	47,75
Lone Star	29	29,75
Louisiana Land	33,25	33,375
LTV Corp.	5,5	5,5
Mc Dermott	–	25
Mc Donnel Doug	78	69,75
Merck & Co.	113,5	113,875
Merrill Lynch	27,625	27,875
Mesa Petroleum	14,25	14
MGM (Film)	24,875	24,625
Minnesota M.	78,5	78,75
Mobil Oil	30	30,125
Monsanto	43,375	43,625
Morgan J.P	51,375	51,375
Nat. Distillers	30,625	30,875
Nat. Semiconductor	11,5	11,375
Nat. Intergroup	26,125	24,25
National Steel	26,125	26,25
NCR	34	34,125
Newmont	44,5	44,625
PanAm World	8,375	8,625
Pfizer	44,875	44,5
Phibro	36,625	34,5
Philip Morris	75,125	75,25
Philips Petroleum	12,625	12,5
Pittston	15,875	15,625
Polaroid	36,375	35,75
Prime Computer	16,625	14,375
Procter & Gamble	58,5	58,625
RCA	44,875	45
Revlon	55,875	55,75
Reynolds Ind.	26,125	26
Rockwell Int.	35,375	35,5
Rorer Group	42,25	42,5
Schlumberger	33,75	33,375
Sears Roebuck	33,625	33,625
Singer	36,25	35,5
Sperry Corp.	47	46,625
Stand. Oil Calif.	38,125	38,25
Storage Techn.	1,875	1,875
Tandem	15,75	14,875
Tandy	35	34,875
Teledyne	256,375	254
Telex Corp.	44,875	44,75
Tesoro	10,5	10,125
Texaco	38,125	38,125
Texas Instrum.	93,125	94,125
Tosco	3,875	3,875
Trans World Corp.	34,25	34,875
Transamerica	27,625	27,375
Travelers	43,125	43
UAL	48,875	48,75
Uccel Corp.	15,25	15,25
Union Carbide	60,75	60
Union Oil of Calif.	27,5	27,875
US Gypsum	39,25	39
US Steel	30,625	30,75
United Technologies	40,5	40,5
Walt Disney	90	90,125
Warner Comm.	35,5	36
Westinghouse El.	39,5	39,575
Weyerhaeuser	24,25	24,625
Whittaker	21,5	21,875
Woolworth	52,375	50,75
Wrigley	80,625	81
Xerox	48	48,75
Zenith Radio	17,375	17,375
Dow Jones Index am 21.10. 9.00 h NY	1367,05	1368,84
Stand. & Poors	186,83	187,04

Mitgeteilt von Merrill Lynch (Hbg.)

Oslo

	21.10.	18.10.
Bergen Bank	157,50	157,5
Borregaard	443	445
Den Norske Cred.	159	160,5
Elkem	111,5	112
Kreditkassen	161	158
Norsk Data	398	397,5
Norsk Hydro	129	129,5
Storebrand	275	277
OSE Ind. Index	372,03	373,98

Paris

	21.10.	18.10.
Air Liquide	538	540
Alsthom Atlant.	302	302,5
Beghin-Say	246,5	247,8
BSN-Gerv.-Danone	2130	2185
Carrefour	2215	2215
Club Mediterranée	405,1	419
CSF Thomson	521	520
Elf-Aquitaine	183,8	184,5
France Petrol B	249,5	246
Hachette	1262	1271
Imetal	73	74,6
Lafarge	525	515
Lafayette	645	619
Locafrance	391	384
L'Oréal	2510	2520
Machines Bull	49	51
Michelin	1020	1021
Moët-Hennessy	1875	1875
Moulinex	52,2	52,7
Penarroya	58,5	60
Pernod-Ricard	674	670
Perrier (Source)	425,2	441
Peugeot-Citroen	377	373
Printemps	280,5	285
Radio Techn	325	322
Redoute à Roubaix	1440	1420
Schneider	3625	3625
Sommer Allibert	607	604
Usinor	5	5
Index: INSEE	112,90	112,70

Singapur

	21.10	18.10.
Cycle + Car	3,1	3
Cold Storage	3,2	3
Dev. Bk. of Sing	5,8	5,7
Fraser + Neave	6,75	6,2
Kl. Kepong	2,16	2,15
Mal. Banking	5,9	5,75
Nat. Iron	2,2	2,15
OCBC	8,45	8,2
Sime Darby	1,86	1,84
Singapur Land	2,44	2,32
Un. Overs. Bank	3,66	3,62

Sydney

	21.10	18.10
ACI	3,06	2,95
Ampol Explor	3,12	3,12
Westpacific Banking	5,2	5,25
Bridge Oil	2,45	2,45
Brok. Hill Prop.	8,86	8,85
Coles	4,4	4,4
CRA	5,88	5,8
CSR (Thelss)	3,76	3,7
Metals Expl.	0,38	0,37
MIM-Holdings	2,57	2,65
Myer Emporium	3,6	3,6
North Broken Hill	2,5	2,45
Oakbridge	1,55	1,5
Peko Wallsend	5,6	5,75
Poseidon	5,6	3,5
Thomas Nat. Tr	2,47	2,5
Waltons Bond	0,44	0,48
Western Mining	3,75	3,77
Woodside Petr.	1,45	1,39
Index	1040,70	1035,20

Johannesburg

	21.10.	18.10.
Abercom Inv	1,6	1,6
AE & Co Ltd.	8,2	8,2
Barlow Rand	10,8	11,05
DeBeers	13,9	13,25
Gold Fields	35	35
Highveld Steel	5,85	5,8
Kloof Gold Min.	23,75	22,75
Rembrandt	45,25	45,25
Rustenburg P	24,35	22,5
Sasol	8,45	8,5
Vaal Reef	198	195
RDM Gold Index	1087,30	1077,40
RDM Ind. Index	1087,50	1086,10

Stockholm

	21.10.	18.10.
AGA A	138	136
Alfa-Laval A	–	221
Alfa-Laval B	206	204
ASEA fria	290	290
Atlas Copco A	128	128
Electrolux B	149	148
Ericsson A	–	210
Saab-Scania	425	425
Sandvik A	475	459
SKF B	–	225
Volvo A	226	218
J & P Ind. Index	1400,68	1369,05

Tokio

	21.10.	18.10.
Alps	1350	1370
Bank of Tokyo	772	780
Sanyo Pharma	764	733
Bridgestone Tire	561	558
Canon	1200	1190
Daikin Kogyo	633	640
Daiwa Sec.	876	875
Daiwa House	950	895
Eisai	1350	1350
Fuji Bank	1540	1540
Fuji Photo	2150	2120
Hitachi	707	701
Honda	1210	1200
Ikegai Iron	340	339
Kansai El. P	2080	2010
Kao Soap	955	946
Kirin Brewery	790	780
Komatsu	555	559
Kubota Iron	390	405
Matsushita El. Ind.	1190	1200
Matsushita El. Wks.	935	900
Mitsubishi El.	361	363
Mitsubishi H. I.	444	432
Nikko Sec.	805	820
Nippon El.	1090	1070
Nippon St.	183	178
Nomura Sec.	1180	1190
Pioneer	1460	1670
Ricoh	980	990
Sankyo	1070	1080
Sanyo Electric	411	401
Sharp	835	850
Sony	3770	3760
Sumitomo Bank	1740	1730
Sumitomo Marine	732	730
Takeda Chem.	935	950
Teijin	535	526
Tokio Marine	945	958
Tokyo El. Power	2530	2480
Toray	555	565
Toyota Motor	1110	1130
Index	1032,20	1030,77

Toronto

Kurse=9.30 h Toronto	21.10.E	18.10.
Abitibi Price	17	17,5
Alcan Alu.	33,625	33,375
Bk. of Montreal	30,25	30
Bk. of Nova Scotia	13,25	13,25
Bell Cda Enterprises	41	40,875
Bluesky Oil	3,4	3,4
Bow Valley Ind.	15,5	15,5
Brenda Mines	–	8,625
Brunswick M & Sm.	–	12,75
Cdn. Imperial Bk.	37,625	37,625
Cdn. Pacific E.	27,5	27,25
Cdn. Pacific	16,75	16,5
Cassiar Res.	–	7,7
Denison Mines	–	13,25
Dome Petroleum	2,53	2,55
Domtar	19	19
Falconbridge Ltd.	17,125	17,125
Great Lakes Forest	–	18
Gulf Canada	20	19
Gulfstream Res.	1,7	1,66
Hiram Walker Res.	30,875	30,75
Hudson Bay Mng.	–	6,25
Husky Oil	9	9
Imperial Oil -A-	50,875	50,75
Inco	16,625	16,5
Inter City Gas Ltd.	16	16
Interprov. Pipeline	–	42,375
Kerr Addison	15	–
Lac Minerals	31,5	31,75
Massey Ferguson	3,25	3,2
Moore Corp.	25,375	25,25
Noranda Mines	14,625	14,5
Norcen Energy Res.	–	14,875
Northgate Expl.	3,95	3,95
Northern Telecom.	45,125	45
Nova An Alberta 'A'	6	6,125
Nu West Group	0,36	0,39
Oakwood Petrol	–	8,25
Placer Development	22,125	22,25
Provigo Inc.	24,5	–
Ranger Oil	4,3	4,3
Revenue Properties	–	–
Rio Algom	22	22
Royal Bk. of Can.	30,5	30,5
Seagram	55,75	56,125
Shell Canada	22,875	22,875
Sherritt Gordon	7,375	7,625
Stelco -A-	20	20
TransCdn. PipeLines	23	24,25
Westcoast Transm.	15,625	14,5
Index: TSE 300	2648,40	2646,80

Wien

	21.10.	18.10
Creditanst.-Bkv Vz.	349	348
Gösser-Brauerei	500	500
Länderbank Vz.	396	396
Österr. Brau	497	485
Perlmooser Zement	638	636
Reininghaus	740	735
Schwechater Br.	302	305
Semperit	87	85
Steyr-Daimler-P.	147	145
Steyrermühl Papier	330	326
Universale Hoch	256	253
Veitscher Magnesit	719	700
Index	99,43	98,70

Zürich

Alusuisse	695	695
dgl. NA	260	257
Aare-Tessin	–	–
Bank Leu	3750	3740
Brown Boveri	1640	1640
Ciba Geigy Inh.	3375	3460
Ciba Geigy Part.	2740	2710
Elektr. Watt	5450	5410
Georg Fischer Inh.	1095	1095
Mag. z. Globus Part.	1070	1050
H. La Roche 1/10	9775	9775
Holderbank	570	570
Italo-Suisse	312	310
Jacobs Suchard Inh.	7675	7650
Jelmoli	3330	3350
Landis Gyr	2295	2240
Mövenpick Inh.	5050	5050
Motor Columbus	1125	1130
Nestlé Inh.	7600	7610
Oerlikon-Bührle	1475	1480
Sandoz NA	3210	3265
Sandoz Inh.	8200	8225
Sandoz Part.	1460	1470
Art. A. Saurer	206	209
Schw. Bankges.	4630	4620
Schw. Bankverein	495	496
Schw. Kredit. A. Ind.	–	–
Schw. Kredit. A. Inh.	3110	3100
Schw. Rückv. Inh.	11500	11400
Schw. Volksb. Inh.	2145	2150
Sika -B-	3900	3850
Gebr. Sulzer Part.	425	430
Swissair	1495	1470
dgl. NA	1195	1175
Winterthur Inh.	5325	5325
Winterthur Part.	4440	4425
Zür. Vers. Inh.	5490	5515
Index: Schw. Kred.	429,00	427,60

Inlandszertifikate

	Ausg. 21.10.	Rückn. 21.10.	Rückn. 18.10.
AAR-UNIV.P.I	139,24	131,36	131,34
Adifonds	58,10	55,33	55,44
Adirenta	23,56	22,87	22,84
Adiverba	86,00	85,44	85,32
Adirac	88,66	85,44	84,63
Adiverba	142,05	135,29	135,25
Aegis Brit.-Fds.	40,76	38,81	38,75
Aegis Wachst.-Fds.	59,23	56,40	54,27
AGI Fonds	170,38	162,27	162,27
Akkumula	170,25	162,12	161,46
Allo Kapital Fds.	32,57	30,28	30,34
Allianz-Rentenfonds	126,10	123,85	122,96
Analytik Fonds	30,01	27,90	28,06
Aro-Rendit.	55,12	53,20	53,15
ArDeka	48,89	46,95	46,75
Ascecura I	72,49	72,13	71,72
Austr. Pazifik	53,34	51,79	51,95
Berenberg-U-Fonds	364,67	354,05	353,91
Berenberg-U-Renten	125,35	122,29	122,16
BW-Renta-Univ.	56,10	54,73	54,73
BW-Wartberg-Univ.	117,16	112,95	112,93
Colonia Rentenfonds	51,98	50,21	50,26
Concentra	35,74	32,97	32,91
dbi-Fonds V1	–	40,58	40,58
DekaFonds	46,22	43,91	43,85
DekaRent	33,76	32,78	32,81
DekaSpezial	202,44	192,32	192,74
DekaTresor	58,67	57,24	57,22
DespaFonds	84,47	80,25	80,25
DEVIF-Invest	90,10	85,79	85,33
DEVIF-Rent	56,50	54,77	54,85
DIFA-Fonds	180,20	171,19	171,10
DIFA GRUND	103,66	98,48	98,48
DIT Fonds f. Verm.	42,45	40,95	40,88
DIT-Rohstoffonds	79,02	76,72	76,96
DIT Pazifikfonds	89,63	87,02	87,06
DIT Technologiefonds	72,19	70,89	70,12
DIT Fds.f.Wdl.u.Opt.A	104,12	105,53	105,58
Dt. Rentenfonds	85,24	83,57	83,49
Dt. Vermögensb. Fds. A	34,90	33,24	33,21
dgl. I	50,53	48,12	48,34
dgl. II	27,97	27,16	27,16
DWS Bayern Spezial	82,70	78,72	78,40
DWS Energiefonds	96,35	93,96	94,33
DWS Privat	67,65	64,37	unerh.
DWS Rohstoff Fds.	82,30	80,27	80,06
DWS Technologie Fds.	83,85	81,77	82,23
Fondak	62,61	59,63	59,75
Fondivent	82,45	80,05	80,80
Fondis	47,41	45,15	45,07
Fondra	100,66	95,87	96,02
FT Accuzins	130,58	126,78	127,05
FT Am Dynamik	23,77	21,75	22,01
FT Frankf. Eff. F	121,79	115,70	114,64
FT Interspezial I.	25,93	23,75	23,64
FT Interspezial II	30,26	27,49	27,58
FT Interzins	45,66	44,33	44,30
FT Nippon Dynamik	71,04	65,80	65,08
FT Re-Spezial	179,14	170,18	170,13
Gerling Rendite	61,39	58,74	58,47
Gerling Dynamik	57,65	56,97	55,90
GKD-Fonds	70,40	67,68	67,63
Gothaer	94,14	90,87	90,76
Grundbesitz-Invest.	74,40	70,78	70,78
Grundwert-Fonds	133,69	126,72	126,72
Hbg.-M. Rentenfonds	59,27	54,99	56,94
Hansainternational	64,10	61,93	62,35
Hansaprofit	30,98	29,50	29,77
Hansarenta	49,87	48,18	48,12
Hansasecur	43,55	40,52	40,39
Hansazins	52,47	50,70	50,76
Haus-Invest	69,20	65,84	65,84
ii-Fonds Nr. 1	116,40	110,90	110,90
dgl. Nr. 2	75,60	71,90	71,90
Industria	52,50	50,28	50,75
INKA-Global	71,80	69,40	69,00
INKA-Rent	51,90	50,30	50,20
INKA-Re-Invest	127,40	123,60	123,40
Investa	74,70	72,34	72,77
Interglobal	125,91	122,34	122,35
Inter-Renta	42,00	40,78	40,93
Intervest	90,30	85,99	86,01
Interkapital	25,10	23,60	25,40
Int. Rentenfonds	91,14	88,92	88,94
Investa	43,55	40,90	40,62
Investors Fds.	14,35	13,54	13,39
Japan-Pazifik-Fds.	47,64	45,67	44,33
Kapitalf. Spezial	118,49	109,60	109,30
Medico-Invest	109,15	102,00	101,30
Mertor I	25,37	25,37	24,98
NB Rent	58,62	56,91	56,90
Nordcumula	64,33	62,46	61,83
Nordrenta Int.	67,11	65,17	65,61
Norrisern-F. BK	52,62	50,83	50,86
Nürnberger Rentenfds.	52,20	49,82	49,86
Oppenh. Int. Rent.	103,21	100,19	100,14
Oppenh. Priva-Rent	112,19	108,91	109,12
Oppenheim-Privat	51,39	48,86	48,70
Oppenheim-Spez. I	121,62	118,07	118,08
Plusfonds	64,59	61,51	61,46
Privatfonds	60,55	57,67	57,02
Re-Investa	156,20	152,38	152,77
Regent-U-Fonds	120,47	114,75	114,75
Renditdeka	35,27	34,24	34,22
Rentak	153,65	145,96	145,80
Rentex	110,33	107,02	106,86
Rentensparfonds	57,49	55,82	55,85
Ring Aktien-Fds. DWS	44,40	42,56	42,78
Ring Renten-Fds. DWS	49,45	47,71	47,28
SüdAktor-U-Fonds	142,58	138,43	138,43
SMH-Rentenfonds	53,65	51,29	unerh.
Südinvest I	63,30	60,29	60,08
dgl. II	74,88	71,37	71,33
dgl. III	27,44	26,64	26,64
dgl. IV	74,87	73,91	73,30
Thesaurent	47,88	45,44	45,43
Thesaurus	198,84	193,99	195,81
Transatlanta	29,83	28,76	29,04
Unifonds	30,50	28,83	28,82
Uniglobal	90,40	86,07	86,87
Unirak	81,25	77,38	77,31
Unirenta	43,40	42,11	42,31
Universal-Eff.-F.	84,99	83,32	83,32
Unispezial I	72,80	69,30	70,13
Unizins	115,95	117,57	117,58
Verm.-Aufbau-F.	114,85	109,38	109,55
Verm.-Ertrag-F	101,67	97,76	97,82

Auslandszertifikate (DM)

Austro-Inv.	30,25	28,20	28,35
Bond Valor	114,22	111,18	111,10
Convert Fund A	29,80	28,50	28,50
Convert Fund B	85,50	81,40	82,50
Eurinvest	unerh.	unerh.	75,70
Eurunion	156,02	145,78	145,98
Formular Sel.	87,84	77,47	77,47
GT Inv. Fund	53,10	50,30	50,78
Interpar	unerh.	unerh.	24,88
Japan Sel.	370,75	346,65	346,85
Unico	79,10	76,75	76,88

Fremde Währungen

Amerika-Valor sfr.	481,00	454,00	459,00
Asia Fd. $	200,64	191,09	187,98
Automation sfr.	114,00	108,00	108,00
Bond-Invest sfr.	67,25	65,75	65,75
Bond Valor Yen	11114,00	10796,00	–
Bond Valor $	125,63	120,38	120,25
Bond Valor sfr.	109,00	106,00	105,90
Canasec	677,80	625,00	631,00
CSF-Bonds sfr	74,25	78,80	74,50
Convert Valor sfr.	122,05	119,05	119,20
Convert Valor $	127,44	123,96	123,91
Dreyfus $*	13,77	12,94	12,94
Dreyfus Int. $*	unerh.	unerh.	59,28
Dreyfus Intercont. $*	35,26	33,15	33,15
Dreyfus Leverage $*	20,87	19,10	19,05
Energie-Valor DM	177,45	165,50	167,65
Europa Valor sfr	175,50	164,25	162,50
Fonsa sfr.	159,50	154,00	154,50
Founders Growth $*	–	–	7,38
Founders Mutual $*	–	–	8,37
Goldmines hfl.	unerh.	unerh.	229,60
Intercont. Tr. sfr.	–	328,75	330,25
Intermobilfonds sfr.	167,50	167,00	167,00
Intervalor sfr.	83,25	78,25	78,75
Japan Portfolio sfr.	887,00	834,75	844,25
Kemper Growth $*	12,01	10,99	11,04
Nomininvest $*	–	2,19	2,19
Pacific-Valor sfr.	160,50	146,75	148,25
Pharmafonds sfr.	268,50	250,00	251,80
Pioneer Fund $*	22,47	20,51	20,72
dgl. II $*	17,20	15,74	15,73
Schweizeraktien sfr.	428,00	400,25	401,25
Sat-Imm. sfr.	1690,00B	1680,00G	1680,00G
Siat 63 sfr.	1350,00B	1340,00G	1340,00G
Swissimmob. N.S. sfr.	2655,00	2440,00	2440,00
Swissimmob. 1961 sfr.	1360,00	1250,00	1250,00
Swissvalor sfr.	351,50	337,25	338,50
Technology $*	12,40	11,35	11,38
Technogrowth Fd.	102,39	96,61	96,61
Templeton Growth $*	11,56	10,58	10,54
Universal B.S sfr.	83,25	79,75	79,75
Universal Fund sfr.	116,20	112,04	112,46
Ussec	790,00	737,00	744,00

*Vortags-Kurs (alle Kursangaben ohne Gewähr für Übermittlungsfehler)

Optionshandel

Frankfurt: 18. 10. 85
5344 Optionen = 281 800 (286 250) Aktien,
davon 692 Verkaufsoptionen = 25 050 Aktien

Kaufoptionen: AEG 1-150/46, 1-160/36, 1-170/26, 1-190/15,8, 1-200/12, 4-160/38, 4-180/31, 4-200/20, **BASF** 1-27/16, 1-208/58,25B, 1-220/51,6, 1-230/43, 1-240/32, 1-250/23,2, 1-260/20, 1-280/13, 1-290/10, 4-220/65, 4-230/50B, 4-240/42, 4-250/22, **Bayer** 1-220/33, 1-231/23, 1-240/18, 1-241/14, 1-250/12, 1-260/7, 1-270/5,8, 1-280/4, 4-220/46, 4-230/36, **BBC** 1-260/26,8, **BHF** 1-350/36, 1-370/25G, 1-390/10,9G, 4-390/35, 4-400/23G, 4-410/10G, **Bay. Hypo** 1-470/15G, 4-400/61,75G, 4-430/41, 4-500/22,2G, **Bekula** 1-100/16,6B, 1-110/8,4G, 1-120/3, 4-100/19,6B, 4-120/5,75B, **BMW** 1-447,5/65,6, 1-450/60, 1-460/56,25, 1-480/46B, 1-487,50/39B, 1-520/21, 1-530/65, 1-550/11,4G, 4-480/70, 4-500/44G, 4-520/25G, **Bay. Vereinsbk.** 1-400/55, 1-420/38, 1-440/30B, 1-450/15, 1-460/12G, 4-430/42, 4-440/39B, **Commerzbk.** 1-197,75/38,5, 1-210/58, 1-210/55, 1-230/33, 1-240/27, 1-250/20, 1-260/17, 1-270/12,6, 4-220/53, 4-230/43, 4-240/38, 4-250/31, **Conti** 1-147/27, 1-150/26, 1-160/19,8, 1-170/15, 1-180/10, 4-160/25, 4-170/19,8, 4-180/18, **Daimler** 1-939,50/150, 1-950/125G, 1-989,50/105B, 1-1000/104, 1-1100/60, 1-1150/39, 4-1100/69, 4-1150/58B, 4-1200/48, 4-1210/30B, **Dt. Babcock St.** 1-170/14,6B, 1-190/6, 4-170/24,5B, 4-180/18, 4-200/13, **Dt. Babcock Vz.** 1-170/18B, 1-190/5G, 4-180/18, 4-190/15B, **Deutsche Bk.** 1-650/64, 1-660/50, 1-680/40G, 1-690/35, 1-700/30B, 1-710/24, 4-620/101,25B, 4-650/90, 4-700/55, 4-720/47, 4-730/45B, 4-750/31, **Degussa** 1-460/25G, 1-470/15G, 1-480/13,4G, 4-470/20G, **Dresdner Bk.** 1-250/90, 1-270/70,5, 1-290/57G, 1-300/49, 1-520/39, 1-330/36,5, 1-350/32, 1-360/23B, 1-370/19, 4-340/40, 4-370/34,5, 4-370/30, 4-380/28, 4-400/22, **GHH St.** 1-180/40, 1-200/18,6, 1-210/15G, 4-200/60,25B, 4-210/31B, **GHH Vz.** 4-210/19B, **Hoechst** 1-210/40, 1-220/32G, 1-230/25, 1-240/15, 1-241/13,4, 1-250/12, 1-251/9B, 1-260/8, 1-270/6, 4-220/37,5, 4-230/35,5, 4-240/27G, 4-250/29,2, 4-260/17, 4-270/12, 4-280/9, 4-290/8, **Hoesch** 1-110/40B, 1-130/20B, 1-150/11, 1-160/6,9, 4-120/34G, 4-130/27, 4-140/22, 4-160/14, **Karstadt** 1-243/54, 1-300/22,2B, 1-310/19,7, 4-320/11G, **Kaufhof** 1-330/7G, **KHD** 1-300/40,5B, 1-320/20B, 1-330/12G, 1-340/7,6G, 4-320/30B, 4-330/20B, 4-350/8,85G, **Klöckner** 1-65/24B, 1-70/18, 1-75/13, 1-80/9,9, 1-85/6, 1-90/4,4, 4-65/24,8, 4-70/21,8, 4-75/15,5, 4-80/13,9, 4-85/10,9, 4-90/10, 4-95/7G, 4-100/3G, **Lufthansa St.** 1-225,50/13,5, 1-240/7,5G, 4-240/25,8, 4-250/20, 4-260/13, **Lufthansa Vz.** 1-225,50/16B, 4-250/15, **MAN** 1-170/27,8,B, 1-190/15G, 4-180/28,5B, 4-190/22, 4-210/10G, **Mercedes** 1-800/175B, **Metallges.** 1-330/10G, 4-320/45G, 4-330/35, **Mannesmann** 1-210/43, 1-220/33, 1-230/30, 1-240/16, 1-250/11, 4-210/48B, 4-220/40B, 4-250/20, 4-260/15, **Nixdorf** 1-580/55B, **Preussag** 1-280/20,8, 1-290/16B, 1-300/13, 1-310/8,6,B, 1-320/7G, 4-290/31, 4-300/29, 4-310/28, 4-320/18, **RWE St.** 1-180/42, 1-200/28, 1-210/20, 1-220/12,5B, 1-230/9,9, 1-240/9,2, 4-190/45, 4-200/38B, 4-210/3CB, 4-220/23, 4-230/18, 4-240/14, **RWE Vz.** 1-200/18B, 1-220/11,9, 1-230/6, 4-190/35, 4-210/26B, 4-220/17, 4-230/13,4, 4-240/8, **Schering** 1-520/79B, 1-540/46, **Kali + Salz** 1-320/75B, 1-330/58B, 1-380/31, 1-390/20,2G, 1-400/15B, 1-410/10G, 4-320/83G, 4-340/64, 4-350/56G, 4-410/35G, **Siemens** 1-201/75B, 1-570/80, 1-580/75, 1-590/70, 1-600/55, 1-610/51, 1-620/16G, 1-620/46, 1-630/40, 1-640/36, 1-650/33, 1-660/30, 1-670/27, 1-680/24, 1-700/12,1, 4-600/83, 4-610/80, 4-620/70, 4-630/65, 4-650/53, 4-660/48, 4-670/42G, 4-680/40, 4-690/32, 4-700/30, **Thyssen** 1-110/49B, 1-118,25/49,5, 1-120/48,5, 1-130/40, 1-140/30, 1-150/20, 1-160/10,1, 1-170/7,9, 1-180/5,5, 1-190/3,4G, 4-110/60G, 4-120/50, 4-130/40,5, 4-140/32, 4-150/24, 4-160/18, 4-170/13,4, 4-180/10, 4-190/5G, **Veba** 1-220/56G, 1-221/55B, 1-230/46G, 1-231/45, 1-240/37,5, 1-241/34,4, 1-250/30G, 1-260/25, 1-270/18,5, 1-290/9G, 1-300/7, 1-2351/27, 4-231/47, 4-240/46, 4-241/40, 4-251/34G, 4-260/31G, 4-261/28,5, 4-280/21, 4-290/16, 4-300/12, **VEW** 1-123/24B, 1-150/9,6, 4-117/40B, 4-140/19B, 4-150/14, 4-160/8,5B, **VW** 1-275/77,25, 1-280/70B, 1-285/68,15, 1-290/61,25B, 1-295/59, 1-300/55, 1-305/52, 1-320/45, 1-330/36, 1-340/30, 1-345/25,9, 1-350/22,2, 1-360/19, 1-370/17, 1-380/11, 1-400/8,9, 4-310/60, 4-320/51,75, 4-350/45, 4-360/40, 4-370/32, 4-390/26, 4-400/20, **Alcan** 1-70/1G, 1-75/2,9, 4-70/7, 4-75/5,4, 7-75/9,4, **Chrysler** 1-100/8G, 1-110/5,9, 4-100/14G, 4-110/10B, **Elf** 4-65/3,2G, **General Motors** 1-200/8,5G, 4-200/12G, 4-210/1C, **IBM** 1-350/39,8, 1-370/25,8B, 1-380/17,6, 1-390/13, 1-400/10, 4-350/50B, 4-380/35B, **Norsk Hydro** 1-35/10, 1-40/4,5, 1-45/2,8G, 4-35/11, 4-400/6,5, 4-45/5,6, **Philips** 1-40/7, 1-45/2,8, 4-40/8, 4-45/4,95, 4-50/3, **Royal Dutch** 4-180/6,4G, **Sony** 4-50/5G, **Verkaufsoptionen:** **AEG** 1-140/0,9CB, 1-150/1,6B, 1-160/2,3, 1-170/5,12, 1-180/7B, 1-190/10, 4-140/1,5B, 4-160/3,1, 4-180/8, **BASF** 1-240/1, 1-250/3,1, 4-230/1, 4-240/2,5, 4-2350/4,5, **Bayer** 1-230/2,4, 1-240/3B, 4-230/3, 4-240/5,5, 4-250/14,5B, **BHF** 1-360/4, 1-370/9,6B **Bay. Hypo** 4-440/20, **BMW** 1-450/5B, 4-450/5, 4-460/9,4, 4-480/18G, **Bay. Vereinsbk.** 1-470/10,6B, **Commerzbk.** 1-250/4,5, 4-240/4,2, 4-250/5,7, **Conti** 1-160/2, 4-160/4, **Daimler** 1-980/11, 4-980/12, **Dt. Babcock St.** 1-180/3,5B, 4-180/10B, **Deutsche Bk.** 1-650/4,5, 1-660/5, 4-650/7, 4-660/10, **Degussa** 1-450/5,4G, **Dresdner Bk.** 4-330/6,4, **Hoechst** 1-230/2B, 1-240/3, 4-240/4, **Hoesch** 1-140/3, 4-140/4, **Karstadt** 4-270/3, 4-280/6,4, **Kaufhof** 1-300/4, **Klöckner** 1-80/2,4, **Lufthansa Vz.** 1-230/5G, **Mercedes** 1-950/10,1, 4-940/13,4, 4-950/15,2G, **Preussag** 1-260/3, 1-270/5, 4-270/7, **RWE St.** 1-210/4,5B, **Schering** 4-560/5,6, **Kali & Salz** 1-360/3G, **Siemens** 1-560/1,5, 1-570/3B, 1-580/4, 1-600/11, 4-560/2,5B, 4-570/3,4G, 4-580/6, 4-590/8, **Thyssen** 4-150/3, **Veba** 1-250/3,1, 1-270/6G, 4-250/3,4, 4-260/7, **VW** 1-310/2,55, 1-320/3, 1-330/5,4, 4-310/3,4, 4-320/6, 4-330/10, 4-340/20, **Alcan** 4-65/3B, 4-70/5,2, **Chrysler** 1-95/1,9, 1-100/4, 1-110/11,15B, 4-95/5B, 4-110/13,5, **General Motors** 1-180/4G, 1-200/14,4B, **Philips** 1-45/3,1.

Hinweis: Die Optionen vom 21. 10. 85 lagen bei Redaktionsschluß noch nicht vor.

Nullkupon-Anleihen (DM)

Deutsche Emittenten	Rückzahlung Preis	Datum	Kurs 21.10.85	Rendite in %
BW-Bank E.69	100,00	1.7.95	52,842	6,80
BW-Bank E.70	192,16	1.7.95	101,544	6,80
Berl. Bk. E.54	100,00	1.7.95	53,58	6,65
Berl. Bk. E.55	100,00	1.7.00	38,04	6,80
Commerzbank	100,00	22.5.95	54,15	6,60
Commerzbank	100,00	4.8.00	39,00	6,57
Deutsche Bk. $	287,00	23.1.95	187,50	11,03
DSL-Bank R.264	137,01	2.7.90	101,90	6,50
DSL-Bank R.265	100,00	2.7.90	74,37	6,50
DSL-Bank R.266	100,00	1.8.95	51,59	7,00
Fr. Hyp. KO 468	196,72	1.6.95	102,65	7,00
Hbg. Ldbk. A.2	100,00	15.8.96	48,00	7,01
Hess. Ldbk. 245	100,00	1.6.95	52,49	6,89
Hess. Ldbk. 246	100,00	1.6.00	36,69	7,10
Hess. Ldbk. 247	100,00	1.6.95	52,45	6,94
Hess. Ldbk. 248	100,00	1.7.05	25,51	7,18
SGZ-Bank 060	100,00	12.6.95	52,56	6,90
WestLB 600	100,00	2.5.95	53,20	6,85
WestLB 601	100,00	2.5.00	37,15	7,06
WestLB 602	100,00	3.10.05	25,05	7,19
WestLB 500	126,86	16.2.89	105,95	5,60
WestLB 501	137,01	16.2.90	104,15	6,10
WestLB 503	115,76	3.10.88	99,25	5,38
WestLB 504	141,85	1.10.91	98,60	4,52
Emittenten (DM) Ausland				
Österreich	200,00	24.5.95	109,75	6,39
Österreich	294,12	24.5.00	111,50	6,91
Atl. Richfield	$ 100	4.2.92	147,80	11,12
Campbell Soup	$ 100	21.4.92	148,20	10,70
Prud Realty	$ 100	15.1.99	69,40	11,34
Emittenten (Dollar)				
Wells Fargo(AA)	100,00	4.2.88	80,25	10,88
Pepsi-Co. (AA)	100,00	4.2.92	53,00	10,62
Beatrice Foods	100,00	9.2.92	51,125	11,25
Xerox (AA)	100,00	11.2.92	51,75	11,00
Gulf Oil (AAA)	100,00	2.3.92	51,75	10,90
Gen. Elec.(AAA)	100,00	17,2.93	47,75	10,61
Caterp.Fin (AA)	100,00	11.2.94	39,50	11,81
Penney (A+)	100,00	17.2.94	41,00	11,30
Philip Morris/A	100,00	8.6.94	40,00	11,19
Sears (AA)	100,00	27.5.94	40,50	11,07
Gen. Elec (AAA)	100,00	4.3.95	38,50	10,72

[1]) Inkl. ausländische Tochterinstitute. DM-Titel außer Deutscher Bank. [2]) Mitgeteilt Bayerische Vereinsbank. [3]) Kurse in DM pro 100 Dollar. [4]) Mitgeteilt von Merrill Lynch. (Rating nach Standard & Poors

Renditen und Preise von Pfandbriefen und KO

Laufzeit Jahre	Rendite* ca.%	Orientierungspreise** bei Nominalzinsen von 5%	6%	7%	8%	9%	10%
1	4,90	100,1	101,0	101,9	102,9	103,8	104,8
2	5,52	99,1	100,9	102,6	104,4	106,3	108,1
3	6,00	97,1	100,0	102,4	105,1	107,8	110,4
4	6,50	94,6	98,0	101,4	104,8	108,2	111,6
5	6,60	93,8	97,1	101,3	105,4	109,5	113,7
6	6,80	90,9	95,7	100,1	105,3	110,1	114,8
7	7,00	88,7	94,1	100,0	104,9	110,2	115,6
8	7,08	87,1	93,0	99,5	104,9	110,8	116,7
9	7,15	85,5	92,1	99,1	104,9	111,5	117,8
10	8,22	84,0	90,9	98,5	104,7	111,7	118,6
15	7,37	78,2	87,0	95,9	104,7	113,6	122,4

*Die Rendite wird auf der Basis aktueller Kupons berechnet (ca. %)
**Aufgrund der Marktrendite errechnete Preise, die von den amtlich notierten Kursen vergleichbarer Papiere abweichen können.
Mitgeteilt von der COMMERZBANK

New Yorker Finanzmärkte

Fed Funds	21. Okt.	7,875-7,938
Commercial Paper (Direktplazierung)	30-59 Tage	7,80
	60-270 Tage	7,80
Commercial Paper (Händlerplazierung)	30 Tage	7,85
	60 Tage	7,85
	90 Tage	7,85
Certificates of Deposit	1 Monat	7,85
	2 Monate	7,85
	3 Monate	7,90
	6 Monate	7,98
	12 Monate	8,05
US-Schatzwechsel	13 Wochen	7,21
	26 Wochen	7,32
US-Staatsanleihe	10 Jahre	10,17
	30 Jahre	10,45
US-Diskontsatz		7,50
US-Primerate		9,50
Geldmenge M1	7. Okt.	611,5 Mrd. $ (- 3,3 Mrd. $)

Bundesanleihen

Bundespost

Länder – Städte

Sonderinstitute

Bundesbahn

Industrieanleihen

Optionsscheine

Optionsanleihen

Rentenmarkt ohne Schwung

Die Verunsicherung durch die Bewegung des Dollar sowie durch Prognosen über angeblich wieder anziehende Zinsen in den USA führte zu einer Unterbrechung der am Wochenschluß gerade aufgelebten Anlagekäufe. Deshalb gaben öffentliche Anleihen überwiegend leicht nach. Nur in Einzelfällen gab es etwas höhere Notierungen. Wenig Bewegung auch in den DM-Auslandsanleihen, bei denen sich das Volumen an Neuemissionen auch deshalb als Belastung erweist, weil die Konditionen teilweise zu knapp bemessen sind. Wo sie „stimmen", ist die Plazierung jedoch kein Problem.

Währungsanleihen

Wandelanleihen

Frankfurt

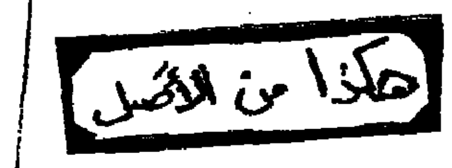
DM-Auslandsanleihen

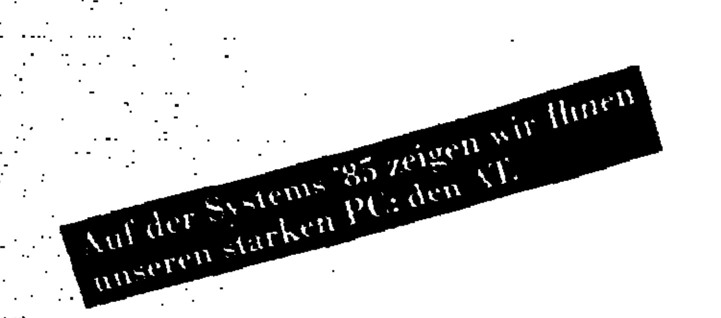
Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer †, Dr. Herbert Kremp



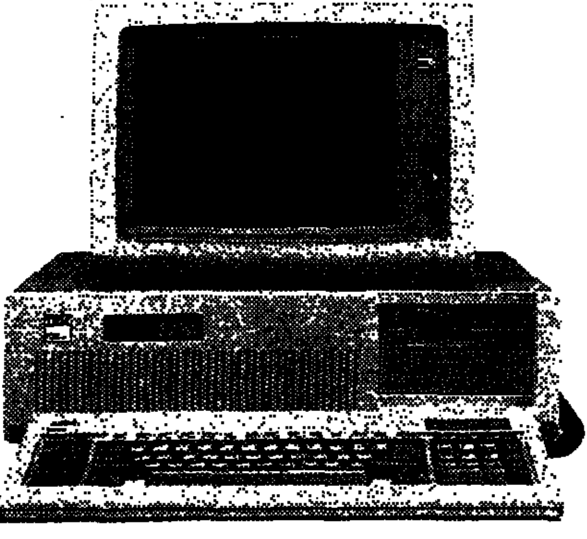




Der IBM PC, der schneller arbeitet.

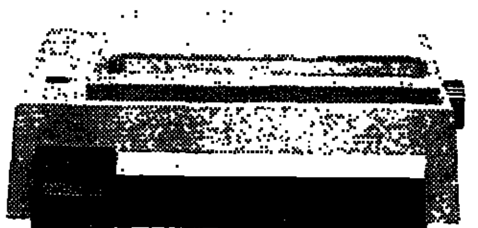
Der starke IBM Personal Computer, der AT, arbeitet mit neuer, moderner Technik. Das heißt, er ist schneller als andere IBM Personal Computer. In kürzester Zeit sucht er Ihnen die Seite, die Sie gerade brauchen, aus Tausenden von abgespeicherten Seiten mit Daten und Text heraus.

Der starke IBM PC, der AT, ist nicht nur sehr schnell – er ist auch sehr leistungsfähig. Je nachdem, wie viele Aufgaben und die damit zusammenhängenden Informationen Sie in Ihrem Betrieb bewältigen müssen, können Sie zwischen zwei AT-Versionen wählen: Es gibt den AT, der bis zu 10 000 Seiten Daten und Text speichern kann. Und es gibt den AT, der 20 000 Seiten davon speichern kann.



Der starke IBM PC, der AT, ist nicht nur sehr leistungsfähig – er ist auch sehr vielseitig. Auf ihm können Sie ohne Umstände alle IBM PC Programme laufen lassen. Alles in allem gibt es schon über 1000 PC Programme, die er verarbeiten kann. Damit können Sie sich zum Beispiel bei Ihrer Finanzbuchhaltung und Ihrer Lohn- und Gehaltsabrechnung helfen lassen. Außerdem gibt es viele spezielle Branchenprogramme: zum Beispiel für Schreiner, Immobilienmakler, für die Hausverwaltung und für das Elektrohandwerk.

Der starke IBM PC, der AT, ist nicht nur vielseitig – er ist auch leicht zu bedienen. Nehmen wir zum Beispiel die neugestaltete Tastatur. Sie hat drei neue Funktionslämpchen, die Ihnen helfen, zeitraubende Fehler bei der Eingabe zu vermeiden. So erfahren Sie zum Beispiel, ohne auf den Bildschirm zu schauen, ob Sie sich gerade in der Groß- oder in der Kleinschreibung befinden.



Der starke IBM PC, der AT, ist nicht nur leicht zu bedienen – er ist auch ausdrucksstark. Wenn Sie nämlich den schnellen AT mit dem schnellen IBM PC Graphikdrucker II kombinieren, können Sie sich Ihre Texte, Graphiken und Ihre gesamte Korrespondenz direkt an Ihrem Arbeitsplatz ausdrucken lassen.

Der starke IBM PC, der AT, ist nicht nur ausdrucksstark – er ist auch international. Denn Sie können mit ihm in Deutsch, Englisch, Französisch, Italienisch und Spanisch arbeiten.

Der starke IBM PC, der AT, ist nicht nur international – er ist auch sicher. Wenn Sie die großen Datenmengen in Ihrem AT schützen wollen, dann sperren Sie ihn einfach mit einem kleinen Schlüssel ab.

Probieren Sie am besten selbst einmal den starken IBM Personal Computer, den AT, und die passenden Programme, zum Beispiel die neuen Branchenlösungen, bei einem Vertragshändler für IBM Personal Computer oder in einem IBM Laden aus. Der Schlüssel für Sie steckt bereits. Und fragen Sie auch gleich nach den IBM PC Seminaren. Die genauen Adressen erfahren Sie telefonisch zum Ortstarif von Hallo IBM: 0130-45 67. Sie können uns aber auch auf der Systems '85 in München besuchen.

IBM

Warenpreise – Termine

Wiederum fester schlossen am Freitag die Gold-, Silber-, Kupfer- und Kaffeenotierungen an der New Yorker Comex. Schwächer, mit Ausnahme des gut behaupteteten Kassa-Monats, ging Kakao aus dem Markt.

Getreide/Getreideprodukte

WEIZEN Chicago (c/bush)	18.10.	17.10.
Dez.	313,50	314,25
März	320,25	320,75
Mai	309,25	310,75

WEIZEN Winnipeg (can.$/t) Wheat Board cif.		
St.L. 1 CW	264,90	262,65
Am. Durum	261,84	259,59

ROGGEN Winnipeg (can.$/t)		
Okt.	112,80	113,70
Dez.	114,50	115,30
März	119,00	119,40

HAFER Winnipeg (can. $/t)		
Okt.	94,20	94,50
Dez.	96,40	96,70
März	99,40	99,50

HAFER Chicago (c/bush)		
Dez.	116,25	117,25
März	125,25	125,75
Mai	131,50	131,75

MAIS Chicago (c/bush)		
Dez.	219,75	219,75
März	233,25	233,25
Mai	240,00	240,00

GERSTE Winnipeg (can.$/t)		
Okt.	102,20	102,50
Dez.	105,00	105,60
März	110,90	111,60

Genußmittel

KAFFEE New York (c/lb)	18.10.	17.10.
Dez.	143,90	143,90
März	146,10	146,60
Mai	147,10	147,40

KAKAO New York ($/t)	18.10.	17.10.
Dez.	2190	2176
März	2267	2256
Mai	2319	2302
Umsatz	1867	1418

ZUCKER New York (c/lb)		
Nr. 11 Jan.	4,90	4,96
März	5,36	5,38
Mai	5,56	5,56
Juli	5,75	5,76
Sept.	5,90	5,92
Umsatz	8461	7864

Iso-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	4,89	4,92

KAFFEE London (£/t) Robusta	18.10.	17.10.
Nov.	1670-1671	1664-1665
Jan.	1708-1710	1705-1706
März	1748—	1735-1736
Umsatz	3067	3492

KAKAO London (£/t)		
Dez.	1705-1706	1715-1716
März	1751-1752	1758-1759
Mai	1780-1783	1787-1788
Umsatz	1809	1969

ZUCKER London (£/t) Nr.6	18.10.	17.10.
Dez.	134,60-135,40	135,80-136,20
März	143,00-143,40	144,00-144,20
Mai	146,40-146,60	147,80-148,00
Umsatz	2083	2582

PFEFFER Singapur (Straits-Sing. $/100 kg)	21.10.	18.10.
schw.		
Saraw.spez.	795,00	790,00
weiß.Saraw.	930,00	920,00
weiß.Munt.	940,00	930,00

ORANGENSAFT New York (c/lb)	18.10.	17.10.
Nov.	118,60	119,25
Jan.	116,60	116,75
März	115,35	115,30
Mai	114,40	114,45
Juli	113,30	113,50
Umsatz	400	400

Öle, Fette, Tierprodukte

ERDNUSSÖL New York (c/lb) Südstaaten fob Werk	18.10.	17.10.
	39,00	38,50

MAISÖL New York (c/lb) US-Mittelweststaaten fob Werk		
	20,75	22,00

SOJAÖL Chicago (c/lb)		
Okt.	19,25	19,35
Dez.	19,08	19,27
Jan.	19,32	19,46
März	19,72	19,88
Mai	20,12	20,35
Juli	20,50	20,70
Aug.	20,65	20,85

BAUMWOLLSAATÖL New York (c/lb) Mississippi-Tal fob Werk,		
	17,00	17,00

SCHMALZ Chicago (c/lb)		
loco lose	15,00	15,00
Choise white hog 4 % fr. F.	14,00	14,00

TALG New York (c/lb)		
top white	15,50	14,50
fancy	14,75	14,75
bleichf.	14,25	14,25
yellow max. 10% fr.F	10,75	10,75

SCHWEINE Chicago (c/lb)		
Okt.	46,00	46,85
Dez.	46,65	45,55
Feb.	45,75	44,85

SCHWEINEBÄUCHE Chicago (c/lb)		
Feb.	65,90	64,70
März	66,25	64,80
Mai	67,30	66,10

HÄUTE Chicago (c/lb)	18.10.	17.10.
Ochsen einh. schwere River Northern	57,50	57,50
Kühe einh. schwere River Northern	65,00	46,00

SOJABOHNEN Chicago (c/bush)		
Nov.	503,50	504,50
Jan.	517,50	518,00
März	532,00	531,00
Mai	541,25	541,50
Juli	549,00	548,50
Aug.	548,50	548,00
Sept.	538,50	538,00

SOJASCHROT Chicago ($/sht)		
Okt.	145,20	144,50
Dez.	146,20	145,30
Jan.	147,00	145,50
März	148,50	147,00
Mai	149,70	148,50
Juli	151,00	149,50
Aug.	150,10	148,00

LEINSAAT Winnipeg (can. $/t)	18.10.	17.10.
Okt.	315,50	321,50
Dez.	306,50	312,00
März	314,50	319,00

KOKOSÖL New York (c/lb) – Westk. fob Werk	18.10.	17.10.
	18,50	18,50

ERDNUSSÖL Rotterdam ($/t)	21.10.	18.10.
jegl. Herk. cif	810,00	720,00

LEINÖL Rotterdam ($/t) jegl. Herk. ex Tank		
	700,00	680,00

PALMÖL Rotterdam ($/lgt) – Sumatra		
cif	350,00	350,00

SOJAÖL Rotterdam (hfl/100 kg) roh Niederl. fob Werk		
	127,50	129,50

KOKOSÖL Rotterdam ($/lgt) – Philippinen		
cif	440,00	435,00

LEINSAAT Rotterdam ($/t) – Kanada Nr. 1		
cif	unerh.	unerh.

Wolle, Fasern, Kautschuk

BAUMWOLLE New York (c/lb) Kontr.Nr2	18.10.	17.10.
Dez.	59,82	60,26
März	60,35	60,76
Mai	60,80	61,15
Juli	59,50	59,70
Okt.	59,90	54,15
Dez.	52,80	52,95

KAUTSCHUK New York (c/lb) Händlerpreis loco RSS-1		
	43,25	43,25

WOLLE London (Neusl. c/kg) – Kreuzz.	21.10.	18.10.
Okt.	462-483	475-483
Dez.	475-480	475-480
Jan.	484-486	484-486
Umsatz	100	56

WOLLE Roubaix (F/kg) Kammz.	18.10.	17.10.
Dez.	51,50	51,15
März	51,15	51,15
Mai	51,50	51,50
Juli	51,50	51,50
Umsatz	0	11250
Tendenz: ruhig		

WOLLE Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißw. Standard	18.10.	17.10.
Okt.	570,00-580,00	576,50-578,00
Dez.	595,00-605,00	600,00-604,00
März	613,00-615,00	615,00-618,00
Umsatz	33	47

SISAL London ($/t) cif eur. Haupthäfen	21.10.	18.10.
EA	680,00	680,00
UG	570,00	570,00

SEIDE Yokohama (Y/kg) AAA ab Lager	18.10.	17.10.
Okt.	12200	12240
Nov.	12533	12347

KAUTSCHUK London (p/kg)	18.10.	17.10.
Nr.1 loco	58,00-61,00	58,00-61,00
Nov.	—59,00	—59,00
Dez.	—60,00	—60,00
Jan.	-	-
Tendenz: ruhig		

KAUTSCHUK Malaysia (mal. c/kg)	18.10.	17.10.
Nov.	185,50-186,00	185,00-186,00
Dez.	185,50-186,50	185,25-186,50
Nr. 2 Nov.	177,00-178,00	177,00-178,00
Nr. 3 Nov.	174,50-175,50	174,50-175,50
Nr. 4 Nov.	169,50-170,50	169,50-170,50
Tendenz: ruhig		

JUTE London (£/lgt)	21.10.	18.10.
BWC	520	520
BWD	495	495
BTC	525	525
BTD	500	500

Erläuterung – Rohstoffpreise

Mengenangaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g; 1lb = 0,4536 kg; 1 R. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–)

Westd. Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	21.10.	18.10.
ALUMINIUM: Basis London		
lfd. Mon.	255,54-244,73	254,76-254,94
drittf. M.	263,68-263,86	262,85-263,03
BLEI: Basis London		
lfd. Mon.	102,52-102,71	102,54-102,73
dritt. M.	104,60-104,79	105,48-105,67
NICKEL: Basis London		
lfd. Mon.	1089,50-1095,29	1098,80-1102,56
dritt. M.	1108,42-1112,20	1117,61-1119,49
ZINK: Basis London		
lfd. Mon.	160,78-161,53	158,80-159,55
Prod.-Pr.	192,36	192,64
REINZINN 99,9 %	3534-3569	3551-3586

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring/kg)	21.10.	18.10.
	-	29,95

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	21.10.	18.10.
ELEKTROLYTKUPFER für Leitzwecke DEL-Not.*	377,36-380,57	372,16-375,35
BLEI in Kabeln	110,25-111,25	110,25-111,25
ALUMINIUM für Leitzwecke (VAW)		
Rundb.	455,00-458,50	455,00-458,50
Vorz.dr.	464,00-464,50	464,00-464,50

* Auf Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbeisteller

Messingnotierungen

	21.10.	18.10.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	337-339	334-335
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	369	366-367
MS 63	362-369	359-365

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM/100 kg)	21.10.	18.10.
Leg. 225	520	320-325
Leg. 226	322	322-327
Leg. 231	355-367	355-365
Leg. 233	365-367	365-372

Preise für Abnahme von 1 bis 5 t frei Werk

Edelmetalle

	21.10.	18.10.
PLATIN (DM/g)	29,50	29,50
GOLD (DM/kg Feingold)		
Bank-Vkfpr.	28140	28140
Rückn.-Pr.	27390	27390
GOLD (DM/kg Feingold) (Basis Londoner Fixing)		
Deg.-Vkfpr.	28180	28230
Rückn.-Pr.	27450	27510
verarbeitet	29560	29620
GOLD (Frankfurter Börsenkurs) (DM/kg)	27625	27715
SILBER (DM je kg Feinsilber) (Basis Londoner Fixing)		
Deg.-Vkfpr.	535,20	535,40
Rückn.-Pr.	519,30	519,50
verarbeitet	558,70	558,90

Internationale Edelmetalle

GOLD (US-$/Feinunze)	21.10.	18.10.
London 10.30	326,50	326,25
15.00	326,15	326,25
Zürich mit.	325,80-326,30	326,25-326,75
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	84500	84900
SILBER (p/Feinunze) London		
Kasse	429,80	431,75
3 Mon.	441,50	443,30
6 Mon.	453,50	454,65
12 Mon.	475,75	478,10
PLATIN (£/Feinunze) London	21.10.	18.10.
fr. Markt	224,90	-
PALLADIUM (£/Feinunze) London	21.10.	18.10.
f. Händl.-Pr.	71,30	-

New Yorker Metallbörse

	18.10.	17.10.
GOLD H & H Ankauf	326,50	325,75
SILBER H & H Ankauf	614,00	614,50
PLATIN		
f.Händl.-Pr.	322,00-323,00	322,00-323,00
Prod.-Pr.	475,00	475,00
PALLADIUM		
f. Händl.-Pr.	101,00-102,00	100,50-101,50
Prod.-Pr.	150,00	150,00
SILBER (c/Feinunze)		
Okt.	617,00	614,10
Dez.	622,00	620,00
Jan.	627,40	624,60
März	634,50	632,50
Mai	644,50	641,80
Juli	653,80	651,20
Sept.	663,70	662,50
Umsatz	18000	11000

KUPFER (c/lb)	18.10.	17.10.
Okt.	61,30	60,20
Dez.	61,90	60,80
Jan.	62,15	61,10
März	62,55	61,70
Mai	63,00	62,00
Juli	63,30	62,35
Sept.	63,65	62,70
Umsatz	7000	6800

Londoner Metallbörse

	21.10.	18.10.
ALUMINIUM (c/lb)		
mitt.Kasse	675,50-676,00	677,00-678,00
3 Mon.	697,00-697,50	698,50-699,00
BLEI (£/t)		
mitt. Kasse	271,00-271,50	276,00-277,00
3 Mon.	276,50-277,00	279,50-280,00
KUPFER Highergrade (£/t)		
mitt. Kasse	977,00-977,50	968,00-969,00
3 Monate	993,50-994,00	986,00-975,00
ab. Kasse	-	974,00-975,00
3 Monate	-	992,50-993,00
KUPFER-Standard		
mitt. Kasse	957,00-962,00	952,00-954,00
3 Monate	979,00-982,00	978,00-980,00
ZINK (£/t)		
mitt. Kasse	425,00-427,00	425,00-427,00
3 Monate	-	-
ZINN (£/t)		
mitt. Kasse	8565-8570	8555-8560
3 Monate	8476-8477	8460-8461
QUECKSILBER ($/FL)	-	285-295
WOLFRAM-ERZ ($/T-Einh.)	-	65-70

Energie-Terminkontrakte

HEIZÖL Nr. 2 – New York (c/Gallone)	18.10.	17.10.
Nov.	82,60-82,65	83,05-83,20
Dez.	82,85-83,00	83,55-83,75
Jan.	82,95-83,05	83,45-83,55
Febr.	81,80-81,90	81,85

GASÖL – London ($/t)	18.10.	17.10.
Nov.	257,25-257,50	257,50-257,75
Dez.	254,75-255,00	254,75-255,00
Jan.	253,75-253,50	253,00-253,25
Febr.	250,25-250,50	249,75-250,00
März	242,50-243,00	242,00-242,50
April	235,00-235,25	234,25-234,50
Mai	229,75-230,00	229,25-229,50
Juni	227,50-227,75	227,00-227,25

BENZIN – New York (c/Gallone)	18.10.	17.10.
Nov.	79,80-79,95	79,75-79,80
Dez.	76,10-76,25	76,50-76,60
Jan.	73,75-73,90	74,00
Febr.	72,85	73,00-73,20
März	72,95-73,00	73,40

ROHÖL – New York ($/Barrel)	18.10.	17.10.
Nov.	29,50-29,53	29,48-29,56
Dez.	28,71-28,74	28,81-28,85
Jan.	28,03-28,06	28,15-28,15
Febr.	27,50-27,51	27,63-27,65
März	27,02	27,15

ROHÖL-SPOTMARKT ($/Barrel) mittlere Preise in NW-Europa – alle fob	18.10.	17.10.
Arabian Lg.	27,85	27,85
Arabian Hv.	27,65	27,65
Iran Li.	26,30	27,00
Forties	28,70	28,70
N.Sea Brent	27,95	28,15
Bonny Light	28,65N	28,65N

Kartoffeln

London (£/t)	18.10.	17.10.
Nov.	68,80	68,00
Febr.	69,50	68,00
April	80,60	79,90
Mai	87,00	86,80

New York (c/lb)	18.10.	17.10.
Nov.	2,02	2,05
März	2,15-2,18	2,19
April	2,22	2,20-2,35
Mai	2,41-2,43	2,46

Bauholz

Chicago ($/1000 Board Feet)	18.10.	17.10.
Nov.	137,10	138,20-138,00
Jan.	139,50-139,80	140,50-139,80
März	146,00-145,90	146,00
Mai	149,40-149,70	148,70

Devisenmärkte

Der US-Dollar konnte am 21. 10. im Tagesverlauf bei lustlosem Geschäft seine Position etwas verbessern und kletterte von 2,6170 auf 2,6350. Die Zentralbanken griffen in das Marktgeschehen nicht ein. Die Bundesbank war allerdings zur Notiz mit einem Verkauf von 17 Mill. Dollar im Markt. Nachbörslich bildete sich der Kurs auf 2,6280 zurück. Das Englische Pfund profitierte von seinem Zinsvorsprung und wurde mit 3,769 um ein halbes Prozent höher festgestellt. Nach dem jüngsten Kommentar des britischen Schatzkanzlers rechnet man kurzfristig nicht mehr mit fallenden Sterling-Zinssätzen. Kräftig erholt präsentierten sich die Norwegische Krone und die Schwedische Krone. US-Dollar in: Amsterdam 2,9700; Brüssel 53,30; Paris 8,029; Mailand 1776,50; Wien 18,485; Zürich 2,1596; Ir. Pfund/DM 3,096; Pfund/Dollar 1,4351; Pfund/DM 3,776.

Devisen und Sorten

21.10.85	Frankf. Devisen Geld	Frankf. Devisen Brief	Wechs. Ank.-Kurs[4]	Frankf. Sorten* Ankauf	Frankf. Sorten* Verkauf
New York[1]	2,6271	2,6351	2,6037	2,58	2,67
London[2]	3,769	3,783	3,703	3,70	3,85
Dublin[2]	3,089	3,105	3,056	3,83	3,18
Montreal[1]	1,9255	1,9335	1,9070	1,80	1,90
Amsterd.	88,505	88,725	88,315	87,75	89,50
Zürich	121,73	121,93	121,79	120,25	123,00
Brüssel	4,925	4,945	4,884	4,80	5,00
Paris	32,71	32,87	32,36	31,75	33,50
Kopenh.	27,51	27,65	27,29	26,50	28,25
Oslo	33,375	33,495	32,78	32,25	34,00
Stockh.**	33,17	33,33	32,57	32,25	34,00
Mailand[3]**	1,4755	1,4855	1,448	5,43	1,53
Wien	14,212	14,252	14,181	14,13	14,35
Madrid**	1,631	1,641	1,595	1,57	1,69
Lissabon**	1,615	1,655	1,529	1,20	2,00
Tokio	1,2250	1,2260	–	1,18	1,25
Helsinki	46,735	46,575	45,575	45,25	47,25
Buen.Air.	–	–	–	–	3,50
Rio	–	–	–	0,05	0,18
Athen* **	1,6845	1,7385	–	1,20	2,00
Frankf.	–	–	–	–	–
Sydney*	1,8505	1,8695	–	1,80	1,90
Johanbg.*	0,993	1,027	–	0,80	1,28

Alles in Hundert; [1] 1 Dollar; [2] 1 Pfund; [3] 1000 Lire
[4] Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; * nicht amtlich notiert
** Einfuhr begrenzt gestattet.

Die Europäische Währungseinheit (ECU) am 18.10.: in D-Mark 2,20911 (Parität 2,24184); in Dollar 0,83853 (12. März 1979: 1,35444)

Ostmarkkurs am 21.10. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 18,00; Verkauf 21,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 18,50; Verkauf 21,50 DM West.

Devisenterminmarkt

Zu Wochenbeginn ergaben sich am Euromarkt keine gravierenden Veränderungen. Die Dollar-Termin-Deports notierten unverändert.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,87-0,77	2,27-2,17	4,43-4,23
Pfund/Dollar	0,46-0,44	1,19-1,16	2,12-2,07
Pfund/DM	3,00-1,60	7,00-5,60	12,3-10,7
FF/DM	22-6	50-34	98-82

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 21.10.85; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr.
1 Monat	7%-8%	4%-4%	3%-4%
3 Monate	8-8%	4%-4%	4%-4%
6 Monate	8%-8%	4%-4%	4%-4%
12 Monate	8%-8%	4%-5%	4%-4%

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxemburg

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 21.10. folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1235,00	1578,90
5 US-Dollar (Indiana)**	770,00	950,90
5 US-Dollar (Liberty)	490,00	672,60
1 £ Sovereign alt	205,75	257,36
1 £ Sovereign Elizabeth II.	199,75	250,52
20 belgische Franken	157,00	207,48
10 Rubel Tscherwonez	205,25	260,21
2 südafrikanische Rand	191,75	240,26
Krüger Rand, neu	862,00	1022,58
Maple Leaf	872,25	1034,27
Platin Noble Man	868,00	1029,42
Außer Kurs gesetzte Münzen*		
20 Goldmark	213,75	272,18
20 schweiz. Franken „Vreneli"	176,80	229,14
20 franz. Franken „Napoléon"	167,75	219,74
100 österr. Kronen (Neuprägung)	805,00	981,51
20 österr. Kronen (Neuprägung)	158,50	203,49
10 österr. Kronen (Neuprägung)	82,25	110,87
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	372,50	458,85
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	86,25	121,13

*Verkauf inklusive 14 % Mehrwertsteuer
**Verkauf inklusive 7 % Mehrwertsteuer

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 21.10.: Tagesgeld 4,45-4,55 Prozent; Monatsgeld 4,60-4,80 Prozent; Dreimonatsgeld 4,70-4,85 Prozent. FIBOR 3 Mon. 4,85 Prozent, 6 Mon. 4,90 Prozent.
Privatdiskontsätze am 21.10.: 10 bis 29 Tage 3,55 G–3,40B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55 G–3,40B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 16.10.: 4 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Sept. 1985 an. Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1985/11 (Typ A) – 6,50 (5,48) – 4,00 (4,00) – 5,00 (4,49) – 6,00 (4,97) – 6,25 (5,26) – 6,50 (5,48) – 5,30 (4,50) – 8,80 (5,84). Ausgabe 1985/12 (Typ B) 4,00 (4,00) – 5,00 (5,95) – 6,00 (6,74); 6,00 (6,00) – 6,25 (5,31) – 6,50 (5,55) – 8,00 (5,95). Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 4,05, 2 Jahre 4,79. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 6,25, Kurs 99,60, Rendite 6,35

Junge Aktien

Berlin: Hermes 530,00 T, Kötitzer 850,00 G, VAB 2150,00 T
Düsseldorf: BASF 252,00, IWK –, Linde –, Metallges. 325,00, P & S 160,00, Nixdorf 550,00, Schering 562,00, Schumag 562,00, VEW 139,20
Frankfurt: Allweiler St. 265,00 G, Allweiler Vz. 270,00 bG, BASF 252,00, Frankona 315,00 T, IWK 306,00, Linde 600,00, Magdeburger Feuer 460,00 G, Magdeburger Feuer Namen 860,00 rG, Metallges. 320,00, Moto Meter 214,00, Nixdorf 551,00, Scherag 557,00, VEW 140,00, Wibau 7,50
Hamburg: Schering 565,00
München: BASF 251,50, Bremer Wolle 175,00 G, Isar Amper 348,00, IWK 307,50, Linde 600,00 B, Metallges. 372,00 bG, Nixdorf 550,00, Schering 560,00 T, Stumpf 108,10 G, VAB 2040,00, VEW 141,00, Wanderer 370,00 B
Bezugsrecht: Zanders Feinpapier – Verhältnis: 3:1.160 DM – Bezugsrecht: 22 DM
Altaktie: 233 DM – Bezugsrecht: 22 DM
Commerzbank Rentenindex: 110,224 (110,189)
Performance-Index: 229,173 (228,996)

WELT-Aktien-Indices

Chemiewerte: 147,47 (147,30); Elektrowerte 292,34 (190,47); Autowerte 524,53 (530,30); Maschinenbau 168,86 (167,79). Versorgungsaktien 155,40 (156,07); Banken 329,72 (329,89); Konsumgüter 118,54 (119,38); Bauwirtschaft 397,65 (397,52). Konsumgüterindustrie 130,77 (132,10); Versicherung 1233,12 (1225,71); Stahlpapiere, 163,46 (161,25)

Kursgewinner:

Adt	59,00	-6,50	+12,3%
Schub. & Salz	178,00	+18,00	+11,2%
Ceag	215,50	+21,00	+10,7%
Aach.Münch.Vers.	1375,00	+115,0	+9,1%
Katz Werke	130,00	+10,00	+8,3%
Aach.Münch.Bet.	1950,00	+149,0	+8,2%
O & K	289,00	+19,00	+7,0%
Berliner Kindl	135,00	+8,00	+6,2%
Gerling NA Vz.	350,00	+20,00	+6,0%
Allg. Gold	1800,00	+100,0	+5,8%

Kursverlierer:

Contigas	364,00	-37,00	-9,2%
Hageda	100,00	-10,00	-9,0%
Westafr. Vict.	80,00	-7,00	-8,0%
Gas Kaiserslautern	280,00	-20,00	-6,6%
Ebb. Verk.	271,00	-14,00	-4,9%
Agiv	354,00	-17,00	-4,5%
Dyckerhoff	178,00	-7,50	-4,0%
Commerzbk. Beste	16,05	-0,60	-3,6%
Patrizier Br.	320,00	-10,00	-3,0%
Alte Leipziger	680,00	-20,00	2,8%

Dollar-Anleihen

	18.10.	17.10.
11% EEC 90	102,875	102,875
10% EIB 95	100,375	100,375
11 dgl. 91	102,375	102,375
11% dgl. 90	104,5	104,5
11% dgl. 95	105,75	105,75
12 dgl. 95	106,5	106,5
12% dgl. 90	108	108
12% dgl. 94	110,875	110,875
13 dgl. 96	110,25	110,25
10% Wld Bk 95	97,125	97,125
10% dgl. 88	102,125	102,125
10% dgl. 90	102,5	102,5
10% dgl. 93	102	102
11 dgl. 92	102	102
11% dgl. 98	103	103
11% dgl. 88	103,875	103,875
11% dgl. 90	103,625	103,625
11% dgl. 89	103,625	103,625
11% dgl. 90	104,625	104,625
12 dgl. 93	107	107
12% dgl. 94	108,125	108,125
12% dgl. 94	111,375	111,375

Euro-Yen

	18.10.	17.10.
6% ALCorp 91	100,125	99,625
5% ADB 88	98,25	97,875
7% dgl. 94	102,75	102,375
8% Austral.91	–	–
8% dgl. 92	–	–
7 Austria 95	102,125	100,625
6% Avon 91	99,375	99
7 BP 92	103	102,75
6% Danmark 92	100	99,375
7 Denm.Bk. 92	100,875	100,5
7 Dow Chem.94	100,75	100
6% EDF 95	101,75	101
6% Eurofima86	99,5	99,5
6% dgl. 95	99,25	98,625
6% dgl. 92	100,125	99,5
7% dgl. 94	102,75	102,125
6% Finl.Rep90	100,5	100
8% dgl. 89	–	–
6% GMAC 90	100,125	99,5
7% Goodyear95	100,25	99,75
6% dgl. 94	99,5	98,75
7% IADB 94	–	–
7% dgl. 93	–	–
6% ITT 92	99,625	99
6% McDonal.92	100	99
7% N.Bruns.95	102,125	101,625
7% N.Zeald.90	102	101,5
7% N.Zeald.89	102,75	102,5
7 Pac.Gas 94	101,25	100,5
6% Penney 92	100	99,5
6% Procter 92	101,25	100,375
6% Sallie 92	99,625	99,125
6% Sears 91	102,75	102
6% Swed.Ex.91	100,625	99,875
7 TRW 94	100,625	100,5
6% Un.Tech.92	100	99,5
6% World Bk90	100,625	100,125

Lux. Franc Bonds

	18.10.	17.10.
9% Alcan 87	99,75	99,75
9% Assea 89	102,5	102,5
6% Asian Dv87	96,75	96,75
10% BFG Lux90	103,25	103,125
11 BNP 90	101,5	101,5
9 dgl. 95	101	101
10% Paribas89	102,75	102,75
10% Ceca 94	105	105
11 dgl. 92	105,75	105,75
13 dgl. 91	104	104
12% Consell92	105	105
8 Coptel 88	98,25	98,25
8% dgl. 89	98,5	98,5
11 Cr.Lyon.88	100,5	100,5
13 dgl. 89	101	101
7% Den.Mtg 88	96,5	96,5
10% Euratom96	105	105
11 dgl. 95	105	105
12% dgl. 88	102	102
12% dgl. 92	102,5	102,5
10 Eurofima91	103,25	103,25
10 dgl. 94	103,5	103,5
10% dgl. 87	100,5	100,5
11% dgl. 89	102,5	102,5
8 EIB 91	98	98
9% dgl. 95	102,75	102,75
9% dgl. 88	101,25	101,25
9% dgl. 95	102,875	102,875
10% dgl. 94	106	106
11% dgl. 88	101	101
12% dgl. 90	102,5	102,5
9% Hypo Bk.88	101,25	101,25
9% Ind.B.F.95	101,5	101,5
8 Kredietc 86	99	99
10 dgl. 90	102,75	102,75
11% dgl. 89	102,75	102,75
8 Luxair 87	98,75	98,75
8% dgl. 87	99	99
10% Lux Bk.91	102,25	102,25
12% dgl. 89	105	105
9 Met.Chin 95	99	99
12% Nord L.89	102	102
8 Norges 86	98,5	98,5
8 Oslo 89	98,25	98,25
8% dgl. 87	98,5	98,5
8 Philips 89	97,75	97,75
7% Renault 88	96,5	96,5
9% Sogenal 92	101,25	101,25
8 Solvay 85	99,5	99,5
10% dgl. 87	102	102
10% Stockh.86	99,5	99,5
8 Sveriges 88	98,25	98,25
9% Volvo 87	100	100
10 WestLB 90	102,25	102,25
9% WorldBk.90	102,75	102,75
10% dgl. 89	103,5	103,25

Rechnungs-Einheiten

RE 9 DM 2,60418

	18.10.	17.10.
8% Cop City91	97	97
8% CCA 91	97,5	97,5
9% Gas d Fr86	99	99
11% Ned. G.88	102,5	102,5
9% Queb. P.94	99,75	99,75
8% SDR 94	98,25	98,25

RE 9 DM 2,65627

	18.10.	17.10.
7 Bass 91	98	98
8% Cp City 86	98,5	98,5
8% Iceland 88	98	98
9% dgl. 86	99,5	99,5
9% SDR 87	100	100

RE 9 DM 2,62969

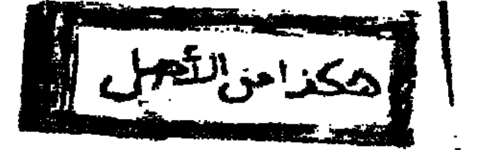
	18.10.	17.10.
7 Acoba 95	90	90
7 Cop.City 95	92	92
7 Ind.Bk.F.93	92	92
7% KLI 95	92	92
7% dgl. 95	92	92
8% Panama 95	90	90
7 SDR 95	90	90

ECU

	18.10.	17.10.
11% Aerop.95	106	106
9% ABN 92	103,25	103,25
9% ANZ 92	103,625	103,625
10% Austria95	107,25	107,375
9% Bac.Fin 93	101,25	101,25
9 M.+Hope 92	101	101,125
10% Bk.Tok.91	103	103,25
10% dgl. 91	103,125	103,125
8% Bay.Vbk.88	99,25	99,25
10% CEPME 87	101	101
11% dgl. 95	107	107
12% dgl. 90	107	107
9% CNT 92	103,625	103,625
9% dgl. 95	103,75	103,75
12 dgl. 86	99,5	99,5
12% dgl 89	105	105
12% dgl. 92	108	108
11% CNE 95	108	108
10% CECA 89	108	108,125
10 Chrysl.91	102,375	102,625
10% dgl. 93	102,875	102,625
11% Citycp 90	101	101
13 dgl. 89	101	101
14% Consell90	109	109
9% dgl. 92	102,875	102,875
9% dgl. 95	102,75	102,75
11% Cp City94	105	105
10% Cop Tel95	105,25	105,25
13% Cd.Fonc89	106	106
11% dgl. 96	108,75	108,875
11% Cred N.91	107	107
12% dgl. 93	109	109
10% Danmark91	107	107
9% Dresd.Bk95	101,875	102
12% EDF 93	107	107
11% EEC 95	107	107
11% EEC 95	105	105
11% B.F Ng.88	104	104
10 Euratom 97	104,75	104,875
12% dgl. 90	104	104
9% Eurofima95	102,875	105
11 dgl. 92	108,625	108,625
10% EIB 94	105,125	105,375
11% dgl. 94	110,25	110,5
11% dgl. 91	105	105
13% dgl. 89	102	102
14 dgl. 86	102	102
8% Fiat 90	98,875	98,875
11% Form. 98	105,75	105,75
13 G.d.Fr. 89	108	108
10% Glaz. 95	107,25	107,25
8% IBM 90	99,125	99,25
11% IBI 95	104	104
12% Ireland91	103,5	103,5
14% ISPaolo88	102	102
14 IMI 89	102	102
11% Italia 90	108,75	108,75
14 dgl. 89	107	107
11% LTCB 98	108	108,25
10% Megal 95	104	104
13% Nerva 90	105	105
8% Oliv. 93	99,375	99,75
10% Peugeot90	103,875	103,875
9 Philips 95	100,75	100,75
11% P.Bk. 91	107	107
11% Queb.P.89	106,75	107,75
13% Queb.H.89	107	107
9% Robobk. 95	103,375	103,25
11% R.Xer. 88	104	104
9 SAS 95	99,5	99,675
11% SDR 90	106,5	106,5
14 dgl. 92	105	105
11% SNCF 94	108,875	108,875
13 Softe 87	103	103
11% S.Afr. 89	98	98
10% SATS 2080	95,5	95,5
10% Spark.91	104,25	104,25
9 Sumitomo 95	100	100
9% dgl. 95	99,125	99,125
11 Swed.Ex.89	102	102
11% dgl. 95	99,5	99,5
12% Bronx 87	105	105
9 U.B Norw.95	99,25	99,75
11% dgl. 90	104	104
9% WestLB 90	104,5	104,5
10% dgl. 91	104	104
9% World Bk95	103	103
9% dgl. 92	103,5	103,75
10% dgl. 89	105,625	105,625
10% dgl. 88	106	106
10% dgl. 94	107,875	108
11 dgl. 95	107,75	107,75

ECU-Tageswerte

	18.10.	17.10.
Dollar	0,838531	0,833460
Bfr	44,7524	44,7008
DM	2,20911	2,20920
Hfl	2,49421	2,49348
£	0,580030	0,583743
Dkr	8,00629	8,01147
FF	6,74385	6,73805
Lira	1491,54	1492,67
Ir£	0,713947	0,713444
Sfr	1,81542	1,81321
öS	15,5128	15,5311
Peseta	135,215	134,969
Skr	6,66003	6,64302
Nkr	6,64326	6,60967
Kan-$	1,14459	1,13811
Esc	134,681	134,720
Fmk	4,75699	4,75819
Yen	180,494	179,675
Drachme	129,788	129,784



Szenen einer Theaterehe

M. v. Z. – „Eine Rotte von Bürokraten wie in Rußland und von Buchhaltern, die nichts vom Theater verstehen", nannte Jurij Ljubimow, der seit zwei Jahren im Exil lebende Gründer und Exdirektor des Taganka-Theaters in Moskau, jetzt seinen Arbeitgeber in Bologna, die Theatervereinigung Emilia-Romagna (ATER). Das ist mehr als nur einer der üblichen Theaterkräche. Es ist das Ende einer kurzen stürmischen Ehe, deren Scheidungsurteil jetzt zwei Tage nach Beginn der neuen Spielzeit verkündet wurde.

Als *Ljubimow*, gewiß der wichtigste Regisseur Sowjetrußlands, vor zwei Jahren sein Land verließ, weil er die ständigen kleinlichen Eingriffe der Zensur nicht mehr ertragen konnte, empfing ihn der Westen mit vielen Angeboten. Stolz erklärte die ATER im Juni 1984, nachdem sich Ljubimow für die Arbeit in Bologna entschieden hatte, der umgebaute Kinosaal „Arena del Sole" würde nun zu einem „Schaufenster des europäischen Theaters" werden.

Heute scheint das alles vergessen. Die Premiere von Ljubimows Collage von vier Mini-Dramen Puschkins, „Ein kleines Fest zur Pestzeit", wurde zu seiner Abschiedsinszenierung. „Da das Vertrauensverhältnis, auf dem unser Vertrag basierte, nicht mehr besteht, fehlen die Voraussetzungen, den Vertrag zu verlängern", heißt die lakonische Mitteilung der ATER. Zugleich spricht man kryptisch von künstlerischem Versagen und Unverständnis für demokratische Arbeitsmethoden.

Gewiß lag es auch an dem leicht entflammbaren Temperament des Russen, daß er sich bald mit seinen Auftraggebern in die Haare geriet. Aber Theater ohne Temperament? Ljubimow jedenfalls nennt das Arbeitsklima in Bologna unerträglich. Über seine weiteren Pläne ist im Theater nichts zu erfahren, er sei nach Stuttgart gereist, heißt es.

Sind das nur Szenen einer Theaterehe? Oder hat den Emigranten die Politik in der „roten Emilia-Romagna" eingeholt? Die Fragen bleiben – vorerst – offen.

Karikatur in der Diktatur – Zu einigen Ausstellungen mit „DDR"-Cartoons

Blaue Fliesen sind verboten

„Was darf die Satire?" fragte Kurt Tucholsky anno 1919 im „Berliner Tageblatt" und gab auch gleich die Antwort: „Alles." Diese Sätze werden in der „DDR" gern zitiert – aber nicht praktiziert. Das belegt die zweiteilige Ausstellung „Karikaturen und Cartoons aus der DDR", die – organisiert von Volkmar Däberitz – (unterstützt vom Sekretariat für gemeinsame Kulturarbeit Nordrhein-Westfalen und mit der Schirmherrschaft von Ministerpräsident Johannes Rau) zugleich in seiner Paffrather Keller-Galerie in Bergisch Gladbach und in Gelsenkirchen ihre Tournee begann. Gezeigt würde, versichert Harald Kretzschmar, Vorsitzender der „Sektion Karikatur im Verband Bildender Künstler der DDR", im Katalog-Vorwort, „was für uns und unser Land typisch ist".

Typisch ist, daß in der „DDR" „ein außerordentlicher Bedarf besteht, vor allem im Bereich des Humors, der heiteren Wortdarbietung". Das ist keine Parodie, das steht auch nicht im Katalog, das stand in der „Einheit", dem theoretischen Organ der SED. Aber darüber dürfen die Karikaturisten nicht spotten. Die Einheitspartei scheint es nicht zu geben. Sie kommt in den beiden Ausstellungsteilen nicht vor. Auch einen Herrn namens Honecker gibt es offenbar nicht, wie die „DDR" generell unregiert zu sein scheint. Und unbewaffnet. Und ohne russische Besatzung. Und ohne Probleme.

Politik findet offenbar nur westlich der Grenzen der „DDR" statt. Der „Blick in den Bundestag" läßt Heinz Behling statt Köpfe nur die Markenzeichen der Großindustrie sehen. Einen Blick in die „Volkskammer" riskiert er allerdings nicht. Für Louis Rauwolf ist die Startbahn West in Frankfurt – am Main natürlich – auf Polizeiknüppeln gebaut. Die „Volkspolizei" tritt dagegen nicht in Erscheinung. Kretzschmar zeichnet einen „Wunschbildentwurf für das Pentagon", wonach „der begrenzte *Kernwaffenkrieg*" sich lediglich auf Mittel- und Osteuropa beschränkt. In der „DDR" scheint es jedoch keine Atomwaffen zu geben. Und selbst die Kalauer zum Thema „Kohl" – in der Bundesrepublik längst von Hans Traxler durchexerziert – fehlen nicht.

Über den „Kohlibri", den „Kohlonell" und die „Kohlonade" kommt Rauwolf schließlich zum „Blumenkohl" mit Helmut Kohls Zügen, der *Blumen auf Raketenspitzen redet*. Noch immer gilt der uralte Flüsterwitz, in dem ein Westler stolz kundtut: „Ich kann bei uns jeden Witz über Adenauer (Brandt, Kohl usw.) erzählen, ohne daß mir irgend etwas passiert!" Worauf ein Ost-Berliner repliziert: „Das kann ich hier auch."

Kritik – und damit auch die satirische Behandlung durch die Karikaturisten – ist in der „DDR" nur am Nebensächlichen, nicht am Grundsätzlichen erlaubt. Da darf über die Kriecher, die den Vorgesetzten in den Hintern kriechen, gespottet werden (Hans Joachim Eggstein) oder über die Redner als Aufziehpuppe (Lothar Otto). Auch dem Mangel an den „tausend kleinen Dingen" dürfen sich die Karikaturisten zuwenden, solange sie damit nicht auf die Versorgungsmängel als Kennzeichen des Systems zielen. Der antike Krieger kann also (bei Manfred Bofinger) verkünden: „Ich meine, es muß ja nicht das Goldene Vlies sein, ein paar rosa Fliesen für mein Bad tun's auch." Von „blauen Fliesen" zu reden würde ihm allerdings nicht erlaubt, denn „blaue Fliesen" nennen die „DDR"-Bürger die westlichen Geldscheine, die Türen zu öffnen vermögen, die den Besitzern der einheimischen Währung ewig verschlossen bleiben. Aber das ist kein Thema für die Karikaturisten in der „DDR" (während den Kabarettisten zarte Anspielungen an die Gier der „DDR"ler nach Westmark gelegentlich erlaubt werden).

Manches in den Zeichnungen mag man kritisch deuten. Beispielsweise wenn Peter Bauer eine Leiter zeichnet, die eine Mauer durchstößt, Rainer Schade einem Blinden eine unübersehbare Menge mit Transparenten folgen läßt oder bei Cleo-Petra Kurze der liebe Gott Adam und Eva ein Visum zum Verlassen des Paradieses ausstellt. Jenseits der Mauer mag man es auch als doppeldeutig empfinden, wenn Heinz Jankowsky eine Frau in einer Schlange am Zoo-Ausgang zu einem mit Hut und Mantel verkleideten Affen sagen läßt: „Die Kontrollen sind, weil ein Affe abgehauen sein soll." Und wenn Forchner in einer Art Trompe-l'œil Karten und Briefe zeichnet, auf denen z. B. unter einem Stahlhelm steht „Hut ab – Glück auf", ein Löwe ein Schild hält „Lieber schön *in Leipzig* als häßlich in Paris" oder das beliebteste Jeans-Etikett plötzlich „Lenin's" lautet, ist das in Ost-Berlin, Leipzig oder Dresden weit mehr als ein billiger Witz. Auch die katastrophale Schädigung der Umwelt klingt gelegentlich an, wenn in der „Rüdersdorfer Mainacht" (von Barbara Henninger) das Liebespaar vor rauchenden Schloten Gasmasken trägt oder bei Behling ein Mann zwei Jungen, die Zigaretten rauchen, ermahnt: „Denkt doch an eure Gesundheit", während hinter ihm eine Fabrik Dreck in die Luft pustet. Aber natürlich ist das nur Symptomkritik und keine Systemkritik.

Deshalb beschränken sich die meisten Zeichner auch auf Witze, die keinerlei Bezug zur Realität haben. Es sind Karikaturen, wie sie seit eh und je auf den Witzseiten zu finden sind, manchmal komisch, oft bieder. Die Karikaturisten in der „DDR" wissen, warum sie nur auf dem weiten Feld des Harmlosen ackern. Schließlich hat Kurt Hager auf einer ZK-Tagung einmal gesagt: „Manche Künstler befürchten – teilweise nicht ganz unbegründet –, daß ‚übelgenommen' wird, wenn sie gewisse Seiten und Züge in unserem Leben dem Lachen preisgeben oder wenn sie Ernstes humorvoll behandeln", ohne hinzuzufügen, daß es künftig keinen Grund mehr für eine solche Furcht gebe. Deshalb ist die Ausstellung typisch für die Karikatur in der „DDR".

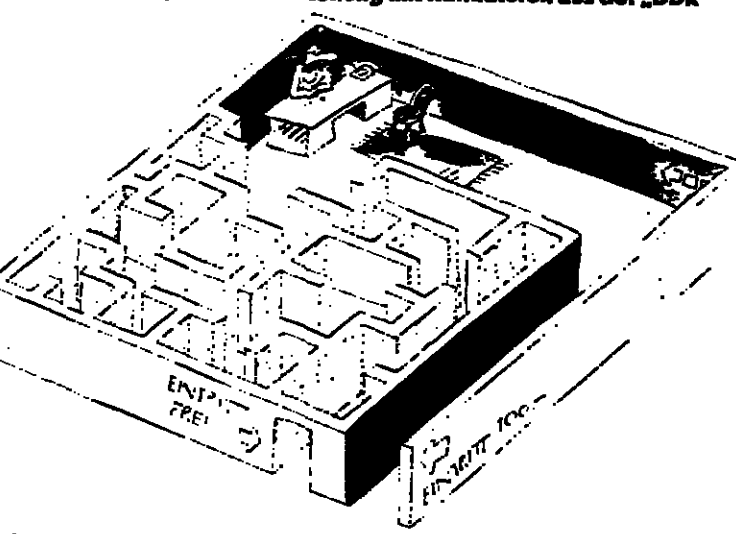
Und zugleich ist sie typisch für die Präsentation der „DDR" in der Bundesrepublik. Weder in den Ausstellungen noch im Katalog findet sich ein Hinweis auf die Grenzen des Komischen im Kommunismus. Nimmt man an, daß das alle bei uns wissen? Oder hofft man, daß sie es nicht wissen wollen?

PETER DITTMAR

Bergisch Gladbach: bis 25. Okt.; Wuppertal: 28. Okt. bis 22. Nov.; Bielefeld: 1. Dez. bis *10* Febr. 1986; Essen: im Februar; Bochum: 17. Febr. bis 23. März; Solingen: 1. April bis 5. Mai; Münster: 10. Mai bis 20. Juni; Hannover: 28. Juni bis 10. Aug.; Dortmund: 20. Aug. bis 20. Sept.; Köln: 13. Nov. bis 31. Dez.; Katalog 8 Mark.
Nur in Hannover und Köln (und wahrscheinlich auch im Okt. 1986 in Mainz) sind alle 15 Zeichner gleichzeitig zu sehen.



Kommentar zur Bibel oder zur „DDR"-Wirklichkeit?: „Adam und Eva" von Cleo-Petra Kurze, aus der Ausstellung mit Karikaturen aus der „DDR"



Lob der unbestechlichen Bürokratie der „DDR"?: „Labyrinth" von Lothar Otto
FOTOS: KATALOG

JOURNAL

Philharmoniker ohne Karajan auf Tournee

AP, Berlin

Die Berliner Philharmoniker werden vom 25. bis zum 30. Oktober zum ersten Mal seit Jahrzehnten oh*ne ihren Chefdirigenten* Herbert von Karajan auf Tournee gehen. Wie die Pressestelle des Orchesters mitteilte, sind allein Termingründe entscheidend für die Abwesenheit Karajans, der heute von einer Tournee mit den Philharmonikern durch die Bundesrepublik und die Schweiz nach Berlin zurückkehrt. Mit Einverständnis des Chefdirigenten werde Semyon Bychkov die Konzerte in München, Regensburg, Ulm, Karlsruhe und in der Jahrhunderthalle Höchst dirigieren.

Bundesländer: Drei Milliarden für Kultur

dpa, Bonn

Die Bundesländer geben in diesem Jahr zur Förderung von Kunst und Kultur einschließlich der Erwachsenenbildung rund drei Milliarden Mark aus, 23 Prozent mehr als im Vergleichsjahr 1980. Damit hätten die Länder ihre Ausgaben für diesen Bereich in den letzten fünf Jahren überproportional gesteigert, denn im gleichen Zeitraum stiegen ihre Gesamtetats nur um 17,7 Prozent, teilte das Sekretariat der Kultusministerkonferenz mit. Die Förderung des Theaters rangiert dabei mit rund 948 Millionen Mark weiterhin an der Spitze.

Hofer Filmtage beginnen morgen

dpa, Hof

Rund 50 Filme aus sechs Ländern werden auf den 19. Internationalen Hofer Filmtagen gezeigt, die morgen abend beginnen. Der Hauptakzent liegt traditionellerweise auf neuen deutschen Produktionen, die hier überwiegend ihre Uraufführung erleben. Die Liste der Regisseure reicht von Alexander Kluge über Doris Dörrie bis zu Hans Noever. Der bereits in Cannes gezeigte Streifen „Tokyo Ga" von Wim Wenders ist auf den Hofer Filmtagen, die bis zum Sonntag dauern, in deutscher Erstaufführung zu sehen.

Deutscher Literaturfonds bewilligte *Stipendien*

dpa, Darmstadt

Der Deutsche Literaturfonds wird im nächsten Jahr 13 Autoren mit einem Stipendium fördern. Insgesamt ist diesmal eine Fördersumme von mehr als 300 000 Mark bewilligt worden. Der Deutsche Literaturfonds wurde 1980 u. a. vom Börsenverein des Deutschen Buchhandels und von verschiedenen Autorenverbänden gegründet. Auf Kosten des Fonds werden zudem 1986 erstmals Gerrit Bekker, Friedrich C. Delius und Peter Renz mehrere Monate in New York leben und arbeiten können. Anträge auf eine Unterstützung für das übernächste Jahr können noch bis zum 30. November *nach Darmstadt gehen.*

Polnische Wissenschaftler ohne ideologische Reife?

J. G. G. Warschau

Nur 20 Prozent der angehenden polnischen Wissenschaftler und Lehrer besitzen laut Umfrage von Biologie-Studenten aus Lodz die *entsprechende ideologische Reife*. 80 Prozent hätten nämlich festgestellt, daß die Welt von „einem nichtmateriellen Wesen" geschaffen worden sei. Dazu: Nach den umfangreichen Säuberungen in Wissenschaft und Erziehungswesen werden von den Parteikontrollgremien nur noch angeblich linientreue Menschen zum Schuldienst und zum wissenschaftlichen Dienst zugelassen. Die Warschauer „Polityka" hat inzwischen die nichtgenehmigte Untersuchung als „Bio-Theologie" abgekanzelt.

Siebeneinhalb Stunden Goethe: „Faust I" in Bremen unter Günter Krämer

Bonbons für die kleinen Mädchen

Ein gewaltiges Unternehmen, was die Bremer sich da auf die Schultern geladen haben: Goethes „Faust", erster Teil, ungekürzt, an zwei Abenden, siebeneinhalb Stunden. Das ist fast wie eine Expedition. Man wird hungrig zwischendurch und durstig. Und dann geht's weiter. Ein ungewöhnliches Theatergefühl: Nicht die Imagination eines geschlossenen Erlebnisses, sondern eine Wanderung von Station zu Station.

Damit sind im Grunde auch schon die Stärken und Schwächen dieser Inszenierung von Günter Krämer beschrieben. Der Zuschauer ist mit Fausten unterwegs. Aber er empfindet auch selbst viel stärker, steigt häufiger aus, nimmt sich Zeit zu reflektieren, ist begeistert, enttäuscht und nimmt auch die Schwierigkeiten für Regie und Schauspieler wahr. Von Szene zu Szene ein neuer Einfall, ein neuer Start und doch dem Zwang unterworfen, nicht das Ganze aus dem Auge zu verlieren. Da erinnert man sich: In Berlin sah man das Stück in reichlich 90 Minuten. Minetti gab ein Faust-Porträt ab nach seines und des Regisseurs Gutdünken. Das kann sich Krämer so *nicht* ungestraft leisten, *obwohl* auch er einen ganz und gar ungewöhnlichen Doktor Faustus auf die Bühne brachte.

Faust ist in Bremen Fritz Lichtenhahn, was bedeutet: Kein Grübler steht hier auf der Bühne, kein ernster, fanatischer Wahrheitssucher. Lichtenhahn ist komisch, grotesk, launisch, geschäftig, überdrüssig, selbstmitleidig. Er sitzt wie ein C 3-Professor, der mit seiner Berufung nicht zurechtkommt, auf dem Boden zwischen pedantisch ausgebreiteten Manuskriptseiten herum und scheint eher der Midlife-crisis anheimgefallen als einer Erkenntnis-Krise. Wenn er sich der Magie ergibt, ist das eher eine ironische Groteske, ganz ernst vermag er das selbst nicht zu nehmen. Erdgeist und Pudels Kern erscheinen ihm als riesige Schattenrisse vor dem Gegenlichtprojektor, halb Psychotrauma, halb Kino. Die Verjüngung in der Hexenküche macht eher einen „lieben Onkel" aus ihm, der kleine Mädchen mit Bonbons verführt. Und nach der Gretchentragödie betätigt er sich als ein weichlicher, unsicher gewordener, die Schuld verdrängender Träumer, der beim Erwachen im Morgenlicht blinzelt und froh ist, daß sein Versagen wohl nur ein böser Traum war.

Der Mephisto des Hans Falár entspricht auf den ersten Blick eher den gängigen Vorstellungen. Scheinbar läßt Gustaf Gründgens grüßen: Glatzköpfig, agil, schlangengleich umtänzelt er sein Opfer, nimmt es so ernst wohl nicht. Aber der erste Blick täuscht: So ganz von klassischen Eltern ist dieser Falár-Mephisto nicht. Er gibt sich als fixer Junge, in allen Rollen, allen Kostümen zu *Hause*, ein Komödiant, ein Schauspieler *gar* (da chargiert er leider mitunter entsetzlich). Aber hinter dieser Betriebsamkeit steckt Resignation, steckt Verachtung. Sein Zynismus (und das sind dann große Szenen) ist der eines enttäuschten Metaphysikers, eines gefallenen Engels, der die irdischen Jammeriaden seines „Herrn" ohne Überzeugung mitspielt.

Krämer hat diesen „Faust I" sehr ins enttäuschende Diesseits geholt. Er spielt die Komik menschlicher Bemühung bis zur Karikatur aus. Die Studenten in Auerbachs Keller sind öde schmauchende Alte Herren einer Verbindung. Das Schlußbild der Hexenküche zitiert Tischbeins berühmtes Bild von Goethe in Italien. Marthe-Schwerdtleins Garten ist mit Bettwäsche auf der Leine verhängt. Der Zauber der Walpurgisnacht wird in schwarzen Gewändern zu stampfenden Disco-Rhythmen (Musik: Konstantin Wecker) zelebriert. Die Theateraufführung gestaltet Krämer zu einer grotesken Orchesterprobe um. Selbst das Bühnenbild (Andreas Reinhardt) führt in eine Art Kinder-TV-*Kleinstadt*, deren Häuser wie Spielzeugfiguren hin- und weggeräumt werden. Gretchen (Magdalena Eberle), Marthe (Traute Hoess) und Valentin (Martin Reinke) spielen alle gegen den Strich: sehr verspielt, witzig, jugendlich, mehr zitierend als welterfahren, weltergreifend.

Krämers „Faust I" entfernt sich von Goethe in *Richtung* einer *Generation, die sich von forschender Erkenntnis nicht mehr allzuviel erhofft.* Aber Goethe holt ihn immer wieder ein. Diese Brüche sind schon eine Erfahrung wert. Begeisterter Beifall.

LOTHAR SCHMIDT-MÜHLISCH

Zweieinhalb Stunden Hölderlin: Donaueschinger Musiktage mit H. Holliger

Voll kontemplativer Untertänigkeit

Es ist schon lange Tradition: die Donaueschinger Musiktage, das wohl angesehenste Festival für Neue Musik, bieten nicht nur einen Querschnitt der aktuellen Musikproduktion, sondern haben stets auch mindestens ein zugkräftiges Paradewerk im Programm – ein Werk also, das innerhalb des Festivals eine zentrale Stellung einnimmt und dessen Autor in jedem Falle für ein hohes Qualitätsniveau einsteht. Karlheinz Stockhausens „Michaels Reise", Pierre Boulez' „Répons", Teile aus Luigi Nonos „Prometeo" wären als Beispiele aus vergangenen Jahren zu nennen.

Bei den Donaueschinger Musiktagen 1985 war diese Zentralfunktion Heinz Holligers „Scardanelli-Zyklus" zugedacht. Das zweieinhalbstündige Werk basiert auf den späten, unter dem Pseudonym Scardanelli erschienenen Gedichten Hölderlins: ganz stille, kontemplative Gedichte über die Jahreszeiten, deren erscheckendstes Moment in ihrer zeitlichen Desorientierung liegt. Hölderlin datiert sie zwischen dem „3. März 1648" und dem „9. März 1940". Die sonderbaren Daten nehmen in Holligers Vertonung, die in Donau- eschingen erstmals komplett zu hören war, eine Sonderstellung ein: sie und die stereotyp wiederkehrende Formel „Mit *Untertänigkeit. Scardanelli*" sind der einzige gesprochene Text.

Den Gedichten selbst näherte sich Holliger auf verschiedenartigste Weise: durch blockhaft-homophone Chorsätze ebenso wie durch hochartifizielle Kompositionstechniken, durch Spiegelsymmetrien etwa oder durch Tripelkanons – Techniken also, die sich, ähnlich einigen barocken Werken, weniger dem Hörer als dem Leser der Partitur eröffnen. Trotz aller kompositionstechnischen Raffinesse wird der Höreindruck nämlich von ganz anderen Faktoren bestimmt: von der durchgängigen Dynamikvorschrift piano zum Beispiel, vom flächigen Klangbild, vom bedächtigen, introvertierten Grundgestus des Gesamtwerks. Und bei aller unbestreitbaren ätherischen Schönheit dieser zerbrechlichen Klangwelt, bei aller Ausdruckskraft, die in den instrumentalen Zwischenteilen von Interpreten wie dem Flötisten Aurèle Nicolet und natürlich der großartigen Schola Cantorum Stuttgart unter Clytus Gottwald ausging – zweieinhalb Stunden sind lang, und es gelang Holliger nicht immer, sie mit gleich aufregender Musik zu füllen.

Vorausgegangen war dem „Scardanelli-Zyklus" das wahrscheinlich kürzeste Konzert in der Geschichte der Donaueschinger Musiktage: Stockhausens „Oberlippentanz", ein Kabinettstückchen für einen Trompeter (Markus Stockhausen) plus Bläser- und Schlagwerkbegleitung, und auch dies ein Teil aus Stockhausens gigantischem Opernprojekt „Licht". Ein eigenes Konzert waren diese zwölf Minuten freilich nicht wert.

Natürlich gab es auch Konzerte mit Auftragskompositionen, mit Ur- und deutschen Erstaufführungen, die die ureigene Domäne von Avantgarde-Festivals sind. Acht Werke wollten gehört und verarbeitet sein, die Namen der Komponisten reichten von Klassikern der zeitgenössischen Musik wie Pierre Boulez und Iannis Xenakis bis zur jüngsten, nachrückenden Komponistengeneration, in diesem Fall vertreten durch den 25jährigen Italiener Marcus Stroppa. Eingeprägt haben sich neben den Werken der Altmeister vor allem Nikolaus A. Hubers uraufgeführte „Nocturnes": ein Werk, dessen zarte Serenadenklanglichkeit von gänzlich fremden Elementen, von Trommelwirbeln, Blechbläser-Attacken durchsetzt ist, ein Werk auch von klaren, nachvollziehbaren Strukturen. Immerhin bemerkenswert: die „Märchenbilder" des Dänen Hans Abrahamsen, der über ein erstaunliches Maß an satztechnischer Perfektion verfügt, mit der sich eine effektbewußte und höchst unterhaltsame Musik schreiben läßt.

Die „Märchenbilder" profitierten allerdings auch erheblich von der Präzision, dem Nachdruck und dem Engagement der London Sinfonietta unter Elgar Howarth, die zweifellos zu den herausragenden Interpreten dieser Donaueschinger Musiktage gehörten. Das alte Vorurteil, bei Neuer Musik sei die Interpretation nicht gar so wichtig, falsche Töne könne man ja ohnehin nicht hören, wurde von den fabelhaften Engländern jedenfalls erfolgreich in den Bereich der Fabel verwiesen.

STEPHAN HOFFMANN

Französischer Kriminalfilm: „Die Spezialisten"

Debatten vor dem Tresor

Früher gingen die Gangster mit Worten geizig, mit bösen Taten hingegen sehr großzügig um. Heute jedoch scheinen sie lieber die Mottenkiste der Kalauer als die Magazine *ihrer Maschinenpistolen* zu leeren. Zumindest im französischen Kriminalfilm. Jean-Paul Belmondo hat jenen Bazillus der krampfhaft komischen Geschwätzigkeit in die gallischen Studios eingeschleppt, der auch in dem Werk „Die Spezialisten" grassiert.

Das beginnt schon, wenn der Mörder Paul und der kleine Einbrecher Stephane auf einem Gefangenentransport aneinandergekettet werden. Denn erst nach hitziger Debatte zwingt Paul seinen „Partner" zur Flucht. Und selbst wenn die Gejagten gerade an schwindelerregenden Felswänden kleben oder durch tosende Wildbäche gerissen werden, bleibt Zeit für ein ironisches Schwätzchen. Bis Paul seinen Fluchtgefährten schließlich zu einem spektakulären Clou überredet, bei dem man ein von Mafia-Mitgliedern betriebenes Spielcasino an der Côte d'Azur um 30 Millionen Franc erleichtern will. Um Laserzellen und Magnetfußböden zu überlisten und schließlich gar per Computer die Tresorkombination zu erlauschen, scheut das ungleiche Duo weder Kosten noch Mühen.

Kurz vor dem gewagten Fischzug aber entpuppt sich der vermeintliche Schwerverbrecher Paul als raffinierter Polizist. Mit dem Raub möchte er nicht etwa die eigene Brieftasche füllen, sondern zwei rivalisierende Gangsterbanden aufeinanderhetzen. *Warum der konsternierte* Stephane trotzdem mitmacht und wie beide, Räuber und Gendarm, bald zwischen alle Mühlsteine geraten, erzählt Regisseur Patrice Leconte mit forschem Tempo an reizvollen Schauplätzen. Kein schlechtes Rezept, da sich das Drehbuch als bunter Flickenteppich gängiger Handlungsmuster erweist. Autor *Bruno Tardon hat das Motiv* der Flucht in Ketten ebenso bemüht wie den Mythos vom großen Coup, der hier freilich weit hinter der Faszination des „Rififi"-Vorbilds zurückbleibt. Ein typischer Zutatenfilm also, bei *dem Leconte* und Tardon mit rasant choreographierten Verfolgungsjagden, grandiosen Landschaftsbildern und verblüffenden Hakenschlägen der Handlung immerhin handwerkliches Geschick verraten.

So bahnt sich eine insgesamt glückliche Ehe zwischen Gangster- und Abenteuerfilm an, bei der gelegentliche Seitensprünge in Seifen-Romantik und platten Humor allerdings empfindlich stören. Vor allem aber rücken zwei kommende Stars *des französischen* Kinos in den Mittelpunkt: Bernard Giraudeau mimt den Paul als zupackenden Praktiker, während Gérard Lanvin den sympathischen Zauderer Stephane mit sehenswerter Lässigkeit spielt.

Wenn beide jetzt noch mit Hilfe besserer Drehbücher ihren Redefluß eindämmen könnten, müßte man sich nicht dauernd nach den wortkargen Helden von Jean-Pierre Melville zurücksehnen.

HARTMUT WILMES



Alles andere als maulfaul: Gérard Lanvin und Bernard Giraudeau in dem Film „Die Spezialisten"
FOTO: JUGENDFILMVERLEIH

Heidelberg: Albees „Wer hat Angst vor Virginia Woolf?" unter Stoltzenberg

Requiem vom amerikanischen Traum

Begeisterungsstürme in Heidelberg für Edward Albees 23 Jahre altes Stück „Wer hat Angst vor Virginia Woolf?". Nicht nur die Schauspieler wurden immer wieder mit Jubel und Bravo gefeiert, auch der Regisseur (*Hausherr Peter Stoltzenberg*) mußte sich dem Applaus stellen.

In der Tat eine hinreißend doppelbödige Interpretation. Stoltzenberg legte größten Nachdruck auf alle Momente, die das rasante, interne und gegenseitige Zerfetzen zweier Ehepaare in die symbolische Höhe der Bilanz amerikanischer Geschichte heben. George und Martha, das kinderlose Paar, das sich mit der Illusion eines nicht existierenden Sohnes tröstet, tragen die Vornamen George Washingtons und seiner Frau. Und einmal sagt Martha, ihr Vater scheine überhaupt nicht zu altern, man schätze ihn auf 200 Jahre – und das ist das ungefähre Alter der Nation USA! Und solche nicht naturalistischen, nicht sozial repräsentativen Andeutungen kommen sehr häufig vor. Einmal deklariert George seinen oberflächlichen, sportlichen Gast Nick zu seinem Sohn, zum „amerikanischen Traum" – es wimmelt von Symbolismen tieftrauriger und auch verzweifelt zynischer Art. Keine dieser befremdenden Stellen wurde gestrichen.

Und so ist denn am Ende das Requiem für den angeblich heute, am Vorabend seines 21. Geburtstags, tödlich verunglückten Sohn (die illusionäre Scheinfrucht Amerikas) eine tief erschütternde Szene. Martha bricht zusammen, George sucht sie, nachdem er diesen Sohnestraum beseitigt hat, mit den Worten „Wir werden darüber hinwegkommen" zu trösten, sie aber klammert sich an ihn, sie weiß nicht, ob sie hoffen darf.

Wie ruppig vulgär und haßerfüllt sie ihn auch immer behandelt hat (und weiter behandeln wird), sie weiß, wie treu und liebevoll er ist. Und wie bösartig giftig er *ihr* heimzahlt, er weiß, daß sie füreinander gemacht sind. Geist und Leben ringen miteinander in Haßliebe und unaufhörlichem Risiko. Suchen wir bitte nicht nach Vorbildern! Diese symbolische Symphonie über die amerikanische Seele hinter der Maske eines ganz handfesten Boulevardstücks ist ein einmaliger erratischer Block.

Das alles wäre natürlich nicht herausgekommen, wenn die vier Darsteller nicht Künstler hohen Ranges gewesen wären, wobei wir die Regie nicht vergessen dürfen. Barbara Klein war eine rotzfreche, kleine Furie mit ergreifenden Momenten plötzlicher Versunkenheit, ihr George wurde von Dietrich Hollinderbäumer mit einer unheimlichen Präzision als gelassen vorauswissender, scharfsinniger Kampfpartner und scheinbar hilfloser Dompteur der blindwütig vitalen Gefährtin gegeben, ein großer Herr in dem verfahrenen Saustall. Christina Scholz und Mathias Lange, die Gäste, machten aus den schwierigen sekundären Rollen blitzblanke Etüden, die das Publikum mit großem Behagen aufnahm.

RUDOLF KRÄMER-BADONI

Berliner Zivilfahnder erschossen Betrunkenen

Führte doppelter Irrtum zur nächtlichen Katastrophe?

F. DIEDERICHS, **Berlin**

In der Gaststätte „Neues Leben" in Berlin hatten sich die Mitarbeiter einer Druckerei aus Berlin-Kreuzberg zum feuchtfröhlichen Umtrunk getroffen. Was am vergangenen Samstag abend mit Tanzmusik und kaltem Büffet begann, endete am frühen Sonntag morgen um 2 Uhr 40 für einen 33jährigen Drucker tödlich.

Er hatte, weil ihm nach mehreren alkoholischen Getränken übel geworden war, die Feier verlassen, dabei seine Brille vergessen, auf die er wegen seiner Kurzsichtigkeit angewiesen war. Beim Spaziergang an der *frischen Luft*, der *auf* dem benachbarten Gelände einer Baustoffirma endete, trafen ihn Schüsse aus den Dienstpistolen von zwei Berliner Polizeibeamten.

Sie hatten offenbar den alkoholisierten Spaziergänger für einen Einbrecher gehalten und sich von ihm bedroht gefühlt. Griffen hier wieder einmal Polizeibeamte vorschnell zu ihren Waffen?

Die Berliner Mordkommission hat sich des Todesfalls angenommen. Die beiden Todesschützen verweigern jede Aussage. Sie sehen sich vor allem den Vorwürfen der Angehörigen des Toten ausgesetzt.

Diese behaupten: Der Mann war angetrunken, muß sich ohne seine Brille verirrt haben. Warum sollte er ausgerechnet auf dem Gelände einer Baustoffhandlung einbrechen? Als der 33jährige von den Kugeln getroffen wurde, trug er einen Nadelstreifenanzug und schwarze Lackschuhe. Aber ist das die „Arbeitskluft" eines Einbrechers?

Aufschluß über die Geschehnisse in der Nacht könnte vielleicht jener Zeuge geben, der die Polizei alarmierte.

Dieser saß auf dem Balkon seiner naheliegenden Wohnung und konnte beobachten, wie ein Mann von einem Parkplatz aus über den Zaun auf das Firmengelände kletterte.

Die alarmierte Funkbetriebszentrale vermutete sofort einen Einbruch. Wegen des weitläufigen Geländes machten sich gleich mehrere Streifenwagen und Zivilfahrzeuge auf den Weg. Kurz nachdem die Beamten auf den Hof der Firma gestürmt waren, hörten Anwohner „mindestens ein halbes Dutzend Schüsse".

Dazu erklärte die Polizei kurz und bündig, der Mann sei von einem 20jährigen Polizeihauptwachtmeister und einem 37jährigen Polizeimeister, beide in Zivil, vor zwei abgestellten Güterwagen entdeckt worden. Die Beamten hätten mehrere Schüsse abgegeben. Einen „tödlichen Rumpfdurchschuß" gab der Obduktionsbericht später als Todesursache an. Die beiden Zivilfahnder erklärten gegenüber ihren Vorgesetzten, sie wollten erst mit ihren Anwälten sprechen und bis dahin keine Aussage machen.

Bei der Aufklärung der nächtlichen Ereignisse dürfte auch das Messer eine wichtige Rolle spielen, das der getötete Drucker bei sich trug. „Er brauchte es", so seine Verlobte, „bei seiner Arbeit zum Papierschneiden. Deshalb hatte er das Messer immer bei sich".

Ungeklärt ist, ob der Mann sein Messer gegen die Polizisten richtete. Er könnte zu spät wahrgenommen haben, daß es sich bei den beiden Männern um Polizeibeamte im „Räuberzivil" handelte.

Pariser Prêt-à-Porter: Ein Festival von Gags

Zuerst erfand Jean-Paul Gaultier für den Mann den Rock. Jetzt entlieh er aus der Garderobe eines konservativen Bankiers für die Frau ein gestreiftes Zweireiher-Sakko, trimmte es auf Wespen-Taille und zog es der Frau zu Spitzenunterröcken und Spitzen-Unterwäsche an. Eine Modenschau von Jean-Paul Gaultier, „Enfant Terrible" unter Frankreichs Trendsettern, ist ein Festival von Gags, Überraschungen und Verstößen gegen Konventionen. Diesmal lockte er sein Publikum vor die Tore von Paris nach Nogent-sur-Marne in den Pavillon Baltard, eine alte Pariser Markthalle. Viertausend Fans scheuten den Weg nicht.

Gaultier ist ein Fan von Amerikas Rockstar Madonna. So schickte er seine Mannequins in exzentrischer Bühnenverkleidung über den Laufsteg. Oft sahen seine Mädchen aus wie die Damen in den Saloons alter Westernfilme in ihren schillernden Taftblazern mit Spitzen, ihren hautengen Röcken aus Satin, Leder oder Organza, hinten verschnürt. Die Spitzen-Mieder und Corsetts unter Lederhemden ... Zu Wolkenstores gebauschte Frou-Frou-Unterröcke quollen unter Mini-Röcken, langen Etui-Röcken oder Hosen hervor. Als Kontrast dazu trugen die Mädchen schwere Motorradstiefel. Begleitet wurden die „Madonnen" von Jungen in langen Röcken.

Wer die Pariser Modeszene kennt, weiß, daß Humor Bestandteil der Prêt-à-Porter-Kollektionen ist. Doch von Paradoxien allein kann die Branche nicht leben. Das weiß der Hamburger Kaufmannssohn Karl Lagerfeld. In Top-Form präsentierte er seine Schau, in der die Frau runde Schultern, runde Hüften und die Wespentaille hat. Lagerfelds kurze Röcke haben die Konturen von Herzen mit Fältchen im Bund, unterlegten Hüftpartien und herzförmigen kürzerem Rocksaum. Unter langen taillierten Jacken tragen seine Mädchen hautenge Bermudas, die der Modemacher Radrennfahrern abgeguckt hat. Als Kontrast zum Mini-Look erzählte Lagerfeld eine Glenn-Miller-Story. Da trugen die Mannequins im New-Look-Stil weitschwingende aufgeknöpfte Popelinekleider mit Glockenröcken über Shorts. Breite Lackgürtel in der Taille und Sandalen mit Keilabsätzen aus Schlangenleder vervollständigen das Bild der „Swinging Fifties". Rot, Türkis, Zitronengelb, Smaragdgrün tauchen als lebhafte Uni-Töne oder bei Graffiti-Drucken auf.

Radfahrershorts unter eleganten weißen oder schwarzen Redingote-Jacken sind auch der neue „Hit" bei Claude Montana. Seine Linie ist figurbetont, ohne Schnörkel und Rüschen. Zu weiten Matrosenhosen mit Schlag zeigt Montana enge Pullover und taillierte einfache Mao-Jacken.

Auch Kollegin Anne-Marie Beretta liebt den konstruierten Look. Die „Intellektuelle" der Modemacherinnen, bekannt für ihre schönen Regenmäntel, arbeitet wie eine Architektin. Raffiniert geschnitten sind ihre schmalen, knöchellangen Sarong-Röcke, mal drapiert, mal bis zur Grenze des Anstands aufgeknöpft. Um die Hüften liegen dicke geflochtene Ledergürtel. Dazu gerade gepolsterte Kastenjacken. Für heiße Sommertage zeigte Beretta Ballonröcke, geraffte Muschelcorsagen und drapierte Pludershorts, in denen die Mädchen an die „Nanas" der Niki de Saint-Phale erinnerten.

Luxus-Boutiquemode für die elegante Dame, die den Sommer auf Kreuzfahrten verbringt, sah man bei dem Couturier Jean-Louis Scherrer. Auf dem Luxus-Liner zeigt sich die Scherrer-Frau in marineblauen oder weißen Matrosenkleidern, klassischen langen Hosen mit Bündchenfalten und Aufschlägen, Blazern aus Tennisstreifen, Cabanne-Jacken oder weißen Crêpe-de-Chine-Hosenanzügen mit dunklen Generalsstreifen an den Hosennähten. Geht die Dame an Land zum Shopping, so findet sie bei Scherrer leichte Gabardine-Trenchcoats, Baumwollkostüme aus Karos oder Mantelkleider aus Tennisstreifen. Zum Ball an Bord erscheint die Dame in drapierten weißen, mit Silberfäden bestickten Mousseline-Abendkleidern. Die Zuschauerinnen waren begeistert.

Die schönste, originellste, raffinierteste Schau aber bot Thierry Mugler. Seine Kreation, enganliegend, figurbetont, begeisterte das Publikum. Mode-Oskar-verdächtig.

CONSTANZE KNITTER (SAD)



Thierry Muglers raffinierte Kollektion – hielt. FOTO: AP

LEUTE HEUTE

Diplomatenluxus

Für 27 000 Mark mietete **Mobutu Sese Seko**, Präsident im Entwicklungsland Zaire, zwei elegante Klubwagen der Eisenbahngesellschaft Amtrak und fuhr mit 50 Diplomaten zu Gesprächen nach Washington. Während der dreistündigen Fahrt ließ Mobutu seine Mitreisenden mit Champagner, Kognak, Kaviar und anderen Delikatessen bewirten.

Alterszweifel

Der Japaner **Shigechiyo Izumi**, der seit 1979 im Guinness Buch der Rekorde als ältester Mensch der Welt geführt wird und am 29. Juni 120 Jahre alt geworden sein will, ist möglicherweise viel jünger, als in seinem Geburtsschein angegeben. **Toshihisa Matsisaki** vom Institut für Altersstudien in Tokio glaubt seinem Landsmann nicht, weil nach „allen wissenschaftlichen Erkenntnissen" ein derart hohes Alter – nachweisbar – bisher „von niemandem erreicht" worden sei. Izumi habe die „anerkannte Grenze" von etwas über 110 Jahren längst überschritten.

Diagnosenproblem

Fast bewußtlos und an starker Atemnot leidend, landete **Françoise Sagan**, Erfolgsautorin von „Bonjour Tristesse", an Bord einer Militärmaschine in Paris. Ihr Bruder **Jacques Quoirez** begleitete sie in die Intensivstation eines Militärkrankenhauses. Die Sagan hatte nach ihrer Ankunft in Kolumbien einen Höhenkoller oder einen Herzanfall erlitten.

WETTER: Beständig

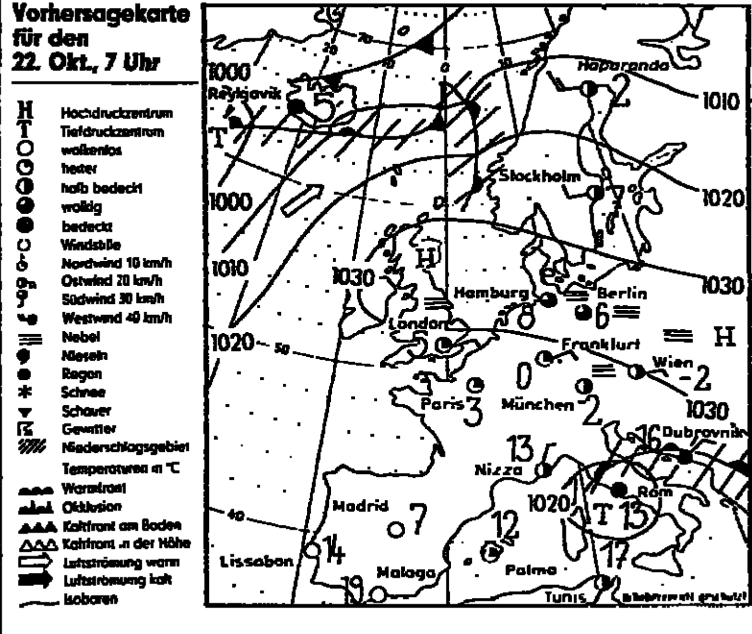
Lage: Eine von den Britischen Inseln bis nach Osteuropa reichende Hochdruckzone bestimmt das Wetter in Deutschland.

Vorhersage für Dienstag: In den Frühstunden gebietsweise Nebel oder Dunst, die sich in den Niederungen Süddeutschlands zum Teil nur zögernd auflösen. Danach meist sonnig und trocken, nur östlich der Elbe zum Teil wolkig, aber auch hier niederschlagsfrei. Tageshöchsttemperaturen 10 bis 15 Grad. Tiefsttemperaturen plus 4 bis minus 2 Grad, in ungünstigen Lagen Bodenfrost bis minus 4 Grad. Schwachwindig.

Weitere Aussichten: Wenig Änderung.

Sonnenaufgang* am Dienstag: 6.59 Uhr, Untergang: 17.13 Uhr; **Mondaufgang:** 16.00 Uhr, Untergang: 0.38 Uhr (*in MEZ, zentraler Ort Kassel).

Vorhersagekarte für den 22. Okt., 7 Uhr



Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Montag, 12 Uhr (MEZ):

Deutschland:

Ort	°C	Wetter
Berlin	11	he
Bielefeld	11	wl
Braunlage	10	he
Bremen	10	he
Dortmund	11	wl
Dresden	12	wl
Düsseldorf	13	wl
Erfurt	2	Ne
Essen	11	wl
Feldbg./S.	11	he
Flensburg	10	bd
Frankf't/M.	11	he
Freiburg	9	wl
Garmisch	8	wl
Greifswald	11	bd
Hamburg	11	he
Hannover	8	wl
Kahl. Asten	8	wl
Kassel	4	wl
Kiel	11	bw
Koblenz	7	wl
Köln-Bonn	13	wl
Konstanz	5	bd
Leipzig	3	Ne
List/Sylt	12	bw
Lübeck	12	bw
Mannheim	13	wl
München	5	bw
Münster	11	wl
Norderney	9	wl
Nürnberg	10	he
Oberstdorf	10	wl
Passau	12	wl
Saarbrück.	9	wl
Stuttgart	9	wl
Trier	9	wl
Zugspitze	0	he

Ausland:

Ort	°C	Wetter
Algier	22	he
Amsterdam	11	wl
Athen	21	he
Barcelona	22	he
Belgrad	12	bw
Bordeaux	18	wl
Bozen	9	he
Brüssel	13	he
Budapest	11	bw
Bukarest	14	he
Casablanca	23	he
Dublin	14	he
Dubrovnik	19	bd
Edinburgh	12	bd
Faro	23	he
Florenz	11	bw
Genf	9	bd
Helsinki	10	he
Hongkong	25	bd
Innsbruck	10	he
Istanbul	18	he
Kairo	25	he
Klagenf't	8	bw
Konstanza	12	he
Kopenhgn.	11	bd
Korfu	20	bw
Las Palmas	23	he
Leningrad	9	bw
Lissabon	20	he
Locarno	10	bd
London	13	wl
Los Angeles	23	he
Luxemburg	8	wl
Madrid	17	wl
Mailand	15	he
Malaga	24	he
Mallorca	22	he
Moskau	9	bw
Neapel	15	R
New York	15	bw
Nizza	21	he
Oslo	14	he
Ostende	12	wl
Palermo	19	bw
Paris	12	wl
Peking	14	wl
Prag	4	bw
Rhodos	12	bw
Rom	17	bw
Salzburg	7	he
Singapur	22	bw
Split	17	bd
Stockholm	10	bw
Straßburg	9	wl
Tel Aviv	25	he
Tokio	20	bw
Tunis	21	bw
Valencia	20	bw
Varna	15	he
Venedig	16	he
Warschau	9	bd
Wien	11	he
Zürich	6	bd

bd = bedeckt; bw = bewölkt; Gw = Gewitter; he = heiter; Ne = Nebel; R = Regen; Rs = Regenschauer; S = Schnee; Sp = Sprühregen; wl = wolkenlos

Erheblich im Kurs gefallen: Blaue Mauritius

rtr. **Hamburg**

Für 1,7 Millionen Mark hat am Montag bei einer Briefmarken-Auktion in Hamburg ein Paar der legendären blauen und orange-roten Mauritius den Besitzer gewechselt. Nach nur 90 Sekunden erhielt Rita Lachman, die Witwe des amerikanischen Industriellen Charles Revlon, den Zuschlag. Nach Angaben des Auktionshauses war es das einzige Paar der zwar nicht seltensten, aber berühmtesten Marken, das noch freiverkäuflich war. Die meisten der 27 weltweit noch bekannten roten und blauen Mauritius befinden sich in Museen oder im Besitz des britischen Königshauses. „So schnell geht das", kommentierte Auktionator Wolfgang Jakubek den schnellen Zuschlag, über den er selber „nicht glücklich" war. Er hatte mit einem Preis von mindestens zwei Millionen Mark gerechnet. Die neue Besitzerin, die in Kürze von New York nach Hamburg übersiedeln will, zeigte sich dagegen überglücklich. „Ich sammele keine Briefmarken, nur die blaue und rote Mauritius", sagte Frau Lachman, die nach ihren Worten auch wesentlich mehr gezahlt hätte.

Die jetzt versteigerten Marken waren über Bordeaux und Paris 1921 in den Besitz eines Schweizer Tabakhändlers gelangt. Nach seinem Tod wurden sie 1963 von einem Unbekannten in Düsseldorf für 300 000 Mark ersteigert.

Harmloser Bazillus entpuppt sich

Zwei Dutzend Kühe starben an einem Präparat, das jahrelang als ungefährlich galt

GEORG BAUER, **Kiel**

Die Wissenschaftler von Bayer Leverkusen stehen vor einem Rätsel. Niemand weiß eine Antwort auf die Frage, wie das vom Chemiekonzern entwickelte Pinicillinpräparat „Stapenor-Retard", das bisher zur Bekämpfung von Pinicillin-resistenten Entzündungserregern an Kuheutern eingesetzt worden ist, für mehr als zwei Dutzend Kühe – vorwiegend aus dem norddeutschen Raum – zum tödlichen Medikament werden konnte.

Kopfzerbrechen bereitet den Wissenschaftlern der sogenannte „Bacillus Cereus", der Auslöser für die Erkrankung und das Verenden der Tiere ist. Dieser Bazillus galt bisher als vollkommen ungefährlich. Freimütig bekannte daher der Pressesprecher des Konzerns, Matthias Willig: „Wir wußten, daß dieser Bazillus in unseren Präparaten ist". Er sei nicht aus dem Medikament herausgezogen worden, weil sowohl der Konzern als auch das Bundesgesundheitsamt in Bonn den Erreger als nicht pathogenen Keim eingestuft hätten.

Das Präparat war bisher mit Erfolg und ohne Beanstandung von Tierärzten eingesetzt worden. Das Mittel diente dazu, die Kühe vor dem Kalben trockenzulegen.

Anfang der sechziger Jahre in den Laboratorien von Bayer entdeckt, war es in einer zehnjährigen Forschungsarbeit auch an Tieren getestet und anschließend für weitere zwei Jahre vom Bundesgesundheitsamt untersucht worden. Mit Blick auf die gesundheitliche Unbedenklichkeit für den Menschen war das Präparat auch auf seine Giftigkeit hin analysiert worden. Außerdem wurde geprüft, ob Rückstände im Fleisch oder der Milch festzustellen seien. Resultat: Nichts dergleichen. Da der im Präparat festgestellte Bacillus Cereus als ungefährlich galt, konnte es 1975 auf den Markt gebracht werden.

Nach den Äußerungen von Willig betreiben die Chemiker nun mit Hochdruck Ursachenforschung. Literatur steht dabei nicht zur Verfügung. Der „Bacillus" war bisher kein Thema. Man habe nur gewußt, daß es ihn gebe. Er komme schließlich überall in der Natur vor.

Als erste Maßnahme im Kampf gegen den neuen Krankheitserreger setzte der Bayer-Konzern das Präparat „Stapenor-Retard" auf seine „schwarze Liste". Ebenso wie Stretokokken, Colibakterien und Salmonellen soll in Zukunft auch dieser Bazillus dem Medikament entzogen werden.

Erste Verdachtsmomente über die Gefährlichkeit des krankheitserregenden Medikaments waren vor wenigen Wochen aufgetaucht. Bayer hatte daraufhin in Eilbriefen die Tierärzte vor einer weiteren Verwendung des Medikaments gewarnt und das Präparat zurückgerufen. Sieben Tage später folgte ein zweites Rundschreiben, in dem den Tierärzten Vorschläge zur Therapie, die in Zusammenarbeit mit Universitäten erarbeitet worden waren, an die Hand gegeben wurden.

Das Konzept zur Bekämpfung der Krankheit war dringend geboten, da auf Grund der Krankheitssymptome Tierärzte fälschlicherweise Milchfieber diagnostiziert hatten. Die hierfür notwendigen Medikamente bewirkten aber genau das Gegenteil.

Nach den bisherigen Erkenntnissen treten die ersten Anzeichen zwei bis drei Tage nach dem Kalben auf. Die Mütterkühe bleiben liegen, ihre Euter werden krank und laufen sehr schnell blaurot an. Bei falscher Behandlung stirbt das Tier.

Zu Entschädigungen erklärte sich der Konzern bereit. Wenn sich der Verdacht gegen das Medikament erhärte, würde den Bauern selbstverständlich Entschädigung gezahlt, so ein Mitarbeiter des Konzerns.

Auch das Bundesgesundheitsministerium wird sich mit dem neuen Erreger befassen müssen. Von dem Auftauchen des Bazillus ebenso überrascht wie die Wissenschaftler von Bayer, wird es auch diesen Bazillus als pathogenen Keim einstufen müssen. Nach der Konzern-Einstufung ist er deshalb so gefährlich, weil sich die Keime innerhalb von drei Stunden im Körper des infizierten Tieres vermehren. Die Wissenschaftler hoffen dennoch, in absehbarer Zeit das Rätsel lösen zu können.

Der Chemiekonzern befaßt sich seit fünfzig Jahren mit der Erforschung und Produktion im Bereich der Tiermedizin.

Lady Dis leise Rache an den Fleet-Street-Schreibern

SIEGFRIED HELM, **London**

Die halbe Nation war im Salon von Prinz Charles (37) und Prinzessin Diana (24) im Londoner Kensington-Palast zu Gast. Zum ersten Mal seit seiner Verlobung gewährte das Paar dem Fernsehen ein großes Interview. Das Resultat dieser 45 Minuten-Show: eine Traumfamilie. Diana hatte vorher dafür eigens Schauspielunterricht genommen. Kein geringerer als Oscar-Preisträger David Attenborough brachte ihr die ersten mimischen Flötentöne bei. Und die Palast-Zensur garantierte die autorisierte Fassung. Dieser Scoop des kommerziellen Fernsehens wird um die Welt gehen. Furore hat er jetzt schon gemacht. „Von der Königin des Bildschirms" schwärmte gestern das Massenblatt „The Sun".

In den ersten und letzten Minuten dieser Sendung mit königlichen Superstars sah man die Eltern mit ihren Kindern. Willie und Harry hämmerten auf Muttis Klavier. „Klingt wie Stockhausen" – trockener Kommentar des Vaters aus dem Hintergrund. Willie Wales (3) neckte das Kamerateam und versteckte sich unter einem Tisch. Sein kleiner Bruder fiel hin, wie sich's für einen Einjährigen gehört. Ihr William sei so ein kleiner Altkluger. „Er ist eben von so vielen Erwachsenen umgeben", meinte Diana. Harry dagegen sei einer der Stillen im Lande, „der nur beobachtet."

Ein allerliebster „Ehekrach" passierte die Zensur. Charles: „Ich könnte mir vorstellen, daß die meisten Eheleute oft Meinungsverschiedenheiten haben." Prompt fuhr sie ihm über den Mund: „Wir aber nicht." Und schon stritten sie sich, wer besser skilaufen kann. Er: „Ich kann's länger." Sie: „Aber ich bin schneller." „Annie get your gun" läßt schön grüßen.

Englands TV-Starjournalist Sir Alastair Burnet wollte wissen, ob sie seit der Hochzeit versucht habe, ihren sehr viel älteren Mann umzukrempeln. „Vielleicht, gelegentlich bei seinen Schlipsen", räumte sie ein. Der als Krawattenmuffel bekannte soufflierte hörbar: „Schu-he." Sie: „Weiter wollen wir besser nicht gehen." Als er versuchte, ihr mit der Bemerkung: „Es muß doch die Hölle sein, mit so einem alten Knopf wie mir verheiratet zu sein" ein Kompliment zu entlocken, da lächelte sie nur vielsagend und hielt sich an die Weisheit: Reden ist Silber, Schweigen ist Gold.

Sir Alastair stellte keine Fangfragen wie die Fleet-Street-Journalisten; schließlich hat die Queen ihn zum Ritter geschlagen. Und doch gelang es ihm, Charles zum Eingeständnis seiner Faszination für das Übersinnliche zu bringen. „Es ist nicht das Okkulte, was mich interessiert, ich treibe auch keine Schwarze Magie", stellte er richtig. Er sei ein Bewunderer Arthur Koestlers, der sich mit Parapsychologie befaßte. „Ich finde, das ist ein Gebiet, das man ernsthaft und wissenschaftlich studieren sollte."

Also doch, frohlockten die Hofkorrespondenten der Londoner Fleet Street. Pech gehabt, ärgerten sie sich, als Diana gestand, sie habe noch nie eine Abmagerungskur gemacht. „Vielleicht bin ich deshalb so dünn, weil ich so viel Sport treibe." Sie schwimmt jeden Tag und geht mindestens einmal die Woche tanzen, eine Kombination von Jazz, Step und Ballett. Tanzen sei ihre „absolute Leidenschaft".

Falsch getippt hatten die „Augen und Ohren" der Boulevardzeitungen mit der Behauptung, Diana und Anne seien einander spinnefeind. „Nicht die Spur", versicherte Diana, nicht ohne Seitenhieb auf gewisse Nachrichtenjäger. „Ich bin ihr größter Fan, was die an einem Tag alles erreicht, würde ich nie schaffen. Wir sind von Anfang an gut ausgekommen." Die Boulevardisten erholten sich von ihrem Schock, als sie zugab, gar zu gerne durch die Kaufhäuser zu streifen. Aber Kleidersucht? Von wegen. Sie habe sich nach ihrer Hochzeit doch einkleiden müssen. Von einer Kronprinzessin werde erwartet, daß sie sich oft dreimal am Tag umziehe.

Ob sie die Erfahrung gemacht habe, daß Zeitungen Leute ganz groß aufbauen, sie aber ebenso schnell fallen lassen. Lady Di: „Ja, das tun sie, aber das ist doch auch ihr Job, oder etwa nicht?"

Fleet Street lächelte süßsauer und knirschte mit den Zähnen, als Diana richtigstellte: „Ich höre sehr viel klassische Musik, Grieg, Schumann, Rachmaninow." Also doch kein Rockfan, die Opernfreund Charles auf die Nerven geht.

Das haben Kronprinzens eben davon, daß sie so selten Interviews geben. Am Ende hatte man das Gefühl: Wenn sie keine Königlichen wären, könnte man sie glatt für ein ganz normales Ehepaar halten. (SAD)

Widersprüchliche Auswertung des Jumbo-Wracks

SAD, **London/Cork**

Nach der Bergung weiterer Wrackteile des Air-India-Jumbos, der aus bisher ungeklärter Ursache mit 329 Passagieren vor Irlands Küste abstürzte, widersprechen sich die Experten. US-amerikanische Berichte sprechen unter Berufung auf die Verkehrssicherheitsbehörde von dreizehn „von innen nach außen klaffenden" Löchern, die in einem unlängst geborgenen Teil der vorderen Flugzeugzelle entdeckt worden seien. Sie scheinen die Theorie zu erhärten, daß an Bord der Unglücksmaschine eine Bombe explodierte. Dagegen meint ein Experte des kanadischen Luftfahrt-Sicherheitsamtes, daß er „keinerlei Informationen über derartige Beschädigungen" habe. Er hält diese Meldungen für „Verständigungs- oder Interpretationsfehler".

25 Tote bei zwei Unfällen

dpa/AFP, **Pesaro/London**

Bei schweren Straßenunfällen kamen gestern in Pesaro an der italienischen Adria acht und in Lancaster im Nordwesten Englands 17 Menschen ums Leben. In Pesaro stürzte ein vollbesetzter Autobus aus ungeklärter Ursache von einer Autobahnbrücke auf die darunterliegende Straße. Auf der Autobahn M6 stießen bei Lancaster mehrere Fahrzeuge, darunter ein Bus aus Schottland, zusammen und fingen Feuer.

Weißgerber verurteilt

dpa, **Hamburg**

Ein Hamburger Schwurgericht hat den 25jährigen „DDR"-Flüchtling Frank Weißgerber wegen Mordes und schweren Raubes in der „DDR" zu lebenslanger Freiheitsstrafe verurteilt. Der ehemalige Schäfer hatte 1982 zusammen mit dem inzwischen in der „DDR" zu lebenslanger Haft verurteilten Komplicen Klaus Jabusch den Arbeiter Ingolf Hause „aus Habgier" ermordet.

Arzt floh nach Persien

dpa, **Bochum**

Ein 47jähriger Internist aus Bochum, der in Verdacht steht, durch falsche Abrechnungen die Krankenkassen um mindestens eine halbe Million Mark betrogen zu haben, hat sich dem Verfahren durch Flucht in sein Heimatland Iran entzogen. Der Arzt ließ seine deutsche Frau und drei Kinder zurück.

Glykol auch im Käse

AP, **Wien/Schärding**

Das Frostschutzmittel Diethylenglykol ist nun auch in österreichischem Käse festgestellt worden. Daraufhin wurden in Wien mehrere Weichkäsesorten aus den Geschäften zurückgezogen. Der Käse wies bis zu 60 Gramm Glykol pro Kilogramm auf. Das giftige Mittel soll durch eine Verpackung aus Deutschland in den Käse gelangt sein.

Nach 7 Jahren gefunden

AFP, **Chamonix**

Zwei junge Deutsche haben im Mont-Blanc-Massiv in den französischen Alpen die Leiche des seit sieben Jahren verschollenen britischen Bergsteigers Clifford Matthews gefunden und ins Tal gebracht. Der Körper hatte sich in einem 2780 Meter hochgelegenen Gletscher konserviert.

Babys mit zwei Köpfen

AFP, **Peking**

Zwei Kinder mit je zwei Köpfen sind binnen kurzer Zeit in China geboren worden. Der jüngste Fall extremer Mißbildung ereignete sich in Xinan in der südwestchinesischen Provinz Sichuan. Das Kind hatte außerdem drei Hände.

ZU GUTER LETZT

„Besonders erwähnt sei noch, daß Kollege B. in der künstlichen Besamung zu meiner vollen Zufriedenheit tätig war." Aus dem Zeugnis eines niedersächsischen Tierarztes über seinen Stellvertreter.